REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 416 · 2.7.1998

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 42 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. NATO-Vorstoß auf dem Balkan
2. 1. Mai im Juni. Zehntausende demonstrieren in Berlin "für eine andere Politik" - mb., Berlin
3. Kupfer-Raubbau: Protestaktion bei der Affi - Vo
4. Rede von Jürgen Trittin auf der GelöbnisKundgebung in Berlin (Dokumentation) - mb., Berlin
5. Ein Sieg der Partei. Die Grünen stehen zur "demokratischen Armee" - Js.
6. Tausend Friedensbewegte in Osnabrück - Vo
7. Erfolg und Chance der Anti-AKW-Bewegung. Der Castor-Skandal - Bernd Schmidt
8. Castor heißt Atomstaat - DSe
9. Jetzt nur noch ein halber Skandal. Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes verabschiedet - Dk
10. Kirchenasyl: Ein Schritt vor - zwei zurück - ch.
11. Bipolarismo italiano. Polo und Ulivo Kopf an Kopf - Js.
12. Die Karawane kommt!
13. Doch noch Knast für Videla? Neue Prozesse gegen argentinische Menschenrechtsverbrecher - L.P. Tisso
14. "Wenn die Dicken abmagern ... Pilotenstreik bei Air France ... verhungern die Dünnen" - Bernhard Schmid
15. Vom Hoffnungsträger zum Despoten. Kabila ein Jahr an der Macht - Ulrike Diederichs, Andrea Iversen
16. Schmutzige Westen, dreckige Wäsche. Der Fall C&A - Peter Custers
17. 75 Jahre Israel - Kt.
18. "Man will die Arbeit unserer Partei verhindern". Interview mit Mahmut Sakar, HADEP Istanbul
19. Straßenfrauen in Irakisch-Kurdistan - O.M. Piecha, WADI
20. Which way, Nigeria? Kommt nach dem Tod des Diktators Abacha die Wende? - Thomas Mösch
21. Revolutionäre Ethik, Knast und Träume. Interview mit Yessie Macchi, MLN-Tupamaros Uruguay
22. Kein Frieden in Sicht. Interview mit mit Guerilla-Kommandant Juan Antonio Rojas - Teil I
23. Unabhängigkeit als Inszenierung. Vor 100 Jahren wurden die Philippinen USamerikanische Kolonie - Rainer Werning
24. Der Friedensplan für die Westsahara - C.M.
25. Bougainville zwischen Krieg und Frieden. Prekärer Waffenstillstand und die Probleme einer Befreiungsbewegung - Vo
26. Mal links, mal frech, mal vorn. 25 Jahre Libération - zwischen Befreiung und Anpassung - Bernhard Schmid
27. "Künstlerische" Inszenierung der Gentechnologie. Gen-Welten-Ausstellungen sollen Akzeptanz schaffen - Oliver Ressler
28. Abstimmung verloren, dennoch viel erreicht. Volksinitiative über Gen-Schutz in der Schweiz - Herbert Karch
29. Hilfloser Antistalinismus. Christian v. Ditfurths PDS-Kritik ist engagiert, aber widersprüchlich - Christoph Jünke
30. Offenstall und Ehebruch. Ein Dorfroman aus der DDR - efa.
31. ¡Felicidades! Lateinamerika-Nachrichten feiern Jubiläum - efa
32. Frauen, Mafia und Staat. Komplizinnen der Bosse und antimafiose Kämpferinnen - Js.
33. Argumente gegen den Revisionismus. Brunello Mantellis "Kurze Geschichte des italienischen Faschismus" - Js.
34. Mann ohne Seilschaft. Roman Rosdolsky zum zum 100. Geburtstag - Peter Cardorff
35. Es gipfelt in Köln. WWG- und EU-Funktionäre treffen sich im Juni 1999 am Rhein - Werner Rätz
36. Talenteklau und Globalkolorit. Der Fußball und seine "Exoten" - Kurt Wachter, Michael Fanizadeh
37. Quelldatei 27.htm
38. Quelldatei 33.htm
39. Quelldatei 34.htm
40. Abschiebung per Sozialamt

41. Ein Blick in Israels Zukunft
42. Knasterfahrungen

1. NATO-Vorstoß auf dem Balkan

Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/nato.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:nato

Verfassung? Völkerrecht? Was herrschender Politik die in Sonntagsreden beschworenen hehren Prinzipien eines friedlichen Zusammenlebens der Völker wert sind, demonstriert die NATO aktuell wieder einmal im Falle Kosovo. Schon seit Jahren war allenthalben bekannt, daß die repressive Politik der Belgrader Regierung gegen die AlbanerInnen im Kosovo die Gefahr gewaltsamer Eskalation birgt. Doch auf die Warnungen von Friedens- und Menschenrechts- gruppen hat in den Hauptstädten des Westens niemand gehört. Jetzt, da der Krieg offen ausgebrochen ist, will die NATO militärisch reinhauen.

Selbst auf das legitimatorische Mäntelchen eines UN-Mandats glaubt man verzichten zu können. Eine NATO-Militärintervention ohne ein solches Mandat aber würde den Tatbestand einer völkerrechtswidrigen Aggression erfüllen. Und eine Bundesregierung, die die Bundeswehr daran beteiligt, würde gegen den Artikel 26 des Grundgesetzes verstoßen, der die Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges verbietet. Zur Begründung der Interventionspolitik werden einmal mehr "humanitäre" Motive vorgeschoben. Um die "Menschen im Kosovo" geht es herrschender Politik allerdings nur zuletzt (nebenbei: Was ist eigentlich mit den Menschen in den kurdischen Siedlungsgebieten des NATO-Partners Türkei - hätten die nicht schon längst eine "humanitäre" Militärintervention der NATO verdient?!). Vielmehr geht es um die Legitimation einer militärisch gestützten Machtpolitik, die sich jeglicher Rücksichtnahme auf Verfassung und Völkerrecht entledigt.

Die Bundesregierung ist an der Seite der Supermacht USA dabei wieder einmal vorneweg. Die in den letzten Jahren praktizierte Rühesche Salami-Taktik, mit der Stück für Stück die Handlungskompetenzen der Bundeswehr ausgeweitet wurden, strebt ihrem Ziele zu: der Legitimation von Bundeswehreinsätzen frei von jeglichen juristischen Beschränkungen. Was scheren da noch die Phrasen von der Bundeswehr als Mittel der Kriegsverhinderung und der Landesverteidigung. Krieg führen - das sollen "unsere" Soldaten.

Die Umorientierung der deutschen und der anderen NATO-Streitkräfte auf "Krisenreaktion" (sprich: Militärintervention) ist in der letzten Zeit ein gutes Stück vorangekommen. Kosovo soll womöglich das nächste Exerzierfeld werden. Daß man hier ein Feuer entfachen kann, welches den gesamten Balkan in Flammen setzen könnte, scheint man in Kauf zu nehmen. Wenn nämlich erst einmal die AlbanerInnen im Kosovo sich realistische Chancen auf die Schaffung eines eigenen Staates auf dem Wege der Gewalt und des Krieges - unterstützt von der NATO - ausrechnen, dann wird das auch für die albanische Minderheit in Makedonien ein Anreiz sein. Gegenüber einem Krieg in und um Makedonien aber werden die Geschehnisse um Bosnien-Herzegowina im nachhinein als minder schwere "troubles" erscheinen. Aber für diesen Fall hat herrschende Politik ja die Instrumente parat: noch mehr Militär, Intervention auf noch höherer Stufe.

Die Rede vom "humanitären" militärischen Einsatz als "Ultima ratio", als letztem Mittel im alleräußersten Ausnahmefall, entlarvt sich als pure Heuchelei; vorbeugende Friedenspolitik wird überhaupt nicht ernsthaft versucht, ein "Ausnahmefall" reiht sich an den nächsten. Das könnte, wenn sie wollte, auch die rot-grüne Opposition erkennen, die sich auf die "Ultima-ratio"- und "Ausnahmefall"-Argumentation eingelassen hat. Allein: Wenn es um den Beweis von "Regierungsfähigkeit" geht, gilt offensichtlich die Devise: Augen zu und durch!

2. 1. Mai im Juni. Zehntausende demonstrieren in Berlin "für eine andere Politik"

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:08

Ein Aktionsbündnis von Arbeitslosen, Studierenden, GewerkschafterInnen, Basisgruppen und Kirchen-Initiativen sowie Unterzeichnern der "Erfurter Erklärung" hatte für den 20. Juni zu einer bundesweiten Demonstration unter dem Motto "Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und Demokratie - gegen Rassismus und Ausgrenzung" aufgerufen. Ging man zuerst optimistisch von bis zu 100.000 TeilnehmerInnen aus, mußte man im Zuge der Vorbereitung die Erwartung auf 60.000 zurückschrauben. Letztendlich konnte auch dieses Ziel nicht erreicht werden.

Zwar sollen laut Angaben der Organisatoren rund 80.000 Menschen an der Abschlußkundgebung auf dem Alexanderplatz teilgenommen haben. Die Polizei hingegen sprach von 20.000 TeilnehmerInnen. Nimmt man die gängige Erfahrung als Maßstab, daß man die Angaben der Polizei mit zwei multiplizieren muß, um sich der realistischen Teilnehmerzahl anzunähern, heißt das, daß rund 40.000 Menschen in Berlin demonstriert haben.

Normalerweise sind solche Zahlenspiele nicht von zentraler Bedeutung. Angesichts der politischen Ausrichtung der Demonstration aber hat die Teilnehmerzahl entscheidendes Gewicht. Ziel der Demo sollte es doch sein, SPD, PDS und Bündnisgrünen deutlich zu machen, daß viele Menschen von der Bundestagswahl nicht nur die Abwahl Kohls, sondern einen spürbaren Politikwechsel erwarten - gegebenenfalls unter Einbindung der PDS, falls notwendig. Wäre es gelungen, wirklich 100.000 Menschen zu mobilisieren, dann hätte diese Demonstration ein Signal in diese Richtung werden können.

Aufbruchsstimmung war an diesem Samstag nicht zu verspüren. Vielmehr weckten die Bratwurst-Schwaden, die über den Platz zogen, und die bierseelige Atmosphäre dieses sonnigen Nachmittags Erinnerungen an Mai-Kundgebungen des DGB, als dieser noch Zehntausende auf die Beine brachte. Die zahlreichen Gewerkschaftsfahnen, die die Kundgebung eindeutig dominierten, erinnerten ebenfalls an traditionelle DGB-Veranstaltungen.

Im Demonstrationsaufruf ebenso wie in vielen Kundgebungsreden wurde immer wieder die außerparlamentarische Opposition beschworen. Aber eine außerparlamentarische Bewegung entsteht nicht am "grünen Tisch", und sie entsteht schon gar nicht, indem man die verschiedenen sozialen Protestbewegungen unvermittelt zu verbinden sucht. Was hat es heute für eine politische Bedeutung, einen Studentenvertreter aufs Podium zu holen und ihn als Vertreter der studentischen Streikbewegung von Ende letzten Jahres vorzustellen? Wen repräsentiert er, ein halbes Jahr nachdem der Uni-Streik zusammengebrochen ist?

Wie weit es mit dem Anspruch her ist, außerparlamentarische Bewegung zu sein, belegt auch die Tatsache, daß die Organisatoren im Vorfeld versuchten, auf die PDS Einfluß zu nehmen, sie solle dafür sorgen, daß nicht all zu viele PDS-Fahnen zu sehen seien.

Die Organisatoren sollten sich nicht in die Tasche lügen. Die Demonstration wurde hauptsächlich von linken Gewerkschaftern und der PDS getragen. So gingen neben den vielen GewerkschafterInnen und PDS-Anhängern die VertreterInnen von Arbeitslosen-, antirassistischen und sonstigen Bewegungen schon allein optisch unter. Auch politisch schlug dies auf die Veranstaltung durch. Ebenso wie die "Erfurter Erklärung" hörte sich das Vorgebrachte brav und staatstragend an. Neben der berechtigten Kritik an der andauernden Umverteilungspolitik von unten nach oben, die die gesellschaftliche Entsolidarisierung fördere, und der Massenarbeitslosigkeit, die die Gesellschaft zersetze, wurde immer wieder der soziale Konsens beschworen.

Letztendlich war die Demo Ausdruck der in der Gesellschaft vorherrschenden latenten Unzufriedenheit. Aber die Demo wollte mehr: die Unzufriedenheit bündeln, die Unzufriedenen zum aktiven Eingreifen ermuntern.

Mit der Ankündigung, man wolle auch nach einer möglichen Abwahl Kohls Druck auf die zukünftige Bundesregierung ausüben, scheint es nicht allzu weit her zu sein - den kämpferischen Tönen zum Trotz.

Schönbohm

kungelt mit den Nazis

Zwei Wochen zuvor war bekannt geworden, daß die NPD ebenfalls am 20. Juni in Berlin marschieren wollte. Vergeblich waren alle Bemühungen der Veranstalter der Großdemonstration, der Berliner Grünen und der PDS, die Berliner Innenbehörde zu einem Verbot der Nazi-Demonstration zu bewegen. In Geheimverhandlungen mit der NPD ermöglichte Innensenator Schönbohms Verwaltung, daß sich rund 300 NPD-Anhänger unbehelligt in Berlin-Hohenschönhausen versammeln konnten.

Die Nazis wollten ursprünglich vom Brandenburger Tor ebenfalls zum Alexanderplatz ziehen. Nach Absprachen mit der Innenverwaltung und der Polizei wurde die Demonstration in den Ostteil der Stadt verlegt. Darüber wurde Stillschweigen vereinbart, so daß sich Antifaschisten, die gegen die NPD vor Ort demonstrieren wollten, zum Zeitpunkt des Naziaufmarschs genau am anderen Ende der Stadt, im Westberliner Bezirk Spandau, trafen.

Am Ort des ursprünglich geplanten Naziaufmarsches, dem Brandenburger Tor, fand eine "Lesung gegen Rechts" statt, zu der neben Künstlern Politiker von SPD, Grünen und PDS sowie die jüdische Gemeinde aufgerufen hatten. Eine Aktion der Berliner CDU auf der anderen Seite des Tores unter dem Motto "Aufpassen Deutschland! Gegen Radikale von rechts und links!" verlief wenig erfolgreich. Nach kurzer Zeit verließen die CDUler den Ort des Geschehens.

mb., Berlin

3. Kupfer-Raubbau: Protestaktion bei der Affi

Autor: Vo · Rubrik: Westdeutsche Linke, intern. Solidarität; Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:15

Am 4. Juni 1998 ging im Hamburger Hafen eine Gruppe von Leuten auf einen Erzfrachter, der Kupfererz für die Norddeutsche Affinerie, die größte Kupferhütte Europas, entlud. Sie entrollten an der Bordwand ein Transparent, mit dem sie auf die Herkunft des Kupfers und auf die Verantwortung der deutschen Kupferhütte für die menschenverachtenden Bedingungen, unter denen das Kupfererz abgebaut wird, aufmerksam machten ("Kupfer-Raubbau in Westpapua - Die Affi verdient mit"). Der Frachter nämlich kam aus Westpapua, dem von Indonesien seit Jahrzehnten besetzten westlichen Teil Neuguineas (Irian Jaya). Dort betreibt der US-amerikanische Bergbaukonzern Freeport McMoRan eine der größten Kupferminen der Welt, die Grasberg-Mine (zu den Hintergründen s. ak 388 und 396). Die Mine liegt auf dem traditionellen Siedlungsgebiet der Amugme, einer der rund 300 indigenen ethnolinguistischen Gruppen Westpapuas. Die Amugme tragen schon seit Inbetriebnahme der Mine (1973) immer wieder heftige Konflikte mit Freeport und der indonesischen Regierung aus. Denn der Minenbetrieb hat katastrophale Umweltschädigungen hervorgerufen und die Lebensgrundlagen der Amugme und anderer Westpapua-Gruppen weitgehend vernichtet. Diese wehren sich mit - z.T. militanten - Protestaktionen gegen die Mine, fordern Kompensationen für die Umweltzerstörungen und wirksame Umweltschutzauflagen sowie Respekt für ihre traditionale Lebensweise. Der private Sicherheitsdienst der Mine übt in enger Zusammenarbeit mit dem im Minengebiet in großer Zahl stationierten indonesischen Militär ein Terrorregime gegen die lokale Bevölkerung aus. Hin und wieder dringen aus dem von der Außenwelt weitgehend abgeschotteten Gebiet Nachrichten über schwere Menschenrechtsverletzungen, Folterungen und Massaker an den Einheimischen in die Öffentlichkeit. Die Aktion im Hamburger Hafen sollte deutlich machen, daß auch die Weiterverarbeiter (und Nutzer) des Kupfers hier am anderen Ende der Welt eine Mitverantwortung für die Unterdrückung der Menschen und die Zerstörung der Natur im Fördergebiet haben. Immerhin stammt rund ein Viertel des bei der Norddeutschen Affinerie in Hamburg verarbeiteten Kupferkonzentrats aus der Freeport-Mine in Westpapua.

Auf einer von der "Dritte Welt"-Hafengruppe Hamburg organisierten Veranstaltung am Abend des Aktionstages informierten sich rund 40 TeilnehmerInnen über diese Zusammenhänge. Im Mittelpunkt stand dabei der Dokumentarfilm "Mit den Bäumen sterben auch die Menschen" von Michael Enger. Michael Enger und sein Filmteam waren im letzten Jahr im Minengebiet und haben dort heimlich gefilmt. Entstanden ist ein Film mit beeindruckenden Bildern und ebenso beeindruckenden Aussagen von Betroffenen. Ergänzt und erläutert wurde der Film u.a. durch einen Vortrag von Ottis Simopiaref, einem Westpapua, der vor dem Terror des indonesischen Regimes in die Niederlande ins Exil flüchten mußte und jetzt versucht, in Europa Aufmerksamkeit für die Lage der Menschen in seiner Heimat zu wecken. Die jüngsten Ereignisse in Indonesien haben die Chancen, auch die brutale Unterdrückung in den vom indonesischen Regime okkupierten Gebieten (neben Westpapua vor allem Ost-Timor, aber auch Aceh und Molukken) breiter bekannt zu machen und Solidarität mit den Unterdrückten zu organisieren, vielleicht ein wenig erhöht. Jedenfalls waren die Aktion und die Veranstaltung am 4. Juni in Hamburg Schritte in diese Richtung. Nachahmung wird stärkstens empfohlen.

Vo

Nähere Infos und Kontakt:

"Dritte Welt" - Hafengruppe Hamburg

c/o Bernhard Scholer

Postfach 304230

20325 Hamburg

Tel./Fax: 040-314859.

Foto: M. Stroux

4. Rede von Jürgen Trittin auf der GelöbnisKundgebung in Berlin (Dokumentation)

Berliner Bundeswehr-Gelöbnis auf "mobilem Kasernenhof"

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Bundeswehr; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:07

Die Klage eines Rekruten über die Qual, eine Stunde lang stramm zu stehen, illustriert nur einen Aspekt des öffentlichen Gelöbnisses, bei dem am 10. Juni in Berlin 332 Rekruten schworen, das deutsche Vaterland tapfer zu verteidigen. Der andere, der das groß angekündigte militärische Ereignis zur Farce werden ließ, liegt in der Verantwortung von rund 1.500 Antimilitaristen. Sie sorgten dafür, daß das Spektakel durch den Lärm der "Mörder"-Rufe, Trillerpfeifen, Gas-Tröten und Musik aus Lautsprecheranlagen wenig stimmungsvoll geriet. Der Rest an Feierlichkeit ging schließlich im einsetzenden Regen flöten.

Anfang Januar - die Bundeswehr war durch täglich neue Meldungen über rechtsradikale Vorfälle in arger Bedrängnis - gab Verteidigungsminister Volker Rühe bekannt, daß die Bundeswehr für 1998 zahlreiche öffentliche Gelöbnisse plane. Für die "Hauptstadt" Berlin hatte der Minister etwas ganz Besonderes in petto. Dort sollten am 13. August, dem Tag des Mauerbaus, Rekruten zum Schwur aufmarschieren. (vgl. ak 411)

Mit einer Image-Kampagne sollte das ramponierte Ansehen der Streitkräfte in der Öffentlichkeit verbessert werden; in Berlin kamen noch zwei Motive hinzu: 1. Durch den symbolischen Gehalt des 13. August sollte die Bundeswehr im nachhinein zum militärischen Sieger in der Blockkonfrontation erklärt werden; 2. nicht zuletzt durch die in Berlin zu erwartenden Gegenaktionen bot sich die willkommene Gelegenheit, sieben Wochen vor der Bundestagswahl die Bundeswehr vor den Karren der CDU/CSU zu spannen. Dort werde man ja sehen, wer zur Bundeswehr stehe und wer nicht - so Rühe offenherzig.

Die Tradition von Lidice und Oradour

Die Berliner CDU und der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen unterstützten das Unternehmen von Anfang an. Ihrem Koalitionspartner SPD allerdings schien das Datum unpassend. Ihm grause bei dem Gedanken, daß sich an diesem Tag die Bundeswehr in Berlin öffentlich darstelle, meldete sich beispielsweise SPD-Vize Wolfgang Thierse zu Wort. Wecke dieses Datum doch bei ihm und vielen Ostdeutschen "traurige und bittere Erinnerungen". Die Evangelische Kirche und der Bundeswehrverband äußerten ebenfalls Kritik. Die SPD schlug vor, die Bundeswehr am 20. Juli, dem 54. Jahrestag des Hitler-Attentats des militärischen Widerstands, aufmarschieren zu lassen. Das wurde von der Bundesregierung abgelehnt.

Anfang März einigten sich Regierung, SPD-Opposition und Berliner Senat schließlich mit ihrem sicheren Gespür für Traditionen auf das scheinbar "neutrale" Datum 10. Juni. Erst nach Protesten fiel ihnen auf: Am 10. Juni 1942 ermordete die SS alle Einwohner der tschechischen Stadt Lidice, und auf den Tag genau zwei Jahre später töteten Soldaten der Waffen-SS 624 Bewohner des französischen Dorfes Oradour-sur-Glane. Aber dies war natürlich kein Grund, das Gelöbnis abzusagen.

Wie 1996, als zum erstenmal in der Berliner Nachkriegsgeschichte ein öffentliches Rekruten-Gelöbnis stattfand, mobilisierte ein breites Bündnis - von Jusos, über Gewerkschaften, Bündnisgrüne und PDS bis hin zu Autonomen - zu Gegenaktionen. Vor allem die "Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär" mit ihren guten Kontakten zu den Berliner Bündnisgrünen trug die Vorbereitungen. Mit Hilfe des Berliner Oberverwaltungsgerichtes gelang es dann zu guter Letzt, eine Demonstration in Sichtweite des Aufmarschplatzes am Roten Rathaus durchzusetzen.

Gelöbnisnahe Proteste

Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) und seine Mannen hatten im Vorfeld alles dafür getan, den Protest zu unterbinden. Das Bündnis "Gelöbnix" hatte ursprünglich geplant, auf dem in unmittelbarer Nähe gelegenen Marx-Engels-Forum ein "Friedensfest" zu feiern - zum Mißfallen des Innensenators, der sofort ein Verbot erließ, getreu seinem Motto: Die Polizei werde auf jeden Fall verhindern, daß das Gelöbnis durch Trillerpfeifen oder andere Lärminstrumente gestört werde. Landesschutzpolizeidirektor Gernot Piestert sekundierte: "Wenn sie (die Demonstranten; Anm. mb.) in Hörweite ‚Mörder, Mörder` rufen, ist das eine Beleidigung und somit ein

Straftatbestand." (Berliner Zeitung, 9.6.98) Konsequent sollte das Bündnis deshalb auf den Schloßplatz abgeschoben werden, der durch den wuchtigen Bau des "Palastes der Republik" vom Roten Rathaus abgeschirmt wird.

Dadurch wäre die Durchführung der Protestversammlung im Bereich der Gelöbnisfeierlichkeiten nicht mehr gegeben, kritisierte das Oberverwaltungsgericht in seiner Entscheidung, mit der es den gelöbnisnahen Protest in Sichtweite zum Roten Rathaus zuließ. Die Bundeswehr - so schrieb das Gericht Schönbohm, Rühe und Konsorten ins Stammbuch - könne nicht beanspruchen, das Gelöbnis auf einem öffentlichen Platz vor einem "ihr wohlgesonnenen oder wenigstens meinungsindifferenten Publikum" durchzuführen. (taz Berlin, 10.6.98)

Doch Papier ist geduldig - mit 2.500 Polizisten, acht ineinander verschränkten Mannschaftswagen und einem drei Meter hohen Drahtzaun wurde der Kundgebungsplatz hermetisch in Richtung Rotes Rathaus abgeriegelt, dessen Umgebung weiträumig gesperrt. Doch das alles konnte nicht verhindern, daß sich die Antimilitaristen, von denen ein Teil zuvor in einem kleinen Demozug von der Humboldt-Universität zum "Friedensfest" gezogen waren, lautstark Gehör verschafften. Maximal 1.500 Protestierende waren mobilisiert worden, die allerdings alles dafür taten, ohrenbetäubenden Lärm zu veranstalten. Die Mitteilung, daß man auf dem Gelöbnisplatz gut zu hören sei, spornte noch mehr an.

Der Protest konnte auch nicht durch die Polizei zerschlagen werden, die - entgegen des Gerichtsentscheids - während der Kundgebung verlangten, die Lautsprecheranlage abzuschalten. Da dies nicht geschah, betätigten sich die Bullen wieder einmal als Rechtsbrecher: Unvermittelt tauchten sie vor der Absperrung auf, bahnten sich mit Knüppeln einen Weg zur Lautsprecheranlage und zerstörten kurzerhand den Generator. Dabei wurden 16 Leute festgenommen und zahlreiche verletzt. Nur der heftig einsetzende Regen verhinderte wohl, daß Schönbohms Schergen noch rabiater vorgingen.

Prinzipienfest gegen grüne "Heuchler"?

Mittlerweile haben die Proteste gegen das Berliner Gelöbnis die "hohe" Ebene der Parteipolitik erklommen. In der Bundestagsdebatte zur Verlängerung des SFOR-Mandats der Bundeswehr am 19.6. war die Rede des Bundesvorstandssprechers der Bündnisgrünen, Jürgen Trittin, bei der Protestveranstaltung Gegenstand von Vorwürfen der CDU/CSU/FDP/SPD an die Adresse der Grünen. Joschka Fischer und Werner Schulz nutzten die Gelegenheit, sich von Trittin öffentlich zu distanzieren. Schon forderten einige Grüne seinen Rücktritt.

Was Trittin in Berlin sagte, erschien ihnen "geschmacklos": Dieses Gelöbnis sei nicht öffentlich zu nennen, vielmehr sei es ein mobiler Kasernenhof unter Polizeischutz; wenn es Rühe um die Pflege der Tradition ginge, dann müsse er sich - am Jahrestag des Massakers von Lidice - fragen lassen, an welche Tradition er anknüpfen wolle. Denn: "Es hat nur eine Zeit in Deutschland gegeben, wo öffentlich gelobt und vereidigt wurde, und das war nicht die Zeit der Demokratie, sondern die Zeit des blanken faschistischen Terrors." (Wortlaut siehe Dokumentation)

Während die Realos greinten, schaltete die CDU in Bild die Anzeige: "Der grüne Trittin haßt die Bundeswehr". Unter den Anfeindungen der politischen Gegner innerhalb und außerhalb seiner Partei äußerte sich Trittin nun anerkennend über die "vielfach schwierigen und aufreibenden Tätigkeiten" von Soldaten. (Berliner Zeitung, 20.6.98) Hat er in Berlin nur links geblinkt, um dann rechts abzubiegen? Jedenfalls steht er immer noch für den bundeswehrkritischen, antimilitaristischen Flügel seiner Partei. Moralische Vorhaltungen ("Heuchler"-Rufe gegen Trittin) und ein undifferenziertes Weltbild, das die Grünen einfach auf die andere Seite der Barrikade verweist, sind jedenfalls nur Ausdruck dafür, daß man sich standhaft weigert, die Widersprüchlichkeit der Politik zu begreifen - wie es bei den Berliner Gelöbnisprotesten von Teilen des Bündnisspektrums geschehen ist.

So gerät aus dem Blick, daß man aus vielerlei Gründen gegen öffentliche Gelöbnisse sein kann. Aktionen mit 300 bis 500 Leuten unter der Parole "Nie wieder Deutschland" - wie im Vorfeld der Berliner Gelöbnisproteste - sind jedenfalls beim besten Willen keine Alternative.

mb., Berlin

Dokumentation

Rede von Jürgen Trittin auf der Gelöbnis-Kundgebung in Berlin

"Liebe Freundinnen und Freunde,

das Verwaltungsgericht hat der Bundeswehr und dem General Schönbohm, der hier im Nebenberuf noch Innensenator ist, eine Lektion ins Stammbuch geschrieben. Es hat ihm aufgeschrieben, daß öffentliche Plätze für alle da sind, nicht nur für die Bundeswehr. Und es hat hinzugefügt, die Bundeswehr kann nicht beanspruchen, das Gelöbnis auf einem öffentlichen Platz ausschließlich vor einem ihr wohlgesonnenen Publikum durchzuführen. Wir fordern die Polizei und die Einsatzleitung auf, diesem Spruch des Gerichtes hier Folge zu leisten und aufzuhören, diese Kundgebung weiter mit kleinlichen Aktionen zu schikanieren. Ich füge aber ein weiteres hinzu: Es kann heute schon als sicher gelten, der Plan, ein zweites öffentliches Gelöbnis in Berlin durchzuführen, ist gescheitert.

Dieses Gelöbnis, was hier stattfindet, das ist nicht öffentlich. Das ist ein mobiler Kasernenhof unter Polizeischutz und nichts anderes.

Liebe Freundinnen und Freunde, fast können einem die Soldaten dort hinter dem Zaun ja leid tun. Ich sage: fast. In über hundert Fällen hat der Bundesverteidigungsminister in diesem Jahr Soldaten für Wahlkampfzwecke eingesetzt, und ich finde, auch ein Stück mißbraucht. Aber - mit Nachdruck - wir sind jederzeit an jedem Ort und in jedem Jahr gegen öffentliche Gelöbnisse.

Wir sind genau aus diesem Grund gegen öffentliche Gelöbnisse, den Herrn Rühe selber genannt hat. Auf die Frage, warum man denn so etwas brauche, wo es ein Soldatengesetz und alles mögliche gibt, warum heute noch Soldaten nicht etwa auf die Verfassung, das Grundgesetz, sondern auf eine abstrakte Bundesrepublik geloben, hat er gesagt: Es geht um die Pflege von Tradition.

Nun schauen wir uns in der traditionsreichen, aber ruhmarmen deutschen Geschichte um. Selbst in Preußen, einer Militärdiktatur. Und es gibt nichts Gutes, wenn man sagt: Man knüpft an preußische Traditionen an. Selbst in Preußen haben Gelöbnisse und Vereidigungen im Kasernenhof stattgefunden.

Es hat, liebe Freundinnen und Freunde, es hat nur eine Zeit in Deutschland gegeben, wo öffentlich gelobt und vereidigt wurde, und das waren nicht die Zeiten der Demokratie, sondern des blanken faschistischen Terrors. Und ich sage ganz deutlich, es hat Kritik an den Veranstaltern dieses (breiten) Bündnisses gegeben wegen eines Plakates: Wer am Jahrestag von Lidice hier ein Gelöbnis veranstaltet und sich dabei auf Traditionen beruft, der stellt die Bundeswehr selbst in die Tradition der Wehrmacht, und deswegen mit allem Nachdruck: Nein zu dieser Tradition.

Wer öffentliche Gelöbnisse veranstaltet, muß sich selbst über Rechtsradikale und Neonazis in der Armee und in der Gesellschaft nicht wundern."

5. Ein Sieg der Partei. Die Grünen stehen zur "demokratischen Armee"

Autor: Js. · Rubrik: Bundeswehr; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:29

"Trittin siegt auf der ganzen Linie" (taz), er muß nicht wegen bundeswehrkritischer Äußerungen zurücktreten, Bundes- und Fraktionsvorstand der Bündnisgrünen weisen "mit Nachdruck" alle Angriffe gegen den Parteisprecher zurück. Allen voran Fraktionschef Fischer und Parteisprecherin Röstel erklären sich mit Trittin solidarisch - was schert sie ihr distanzierendes Geschwätz von gestern? Nachgekartet wird offiziell nicht - die Einigung auf eine gemeinsame Erklärung war schon schwer genug. Sieg also für Trittin?

Nein, widerspricht der parlamentarische Geschäftsführer Werner Schulz: "Es gibt nur einen Sieger; das ist die Partei..." So sieht es auch Fraktionssprecherin Kerstin Müller: "Die Kategorien Sieg und Niederlage halte ich in diesem Zusammenhang für völlig falsch." Alle sind glücklich, daß die Partei nun zur "Geschlossenheit" zurückgefunden hat.

Daß der Streit so schnell beigelegt wurde, ist bedauerlich. Endlich hatten sich die verbliebenen Linksgrünen wieder einmal zur Wehr gesetzt. Der ehemalige Parteisprecher Ludger Volmer prägte das schöne Wort von der "Mobbing-Kampagne der Realos" und brillierte mit präzise formulierten Beleidigungen: "Daß sich Poppe, Schulz, Eid, Kiper und Metzger bei den Konservativen anbiedern, sollte man nicht überbewerten. Sie haben schon in der Schule gepetzt."

Nun wollen also alle Beteiligten wieder nett zueinander sein und sich "geschlossen" in "einen der schwersten Wahlkämpfe der Geschichte" stürzen. Da bleibt kein Raum für die Klärung inhaltlicher Streitfragen. Die haben nämlich in dem Gezänk kaum eine Rolle gespielt. Auch Jürgen Trittin hat sich in seiner angefeindeten Rede überhaupt nicht über die Institution der Bundeswehr geäußert; Bundes- und Fraktionsvorstand betonen in ihrer Erklärung vom 22. Juni die positive Haltung der Grünen zur "demokratischen Armee", für die Werner Schulz sich eine besondere Sympathiewerbung ausgedacht hat: Er will Rekrutengelöbnisse in den Kasernen durchführen und "mit einem Tag der offenen Tür verbinden".

Selbst über solche Bekenntnisse zur Bundeswehr wird bei den Grünen nicht gestritten - obwohl sie im Gegensatz zum Parteiprogramm stehen. Dort wird der "Abbau der Bundeswehr und des staatlich verordneten Ersatzdienstes" gefordert; langfristig "wird eine Abschaffung des Militärdienstes erwartet". Diese Forderungen wurden 1980 - zu einer Zeit scharfer Ost-West-Konfrontation - beschlossen, als große Teile der Grünen noch dafür plädierten, die "Russenangst der Bevölkerung ernst zu nehmen". Heute, wo dieses Feindbild weitgehend verschwunden ist, stellen auch linke Grüne die Existenzberechtigung der Bundeswehr nicht mehr in Frage - zumindest nicht öffentlich.

Wenn es um deutsche Militäreinsätze geht, genießen die grünen Bundestagsabgeordneten "Gewissensfreiheit": 33 von ihnen stimmten für die weitere Beteiligung der Bundeswehr an der SFOR-Mission in Bosnien (6 stimmten dagegen, 8 enthielten sich). Schon denkt Joschka Fischer laut über eine Intervention der "Staatengemeinschaft" im Kosovo nach - notfalls auch ohne UN-Mandat.

Es war Verteidigungsminister Rühe (CDU), der sich im Bundestag über den grünen Anpassungskurs lustig machte: Um nur ja regierungsfähig zu erscheinen, werde Fischer demnächst wohl noch die Bombardierung Bagdads fordern. Das ist natürlich "bösartige Polemik" - aber nicht ohne einen wahren Kern, wie auch Teile der taz-Redaktion erkannt haben. Die Gelöbnisaffäre, schreibt Stefan Reinecke, "ist ein böses Zeichen, welche Rolle die Grünen als Regierungspartei spielen könnten. Die Partei ist auf dem Weg, ein würdiger Nachfolger der FDP zu werden: als Umfaller."

Js.

6. Tausend Friedensbewegte in Osnabrück

Autor: Vo · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:14

Na also: Die europäische Friedensbewegung lebt. Das zeigte der Europäische Friedenskongreß zu Pfingsten in Osnabrück. Gut eintausend Menschen kamen dort vom 29. bis 31. Mai in der Stadthalle zusammen. Auch wenn quantitativ die TeilnehmerInnen aus Deutschland eindeutig überwogen (ca. zwei Drittel) und der internationale Charakter des Treffens dadurch etwas wenig ausgeprägt war, kann doch von einer gewissen europäischen Vernetzungsleistung gesprochen werden. Denn immerhin waren Leute aus 31 "Herren Länder" in Osnabrück versammelt. Besonders erfreulich war die starke (süd)osteuropäische und russische Präsenz.

Geboten wurde ein äußerst kompaktes und vielfältiges Programm. Der Kongreß war organisiert in Plenumsveranstaltungen, drei sogenannten Foren und zahlreichen Arbeitsgruppen. Sonderveranstaltungen und ein attraktives Kulturprogramm - inklusive open-air-Konzert und "Friedensgala" mit dem Conferencier Roger Willemsen - kamen hinzu, so daß die KongreßteilnehmerInnen drei Tage lang in Atem gehalten wurden. Die große organisatorisch-technische Anstrengung, die mit der Ausrichtung eines solchen Kongresses unvermeidlich verbunden ist, wurde vom Osnabrücker Organisationsbüro weitgehend bravourös gemeistert. Und so waren Atmosphäre und Stimmung gut; allenthalben traf mensch auf die Meinung, daß es erfrischend und ermutigend sei, endlich einmal wieder (nach den vergleichbaren END-Konferenzen der European Nuclear Disarmament Campaign der 80er Jahre) in dieser Form zusammenkommen zu können. Einander kennenlernen und Erfahrungen austauschen - das stand demgemäß im Vordergrund des Interesses vieler KongreßteilnehmerInnen, unter denen sich erfreulicherweise neben alten und mittelalten FriedenskämpferInnen auch viele jüngere Leute fanden. Dieser Erfahrungsaustausch und diese Vernetzungsarbeit wird wohl denn auch wohl als das eigentlich positive und zukunftsträchtige Resultat des Kongresses gewertet werden müssen. Mehr - sprich: tatsächlich tragfähige europaweite massenwirksame Kampagnen und Projekte - ist nicht herausgekommen, war unserer Einschätzung nach aber auch nicht zu erwarten (s. die Berichterstattung in ak zum Kongreß während der Vorbereitungszeit).

Eine breite Themenpalette

Da auf dem Kongreß eine Vielzahl von Themen aus dem Gebiet von antimilitaristischer und Friedensarbeit angesprochen wurde und sich während des Kongresses auch nicht ein oder zwei Themen als die zentralen herausschälten, kann im folgenden auch nur ein subjektiver Ausschnitt aus dem reichhaltigen inhaltlichen Angebot vorgestellt werden, wobei allerdings versucht werden soll, ein paar thematische Grundtendenzen aufzuzeigen.

Sogleich im ersten inhaltlichen Beitrag des Plenums am Freitag, dem Vortrag der schwedischen sozialdemokratischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Maj-Brit Theorin, die auch schon einmal schwedische Abrüstungsministerin war, wurden eine Reihe zentraler Probleme angeschnitten. Ausgehend von der Kritik an den Nukleartests Indiens und Pakistans, die unmittelbar vo dem Kongreß stattgefunden hatten und unter deren Eindruck die in Osnabrück Versammelten daher sehr stark standen, ging Theorin auf ein altes, aber immer noch aktuelles Thema der europäischen Friedensbewegung ein, nämlich die Nuklearrüstung. Auch wenn dieses Thema in der breiten Öffentlichkeit heute kaum noch eine Rolle spielt, ist die mit der nuklearen Rüstung verbundene Gefahr für das Überleben der Menschheit nach wie vor nicht gebannt. Theorin vertrat sogar die Einschätzung, daß die Gefahr einer Nuklearkatastrophe heute größer sei als zu Zeiten der Blockkonfrontation zwischen Ost und West. Sie kritisierte in diesem Zusammenhang die NATO, die immer noch an ihrer alten Nukleardoktrin aus den Zeiten des Kalten Krieges festhält und im Rahmen dieser Doktrin auch den Ersteinsatz von Nuklearwaffen vorsieht. Sie sprach sich dagegen für nukleare Abrüstung aus und stellte ein mehrschrittiges Konzept für eine Verminderung der Nuklearkriegsgefahr vor: Aufhebung der Alarmbereitschaft für alle Nuklearwaffen, Trennung von Nuklearsprengköpfen und Trägermitteln, Beendigung der Dislozierung sub-strategischer Nuklearwaffen auf den Territorien von Nicht-Nuklearstaaten, Verzicht auf alle Nuklearwaffenversuche, Verzicht auf die Ersteinsatzdoktrin.

Auch später spielte die Nuklearfrage auf dem Kongreß noch eine Rolle. Dabei wurden nicht nur die Atomwaffentests von Indien und Pakistan verurteilt, sondern auch die besondere Verantwortung und Mitschuld der etablierten Nuklearwaffenmächte angeprangert, die keinerlei Bereitschaft zeigen, ihren Verpflichtungen zu

nuklearer Abrüstung nachzukommen. Und es wurde an die Forderung der europäischen Friedensbewegung der 80er Jahre nach einem atomwaffenfreien Europa angeknüpft. Für die deutsche Friedensbewegung ergibt sich hieraus die Aufgabe, endlich die vollständige Entnuklearisierung der BRD durchzusetzen. An der Realisierung dieser Forderung wird sich auch die Politik einer eventuellen rot-grünen Regierung messen lassen müssen.

Auch in der Frage der NATO-Osterweiterung bezog Theorin klar Position: Diese Politik isoliere Rußland und werde Spaltungslinien in Europa wiedererstehen lassen. Diese Einschätzung wurde von den russischen KongreßteilnehmerInnen weitgehend geteilt. Alexander Sergounin, Politikwissenschaftsprofessor an der Universität Nishni-Novgorod, entwickelte als Gegenmodell das Konzept einer gesamteuropäischen Friedensordnung unter Einbeziehung Rußlands auf der Basis der OSZE. Sehr viel mehr als diese Probleme der internationalen politischen Zusammenhänge brannten allerdings den meisten russischen Delegierten die menschenrechtlich unhaltbaren Zustände in der russischen Armee unter den Nägeln. Die Petersburger Soldatenmütter berichteten über Menschenrechtsverletzungen, Schikanen, Folterungen und Morde an jungen Rekruten, die in der einstmals ruhmreichen Roten bzw. Sowjetarmee heute an der Tagesordnung sind. Und die Delegation aus Twer, der russischen Partnerstadt Osnabrücks, legte dem Kongreß eine Resolution zur Verabschiedung vor, in der vom Präsidenten Jelzin und der Staatsduma der Russischen Föderation gefordert wird, endlich das in der russischen Verfassung "eigentlich" verankerte Recht auf Kriegsdienstverweigerung endlich auch praktisch wirksam werden zu lassen, indem das hierfür notwendige, aber immer wieder verzögerte Gesetz über einen alternativen Ersatzdienst schnellstens verabschiedet wird.

Neue Formen des Krieges

Theorin schnitt in ihrem Einleitungsbeitrag nicht nur gleichsam "klassische" Themen der europäischen Friedensbewegung an, sondern machte auch auf relativ neue Entwicklungen aufmerksam. So verwies sie darauf, daß in den Kriegen von heute rund 95% der Opfer durch den Einsatz von Kleinwaffen sterben. Während der große menschheitsvernichtende Nuklearkrieg mithin eine potentielle Gefahr ist, sind die vielen schmutzigen "kleinen", mit technisch relativ anspruchslosen Kleinwaffen geführten innerstaatlichen Kriege gegenwärtig für Millionen von Menschen in der Dritten Welt alltägliche Realität. Ausgehend von der erfolgreichen Landminenkampagne müsse die Friedensbewegung sich künftig verstärkt dem Thema Kleinwaffen(handel) und Antipersonenminen zuwenden.

Auf einen weiteren "modernen" Aspekt des realen aktuellen Kriegsgeschehens, der von der Friedensbewegung bisher vernachlässigt wurde, wurde auf dem Kongreß an mehreren Stellen hingewiesen: Die "Privatisierung" von Gewalt. Zusehends bieten private Sicherheitsdienste und multinationale Söldnerkonzerne bedrängten Regierungen in der Dritten Welt ihre "Leistungen" an, wenn es darum geht, unbotmäßige Untertanen zusammenzuschießen oder das Regime und seine Wirtschaftsunternehmen gegen oppositionelle Bewegungen zu schützen. Der südafrikanisch-britische Söldnerkonzern Executive Outcomes ist ein Musterbeispiel für diese Form modernen Unternehmertums. Er hat schon für mehrere afrikanische Regime die Drecksarbeit gemacht und sich dafür u.a. durch Anteile an lukrativen Bergwerksprojekten entlohnen lassen. Diesen nichtstaatlichen Kriegsunternehmen ist mit den bisherigen Formen antimilitaristischer Aktivitäten, z.B. der Kriegsdienstverweigerung, überhaupt nicht mehr beizukommen. Es stellt sich die Frage, ob und wie die internationale Friedensbewegung diesen internationalen Menschenschlächter-Konzernen wirksam auf die Pelle rücken kann.

Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung

Im zweiten inhaltlichen Beitrag des Auftaktplenums am Freitag ging einer der großen alten Männer der israelischen Friedensbewegung, Uri Avnery, auf eines der zentralen Themen des Kongresses, nämlich das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung, ein. Auch wenn er sich voll und ganz für dieses Menschenrecht einsetzte, so äußerte er doch auch nachdenkliche Gedanken, die die Stimmung des: "Wir sind alle eine große Friedensfamilie und einer Meinung", die sich wattemäßig über den Kongreß zu legen drohte, ankratzten. Mit dem Hinweis auf die Vernichtung der Juden durch die Deutschen im Zweiten Weltkrieg und die Notwendigkeit, den Faschismus militärisch niederzuringen ("Es gab keine Alternative zum Krieg gegen Hitler-Deutschland"), problematisierte er die Position der "absoluten Kriegsdienstverweigerung immer und unter allen Umständen". Und auch seine persönliche Erfahrung als junger Soldat im arabisch-israelischen Krieg 1948, als es um die Existenz des jungen Staates Israel ging, führte er an, um das Problem deutlich zu machen. Zugleich äußerte er

aber auch scharfe Kritik an der friedensfeindlichen Politik der heutigen israelischen Regierung und würdigte positiv alle jenen jungen Israelis, die mit ihrer "bedingten" (und eben nicht "absoluten") Kriegsdienstverweigerung sich konkret eben dieser friedensfeindlichen Politik verweigerten. In diesem Zusammenhang berichtete er auch von einer Initiative der israelischen Friedensbewegung, die er zur weltweiten Nachahmung empfahl: Ausgehend von der Einschätzung, daß die Siedlungen in den besetzten Gebieten das größte Hindernis für den Frieden seien, laufe nunmehr eine Kampagne zum Boykott aller Produkte und Waren aus diesen Siedlungen. Dieser Boykottvorschlag rief auf dem Kongreß glücklicherweise lebhafte Diskussionen hervor, war doch der Mehrheit der deutschen TeilnehmerInnen bewußt, wie problematisch eine solche Aktionsform in Deutschland angesichts der nazistischen Vergangenheit mit ihren Kampagnen unter dem Motto: "Deutsche, kauft nicht bei Juden!" ist. KongreßteilnehmerInnen aus anderen europäischen Ländern konnten mit dem Vorschlag verständlicherweise unbefangener umgehen.

Unumstritten war auf dem Kongreß, daß das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung europaweit durchgesetzt werden müsse. Staaten und Regierungen, die dieses Menschenrecht nach wie vor mit Füßen treten - wie etwa die Türkei oder Rußland - wurden heftig kritisiert. Einhellig war man für die Abschaffung der Wehrpflicht und aller Ersatzdienste und forderte das Recht auf Asyl für Deserteure und verfolgte Kriegsdienstverweigerer. Ferner entstand auf dem Kongreß der konkrete Plan, ein europäisches Schwarzbuch über Menschenrechtsverletzungen in allen europäischen Armeen zu erstellen. Zugleich war man sich bewußt, daß beim anhaltenden Trend herrschender Politik zum Verzicht auf die Wehrpflicht und zur Aufstellung hochmoderner, von Berufssoldaten bemannten Interventionsarmeen neue Verweigerungsformen jenseits der klassischen Kriegsdienstverweigerung künftig verstärkt notwendig werden. In diesem Zusammenhang wurde die Idee einer europaweiten Kriegssteuerverweigerungskampagne als "Kriegsdienstverweigerung der Zukunft" lebhaft diskutiert.

Überlegungen, den Kongreß mit einer "Osnabrücker Erklärung" abzuschließen, die Positionen und Forderungen des Kongresses in geballter Form der Öffentlichkeit hätte zur Kenntnis geben sollen, wurden letztendlich nicht realisiert. Bei den VeranstalterInnen setzte sich die Auffassung durch, daß die Vielfältigkeit der Kongreßberatungen in einer solchen Erklärung nicht eingefangen werden könnte; außerdem lagen mit dem Memorandum "Für eine Friedenspolitik ohne Militär" und der Erklärung zur Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht bereits substantielle Texte vor, die auf dem Kongreß und im Vorfeld recht breit diskutiert worden waren. Statt einer Erklärung übergab eine Delegation, die sich aus VertreterInnen aller am Kongreß beteiligten nationalen Friedensbewegungen zusammensetzte, im Osnabrücker Rathaus daher eine Dokumentenmappe, die alle Resolutionen, Erklärungen und Appelle, die während des Kongresses erarbeitet und diskutiert worden waren, enthielt. Das spiegelte einerseits - positiv - die Buntheit des Kongresses und andererseits - negativ - das Fehlen zentraler gemeinsamer Projekte wieder. Frei nach dem Motto: Jede(r) macht, was er/sie will, aber das machen wir gemeinsam. Der guten Stimmung tat das keinen Abbruch; es herrschte das Gefühl, der Kongreß sei eine gelungene Sache, und so ergab sich - wohl auch in Ermangelung anderer konkreter Projekt- und Kampagnenvorschläge - alsbald die Idee, daß man "so etwas" möglichst bald einmal wieder, wenn nicht gar in regelmäßigen Abständen, machen sollte. Manni Stenner vom deutschen "Netzwerk Friedenskooperative", in dem die allermeisten relevanten bundesdeutschen Friedensorganisationen vertreten sind, äußerte auf der Abschlußveranstaltung den Wunsch, daß Osnabrück eine Tradition begründen möge und daß andere deutsche oder europäische Städte den Staffelstab übernehmen mögen. Ob das klappt, bleibt abzuwarten. Ebenso abzuwarten bleibt, ob ein Lieblinsprojekt der Osnabrücker KongreßvorbereiterInnen realisiert wird: Sie wollen nämlich als Maßnahme konkreter Rüstungs- und Standortkonversion die Anlagen der großen britischen Garnison in der Stadt zu einer internationalen "Europäischen Friedensuniversität" umfunktionieren. Mit dem Erfolg des Osnabrücker Kongresses dürfte man diesem Ziel einen Schritt näher gekommen sein.

Und noch ein Kongreß

Gewiß ist allerdings schon heute, daß es im kommenden Jahr, genauer: vom 10. bis 16. Mai, in Den Haag einen großen europäischen Friedenskongreß geben wird anläßlich der ersten europäischen Friedenskonferenz vor einhundert Jahren. In Osnabrück wurde der Planungsstand dieses Kongresses vorgestellt. Die OrganisatorInnen erwarten mehrere tausend TeilnehmerInnen; es soll um vier große Themenbereiche gehen: Abrüstung, Zivile Konfliktbearbeitung, Völkerrecht sowie Kriegsursachen und Kultur des Friedens. Mittlerweile

gibt es eine Einladung zu einem ersten deutschen Vorbereitungstreffen, auf dem beraten werden soll, wie sich die deutsche Friedensbewegung im Mai 1999 in Den Haag einbringen kann.

Für die deutsche Friedensbewegung von Bedeutung ist ferner, daß bei einem Treffen von zahlreichen bundesdeutschen Organisationen am Rande des Kongresses verabredet wurde, daß man sich als Friedensbewegung "mit einer Stimme" in die Vorbereitungen der Gegenaktivitäten zu den G8- und EU-Gipfeln in Köln im Frühsommer nächsten Jahres einklinken will, um zu gewährleisten, daß dort friedenspolitische und antimilitaristische Inhalte angemessen vertreten sind. Das Netzwerk Friedenskooperative wird zu diesem Zwecke zu Beratungen einladen.

Vo

Wer auf dem Kongreß nicht dabei sein konnte, kann eine Kongreß-Dokumentation erwerben, die in Buchform ab Herbst vorliegen soll. Bestellungen an: agenda-Verlag, Hammer Str. 223, 48153 Münster.

7. Erfolg und Chance der Anti-AKW-Bewegung. Der Castor-Skandal

Autor: Bernd Schmidt · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:36

Mit dem martialischen Polizeiaufgebot, das den Castor-Transport nach Ahaus durchsetzte, erweckte der Staat noch Anfang März den Eindruck, die Castor-Transporte und die Atomindustrie seien unaufhaltsam. Gewiß es gab auch entschlossene Menschen, die sich auf die Straße und Schiene wagten, Sand im Getriebe des Atomstaates waren und die strahlende Fracht immer wieder zum Halten brachten. Daß aber die Castor-Transporte so kurz vor dem - wenn auch ersteinmal nur zeitlich begrenzten - Aus standen, hätte sich im März keineR träumen lassen.

Eigentlich war nichts besonderes geschehen. So sehen es zumindest die Kraftwerkstechniker. Damit haben sie in gewisser Weise auch Recht. Beim Beladen der Castor-Behälter unter Wasser lagern sich radioaktive Partikel außen an den Behältern an. Sie kontaminieren ihn. Jahrelang fuhren Castor-Transporte, die weit über dem Grenzwert radioaktiv kontaminiert waren, von deutschen AKWs zu den Wiederaufarbeitungsanlagen im Ausland und zurück in deutsche Zwischenlager. Die erhöhten Meßwerte wurden entweder ignoriert, oder die Castoren erst gar nicht überprüft. Grenzwertüberschreitungen wurden auf jeden Fall geheim gehalten und tiefgreifende Konsequenzen nicht gezogen. Genau das ist, da haben die Kraftwerkstechniker recht, nichts besonderes. Sie haben in den AKWs ständig mit Werkzeugen, Geräten oder Anlagenteilen zu tun, deren Kontamination die Grenzwerte überschreitet. Das ist schlicht und ergreifend nicht zu vermeiden. Also versuchen sie entsprechende Teile zu dekontaminieren, das heißt abzuduschen und abzuwischen. Oder sie ersetzen sie einfach. Wenn beides nicht geht, dann werden etwaige Meßergebnisse einfach ignoriert.

Daß die radioaktive Kontamination der Castor-Transporte zu einem politischen Skandal wurde, lag alleine an dem anhaltenden Widerstand, den die Anti-Atom-Bewegung den Transporten entgegengesetzte. Um den wachsenden Widerstand in Grenzen zu halten, waren die Kraftwerksbetreiber gezwungen, der Öffentlichkeit zu suggerieren, daß die Castor-Transporte vollkommen harmlos seien. Alles werde doppelt und dreifach überprüft und die Bevölkerung könne den Betreibern und der Atomaufsicht wirklich blind vertrauen.

50.000 Becquerel

Die technische Seite des Castor-Skandals wiegt weit weniger schwer als die politische. Natürlich ist es alarmierend, wenn von 74 Castor-Transporten im letzten Jahr 23 radioaktive Kontaminationen weit über den Grenzwerten aufwiesen. Die von einem Castor-Transportgestell des AKW Grafenrheinfeld aufgestellte Rekordmarke von 50.000 Bequerell pro Quadratzentimeter, eine Überschreitung des Grenzwertes von vier Bequerell um das 12.500fache, spricht für sich. Aber solche Werte wurden nicht überall erreicht, sondern nur an relativ kleinen sogenannten "heißen Stellen". Für die BahnarbeiterInnen, die die Transporte abwickeln, und die PolizistInnen, die die Transporte begleiten, dürfte die aus dem Inneren der Castoren stammende Neutronenstrahlung weitaus gefährlicher sein. Nach Ansicht der internationalen Strahlenschutzkommission wird diese Strahlungsmenge durch deutsche Behörden systematisch zu niedrig bewertet.

Es gibt keine ungefährliche radioaktive Dosis. Die jetzt bekanntgewordenen Kontaminationen sind gefährlicher als es die - im Verhältnis zum hochradioaktiven Inhalt der Castor-Behälter niedrigen - Becquerell-Werte dem/der Unbedarften erscheinen lassen. Denn der hochradioaktive Inhalt des Behälters bleibt dort, solange dieser dicht ist. Nur die von ihm ausgesandte Neutronen- und Gammastrahlung dringt nach außen. Ihr ist mensch nur ausgesetzt, solange mensch sich in der unmittelbaren Umgebung der Behälter aufhält. Die auf den Castor-Behältern haftenden radioaktiven Partikel aber können aufgewirbelt und eingeatmet werden. Im Körper sind radioaktive Substanzen weitaus gefährlicher als außerhalb. Wenn sie erst im Organismus "eingebaut" sind, ist dieser ihrer Strahlung jahrelang ausgesetzt.

Besonders (un)zuverlässig

Politisches Gewicht bekommt der Castor-Skandal vor allem dadurch, daß er wieder einmal beweist, daß Nicht- beziehungsweise Falschinformation sowie Vertuschung in der Atomindustrie und den mit ihr befaßten Ministerien die Maxime politischen Handelns ist. Und wenn etwas ans Tageslicht kommt, wird auf die

Salamitaktik zurückgegriffen: "Immer nur das zugeben, was unmittelbar bewiesen werden kann!" So kommt die Wahrheit nur scheibchenweise und wahrscheinlich nie ganz ans Licht. Das ist natürlich nicht neu und wurde schon des öfteren durchexerziert. Nicht umsonst fühlen sich viele von dem aktuellen Castor-Skandal stark an den Transnuklear-Skandal von 1987 erinnert. Auch damals ging es um Atomtransporte. Was aber besonders interessant ist: Die heute in der Kritik stehende Firma, Nukleare Transportleistungs GmbH (NTL), ist die direkte Nachfolgerin der Firma Transnuklear, die damals im Zentrum des Skandals stand. NTL hat sogar die selbe Firmenadresse wie die aufgrund der Enthüllungen aufgelöste Transnuklear.

Damals kam ans Licht, daß Tausende von Atommüllfässern falsch deklariert waren. So befand sich z.B. Plutonium in Behältern, die für kontaminierte Putzlappen gedacht waren. Viele dieser falsch deklarierten Fässer wurden in einem illegalen Faßlager in Esenshamm gefunden. Noch heute stehen davon über 1.300 Fässer in Gorleben. Manche davon blähen sich auf. Andere haben Risse und wurden einfach mit Leukoplast abgeklebt. Entsorgungsverträge wurden im Bordell geschlossen und Schmiergelder sind in einer Höhe von mindestens 20 Millionen gezahlt worden. Bis heute ist der Verdacht nicht ausgeräumt, daß waffenfähiges Material an andere Staaten geliefert worden ist.

Damals wie heute beeilt sich das Bundesumweltministerium zu erklären, daß die betroffenen Firmen und Kraftwerke trotzdem "besonders zuverlässig" seien. Das muß es auch betonen, denn ohne diese "besondere Zuverlässigkeit" dürfen die Stromkonzerne - laut Atomgesetz - keine Atomtransporte durchführen und erst recht keine Atomkraftwerke betreiben. Es bleibt die Frage: Wer in diesem Lande ist unzuverlässig, wenn diese Herren es nicht sind? Vielleicht das Ministerium selbst? Dort ist nach eigenen Angaben "das Risiko, daß es im Verlauf des Transports zu einer überhöhten Strahlung kommen könne, seit längerem bekannt gewesen." "Theoretisch haben wir davon gewußt", so der Ministeriumssprecher. Diese Unterscheidung zwischen theoretischem und praktischem Wissen von den Kontaminationen zeugt von absoluter Unzuverlässigkeit. Das Bundesumweltministerium weiß jetzt aber zuverlässig, wo seine Aufgabe ist. "Es wird viel Mühe kosten, den Ruf der Kernenergiebranche wieder herzustellen", so Ministerin Merkel.

Die Chance nutzen

Wichtig für die Anti-Atom-Bewegung ist es, ihr Verdienst zu erkennen, daß aus den kontaminierten Castor-Transporten ein Skandal wurde. Dieser Skandal hat aber nicht nur zu einem Transportstopp geführt. Die Ablehnung der Atomkraft in der Bevölkerung hat sich vergrößert. Und die Atomlobby ist - zumindest zeitweise - so geschwächt, daß Merkel es sich auch in anderen Bereichen der Atompolitik nicht leisten kann, offen die Interessen der Kraftwerksbetreiber durchzusetzten. Nur wer seine Erfolge erkennt und feiert, hat die Kraft neue Erfolge zu erzielen.

Darüber darf die Bewegung aber nicht vergessen, daß der Erfolg eine große Chance ist, die es zu nutzen gilt. Es wäre fatal, wenn die Aktiven der Bewegung sich jetzt auf ihrem Erfolg ausruhen oder anderen Themen zuwenden würden, weil "jetzt ja Zeit ist" und "erstmal kein Castor-Transport mehr kommt". Die Anti-Atom-Bewegung hat derzeit einen Hebel in der Hand, über den sich vielleicht die Abschaltung aller Atomkraftwerke durchsetzen, auf jeden Fall aber die Debatte über die Abschaltung enorm zuspitzen läßt. Es gilt also die Arbeit zu intensivieren, und den Druck auf Atomlobby zu verstärken. Dabei gibt es drei Hauptziele:

Erstens soll der Transportstopp möglichst lange aufrecht erhalten werden. Dazu ist es notwendig, die politische und technische Diskussion genau zu verfolgen und sich mittels eigener ExpertInnen und SprecherInnen einzumischen. Das Thema muß im Bewußtsein der Öffentlichkeit gehalten werden, um eine taktische Lösung des Problems durch die Atomlobby zu vermeiden. Diese wird versuchen, die Kontamination der Castor-Behälter unter den Grenzwert zu drücken, indem sie kleine technische Veränderungen einführen und, wenn möglich den Grenzwert hochzusetzen wird. Außerdem werden die Atomkonzerne und die zuständigen Ministerien versuchen, das Vertrauen der Öffentlichkeit mit geringen personellen und strukturellen Veränderungen zurückzugewinnen.

Zweitens soll der politische Preis für den ersten Transport nach dem Stopp, wenn es ihn gibt, möglichst hoch getrieben werden. Es soll ein Tag-X wie in Gorleben oder Ahaus werden. Dazu ist es notwendig schon jetzt mit der Mobilisierung und Vorbereitung für den Tag-X zu beginnen. Unter anderem mit zentralen Aktionstagen und der Ankündigung, sich quer zu stellen.

Und drittens soll die jetzige Öffentlichkei genutzt werden, um immer wieder auf die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie hinzuweisen. In der selben Zeit, in der die Kampagnen gegen die Wiederaufnahme der Castor-Transporte laufen, finden auch wichtige politische Weichenstellungen in der deutschen Atompolitik statt. Es geht nicht nur darum, ob die Grünen ab September in der Bundesregierung sitzen, sondern auch welche Atompolitik sie dann betreiben. Dies hängt dann vor allem davon ab, wieviel Druck die Bewegung für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie aufbauen kann.

Aktionstag im Herbst

und Tag-X

Vieles von dem genannten wird von der Anti-Atom-Bewegung schon umgesetzt. Sie ist dabei, sich auf den Tag-X vorzubereiten, und wird am 13. September - also kurz vor den Bundestagswahlen - einen Aktionstag veranstalten. Die beiden zentralen Aktionsorte werden der Castor-Grenzübergang in Saarbrücken und das AKW-Stade sein.

Mit dem Grenzübergang in Saarbrücken wurde der größte von vier für einen Castor-Transport möglichen Grenzübergängen ausgesucht. Damit soll deutlich werden, daß es der Anti-Atom-Bewegung ausdrücklich auch um Transporte ins Ausland und nicht nur um die in deutsche Zwischenlager geht.

Das AKW-Stade ist besonders wichtig, weil es das AKW ist, dessen interne Lagerkapazitäten für abgebrannte Brennelemente ohne Castor-Transporte am schnellsten erschöpft sind. Ohne Castor-Transporte müßte es schon zum Jahreswechsel vom Netz gehen. Norddeutsche Anti-Atom-Gruppen haben deshalb beschlossen einen Castor-Transport aus Stade auch dann zu blockieren, wenn er nicht der erste Transport nach dem Stopp ist.

Für den Tag-X wird derzeit diskutiert, daß süddeutsche Anti-Atom-Gruppen Blockade-Camps an möglichen Grenzübergängen durchführen, während die Norddeutschen das Abfahrts-AKW blockieren. Selbst wenn es in Bayern liegt. Darüber hinaus wird es voraussichtlich viele Kleingruppen geben, die an der Strecke aktiv werden.

Bernd Schmidt

Kontakt für den Aktionstag in Saarbrücken und die Blockade der Grenzübergänge: Koordinationskreis gegen Castor Saar, c/o VSJS, Mainzer Str. 35, 66111 Saarbrücken, Tel.: 0681/635359, Fax: 0681/61586

Kontakt für den Aktionstag in Stade und die Blockade des Abfahrts-AKWs: Mal richtig abschalten, Bloherfelder-Str. 87, 26129 Oldenburg, Tel.: 0441/592762

Hinweis:

"Grüne Pläne zum Atomausstieg - was die Bewegung davon zu halten hat"

- dieser Artikel von Jochen Stay aus unserer letzten Ausgabe gibt es als vierseitiges DIN-A4-Flugblatt und kann bei uns bestellt werden. Wir geben die Flugblätter kostenlos ab.

Bestellungen können schriftlich oder telefonisch aufgegeben werden:

analyse & kritik

Rombergstraße 10

20255 Hamburg

Tel.:040 - 401 701 74

Fax: 040 -401 701 75

e-mail:ak-Redaktion@hh-cl.comlink.de

8. Castor heißt Atomstaat

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:37

Noch vor wenigen Wochen ging die Atomwirtschaft mit dem Slogan "Genaugenommen ist Castor nur ein anderes Wort für Demokratie" öffentlich hausieren. Das war schon damals eine Provokation. Denn angesichts der enormen Risiken, die mit der Atomenergienutzung verbunden sind, braucht gerade dieser Industriezweig ein höchstmaß an Abschirmung und Geheimhaltung. Die Atomwirtschaft übersteigt bei weitem die Möglichkeiten einer (parlamentarischen) Demokratie, bzw. unterhöhlt sie Schritt für Schritt. Immer wieder hat sich in den vergangenen Jahren die fatale und lebensgefährliche Abhängigkeit von Betreibern und Technokraten gezeigt:

In Brunsbüttel versuchte die Bedienmannschaft nach einem schweren Störfall die erforderliche Notabschaltung des Reaktors per Hand zu stoppen (1978), in Biblis pfuschten Techniker während eines Störfalls an Ventilen herum, was ohne weiteres zum Super-GAU hätte führen können (1987), der Transnuklear-Skandal machte deutlich, daß Bestechung und Betrug auch vor hochgefährlichem Atommüll nicht halt macht. Und immer wieder wurden Kontrollsysteme erweitert und ausgebaut, es wurde "tief geschnitten" - und was hat es gebracht?

Es ist doch völlig klar, daß die Betreiber nicht jedes Problem fröhlich weiter melden. Sie wissen natürlich, daß jede echte Panne, die bekannt wird, sofort zu heftigen und kritischen Reaktionen in der Öffentlichkeit führt und dabei immer wieder die Stillegung ihrer Atomanlagen droht. Und auch viele bei den Aufsichtsbehörden zuständige Menschen haben nicht unbedingt das Interesse, die Öffentlichkeit über die Risiken der Atomwirtschaft auf dem laufenden zu halten. Und natürlich stellt sich auch die Frage, wie denn ein Behördenmitarbeiter reagieren soll, der möglicherweise jahrelang von den Grenzwertüberschreitungen oder anderen Vorfällen wußte, diese aber persönlich für nicht weiter relevant einschätzte und der politischen Führung nichts mitteilte? Nimmt man also den Slogan der Atomwirtschaft wieder auf, dann muß es wohl heißen: Castor ist nur ein anderes Wort für Atomstaat!

DSe

9. Jetzt nur noch ein halber Skandal. Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes verabschiedet

Autor: Dk · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; CDU/CSU; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:26

Am 25. Juni hat der Bundestag mit den Stimmen von CDU, CSU, FDP und SPD eine erneute Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) beschlossen. Entgegen aller Proteste aus Kirchenkreisen, Wohlfahrtsverbänden und Flüchtlingsinitiativen ist diese umstrittene Gesetzesänderung damit doch noch vor der Sommerpause und in dieser Legislaturperiode verabschiedet worden. Die Zustimmung des Bundesrats am 10. Juli kann als sicher gelten, zumal etliche SPD-regierten Länder bereits in der Vergangenheit das Gesetzesvorhaben unmißverständlich unterstützt haben.

Ursprünglich sollte der Regierungsentwurf bereits eine Woche früher im Bundestag verabschiedet werden. Aufgrund massiver Bedenken der FDP-Fraktion wurde er jedoch von der Tagesordnung genommen. Die nun beschlossene Neufassung beinhaltet eine Reduzierung von Sozialleistungen auf "das unausweichlich gebotene Maß" für Flüchtlinge, die in die Bundesrepublik gekommen sind, "um Leistungen zu beziehen", und für diejenigen, die - etwa durch Vernichtung ihrer Ausweispapiere - ihre Ausreise verzögern. Die ursprünglichen Formulierungen, mit denen pauschal alle Flüchtlinge ausgehungert werden sollten, die illegal eingereist sind bzw. bei denen angeblich keine tatsächlichen Abschiebehindernisse mehr vorhanden sind, wurden gestrichen. Das bedeutet vor allem, daß die große Gruppe der bosnischen Kriegsflüchtlinge, aber auch Afghanen und VietnamesInnen von dieser Neuregelung nicht mehr bedroht sind.

Erfolg der Protestbewegung

Anfang Februar hatte der Bundesrat einer Initiative der Länder Berlin, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen zugestimmt, die für 250.000 bis 300.000 Flüchtlinge in der Bundesrepublik eine kalte Abschiebung per Hungerpeitsche bedeutet hätte. Das Asylbewerberleistungsgesetz - trotz aller Schäbigkeiten und strukturellen Monströsitäten immer noch ein soziales Leistungsgesetz - wäre zu einem direkten Instrument der Asyl- und Abschiebepolitik geworden (vgl. ak 412 vom 12. März 1998).

Im Zuge dieser Bundesratsentscheidung entstand eine massive und in dieser Breite für die Bundesrepublik ungewöhnliche Protestbewegung aus antirassistischen Gruppen, Flüchtlingsinitiativen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen bis hin zu einigen Ausländerbeauftragten von Ländern und Kommunen und dem UNHCR. Damit ist einer der seltenen Fälle eingetreten, in denen antirassistische Gruppierungen eine bündnispolitische Orientierung entwickeln konnten, die weit über ein enges, eher links-autonomes Spektrum hinausging. In vielfältigen Aktionen, Go-ins, Demonstrationen und Podiumsveranstaltungen wurde nicht nur Aufklärungsarbeit geleistet, sondern die jeweiligen Bundestagsabgeordneten auch vor Ort direkt unter Druck gesetzt.

Während der ExpertInnenanhörung im Bundestag Ende April äußerten vor allem die Wohlfahrtsverbände noch einmal scharfe Kritik an dem Gesetzentwurf. So hatte etwa die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege ein Gutachten in Auftrag gegeben, das u.a. vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht erstellt worden ist. Dort werden dem Gesetzentwurf des Bundesrates Gesetz- und Verfassungswidrigkeit sowie Verstöße gegen das Sozialstaatsprinzip vorgeworfen. Und selbst die Bundesärztekammer wandte sich scharf gegen diesen Gesetzentwurf. Ihr Menschenrechtsbeauftragter Montgomery, gleichzeitig Ärztekammerpräsident in Hamburg, sah massive Verstöße gegen die Gleichbehandlung von PatientInnen: "Die vom Bundesrat vorgesehene Gesetzesänderung verstößt zutiefst gegen die ethische Verpflichtung der Ärztinnen und Ärzte, alle Menschen gleich und nach ausschließlich medizinischen Gesichtspunkten zu behandeln. Ärzte können nicht zugleich Partner der Patienten und Erfüllungsgehilfen der Politiker sein."

Diesen massiven Protesten ist es zu verdanken, daß erstens die Bundesregierung einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen mußte (und das Verfahren somit auf jeden Fall noch einmal an den Bundesrat zurückgegeben werden muß) und daß sich vor allem SPD und FDP unter Druck gesetzt sahen.

Für die SPD war die Lage insofern besonders prekär, als daß sich einzelne SPD-Länder eindeutig hinter den Bundesratsentwurf gestellt hatten. Nicht nur Niedersachsen war ein vehementer Fürsprecher für eine Politik des Aushungerns. Auch die SPD in Rheinland-Pfalz, in Berlin und in Hamburg sprach sich für die Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes aus. Angesichts der öffentlichen Proteste hätte aber die SPD-Fraktion im Bundestag einem Gesetzentwurf der Bundesregierung, der im wesentlichen die Formulierungen der Bundesratsinitiative übernommen hätte, kaum zustimmen können. Bis zuletzt waren Bundestagsfraktion der SPD und vor allem das Land Niedersachsen daher bemüht, mit der Bundesregierung zu einer Kompromißlösung zu kommen. Die interne Rückzugslinie der SPD für den Fall, daß diese heimlichen Ansätze einer Großen Koalition scheitern sollten, war die: Im Bundestag ablehnen und gegenüber der Öffentlichkeit das Gesicht wahren und im Bundesrat - wo niemand so genau hinguckt - durchzocken.

Nur ein halber Sieg

Die Behauptung, jemand sei in die BRD gekommen, um Sozialleistungen zu beziehen, wird faktisch kaum beweisbar sein. Ebenso schwierig dürfte es für die Behörden werden, Menschen zu beweisen, daß sie mutwillig ihre Ausweispapiere vernichtet haben. Von daher könnte man davon ausgehen, daß die neue Gesetzesänderung nur geringe Auswirkungen für Flüchtlinge hat. Etliche PolitikerInnen von SPD und CDU äußern sich in diesem Sinne. So hält der rheinland-pfälzische Sozialminister Cesar den Gesetzentwurf deshalb für überflüssig und schlecht, weil er eben nicht wirksam "gegen Mißbrauch" anwendbar sei.

Sicher werden weniger Menschen von diesem Gesetzentwurf betroffen sein als von der ursprünglichen Bundesratsinitiative. Dies ist ein eindeutiger Erfolg der massiven Protestbewegung. Die Erfahrungen mit bundesdeutschen Sozial- und Ausländerbehörden zeigen jedoch, daß es häufig genug keine Rolle spielt, was wirklich bewiesen ist und was nicht. Es werden schlicht Fakten geschaffen, gegen die der oder die Betroffene ja anschließend klagen kann. Daß dieser Weg für Flüchtlinge besonders schwierig ist, liegt auf der Hand. Es ist somit zu erwarten, daß rechtmäßig zustehende Leistung - wenn überhaupt - nur nach mühseligen und teuren Gerichtsverfahren gewährt werden. Quantitativ so bedeutungslos, wie von CDU und SPD jetzt teilweise suggeriert, wird dieses Gesetz daher nicht sein; einmal abgesehen davon, daß auch diese Gesetzesnovelle zur pauschalen Stigmatisierung von Flüchtlingen als Sozialschmarotzer beiträgt.

Der grundsätzliche Skandal des Asylbewerberleistungsgesetzes, nämlich die Definition von unterschiedlichen Existenzminima für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, findet sich natürlich auch in dieser Novelle wieder. Das eigentliche Ziel muß es daher sein, dieses soziale Sondergesetz als Ganzes zu beseitigen. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist letztlich nicht reformierbar. Es gehört auf den Müllhaufen der Geschichte, besser heute als morgen.

Dk

10. Kirchenasyl: Ein Schritt vor - zwei zurück

Autor: ch. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kirche und Religionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:31

Mittlerweile befinden sich die 130 kurdischen Flüchtlinge bereits über fünf Monate in verschiedenen Kirchengemeinden Nordrhein-Westfalens im Kirchenasyl. Die Aussichten, daß sie ein Bleiberecht durchsetzen können, sinken trotz einer breiten Unterstützung der Aktion. (siehe ak 415)

Um der Forderung für ein Bleiberecht der kurdischen Flüchtlinge Nachdruck zu verleihen, veranstalteten 30 evangelische und katholische Kirchenkreise am 7. Juni in Düsseldorf ein Hearing zur Situation der Menschenrechte in der Türkei. Zu den TeilnehmerInnen gehörten u.a. Helmut Oberdiek (Verwaltungsgericht-Gutachter), Wolfgang Grenz (amnesty international), Heiko Kaufmann (pro asyl) und Hanswerner Odendahl (Flüchtlingsrat NRW). Rund 450 Menschen besuchten das Hearing. Zum Abschluß wurde die "Düsseldorfer Erklärung" verabschiedet. Dort heißt es: "Im Anschluß an das Hearing sind wir mehrheitlich zu der Überzeugung gelangt, daß Abschiebungen in die Türkei gegenwärtig ausgesetzt werden müssen, damit elementare Menschenrechte kurdischer Flüchtlinge nicht verletzt werden." Die Unterzeichnenden befürchten, daß kurdische Flüchtlinge nach der Abschiebung in die Türkei verhaftet und gefoltert werden. Dies gilt besonders für jene Flüchtlinge, die mit dem Kirchenasyl auf ihre Situation aufmerksam machen. Auch die sogenannte inländische Fluchtalternative besteht nach Auffassung der Unterzeichnenden nicht. An die politisch Verantwortlichen wurde appelliert, "niemanden in die Türkei abzuschieben, bis die Einhaltung der elementaren Menschenrechte sichergestellt" ist. Deshalb solle der Abschiebestopp für kurdische Flüchtlinge endlich umgesetzt werden und für sie der Status der Gruppenverfolgung gelten. Unterzeichnet wurde die Erklärung von den Superintendenten der Kirchenkreise Jülich, Düsseldorf-Ost und Köln-Mitte.

Rückzieher

Wenige Tage später machten die drei Superintendenten einen Rückzieher. Bei einen Treffen der Superintendenten der Evangelischen Kirche im Rheinland wurde unter Federführung von Landeskirchenrat Gutheil ein "Hilfeangebot" an die kurdischen Flüchtlinge gerichtet. Das Angebot richtet sich allerdings nur an die kurdischen Flüchtlinge, die in NRW untergebracht sind. Deren "ausländerrechtlich relevanten Fakten" sollen in einer Bestandsaufnahme zusammengeführt werden. In Verhandlungen mit dem Innenministerium soll dann geklärt werden, "an welchen Stellen eine erneute Einzelfallprüfung stattfinden kann." Erstaunlicherweise erfuhren die Adressaten und deren UnterstützerInnen von diesem Angebot erst aus der Presse. In einem Gespräch, das letzte Woche stattfand, haben die Flüchtlinge und deren UnterstützerInnen aus den Kirchengemeinden und des Kölner Netzwerkes "Kein Mensch ist illegal" das Angebot abgelehnt. Sie halten an ihrer Mindestforderung, der "Kontingentlösung" für alle in Kirchenasyl befindlichen Flüchtlinge, fest. Auch wurde den Kirchenoberen keinerlei Legitimation für Verhandlungen mit dem Innenministerium ausgesprochen. Diese hatte zwar im "Hilfeangebot" von einer "gemeinsamen Strategie aller Handlungsebenen" gesprochen, eine Unterstützerin äußerte aber den Verdacht, daß der Landeskirchenrat öfter im Innenministerium zu sehen sei als bei den UnterstützerInnen der kurdischen Flüchtlinge.

Gutheil versuchte schon Ende April, seine Schäfchen zur Ordnung zu rufen. Damals hatte er in einem Schreiben an Kirchengemeinden auf die gesetzlichen Verfahren und die Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hingewiesen. "Dort liegt die alleinige Zuständigkeit für die Asylverfahren, und dort wird auch entschieden, wer als gefährdet gilt. Wer sich also für Flüchtlinge einsetzt, muß sich an die richtige Stelle wenden." Im weiteren unterstellte Gutheil den UnterstützerInnen der Aktion, daß sie die Flüchtlinge politisch instrumentalisieren und somit nur für ihre Ziele "mißbrauchten". Eine offene Reaktion auf das Schreiben kam erstaunlicherweise nur von der katholischen Gemeinde in Aachen. Sie verwahrte sich gegen die Vorwürfe und Belehrungen. Da sich die Situation für Flüchtlinge in BRD seit Jahren verschlechtere, sei sie zum Handeln gezwungen.

Da sich seit dem Rückzieher der Superintendenten die Aussichten auf ein baldiges Ende des Kirchenasyls verschlechtert haben, traten am 10. Juni 45 der kurdischen Flüchtlinge in einen einwöchigen Hungerstreik. Zur Demonstration "für ein Bleiberecht" von kurdischen Flüchtlingen am 13. Juni in Düsseldorf kamen nur 1.200 Menschen. Weder die kurdische Community noch die ansonsten rege anti-ra Szene konnten sich aufraffen.

Trotz aller Enttäuschung konnte ein kleiner Erfolg an jenem Tag gefeiert werden. Süleyman Yardirgi, der am 26. Mai ein zweites Mal verhaftet wurde und abgeschoben werden sollte, war am Tag zuvor aus der Haft entlassen worden. Der zuständige Richter hatte ihm - entgegen den üblichen Gepflogenheiten in Eilverfahren - eine persönliche Anhörung ermöglicht. Er sah Yardirgis Geschichte als glaubwürdig an. Nun kann das Asylfolgeverfahren eröffnet werden. Bis zu dessen Abschluß - in der Regel dauern diese Verfahren eineinhalb Jahre - ist Yardirgi in der BRD geduldet.

ch.

11. Bipolarismo italiano. Polo und Ulivo Kopf an Kopf

Kohls und Berlusconis Bündnis für Antikommunismus

Autor: Js. · Rubrik: CDU/CSU; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:19

Vier Jahre nach ihrem Blitzstart kann Silvio Berlusconis Fernsehpartei Forza Italia einen Erfolg auf europäischem Parkett verzeichnen: Ihre 20 Abgeordneten im Straßburger Europa-Parlament werden in die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) aufgenommen. Möglich gemacht hat das, so ist allgemein zu hören, niemand anderes als Helmut Kohl, der sich jahrelang gegen ein Bündnis mit Berlusconi gesträubt hatte. Der schwerreiche Mailänder Unternehmer galt als unseriös und zwielichtig - kein verläßlicher Partner für eine traditionsreiche Partei, die sich als Hüterin christlicher Werte zu präsentieren gewohnt ist.

Berlusconis im Mai 1994 konstituierte (und schon im Dezember desselben Jahres gestürzte) Koalitionsregierung war darüberhinaus mit einem Makel behaftet: Die neofaschistische Alleanza Nazionale (AN) stellte fünf Minister, von denen wiederum drei dem 1946 gegründeten Movimento Sociale Italiano (MSI) angehörten - einer Partei, die sich demonstrativ in die Tradition von Mussolinis Repubblica Sociale Italiana (RSI) stellte. Da schien eine gewisse Distanz geboten, zumal in einigen Ländern (u.a. den USA und Israel) offen dazu aufgerufen wurde, jede Zusammenarbeit mit den neofaschistischen Ministern zu verweigern. So verhielt sich auch die CDU Berlusconis Annäherungsversuchen gegenüber abweisend - obwohl dieser seit der Europawahl im Juni 1994 einiges vorzuweisen hatte. Bei dieser Wahl steigerte sich Forza Italia auf 30,6 Prozent und lockte die EVP flugs mit einem Bündnisangebot - vergebens.

Kohl brüskiert Prodi

Vier Jahre später nun waren Kohl, der spanische Ministerpräsident Aznar und andere maßgebliche EVP-Führer "plötzlich" bereit, Berlusconis Drängen nachzugeben. Sie nahmen dabei nicht nur die Verärgerung ihrer italienischen Freunde vom Partito Popolare Italiano ("Italienische Volkspartei", PPI) in Kauf, sondern brüskierten insbesondere den parteilosen Regierungschef Romano Prodi, der früher der Democrazia Cristiana angehörte und heute als "dem PPI nahestehend" gilt. Prodi sagte verärgert seine Teilnahme an der Konferenz der christdemokratischen Regierungschefs ab, die dem EU-Gipfel von Cardiff vorausging. Sein Protest führte zu einem seltsamen "Kompromiß": Nicht Forza Italia als Partei, sondern ihre 20 Europa-Abgeordneten werden "individuell" in die EVP-Fraktion aufgenommen.

Über die Motive für Kohls Schwenk zu Berlusconi wird heftig spekuliert. "Rache wegen Schröders Besuch" bei Prodi vermutete die taz, von einer "kurzsichtigen Dummheit aus Machtkalkül" sprach die Frankfurter Rundschau. Natürlich spielt auch der Wahlkampf eine Rolle: In Cardiff präsentierte sich der "überzeugte Europäer" Kohl als EU-Kritiker; sein Bündnis mit dem Euro-Skeptiker Berlusconi sollte möglicherweise ebenfalls signalisieren, daß er zwecks Wahrung "unserer nationalen Interessen" auch Streit riskiere.

Unabhängig von solchen Spekulationen muß darauf hingewiesen werden, daß mit dem nun geschlossenen Bündnis "zusammenwächst, was zusammengehört". CDU und Forza Italia verbindet eine ideologische Gemeinsamkeit, die mangels eines mehrheitsfähigen Politikangebots die Selbstdarstellung der beiden Parteien bestimmt: der Antikommunismus. In Deutschland funktioniert der auch ohne Kommunisten, zumindest in Wahlkampfzeiten: Die Tolerierung eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten durch ein paar Landtagsabgeordnete der PDS reicht der CDU für eine wüste Kampagne gegen die rote "Volksfront".

In Italien, wo immerhin eine kleine kommunistische Partei existiert, wütet Berlusconi völlig hemmungslos: Italiens "kommunistische Regierung" stelle "eine Anomalie in Europa" dar, und PDS-Sekretär Massimo D'Alema sei ein "totaler Kommunist im wahrsten und schrecklichsten Sinne des Wortes". Berlusconis Partner im Rechtsblock, AN-Sekretär Gianfranco Fini, mahnte dagegen auf der Programmkonferenz seiner Partei Ende Februar zur Mäßigung: "Man kann keine antikommunistische Politik machen, denn es gibt keinen Kommunismus mehr." Das meinen Berlusconi und Kohl besser zu wissen.

Christlicher Beistand

für Bruder Silvio

Während die Rote-Hände-Kampagne der CDU etwas panisch wirkt und auch in den eigenen Reihen umstritten ist, scheint Berlusconis rüder Antikommunismus Teil eines durchdachten Plans zu sein. Der Rechtsblock allein wird die regierende Mitte-Links-Koalition auf absehbare Zeit nicht ablösen können. Dafür sprechen auch die letzten Kommunal- und Provinzwahlen, die den Rechten immerhin leichte Zugewinne brachten. (siehe Kasten) So hängt für sie alles davon ab, ob sie neue Bündnisse schließen können. Als Partner bietet sich zum einen die Lega Nord an, die bei den Wahlen am meisten Federn lassen mußte und nach Umfragen landesweit bei 9 Prozent liegt.

Berlusconis Kampagne zielt aber vor allem auf die Volkspartei, den PPI. Die bedeutendste Nachfolgepartei der aufgelösten Democrazia Cristiana wird landesweit zwar mit nur 6 Prozent gehandelt, verfügt aber über eine ausgesprochen treue Stammwählerschaft, der Berlusconi nun das seit Jahrzehnten vertraute christdemokratische Programm verabreicht: Freiheit statt Sozialismus, Gott, Familie und Vaterland. Daß er gleichzeitig mit gänzlich "unchristlichem" Sex-and-crime-Schund sein Geld verdient, scheint ihm nicht peinlich zu sein. Wie schon 1994 präsentiert er sich, schreibt L'Espresso (18.6.), als "das personifizierte Gute", als "braver, ehrlicher, gottesfürchtiger Sohn; einige böse Richter wollen ihn in Stücke hauen; sie verschwören sich gegen ihn, weil sie von D'Alema & Co. angestiftet werden, von den Bewohnern jenes Reiches des Bösen, das der Kommunismus war und ist".

Ob Berlusconi noch einmal erfolgreich die Rolle des Retters spielen kann, muß allerdings bezweifelt werden. Als Regierungschef ist er 1994 kläglich gescheitert, und auch die Anhänger des Rechtsblocks ziehen mehrheitlich Gianfranco Fini als Oppositionsführer vor. Letzterer kritisierte nicht nur Berlusconis hysterischen Antikommunismus, sondern suchte auch demonstrativ eine Übereinkunft mit D'Alema, dem Vorsitzenden der bicamerale, der Kommission zur Verfassungsreform. Vergebens - die Reform, die eine Stärkung des Staatspräsidenten zu Lasten von Regierung und Parlament bringen sollte, scheiterte an Berlusconis Veto: Sie ging ihm nicht weit genug.

So wird denn wieder einmal über Neuwahlen spekuliert. Ministerpräsident Prodi regiert mit wechselnden Mehrheiten: In der Außen- und Militärpolitik (u.a. bei der Albanien-Mission) haben die Rechten bisher mit der Regierung gestimmt, während Rifondazione Comunista die Zustimmung verweigerte. Bei der Ratifizierung der NATO-Osterweiterung half jetzt ein Teil der rechten Christdemokraten Prodi aus der Bredouille: Die UDR des ehemaligen Staatspräsidenten Cossiga stimmte mit der Regierung. Innenpolitisch sorgt die von der Volkspartei geforderte Begünstigung privater (katholischer) Schulen für Streit im Regierungslager; gegen die Stimmen der Kommunisten ist ein entsprechendes Gesetz nur mit Hilfe der Rechten durchzusetzen.

Nach den Wahlen Anfang Juni hat Berlusconi angekündigt, der Rechtsblock werde die Blanko-Unterstützung für die Regierung nunmehr aufgeben, die Regierung sei am Ende und müsse zurücktreten. Das ist nicht nur Rhetorik - der kleine Mann mit den großen Sprüchen fühlt sich offensichtlich zur Zeit besonders stark. Dazu hat auch seine internationale Aufwertung durch die deutschen Christdemokraten beigetragen.

Was immer Kohl sich bei der Verbrüderung mit Berlusconi gedacht hat - sie trägt zur Destabilisierung der politischen Verhältnisse in Italien bei. EVP-Vorsitzender Wilfried Martens hat das offen ausgesprochen. Ziel des Schulterschlusses mit Forza Italia sei es, "das politische Zentrum in Italien wiederherzustellen". Das aber ist, würde der Kanzler sagen, "ein ganz normaler Vorgang". In der Tat ist die Einmischung in inneritalienische Angelegenheiten ein Standard (west-)deutscher Außenpolitik. Schon zu Zeiten der Kanzler Erhard (CDU) und Schmidt (SPD) warnte man die Italiener vor "linken Experimenten", insbesondere vor der Regierungsbeteiligung der Kommunisten. Während die damals - es war kalter Krieg - als Moskaus Fünfte Kolonne galten, ist es heute die Regierung Prodi, die dem deutschen Partner nicht paßt. Ihm gelten Berlusconi, Rechtspopulist Cossiga und Neofaschist Fini, wenn nicht als Wunschpartner, dann doch zumindest als kleineres Übel.

Js.

Bipolarismo italiano

Polo und Ulivo Kopf an Kopf

Bei Kommunal- und Provinzwahlen waren am 24. Mai und am 7. Juni (zweiter Wahlgang) etwa 5 Millionen Italienerinnen und Italiener stimmberechtigt. Dem rechten Polo per le libertà gelang es, u.a. die Rathäuser der

traditionell "roten" Städte Parma, Piacenza und Lucca zu erobern. In Oristano (Sardinien) siegte ein Bewerber des christdemokratischen Bündnisses, das von dem ehemaligen Staatspräsidenten Cossiga angeführt wird; dazu gehören diverse Gruppierungen, von denen die meisten das "C" im Namen führen: CDU, CCD, CDR, CDL, UDR. Das Comeback der rechten Christdemokraten - die ebenfalls aus der Christdemokratie hervorgegangene Volkspartei (PPI), gehört zu Prodis Ulivo-Koalition - ist das bemerkenswerteste Ergebnis dieser Wahlen. Eine repräsentative Umfrage vom 9. Juni ergab landesweit folgende Stimmverteilung (in Prozent; in Klammern Differenz zur Parlamentswahl 1996):

Ulivo/Rifondazione Comunista:

PDS: 21 (- 0,1)

RC: 8 (- 0,6)

PPI: 6 (- 0,8)

Grüne: 2 (- 0,5)

Liste Dini: 3 (- 1,3)

Sozialisten: 1,5

Polo per le libertà:

Forza Italia: 19 (- 1,6)

Alleanza Nazionale: 17 (+ 1,3)

CCD/CDU/

CDR/CDL/UDR: 5,5 (- 0,3)

Liste Pannella: 1,5 (- 0,4)

"Blockfreie":

Di Pietro: 4

Lega Nord: 9 (- 1,1)

Fiamma MS: 1 (+ 0,1)

Nach diesen Zahlen hat sich gegenüber 1996 wenig verändert. Schon damals erhielten die Rechten mehr Stimmen als der Ulivo (plus Rifondazione Comunista), verloren aber wegen des Mehrheitswahlrechts und wegen der klugen Bündnispolitik der "linken Mitte". Heute würde sich die Gruppierung des ehemaligen Staatsanwalts Di Pietro dem Regierungslager zugesellen, während die geschwächte Lega Nord von den Rechten umworben wird; 1994 überließ Berlusconi der Lega so viele sichere Wahlkreise, daß sie im Parlament die stärkste Fraktion stellte. Die rechtsextreme Fiamma tricolore mußte wie 1996 allein marschieren. Der Ausgang von Neuwahlen ließe sich nur dann sicher vorhersagen, wenn es zu einer "Wiederherstellung des Zentrums" im Sinne Kohls käme - zum Bündnis aller ehemaligen Christdemokraten mit den Rechten. Nicht nur Berlusconi, auch Kohl und die EVP arbeiten daran.

12. Die Karawane kommt!

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:23

Am 14. August startet die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen in Bremen. Nach dem aktueller Stand der Planungen (Stand: 19.6.1998) wird sie die folgenden Städte anlaufen:

Start der Karawane in Bremen am 14.8

Aktionen gegen die Residenzpflicht in Oldenburg

Aktionstag in Bremen mit anschließendem Straßenfest

15.8: Sternmarsch, Kundgebung und Demonstration, Fahrt nach Hamburg

16.8. Hamburg: Barkassenfahrt auf der Elbe und Besuch von Flüchtlingsunterkünften

17.8. Aktionen in der Innenstadt, anschließend Demonstration in Norderstedt

18.8. Lübeck: Demo durch die Innenstadt, Aktion vor der ZAST, abends Veranstaltung

19.8. Kiel: Empfang der Karawane, Pressekonferenz, Veranstaltung

20.8. Rostock: Demo von der ehem. ZAST-Lichtenhagen in die Innenstadt, Weiterreise nach Berlin

20.8. Berlin: Kundgebung vor dem Abschiebeknast in Köpenick

21.8. Aktionen gegen "Betretungsverbote", "Razzien", abends Veranstaltung zu "Illegalisierung von Flüchtlingen"

22.8.: Aktionen im brandenburgischen Umland

23.8.: Taxenkonvoi zur polnischen Grenze

23.8. Dresden: Empfang, Film, Diskussion und Fest im "Internationalen Begegnungszentrum"

24.8.: Schiffahrt zur tschechischen Grenze, Aktionen vor der Ausländerbehörde

24.8. Leipzig

25.8 Tambach: Aktionen vor Flüchtlingslager

26.8. Kassel: Kundgebung und Weiterreise nach Göttingen

26.8. Göttingen: Aktionen u.a. gegen das AsylbLG

27.8. Braunschweig

28.8. Hannover

29.8. Bielefeld: Empfang, Demonstration, Dauer-Kundgebung und Infostände

30.8. Büren: Demonstration gegen den Abschiebeknast

31.8. Osnabrück

1.9. Nürnberg

2.9. Regensburg: Demo durch die verschiedenen Flüchtlingsunterkünfte zur Ausländerbehörde, internationales Kulturfest

3.9. München: Demonstration, internationales Fest und Veranstaltung

4.9. Stuttgart

5.9. Rotenburg/Tübingen: Kundgebung vor dem Abschiebeknast, Fahrrad-Demo nach Tübingen, Veranstaltung mit anschließender Party

6.9. Straßburg: grenzüberschreitende Aktion auf "Europabrücke", Treffen von Karawane und sans papier

7.9. Karlsruhe: Kundgebung vor der ZAST

8.9. Trier: Fahrt zum Abschiebeknast Zweibrücken, Aktion und Kundgebung, Kundgebung in Trier mit internationalem Kulturfest

9.9. Mainz: Straßenfest vor einem Wohnheim

10.9. Wiesbaden: Kundgebung Innenstadt, Demo zur Ausländerbehörde, Fest, Veranstaltung, Konzert

11.9.: Fahrt zum Abschiebeknast Offenbach

11.9. Hanau: Demo von den Wohnheimen zur Innenstadt, Kundgebung und Kulturprogramm

12.9. Darmstadt: Auftaktveranstaltung und Fahrt zur Demo in Frankfurt

12.9.: Schiffahrt "Das Boot ist (nicht) voll" von Hanau nach Frankfurt

12.9. Frankfurt: Empfang am Schiff, Demonstration durch Innenstadt mit anschließendem Festival

14.9 Bonn: Demonstration

15.9. Bochum: "Rundgang" zur Asylstelle, Ausländeramt, sozialamt, Hauptbahnhof und Arbeitsamt

16.9 Oberhausen: Empfang der Karawane vom "Europamarschbündnis" und Arbeitsloseninitiativen, abends Veranstaltung

17.9. Köln: Reise nach Köln - eventuell mit Zwischenstopp in Recklingshausen und Duisburg - abends: Empfang und Theateraufführung in Köln

18.9. Aachen: Fahrt nach Aachen, grenzüberschreitende Aktion an holländischer Grenze in Vaals

19.9 Köln: Abschlußdemonstration der Karawane als Teil der bundesweiten Demonstration "Wahl- und Bürgerrecht ist Menschenrecht" des MigrantInnenbündnisses "Kölner Appell gegen Rassismus" und des "Kölner Netzwerk- Kein Mensch ist illegal" 12 Uhr Ebertplatz, 14 Uhr Neumarkt, 18 Uhr Kultur-Festival auf dem Chlodewigplatz

20.9. Abschlußkongreß der Karawane mit anschließendem Kulturprogramm

Weitere Informationen und Kontakte zu den lokalen Vorbereitungsgruppen gibt über:

Internationaler Menschenrechtsverein

Kornstraße 51

28201 Bremen

Tel.: 0421 - 55 77 093

Fax: 0421 - 55 77 094

e-mail: mail@humanrights.de

http://www.humanarights.de

13. Doch noch Knast für Videla? Neue Prozesse gegen argentinische Menschenrechtsverbrecher

Autor: L.P. Tisso · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:13

10. Juni 1998, 18 Uhr: Der hagere zweiundsiebzig Jahre alte Herr bindet sich seine Krawatte. Adrett wie er ist, geht er ungern ohne Schlips aus dem Haus. Heute führen ihn seine Schritte aber nicht zur Erkundung seines neuen Wohnviertels Belgrano in Buenos Aires, sondern geradewegs in den Knast: Als er die Tür öffnet, um seinen Spaziergang zu beginnen, stehen ihm Polizisten gegenüber, die ihm einen auf seinen Namen ausgeschriebenen Haftbefehl entgegenstrecken.

Jorge Rafael Videla, ex-argentinischer General, von 1976 bis 1981 erster Präsident der Militärjunta, Anführer des größten politischen "Säuberungsprogramms" der argentinischen Geschichte und in den 80er Jahren wegen staatsterroristischer Aktivitäten zu lebenslanger Haft verurteilt, wurde nur wenige Jahre später vom argentinischen Präsidenten Carlos Menem begnadigt. Der "strenge Machthaber", wie ihn zu seinen Amtszeiten wohlwollende JournalistInnen nannten, mühte sich redlich, der argentinischen Gesellschaft mit einem gnadenlosen Terrorprogramm zuerst das "Parieren oder Sterben" und dann das Vergessen beizubringen. Das erste gelang ihm, das zweite hätte er auch fast geschafft. Aber eben nur fast.

Die Ex-Präsident Videla jetzt vom Richter Roberto Marquevich verordnete Haft stützt sich auf seine mutmaßliche Beteiligung an fünffachem Kinderraub und der Fälschung ihrer Identität. Gemeint ist die Aneignung der Kinder von politischen Gefangenen und Ermordeten und ihre Weitergabe an Adoptiveltern während der Militärdiktatur von 1976-1983.

Mühsame Schritte der Aufarbeitung

Vor 22 Jahren, am 24. März 1976, stürzte ein Militärputsch die Regierung von Isabel Perón (1). Erst heute scheint die Zeit in Argentinien reif zu sein, um die Jahre der Militärdiktatur, während derer 30.000 Menschen ermordet wurden bzw. "verschwanden", kompromißlos aufzuarbeiten und die Schuldigen zu bestrafen. Die bisherigen Versuche wurden nur halbherzig durchgeführt oder sind im Sande verlaufen:

Nach dem Prestigeverlust, den die Militärs durch ihre Niederlage im Malvinenkrieg 1982 gegen Großbritannien erlitten hatten, wurden ein Jahr später freie Wahlen ausgerufen. Es gewann die Unión Cívica Radical (UCR) unter Raúl Alfonsín, nicht zuletzt weil der künftige Präsident versprach, Prozesse gegen die Hauptverantwortlichen der Militärdiktatur anzustrengen. Auf Druck von Menschenrechtsorganisationen und Angehörigen der Opfer (z.B. Asociación Madres de Plaza de Mayo (Mütter von Verschwundenen und Ermordeten) oder Abuelas de Plaza de Mayo (Großmütter von Kindern, die die Militärs den ermordeten oder verhafteten Eltern entrissen und zur Adoption weitergaben oder selbst adoptierten)) wurden 1985 einige Mitglieder der Militärjunta, darunter Videla, zu lebenslanger Haft verurteilt.

Alfonsín stand aber nicht nur unter dem Druck der Menschenrechtsorganisationen: Ostern 1986 gab es einen Putschversuch, der Verhandlungen zwischen den rebellierenden Offizieren und der Regierung nach sich zog. Zwei Gesetze wurden ausgekungelt: Das Gesetz des "Ausführenden Gehorsams" und das "Schlußpunktgesetz" (1987). Ersteres amnestierte sämtliche Offiziere mittlerer und unterer Ränge, die während der Diktatur Menschenrechtsverletzungen begangen hatten, da sie nur Befehle befolgt hätten und damit ihrer Gehorsamspflicht nachgekommen wären. Das Schlußpunktgesetz setzte eine Frist, nach der keine Prozesse mehr angestrengt werden konnten. Alfonsín verteidigte seine Gesetze mit der Begründung, sie wären nötig gewesen, um die Demokratie zu stabilisieren.

Es waren nicht die beiden Amnestiegesetze, die der UCR die Macht kosteten, sondern die Hyperinflation und die damit verbundene wirtschaftliche Krise. Bei den Wahlen 1989 wurde der noch heute regierende Menem von der Partido Justicialista (PJ) (2) zum Präsidenten gewählt. Er ging noch einen Schritt weiter als Alfonsín und begnadigte im Dezember 1990 die 1985 verurteilten Militärs. Die Amnestie der Verbrecher pries er als einen Beitrag "zur nationalen Befriedung".

Neuorientierung

in der Gesellschaft

Im letzten Wahlkampf (1995) machte keine der großen, bürgerlichen Parteien die Menschenrechte zu einem wichtigen Wahlthema. Es entstanden aber neue Menschenrechtsorganisationen wie etwa CORREPI (Koordination gegen polizeiliche und institutionelle Repression) und HIJOS (Kinder der Toten und Verschwundenen, für Gerechtigkeit - gegen das Vergessen und Schweigen). Letzteren gelang es, vor allem diejenigen für die Menschenrechtsverletzungen der Militärdiktatur zu interessieren, die kurz vor oder nach dem Putsch geboren wurden und die Wahrheit wissen wollen. Angesichts der Straflosigkeit und des ruhigen Lebens, das die Verantwortlichen des Staatsterrors genießen, antwortet nun die Gesellschaft selbst: Es gibt Demonstrationen, "Mörder"-Parolen werden an die Häuser der begnadigten oder gar nicht erst verurteilten Offiziere gesprüht, die Täter werden von öffentlichen Veranstaltungen ausgeschlossen, beschimpft und auch angegriffen. Die Medien nehmen diese Stimmung auf und thematisieren den Umgang mit den Staatsterroristen der 70er Jahre. Präsident Menem sieht darin einen "Medienputsch" und strengt gegen mißliebige Journalisten Prozesse wegen Beleidigung an. Viele bekommen anonyme Morddrohungen, einige werden von Unbekannten verprügelt und der Journalist José Luis Cabezas wurde unter noch nicht geklärten Umständen ermordet.

Auch die 1997 zum Wahlbündnis Allianz für Arbeit, Bildung und Gerechtigkeit zusammengeschlossenen Parteien UCR und FREPASO (3), die Ende letzten Jahres erste große Erfolge in den Kommunalwahlen erzielen konnten, zeigen keine großen Bemühungen, die Geschichte aufzuarbeiten: Erstens, weil auch sie keine schlafenden Hunde wecken wollen, und zweitens, weil sie vermeiden möchten, daß die Rolle ihrer PolitikerInnen während der Militärdiktatur angesprochen wird. Schließlich gab es zwischen 1976 und 1983 einige tausend BürgermeisterInnen und hohe Funktionäre, die heute der PJ, der UCR oder der FREPASO angehören.

Im März dieses Jahres wurden nun mit einer überparteilichen Mehrheit (PJ, UCR, FREPASO) die Straflosigkeitsgesetze von 1987 aufgehoben. Damit können aber bereits unter die Straflosigkeit gefallene Verfahren nicht wieder aufgerollt werden - dafür hätte das Gesetz für null und nichtig erklärt werden müssen, wie es Menschenrechts- organisationen und linke Parteien forderten. Trotzdem hat sich eine kleine Lücke aufgetan, die es ermöglichen könnte, die Verbrecher der Militärdiktatur (erneut) vor Gericht zu ziehen.

Der Kinderraub

Verschiedene Zeugenaussagen von politischen Gefangenen der Militärdiktatur beweisen, daß die Verantwortlichen der klandestinen Internierungslager systematisch Säuglinge und kleine Kinder von ihren gefangenen Eltern getrennt haben, um sie später heimlich zur Adoption zu geben. Nach und nach treten auch Ärzte und weiteres Personal als Zeugen auf, die diese Aussagen bestätigen. Einer der Zeugen der Prozesse ist der ehemalige Hauptmann José Luis d'Andrea Mohr, der ausgesagt hat, daß die verschleppten Mütter nach der Geburt ermordet wurden, damit keine ihr Kind zurückfordern kann: "Alle Mütter - ohne Ausnahmen - sind tot." D'Andrea war einer der Militärs, die sich während der Militärdiktatur kritisch äußerten und sich weigerten, am Staatsterror teilzunehmen. Der ehemalige Offizier wurde von der Armee wegen "wiederholter Respektlosigkeit" degradiert und quittierte bereits 1976 seinen Dienst. Anfang Juli wird d'Andrea dem Richter auch ehemals geheime Anordnungen vorstellen, die von Videla und seinem Nachfolger Roberto Viola unterschrieben worden sind und beweisen sollen, daß es Befehle gab, systematisch Menschen verschwinden zu lassen und Kinder von ihren Müttern zu trennen. Damit die seit 1996 angestrengten Prozesse Erfolg haben, argumentieren die Menschenrechtsorgani-sationen und deren Anwälte, daß bisher nur in sechs Fällen wegen Kinderraub Urteile gefällt worden sind (z.B. gegen Videla, der damals in diesen Fällen für nicht schuldig erklärt wurde), nicht aber in den neuen 300 Fällen, die erst in letzter Zeit angezeigt wurden und deshalb auch nicht von der Begnadigung 1990 durch Menem betroffen sind.

Die Verhaftung Videlas kann zu einem Sog werden. Die Rechtsanwältin der Abuelas de Plaza de Mayo, Alcira Ríos, will nun beantragen, daß alle Befehlshaber der Militärdiktatur zu dem Verbleiben von 185 verschwundenen Minderjährigen aussagen müssen. Nach Videla könnten bald die ex-Generäle Cristino Nicolaides und Guillermo Suárez Mason, die ex-Präsidenten und ex-Generäle Leopoldo Fortunato Galtieri und Reynaldo Brignone, der ex-Innenminister Albano Harguindeguy und ex-Admiral Emilio Eduardo Massera verhaftet werden. General Martín Balza, derzeitiger Oberbefehlshaber der Armee, versuchte die Wogen zu glätten, indem er erklärte, daß "die Verhaftung keine Unruhe in der Armee verursacht, da Videla ein ziviler Bürger wäre, der 1985 vom Heer ausgeschlossen wurde" (auch die anderen 1985 verurteilten Offiziere wurden vom Militär ausgeschlossen).

Viele Analytiker glauben, daß Richter Marquevich, dem eine "gute Beziehung zur Regierung" nachgesagt wird, mit der Verhaftung Videlas seinen Beitrag leistete, um im beginnenden Wahlkampf 1999 den von Menem geführten neoliberalen Flügel der PJ auf der Beliebtheitsskala wieder nach oben zu bringen und so eine erneute Wahl Menems möglich zu machen. Die letzten Umfragen zeigen nämlich, daß 74% der Befragten dafür sind, daß die Prozesse gegen die Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen weiter geführt werden und sich nur 17% für die Lösung "Schwamm drüber" aussprechen. Die restlichen 9% möchten sogar, daß alle Beschuldigten im Knast landen. Gerade die jüngeren und ärmeren Teile der Bevölkerung sprechen sich für eine Verurteilung aus.

Um aber auch weiterhin gute Beziehungen zu den ehemaligen oder sich noch im Amt befindlichen Militärs zu pflegen, schickte die Regierung den Justizminister Raúl Granillo Ocampo nach Rom, wo über die Bildung eines internationalen Strafgerichtshofes der UNO verhandelt wird. Ocampo sollte dort durchsetzen, daß vor diesem Tribunal nur Straftaten verhandelt werden können, die nach der Gründung des Gerichtshofes begangen wurden.

Prozesse im Ausland

Nach der Verabschiedung der Amnestiegesetze und der Begnadigung der Verurteilten schien in Argentinien jeder Rechtsweg (außer im Fall des Kinderraubes) für die Verurteilung der Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen ausgeschlossen. Die Opfer des Staatsterrors, die Menschenrechtsorganisationen und die Angehörigen suchten bald andere Möglichkeiten, ihr Recht durchzusetzen. Schon Ende der 70er Jahre wurden erste Prozesse in Europa eröffnet, die die Morde an ausländischen BürgerInnen durch argentinische Militärs verhandelten: So war es etwa im Fall von Alice Domon und Leonie Duquet, zwei französischen Nonnen, die während der Militärdiktatur zum letzten Mal in dem klandestinen Internierungslager ESMA (Mechanikschule der Kriegsmarine) als Gefangene gesehen wurden und seitdem als "verschwunden" gelten. In diesem Fall verurteilte das zuständige französische Gericht den ex-Marinekapitän Alfredo Astiz in Abwesenheit zu lebenslanger Haft. Der Offizier kann seitdem Argentinien nicht mehr verlassen, da er international per Haftbefehl gesucht wird. Auf Druck der französischen Regierung wurde Astiz's Laufbahn innerhalb der Marine beendet.

In letzter Zeit werden in Frankreich, Italien und Spanien erneut Prozesse gegen die Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen gegen BürgerInnen dieser Staaten während der argentinischen Militärdiktatur angestrengt. Die spanischen Staatsanwälte und Rechtsanwälte der Angehörigen der Opfer besuchten Buenos Aires in März dieses Jahres. Darauf reagierte die argentinische Regierung panisch und ein Minister nannte den spanischen Richter Baltazar Garzón, der die Prozesse wegen Entführung, Folter und Mord an 600 spanischen oder spanischstämmigen BürgerInnen verhandelt, eine "Mediendiva".

Organisierung

in Deutschland

Ende der 70er Jahre organisierten sich die "deutschen Mütter", Angehörige der deutschen, deutsch-argentinischen und deutschstämmigen Opfer der Repression, in enger Zusammenarbeit mit den "Madres de Plaza de Mayo". Sie wandten sich von Anfang an in erster Linie an die deutsche Botschaft und die Bundesregierung mit der Bitte um Hilfe, da laut Grundgesetz die Bundesregierung verpflichtet ist, BundesbürgerInnen im Ausland die "bestmögliche Hilfe" zukommen zu lassen. Die Bundesregierung entschied sich aber lieber für eine Art "stiller Diplomatie" als für wirksame Hilfe. Eine hochrangige Delegation der Evangelischen Kirche Deutschlands, die im Dezember 1982 in Argentinien war und sich mit den Angehörigen der deutschen "Verschwundenen" traf, kam zu folgendem Urteil: "Solange der politische Wille der Bundesregierung nicht sichtbar wird, ernsthaft für ihre verhaftet-verschwundenen Bürger in Argentinien einzutreten, solange braucht die argentinische Diktatur sich nicht genötigt fühlen, Rechenschaft abzulegen". Während andere Länder ihre "verschwundenen" Landsleute freibekamen, fühlten sich die Deutschen von ihrer Botschaft völlig im Stich gelassen. Die Mutter eines "Verschwundenen", Frau Zieschank, trat vor dem Auswärtigen Amt in Bonn in den Hungerstreik, dessen Ergebnis ein Gespräch des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt mit General Videla war. Videla erklärte, daß Klaus Zieschank bei einem Autounfall ums Leben gekommen wäre. Für Schmidt war diese Antwort ausreichend. Nach jahrelanger Inaktivität des deutschen Außenministeriums entschlossen sich dann die Angehörigen zu einer Strafanzeige wegen unterlassener

Hilfeleistung gegen den damaligen Außenminister Genscher, die aus formalen Gründen niedergeschlagen wurde.

Jetzt schöpfen die Angehörigen der deutschen Opfer Mut aus den laufenden Prozessen in den anderen europäischen Ländern. Fünfzehn Jahre nach Ende der Diktatur häufen sich sogar die Meldungen von bisher unbekannten Fällen von Menschenrechtsverletzungen an Deutschen oder Deutschstämmigen. Im März dieses Jahres gründete sich die Koalition gegen Straflosigkeit - Wahrheit und Gerechtigkeit für die deutschen Verschwundenen in Argentinien (4). Diese Organisation will die Menschenrechtsverbrechen, die argentinische Militärs an über 70 Deutschen und Deutschstämmigen begangen haben, aufklären und die Täter in Deutschland strafrechtlich belangen. Zu diesem Zweck besuchten im Mai 1998 Idalina Tatter und Bettina Ehrenhaus Angehörige von "Verschwundenen" - in Begleitung des argentinischen Friedensnobelpreisträgers und Leiters des Ökumenischen Zentrums "Dienst für Frieden und Gerechtigkeit" Adolfo Pérez Esquivel. Am 7. Mai erstatteten sie im Bundesjustizministerium Strafanzeige gegen Angehörige der argentinischen Sicherheitskräfte und informierten in einer anschließenden Tournee durch Deutschland über ihr Vorhaben. Der anwaltliche Vertreter der Organisation Wolfgang Wiesheier begründete die Anzeige damit, daß das deutsche Strafrecht auch für Taten gelte, die im Ausland gegen einen Deutschen begangen werden, wenn diese Taten am Tatort mit Strafe bedroht sind, was offensichtlich der Fall sei. Außerdem betonte er, daß die Gesetze der Straflosigkeit völkerrechtswidrig seien, weil sie den im Völkerrecht verankerten Verfolgungs- und Bestrafungspflichten für schwere Menschenrechtsverletzungen widersprechen.

Mit dieser Strafanzeige wird nun versucht, die Straflosigkeit in Deutschland auf die gleiche Weise wie in Frankreich, Italien oder Spanien zu überwinden. Rechtsanwalt Wiesheier erklärte, daß ein von den Gerichten dieser Länder ergangener Haftbefehl weltweit vollstreckt werden kann, und fügte hinzu, daß heutzutage zwar nicht zu erwarten sei, daß die argentinische Regierung die Täter an die Bundesrepublik ausliefere, aber ein internationaler Haftbefehl würde zumindest eine Ausreise der betreffenden Person aus Argentinien unmöglich machen.

Alles ist möglich - alles bedarf seiner Zeit. Unbestreitbar ist aber, daß die Militärdiktatur ein kapitalistisches Modell durchgeboxt hat, das sich gegen eine kämpferische Generation von ArgentinierInnen durchgesetzt hat, die sich SozialistInnen nannten. Heute ist das System erfolgreicher denn je: die Privatisierungswellen rollen und überrollen die Arbeitslosen, und die Marginalisierung der wachsenden armen Teile der Gesellschaft spitzt sich zu: Alles "demokratisch" und ohne Militärhilfe. Im Moment gibt es gegen ein solches Projekt in Argentinien keine sichtbare Alternative, aber die Gesellschaft formiert sich, um sich gegen die künftigen Videlas, Masseras und Astizes zu schützen, wenn sie wieder gebraucht werden.

L. P. Tisso

Anmerkungen:

1) Witwe von General Juan Domingo Perón (dreimal gewählter Präsident Argentiniens) und nach seinem Tod am 1. Juli 1974 Präsidentin.

2) Diese Partei wurde vom damaligen Oberst Perón 1946 gegründet, der Argentinien von 1946 bis 1955 (Militärputsch) und von 1973 bis zu seinem Tod 1974 regierte. Die Parteimitglieder werden "Peronisten" genannt. Die PJ ist eine populistische Partei mit einem großen Anhang unter den FabrikarbeiterInnen. Heute vertritt sie neoliberalistische Positionen.

3) Anhäufung von enttäuschten Peronisten und AnhängerInnen verschiedener kleiner bürgerlicher Parteien.

4) Mitglieder der deutschen Koalition sind das Nürnberger Menschenrechtszentrum, der Kirchliche Entwicklungsdienst Bayern, die Missionszentrale der Franziskaner, die Argentinien Gruppe Stuttgart, die Argentinien-Koordinationsgruppe von amnesty international, Pax Christi, das Menschenrechtsreferat im Diakonischen Werk der EKD und die Koordination der Argentinien-Gruppe in der Bundesrepublik Deutschland.

14. "Wenn die Dicken abmagern ... Pilotenstreik bei Air France ... verhungern die Dünnen"

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:20

Vom 1. bis zum 10. Juni streikten die Piloten der französischen Fluggesellschaft Air France. Wegen der bevorstehenden Eröffnung der Fußball-WM am 10. Juni standen die Streikenden unter hohem Druck der Medien und der Regierung. Man befürchtete, Frankreich werde in den Augen der ganzen Welt zum Sinnbild für Streik und Chaos, und warf den Piloten "Geiselnahme des Landes und der Fußball-WM" vor. Seit langem hat ein Arbeitskampf in Frankreich nicht mehr so massive Teile der öffentlichen Meinung gegen sich gehabt; ansonsten mit relativer Sympathie für soziale Bewegungen oder zumindest faktenreich-neutral berichtende Medien wie Le Monde zeigten sich in Wort und Bild (durch die Karikaturen des Le-Monde-Zeichners Plantu) als geifernde Gegner der Ausständischen, denen ihre "privilegierte" Stellung um die Ohren gehauen wurde.

Die doppelte Lohnskala

Schon ein Jahr zuvor hatte ein Streik der Air-France-Piloten den Reiseverkehr über das Pfingstwochenende lahmgelegt. Die Wiederholung des Ausstands am diesjährigen Pfingstmontag ist absolut kein Zufall: Im Mai 1997 hatte im Mittelpunkt des Arbeitskampfs die Einführung der "doppelten Lohnskala" gestanden. Ab Juni 1997 werden junge PilotInnen zu einem abgesenkten Anfangsgehalt eingestellt; es beträgt 240.000 Francs im Jahr (das entspricht einem Monatslohn von knapp 6.000 DM brutto) bzw. 320.000 Francs, wenn sie bereits über Berufserfahrung verfügen. Für die vorher eingestellten Piloten gilt weiterhin ein Einstiegsgehalt von 360.000 Francs jährlich (umgerechnet knapp 9.000 DM im Monat), mit entsprechenden Zuwachsraten nach Alter und Beschäftigungsdauer.

Dieser gravierende Verstoß gegen das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" wurde mit der Notwendigkeit der Wettbewerbsfähigkeit gerechtfertigt - seit dem 1. April 1997 ist der Flugverkehr in der EU für private Konkurrenz geöffnet; außerdem gelte es, die Teilprivatisierung vorzubereiten - Air France wird, nach einer Verzögerung durch den Regierungswechsel, jetzt im Herbst 1998 an die Börse gehen.

Damit würde einer Nivellierung nach unten der Weg geebnet. Zwar trifft es zu, wie die Medien nicht müde wurden zu betonen, daß ein Air-France-Pilot heute durchschnittlich 19 Prozent mehr verdient als ein Kollege bei Lufthansa und 40 Prozent mehr als ein British-Airways-Pilot - aber erst nachdem letztere drastische Sanierungsprogramme und Lohnsenkungen in den letzten zwei, drei Jahren hinnehmen mußten.

Die "doppelte Lohnskala" wurde jedoch zum entscheidenden Bruchpunkt, der die sozialen Beziehungen bei Air France nachhaltig verändern sollte. Einen Monat nach dem Bekanntwerden des Projekts der Geschäftsleitung, im April 1997, wurde die Führung der Mehrheitsgewerkschaft SNPL (Syndicat national des pilotes de ligne) gestürzt, in der 2.500 der insgesamt 3.200 Piloten bei Air France organisiert sind. Nachdem der bisherige SNPL-Vorstand bei Air France eng mit der Direktion der Fluggesellschaft zusammengearbeitet und seit 1993 einen Pakt zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 30 Prozent mitgetragen hatte, ging die neue Gewerkschaftsführung - getragen vor allem von jungen Piloten, die zu den neuen Bedingungen arbeiten mußten, und den Mitarbeitern der von Air France aufgekauften kleineren Fluggesellschaften - auf scharfen Oppositionskurs.

Damit wurde zum ersten Mal das berufsgruppenegoistische Modell der Interessenvertretung angekratzt. Dieser Wandel verlief natürlich nicht linear und vollständig, handelt es sich doch um eine Berufsgruppe, die ihren Statuswandel durch die radikale Veränderung ihres Arbeitsumfelds in den letzten 20 Jahren erst noch verdauen muß: Auf die Spezialistentätigkeit in einer Branche, deren Nutzen einer kleinen sozialen Elite vorbehalten blieb, folgte die weitgehend automatisierte Arbeit in der Massenindustrie des modernen Tourismus. Und so schwankte der neue SNPL-Kurs stets zwischen Verbalradikalismus und Kompromißgemeinschaft gegenüber der Direktion.

Die Direktion

erkennt ihre Chance

Der Pilotenstreik im Mai 1997 endete, als eine kleinere Gewerkschaft ein Abkommen mit der Direktion schloß, während die Mehrheitsorganisation SNPL dieses ablehnte. (Nach französischem Arbeitsrecht ist ein Tarifvertrag rechtsgültig, wenn eine Gewerkschaft - von mehreren, parallel existierenden Gewerkschaftsorganisationen unterschiedlicher politischer Ausrichtung - diesen unterzeichnet hat.) Zur Glättung der Wogen sicherte die Air-France-Führung seinerzeit zu, die Einführung der "doppelten Skala" bilde lediglich eine zeitlich begrenzte Maßnahme, auf die nach einem Jahr erneute Verhandlungen folgen würden.

Das Stichdatum für Neuverhandlungen war der 31. Mai 1998; so war bereits seit einem Jahr absehbar, daß im Falle der Nichtaufnahme ernsthafter Verhandlungen (mit dem Ziel der Abschaffung der auseinanderklaffenden Lohnniveaus) zum 1. Juni 98 ein harter Konflikt ins Haus stehen würde. Die Unternehmensleitung hatte freilich darauf gebaut, der Beginn der Fußball-WM am 10. Juni würde ihr das Argument an die Hand liefern, um einen eventuellen Arbeitskampf schon im Vorfeld restlos diskreditieren und so unterbinden zu können. Und so unterließ sie jeden ernsthaften Versuch, über die "doppelte Lohnskala" zu verhandeln.

Allerdings legte sie einen neuen Vorschlag auf den Tisch: freiwillige Lohnsenkung um 15 Prozent, im Austausch gegen Aktien des teilweise zu privatisierenden Unternehmens, und Ersetzung der "doppelten Lohnskala" durch eine einheitliche, die aber insgesamt niedriger liegt als die alte. Die SNPL-Führung unter Christian Paris, auf der Basis der Gegnerschaft zur "doppelten Skala" gewählt, hielt an der Abschaffung dieses negativen Symbols ohne Vorbedingungen und Gegenleistungen fest.

Der Air France-Streik, der am ersten Tag eine Beteiligung zwischen 90 und 100 Prozent erreichte, kam daher weder wie ein Blitz aus heiterem Himmel, noch bekundete er - wie es die allermeisten Medien glauben machen wollten - einen besonders perfiden Willen der Piloten zur "Erpressung" und "Geiselnahme" des Unternehmens oder des ganzen Landes unter Ausnutzung des WM-Datums.

Propaganda

gegen die "Privilegierten"

Freilich wurden die Propagandageschütze sofort in Stellung gebracht. Erstes Argument: Die Steuerzahler haben bereits 1993 die roten Zahlen von Air France mit 20 Milliarden Francs aufgefüllt und haben es "nunmehr satt, immer weiter draufzuzahlen". Das Milliardenloch von 1993 ist freilich nicht auf die Löhne des Air France-Personals zurückzuführen, sondern auf eine gescheiterte Geschäftspolitik der Direktion, die 1991 den Einbruch der Tourismuskonjunktur infolge des Golfkriegs "übersehen" und so riesige Verluste erwirtschaftet hatte. Ein weiteres zugkräftiges Argument führt die "privilegierte Situation" der Piloten an. Tatsächlich handelt es sich hier um die bestbezahlte Gruppe von lohnabhängig Beschäftigten, die freilich auch besonderen Zwängen unterliegen - sie müssen ständig und überall erreichbar und binnen vier bis fünf Stunden einsatzfähig sein, um eventuell ausfallende Kollegen zu ersetzen, denn Ausfälle im Flugverkehr wären extrem teuer.

Auch gibt es auf das Pilotengehalt keine Zuschläge für Nacht- oder Wochenendarbeit wie auf das Grundgehalt in anderen Branchen. Insbesondere aber gilt es zu berücksichtigen, daß die Berufsgruppe ganz unterschiedliche soziale Situationen umfaßt: Ähnelt die Stellung eines Bordkapitäns der eines leitenden Angestellten, so ist die Position der übrigen Piloten oder Kopiloten an Bord eher mit der eines "einfachen " Ingenieurs oder Technikers zu vergleichen.

Zugkräftig wird die Propaganda gegen den "Aufstand der Privilegierten" freilich dadurch, daß die Berufsgruppe und ihre Gewerkschaft SNPL in der Vergangenheit wenig Solidarität mit den Arbeitskämpfen der anderen Beschäftigten des Großunternehmens Air France (insgesamt 46.000 Mitarbeiter) an den Tag legten. So beim großen Streik des Bodenpersonals 1993, als besetzte Start- und Landebahnen durch harte Polizeieinsätze freigeknüppelt wurden.

Die übrigen Beschäftigtengruppen bei Air France verhielten sich gegenüber dem Pilotenstreik daher unterschiedlich. Unter den Hostessen und Stewardessen (8.300 Beschäftigte) vertrat die Mehrheitsgewerkschaft UNAC die Position, daß die streikenden Piloten auf keinen Fall nachgeben dürften - ihr einleuchtendes Argument: "Wenn die Dicken abmagern, dann werden die Mageren verhungern." Auch für diese Gruppe existiert bereits seit Dezember 1995 eine doppelte Lohnskala; der Einstiegslohn für Berufsanfänger wurde von 144.000 auf 113.000 Francs jährlich gesenkt (entspricht monatlich rund 3.600 DM

bzw. 2.800 DM brutto). Von einem Erfolg der Piloten erhoffte man sich Rückenwind für die Neuverhandlung der eigenen doppelten Lohnskala.

Dagegen verurteilten beim Bodenpersonal (rund 35.000 Beschäftigte) die drei "rechtesten" der fünf großen Gewerkschaftsbünde (die "unpolitisch"-reformistische FO, die christliche CFTC und die Vertretung der höheren Angestellten CFE-CGC) den Pilotenstreik. FO etwa warf den Piloten ihr unsolidarisches Verhalten bei Streiks in der Vergangenheit vor, um gegen den Pilotenstreik zu mobilisieren, den die CGT im Prinzip unterstützte.

Angleichung

der Löhne nach unten

Das letztendliche Scheitern des Arbeitskampfs erklärt sich teilweise aus der mangelnden öffentlichen Unterstützung, kombiniert mit der harten Linie der Fluggesellschaft, die trotz des Verlusts von einer Milliarde Francs durch den Streik nicht nachgab - auch weil sie die Regierung hinter sich wußte: Premierminister Jospin ebenso wie Transportminister Gayssot (PCF), der den aktuellen Air-France-Chef Spinetta ernannt hat.

Nach einer Umfrage für die Sonntagszeitung JDD vom 7. Juni erklärten 38 Prozent der Franzosen ihre Sympathie für den Pilotenstreik, knapp ebenso viele (34 Prozent) äußerten ihre Ablehnung. Damit hat zum ersten Mal in den letzten Jahren eines Streikbewegung keine gesellschaftliche Mehrheit hinter sich, anders als die öffentlichen Dienste Ende 1995, die Fernfahrer 1996 und 1997, die Arbeitslosenproteste Anfang 1998. Dies erklärt sich zum Teil aus dem Meinungsdruck aufgrund des Beginns der Fußball-WM und der Sorge um das "Ansehen Frankreichs"; nahezu alle Medien waren gegen den Streik, selbst die KP-Tageszeitung L'Humanité freute sich über das Streik-Ende mit der Schlagzeile: "Air France: Tor!" Einen ebenso großen Anteil daran hat aber auch das bis in jüngste Zeit hinein ausgeprägte korporatistische, berufsgruppenegoistische Verhalten der Piloten.

"Crashlandung des Pilotenstreiks" - so beschreiben nahezu wortidentisch eine Reihe französischer Medien, so die Tageszeitung Libération und das Wochenmagazin Le Point, den Ausgang des Arbeitskampfs. Am 10. Juni endete der Ausstand bei der Fluggesellschaft mit einem Abkommen, das - vom Standpunkt der Streikenden aus - erkennbar hinter die Kompromißvorschläge der Direktion während der ersten Tage des Konflikts zurückfällt. Das Abkommen zwischen der Direktion und der Gewerkschaft SNPL sieht zunächst einmal ein "Einfrieren" der Löhne für die Dauer von sieben Jahren vor, d.h. in dieser Zeit sind sämtliche Lohnerhöhungen blockiert. Bei konstant bleibender Inflation würde dies einen Reallohnverlust zwischen 12 und 15 Prozent bedeuten, wenngleich die Unterzeichner alle zwei Jahre eine Zwischenbilanz ziehen und sich über einen möglichen Inflationsausgleich unterhalten wollen (nichts ist festgeschrieben).

Darüberhinaus wird es auf freiwilliger Basis einen zusätzlichen Lohnverzicht in noch näher zu definierender Höhe für jene Piloten geben, die einen Austausch eines Teils ihres Gehalts gegen Aktien akzeptieren. Der Lohnverzicht der Aktionäre soll zeitlich befristet sein, d.h. nach sieben Jahren sollen sie das - bis dahin eingefrorene - allgemeine Lohnniveau der Piloten wieder erreichen. Die ursprüngliche SNPL-Forderung, daß die Mitarbeiter-Aktionäre im Fall von Verlusten der Aktie durch einen automatischen Ausgleich entschädigt werden, wurde fallengelassen.

Die ab Juni 1997 geltende "doppelte Lohnskala" wird abgeschafft. Dafür wird ein Tarifvertrag geschlossen, wonach entweder das Lohnniveau für junge Piloten in den ersten fünf Jahren ihrer Laufbahn allgemein abgesenkt wird oder aber diese ihre Ausbildungskosten der Gesellschaft zurückbezahlen müssen. Damit wird zwar das doppelte Lohnniveau entfallen, dafür aber das allgemeine Niveau gesenkt werden.

Bernhard Schmid, Paris

15. Vom Hoffnungsträger zum Despoten. Kabila ein Jahr an der Macht

Präsident Kabila ein Jahr an der Macht

Autor: Ulrike Diederichs, Andrea Iversen · Rubrik: Zaire, Republik Kongo · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:09

Vor einem Jahr eroberten aufständische Truppen Zug um Zug das damalige Zaire, bis der schwerkranke Alleinherrscher Mobutu das Land verlassen mußte. Hoffnungen auf eine Besserung der Menschenrechtslage keimten auf. Doch der Rückblick auf das erste Regierungsjahr unter dem neuen Präsidenten Kabila ist ernüchternd.

Am 17. Mai 1997 ging im damaligen Zaire eine Ära zu Ende: Das "Bündnis der demokratischen Kräfte zur Befreiung Kongo-Zaires" (AFDL) zog in die Hauptstadt Kinshasa ein und zwang Präsident Mobutu Sese Seko nach 32 Jahren nahezu absolutistischer Herrschaft ins Exil. Die Hoffnungen, die sich mit dem Rebellenführer Laurent-Désiré Kabila verbanden, waren immens. Die Bevölkerung erwartete von ihm und seinen Truppen nicht nur eine Befriedung des Landes - vor allem des Konfliktherdes Kivu im Osten, wo die Rebellenbewegung mit Unterstützung Ruandas im Herbst 1996 ihren Ausgang genommen hatte -, sondern endlich eine auf demokratischen Prinzipien fußende Ordnung, die Umsetzung der in ihrer Verfassung verankerten Grundrechte und Freiheiten sowie Stabilität und Sicherheit.

Zunächst ging in der Tat ein spürbares Aufatmen durch die Bevölkerung, als die Rebellenarmee in Kinshasa einzog, ohne daß es zu dem befürchteten Blutbad kam. Auch die Weltöffentlichkeit vermerkte mit gewisser Erleichterung, daß die AFDL anscheinend keine generelle Abrechnung mit dem Mobutu-System und seinen Anhängern im Sinn hatte. Die Vereidigung Präsident Kabilas am 29. Mai 1997 setzte jedoch andere Signale. Zwar kündigte er Wahlen für das Jahr 1999 an, übernahm aber erst einmal die Staatsgewalt in der nun wieder umbenannten "Demokratischen Republik Kongo" und erklärte sich selbst zum Präsidenten und obersten Befehlshaber der Streitkräfte. Binnen weniger Tage wurde die bisherige Verfassung außer Kraft gesetzt, sämtliche politischen Aktivitäten der Parteien wurden verboten, und die Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte wurde an strenge Auflagen geknüpft. Trotzdem hielten viele Kongolesen und auch manche ausländischen Beobachter an ihrer Hoffnung fest, daß nach den Schwierigkeiten der Anfangsphase, die vor allem dem heruntergewirtschafteten, völlig korrupten Mobutu-System anzulasten waren, demokratische Strukturen geschaffen würden. Sie verwiesen auf erste Erfolge des neuen Regimes im Bereich der öffentlichen Sicherheit: Immerhin war die Zahl der Straftaten sowie der Plünderungen deutlich zurückgegangen.

Massaker an Flüchtlingen und Zivilisten

Die Meldungen über Massaker an Hutu-Flüchtlingen aus Ruanda und Burundi sowie an der kongolesischen Hutu-Bevölkerung, die die Weltöffentlichkeit während der Eroberung des Landes erschütterten, rissen auch nach der Machtergreifung nicht ab. Insgesamt sollen einige tausend Menschen diesen Massakern zum Opfer gefallen sein. Mehr als 40.000 gelten als vermißt; vieles spricht dafür, daß sie willkürlich und vorsätzlich getötet wurden. Im Juni 1997 erfuhr amnesty international von einem Massaker in Kivu, dessen Opfer ausschließlich Burunder waren. Auch aus der Provinz Equateur kamen Schreckensmeldungen: Allein im Juli 97 sollen in und um Boende mindestens 2.000 Hutu getötet worden sein. Bei einem Massaker zwischen dem 25. März und dem 7. April dieses Jahres wurden etwa 54 ruandische Flüchtlinge und mindestens hundert kongolesische Zivilisten von AFDL-Streitkräften in Shabunda in der Provinz Süd-Kivu getötet. Die kongolesische Zivilbevölkerung wurde besonders dann Opfer der Angriffe, wenn sie Flüchtlingen Unterschlupf in ihren Dörfern gewährt hatte. Zwischen dem 20. Februar und Mitte April 98 fielen bis zu 900 Zivilisten in Butembo in der Provinz Nord-Kivu den Attacken der AFDL zum Opfer, die im Rahmen gemeinsamer Militäreinsätze von ruandischen und ugandischen Regierungstruppen unterstützt wurde. Sämtliche Massaker wurden bisher von der AFDL geleugnet, Spuren offensichtlich beseitigt. Trotz der schweren Anschuldigungen weigerte sich die Regierung bis in die jüngste Zeit und mit immer wieder wechselnden Begründungen, eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen ungehindert arbeiten zu lassen. Inzwischen hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, am 17. April den Abzug der Kommission angeordnet,

nachdem ein Mitglied in Goma verhaftet worden war und ihm vertrauliche Dokumente entzogen wurden. Nun sollen die Untersuchungen vom Ausland aus fortgesetzt werden.

Flüchtlinge durch Abschiebung gefährdet

Auch die überlebenden Flüchtlinge sind in höchster Gefahr, da sie keinen Schutz vor Vertreibung und Abschiebung haben. Am 7. November 1997 überquerten Soldaten in sieben Lastwagen aus Burundi bei Kihanga die kongolesische Grenze. Nach ihrer Ankunft begannen sie gemeinsam mit den Behörden und Angehörigen der Sicherheitskräfte mit der Suche nach burundischen und ruandischen Flüchtlingen. Zwischen dem 7. und dem 13. November wurden mindestens sieben Dörfer und Städte durchsucht, darunter auch die Stadt Uvira. Unter den Einwohnern sind viele Kongolesen burundischer oder ruandischer Abstammung, die seit Jahren oder sogar seit Generationen dort leben. Sie sind so integriert, daß sie nur mit Hilfe der örtlichen Behörden von den burundischen Sicherheitskräften aufgegriffen werden konnten. Unter dem Vorwurf, der bewaffneten Gruppe der Mayi-Mayi bzw. den ruandischen "Interahamwe"-Milizen anzugehören oder diese zu unterstützen, wurden etwa 3.000 Menschen im November nach Burundi und Ruanda abgeschoben. Dies steht in eklatantem Widerspruch zu internationalen Übereinkommen, die den Schutz der Flüchtlinge vor willkürlicher Abschiebung zum Ziel haben.

Kritiker der Regierung werden verfolgt

Seit Kabilas Machtübernahme wurden neben Anhängern des früheren Präsidenten Mobutu vor allem Führer und Mitglieder von Oppositionsparteien, regimekritische Journalisten, demonstrierende Studenten und auch Menschenrechtler politisch verfolgt. Gegen Demonstranten wurde wiederholt mit Waffengewalt vorgegangen. Am 25. Juli vergangenen Jahres eröffneten Soldaten das Feuer auf eine gewaltlose Demonstration der "Parti Lumumbiste Unifié" (PALU), töteten mindestens einen Teilnehmer, verletzten sechs Personen schwer und nahmen weit über hundert Demonstranten fest. Auch die führende Oppositionspartei "Union für Demokratie und sozialen Fortschritt" (UDPS) wurde Opfer der Verfolgung: Am 15. August 1997 wurden 15 ihrer Mitglieder in Kinshasa bei einer friedlichen Demonstration festgenommen, bis zu ihrer Freilassung am 14. Oktober ohne Kontakt zur Außenwelt gefangengehalten und während der Vernehmung mit Elektroschlagstöcken gefoltert. Der prominenteste Fall war im Februar 1998 der Parteivorsitzende Etienne Tshisekedi, der bei der Vorbereitung zum 16. Gründungsjubiläum seiner Partei zusammen mit neun weiteren UDPS-Mitgliedern festgenommen wurde. Tshisekedi wurde anschließend - wie bereits viele Male unter Mobutu - in sein Heimatdorf in Ost-Kasai verbannt, wo er abgeschnitten von der Außenwelt durch Feldarbeit zum Wiederaufbau des Landes beitragen soll. Ein Bericht von amnesty international vom Februar 1998 weist nach, daß die Verfolgung sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens - Politik, Kirche, Gewerkschaften, Presse und das Rechtswesen - erfaßt und die Regierung Kabila dabei ist, jegliche Form von politischer Opposition zu zerschlagen. Seit Juni 1997 wurden Hunderte von Menschen in der Demokratischen Republik Kongo widerrechtlich verhaftet und in einer Vielzahl von Fällen gefoltert, weil sie sich kritisch über die neue Regierung geäußert hatten oder Informationen erpreßt werden sollten. Weibliche Gefangene werden nicht nur gefoltert, sondern oft auch vergewaltigt. Auch bei der Verhaftung des Oppositionellen Eugène Ndongala Nzomambu im Oktober 1997 wurden zwei seiner Schwestern von Soldaten vergewaltigt. Viele Oppositionelle sind "verschwunden", andere von Ermordung durch die Sicherheitskräfte bedroht. Manche wurden getötet, ohne daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden wären.

Die Pressefreiheit ist nicht gewährleistet: Der Chefredakteur der unabhängigen Zeitung "Alarme", Albert Bosangi, wurde Anfang Februar dieses Jahres verhaftet. Seine Festnahme steht offenbar mit dem Artikel eines anderen Journalisten in Zusammenhang, der in "Alarme" veröffentlicht wurde und die Verhaftung des führenden Oppositionspolitikers Joseph Olenga Nkoy anprangerte. Bosangi soll nach der Festnahme gefoltert worden sein; eine medizinische Versorgung wurde ihm verweigert. Sein Fall steht stellvertretend für mehrere Festnahmen von Journalisten und Herausgebern, die allein wegen ihrer kritischen Berichterstattung verhört und bedroht wurden. Auch ein Deutscher ist unter ihnen: Am 12. April wurde der Korrespondent der Berliner "tageszeitung", Peter Böhm, im Osten des Landes verhaftet und unter der Anklage der Spionage nach Kinshasa verbracht. Er befindet sich inzwischen auf freiem Fuß und wurde des Landes verwiesen.

Vollstreckung der Todesstrafe

Im August 1997 wurde von Kabila der "Cour d'ordre militaire", der Militärgerichtshof, eingerichtet. Das erste Todesurteil wurde zwei Monate später gesprochen und am 22. Oktober an dem Soldaten Kanyongo Kisase in öffentlicher Hinrichtung vollstreckt. Dieser hatte am 25. September vor einem Regierungsgebäude Wache gestanden, als Jugendliche auf dem gegenüberliegenden Schulhof auf ihn aufmerksam wurden und sich über ihn lustig machten. Er schoß daraufhin in die Menge und tötete einen Schüler. Der Militärgerichtshof, dessen Mitglieder dem Vernehmen nach keine juristische Ausbildung haben, trat sofort zusammen und fällte das Todesurteil in einem Eilverfahren, ohne dem Verteidiger des Soldaten ausreichend Gelegenheit zur Vorbereitung zu geben. Dieses Urteil blieb kein Einzelfall: Seit Januar 1998 wurden über 50 Personen binnen weniger Tage nach ihrer Verurteilung öffentlich hingerichtet. Soldaten sind genauso Opfer wie Zivilisten; unter ihnen befinden sich bewaffnete Räuber und Plünderer wie auch unbewaffnete Angehörige der ehemaligen Mobutu-Sicherheitsdienste. Gegen Urteile des Militärgerichtshofs werden keine Rechtsmittel zugelassen. Damit sind die Rechte der Verteidigung erheblich beschnitten. Das Scheinargument, die Demokratische Republik Kongo befinde sich noch im "Kriegszustand", wird mißbraucht, um mißliebige Gegner aus dem Weg zu räumen.

Enttäuschte Hoffnungen

Gerade weil sich so hohe Erwartungen an Kabilas Machtübernahme knüpften und weil sich die Regierung selbst ehrgeizige Ziele gesteckt hatte, muß der Rückblick auf ein Jahr Kabila bei der Mehrzahl der Kongolesen bittere Enttäuschung auslösen: Die Menschenrechtslage hat sich für sie nach Jahrzehnten der Unterdrückung durch Mobutu nicht geändert. Die Anliegen von amnesty international bleiben bestehen: Die Regierung muß öffentlich und ohne Ansehen der Person von Täter und Opfer Menschenrechtsverletzungen verurteilen, bei ihrer Aufklärung mitwirken und sicherstellen, daß die Verantwortlichen von unabhängigen Gerichten in fairen Verfahren zur Rechenschaft gezogen werden. Im August 1997 legte amnesty international der Regierung Kabila ein Memorandum vor, das Vorschläge zum Aufbau eines Rechtsstaats und zur Umsetzung von Reformen enthielt. Diese enthalten die Abschaffung der Todesstrafe und die Umwandlung der bereits verhängten Todesurteile, den Schutz vor staatlichen Morden und dem "Verschwindenlassen" durch Sicherheitskräfte sowie die Gewährleistung von Grundrechten wie der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit. Zwar hat die Regierung Kabila auf diese Empfehlungen nie reagiert. Daß dennoch die Appelle und Petitionen amnesty internationals wie auch anderer Organisationen Erfolg haben können, zeigte sich Mitte April bei der Freilassung prominenter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die im Januar in Bukavu inhaftiert worden waren, darunter der Rektor der Universität Goma und der Mwami von Kabare, eine der traditionellen Autoritäten des Landes. Eine weitere positive Meldung war die Begnadigung des 15jährigen Muderwa, dem wegen der Tötung eines Fußballspielers die Todesstrafe drohte. In diesem Fall hatte das jugendliche Alter des Verurteilten weltweite Proteste ausgelöst, und Kabila sah sich veranlaßt, von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen.

Die internationale Staatengemeinschaft darf vor der jetzigen Entwicklung in der Demokratischen Republik Kongo nicht die Augen verschließen. Bereits in den vergangenen Jahrzehnten hat das Stillschweigen vieler Regierungen angesichts der Menschenrechtsverletzungen unter Mobutu dazu beigetragen, den Begriff des Rechtsstaats auszuhöhlen. In der neuen Republik könnte leicht das gleiche geschehen, wenn nicht die Wahrung der Menschenrechte und die Durchsetzung internationaler Rechtsnormen von der Regierung Kabila eingefordert werden.

Ulrike Diederichs

Andrea Iversen

Die Autorinnen sind Mitglieder der Koordinationsgruppe Kongo (Kinshasa) der deutschen Sektion von amnesty international. Die in Bonn ansässige Gruppe sucht noch weitere interessierte ehrenamtliche Mitstreiter, möglichst mit Erfahrung in der amnesty-Arbeit. Kontakt: amnesty international, Länderreferat, 53108 Bonn.

Der Artikel erschien zuerst im ai-journal, Heft 6/98 vom Juni d.J.

16. Schmutzige Westen, dreckige Wäsche. Der Fall C&A

Autor: Peter Custers · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:28

Der folgende, aus dem Englischen übersetzte und stark gekürzte Beitrag diente der Vorbereitung des International Clean Clothes Forum, das am 3. Mai diesen Jahres in Brüssel stattfand. Veranstalter war die internationale Clean Clothes Campaign, eine Kampagne von verschiedenen Nicht-Regierungsorganisationen gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen in den Zuliefererklitschen der großen westlichen Textilkonzerne. Neben C&A fokussierte sich die Veranstaltung in Brüssel auf die Firmen Nike, Otto Versand, Adidas, H&M, Levi Strauss und Walt Disney. Zentrum der bisherigen Aktivitäten der Kampagne in Europa sind die Niederlande.

C&A ist ein Privatunternehmen, das 1841 von Clemens und August (C&A) Brenninkmeyer in den Niederlanden gegründet wurde. Das Unternehmen wird immer noch von der Brenninkmeyer-Familie geleitet, die sorgfältig jede Form der Öffentlichkeit meidet und Informationen über Unternehmensstrategie, Geschäftsverlauf oder Beschäftigung zurückhält. Die Anzahl der C&A-Filialen ist unbekannt, ebenso die genauen Beziehungen mit den Zulieferern, die genauen Länder, in denen die Firma aktiv ist, Zahlen über direkte oder indirekte Beschäftigung sowie über die Profitratenentwicklung des Unternehmens. So stellte die Corporate Intelligence on Retailing (Unternehmensdaten im Einzelhandel) 1997 fest: "C&A's Neigung zur Geheimhaltung verhindert jede genaue Darstellung sowohl über den Umfang seiner globalen Geschäftsbeziehungen und Verkäufe als auch über seine europaweiten Operationen." (1) Das Unternehmen arbeitet im Rahmen einer unabhängigen Eigentümerstruktur und einem unabhängigen Management für jede einzelne Einheit der Textilproduktion. Mit anderen Worten: C&A greift größtenteils auf die Mechanismen des Subcontracting zurück, um die Produktionsaufgaben auf externe Zulieferer auszulagern.

Aus Garn Gold spinnen

Allein in Europa gehören mehr als 600 Verkaufsstellen für Bekleidung zu C&A; weltweit sind es über 2.000. Es gibt Warenhäuser in den Benelux-Staaten, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Portugal, Italien, Österreich, der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, den USA, Brasilien und Japan. Nachforschungen haben ergeben, daß C&A ebenso in Liechtenstein, den Niederländischen Antillen und Kanada aktiv ist. 1995 soll C&A allein in den USA über 1.450 Warenhäuser für Textilien unter verschiedenen Namen kontrolliert haben. Nach Informationen der Clean Clothes Campaign aus dem Jahre 1996 plant C&A weiterhin zwischen 1996 und dem Jahr 2000 die Eröffnung von 20 Filialen und die Errichtung eines Vertriebsnetzes in Argentinien.

In den Niederlanden ist C&A das größte Einzelhandelsunternehmen für Bekleidung mit 91 Warenhäusern und einem geschätzten Umsatz von 2 Mrd. Gulden (Daten aus 1996). C&A ist außerdem an der formal unabhängigen Bekleidungskette MARCA beteiligt, die in den Niederlanden 32 Filialen betreibt (zusätzlich zu einer ähnlichen Anzahl in Belgien). Darüberhinaus ist bekannt, daß C&A die 49 Boutiquen der Mode-Kette Foxy kontrolliert.

Die Bundesrepublik ist das einzige Land, in dem C&A gesetzlich verpflichtet ist, Bilanzinformationen zu veröffentlichen. Hier rangiert das Unternehmen auf Platz drei der großen Einzelhandelskonzerne (hinter Karstadt und Metro) mit ca. 185 Warenhäusern und einem Umsatz von 8 Mrd. DM allein 1995. Auch in Frankreich ist C&A ein namhaftes Handelshaus für Bekleidung. Nach Spekulationen der Wirtschaftspresse belief sich dort der Umsatz im Jahre 1996 auf 6,3 bis 6,8 Mrd. Franc. In Großbritannien betreibt C&A in den letzten Jahren eine konstante Zahl von 120 Filialen mit einem geschätzten Umsatz von 770 Mio. Pfund für 1995/96. Seit März 1996 wird der Einkauf für alle europäischen Filialen und Niederlassungen von einer einzigen Einkaufsorganisation betrieben, der European Buying Service Company (EBSCO). Im Jahre 1990 ist der Gesamtumsatz von C&A auf 10 Mrd. Gulden bzw. über 5 Mrd. US-Dollar geschätzt worden.

Bisher zielte die Geschäftspolitik von C&A auf billigere und Massensegmente des Marktes. In den letzten Jahren jedoch hat das Unternehmen zunehmend auch die mittleren Marktsegmente bedient. 1996 haben C&A-Warenhäuser 16 eigene Markenlabel für spezielle KonsumentInnengruppen vertrieben (darunter Avanti, Rodeo, Clockhouse, Baby-Club). Jede Marke erhält in den Häusern spezielle eigene Verkaufsorte. C&A hat u.a. Einkaufsfilialen in Singapur, Hongkong und Indien. Das Unternehmen behauptet allerdings, die meisten

Aufträge über Zulieferer in Europa abzuwickeln: Nach einer eigenen C&A-Unternehmenspräsentation in London aus dem Jahre 1997 stammen 65% der Waren aus Europa, 25% aus Südostasien und 10% aus anderen Regionen. (2)

Selbstbindungsklauseln bei C&A

Nach eigenen Angaben agiert das Unternehmen seit 1991 nach einem eigenen "Verhaltenskodex für die Beschaffung von Waren". Dieser Kodex wurde 1996 überarbeitet, als C&A SOCAM einschaltete, eine angeblich unabhängige Kontrollinstitution mit Sitz in Brüssel. Seitdem ist der Verhaltenskodex von C&A in etlichen europäischen Ländern Gegenstand erheblicher öffentlicher Debatten zwischen dem Unternehmen und Gruppen der Clean Clothes Campaign.

C&A behauptet, seine Einkaufspolitik mit der Überarbeitung des Kodexes sowie mit der Einschaltung von SOCAM grundlegend neu strukturiert zu haben. C&A-Vertreter Chris Williams sagte auf einer Konferenz in London 1997, die Inspektionsteams von SOCAM würden über 1.000 unangekündigte Kontrollbesuche im Jahr bei C&A-Zulieferern und Subcontractern machen. Wo Zulieferer sich nicht an den C&A-Kodex hielten, würden die Geschäftsbeziehungen entweder eingestellt oder Warnungen ausgesprochen. (3) Dennoch: Obwohl der Kodex eine Reihe grundlegender Kriterien abdeckt - wie z.B. Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Löhne, Gesundheit und Sicherheit der ArbeiterInnen -, wird er dennoch als zu vage und zu lückenhaft kritisiert. Die fehlende Unabhängigkeit des C&A-eigenen Kontrollsystems ist eine weitere fundamentale Schwäche der augenblicklichen Verfahrensweisen bei C&A (s.u.).

In den meisten Punkten ist der bestehende Verhaltenskodex schwammig. Während der Kodex z.B. die "Ausbeutung" von Kinderarbeit verbietet, definiert das Unternehmen nicht deutlich, was "Kinderarbeit" ist. So wird z.B. keine Altersgrenze genannt. In Bezug auf die Löhne verlangt der Kodex, daß diese "vollständig den örtlichen Standards entsprechen" und im "Einklang mit den örtlichen Gesetzen" stehen müssen. Da in vielen Ländern die Mindestlöhne unterhalb des Existenzminimums liegen, dienen diese Formulierungen nicht dazu, ArbeiterInnen einen Lohn zu sichern, mit dem zumindest die grundlegenden Bedürfnisse abgedeckt werden können.

Ein zweiter Kritikpunkt bezieht sich darauf, daß in dem Kodex die grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte der TextilarbeiterInnen nicht definiert werden. Der wichtigste Punkt ist das Recht der ArbeiterInnen auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ihrer Wahl ohne die Angst, für gewerkschaftliche Aktivitäten bestraft zu werden. C&A hat zwar Überlegungen angedeutet, dieses Recht in einen zukünftigen (nochmals überarbeiteten) Kodex aufzunehmen, dennoch ist das Fehlen des demokratischen Rechts auf Organisationsfreiheit für ArbeiterInnen ein entscheidendes Manko. Ein anderes wichtiges Defizit betrifft die Arbeitsstunden: Im existierenden C&A-Kodex gibt es keinerlei Bestimmungen über die Länge der Arbeitszeit. Der Kodex formuliert auch keine Formen sozialer Sicherungssysteme. Die Mehrzahl der TextilarbeiterInnen sind Frauen. Die Bezahlung von Ausfallzeiten wegen Schwangerschaft wäre z.B. eine wichtige Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die in diesem Bereich dringend angestrebt werden muß.

Drittens kritisiert die Clean Clothes Campaign die Kontrollmechanismen von C&A. SOCAM ist eher ein internes Kontrollsystem als eine externe Überwachungsstelle. Da kein einziger SOCAM-Bericht Außenstehenden zugänglich ist, gibt es keine Möglichkeit für KonsumentInnenorganisationen und andere, die Behauptungen von C&A über Anzahl, Methode und Ergebnisse der von SOCAM durchgeführten Inspektionen zu überprüfen. Die von SOCAM zusammengestellten Informationen sind nur C&A zugänglich. Wie die meisten anderen Einzelhandelsketten auch, die einen eigenen Verhaltenskodex anwenden, hat es C&A nicht geschafft, ein wirklich unabhängiges Überwachungssystem für seinen Kodex zu entwickeln und Gewerkschaften, Nicht-Regierungsorganisationen und andere gesellschaftliche Akteure in diesen Kontrollprozeß einzubeziehen. Ohne ein wirklich unabhängiges Überwachungsverfahren können grundlegende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im Textilsektor nicht erreicht werden.

C&A untergräbt Organisierungsfreiheit

Eine der zentralen Forderungen der Clean Clothes Campaign seit ihrer Gründung ist das Recht der freien und ungehinderten Organisierung der ArbeiterInnen der Textilhandelsketten wie auch der ArbeiterInnen ihrer Zulieferer. Die Forderung wurde in der Fair Trade Charter festgehalten und ist seitdem ein Hauptthema bei Debatten und Verhandlungen zwischen Kampagnengruppen und den Handelsketten. 1996, zu Beginn der

Kampagne in Europa, wurde ein Tribunal in Amsterdam organisiert, dessen Jury eindringlich dafür plädierte, diese Forderung innerhalb der verschiedenen Forderungen zur Verbesserung der Rechte der TextilarbeiterInnen herauszuheben. Auf der anderen Seite haben die multinationalen Einzelhandelsunternehmen verdächtig langsam auf die Forderung nach Anerkennung von gewerkschaftlichen Rechten reagiert.

C&A ist da keine Ausnahme. Wie bereits erwähnt enthält der gegenwärtige Verhaltenskodex von C&A keinerlei Bezugnahme auf gewerkschaftliche Rechte. Das Unternehmen hat vielmehr eine lange - und durchaus bekannte - Tradition in der Behinderung gewerkschaftlicher Aktivitäten. Im Rahmen einer genaueren Untersuchung über C&A, durchgeführt von SOMO (Centre for Research on Multinational Corporations) in den späten 80er Jahren, äußerten sich die interviewten Verkäuferinnen derart, daß das bloße Wort "Gewerkschaft" ein "Fluch" innerhalb des Unternehmens sei. Sie erwähnten zudem, daß C&A ganz eindeutig klarmache, daß gewerkschaftliche Aktivitäten die Karriere behindern würden. (4) In diesem repressiven Klima (und bei den gleichzeitig gewährten Zulagen, die C&A scheinbar seinen Beschäftigten zahlt) ist der (gewerkschaftliche) Organisationsgrad bei C&A extrem niedrig.

Es stellt sich die Frage, ob C&A in den acht Jahren, in denen das Unternehmen im Brennpunkt der Clean Clothes Campaign steht, seine Haltung gegenüber gewerkschaftlicher Organisierung geändert hat. Dies ist besonders deshalb von Interesse, da Jaap Bosman, PR-Manager von C&A in den Niederlanden, verkündet hat, daß das Thema der Gewerkschaftsrechte in allernächster Zeit in den Firmenkodex aufgenommen werden soll. Gewerkschaftsfunktionäre aus Großbritannien und den Niederlanden, die für die Organisierung von C&A zuständig sind und die vom Autor im April 1998 interviewt wurden, bestätigen jedoch, daß es nach wie vor extrem schwierig ist, C&A-Angestellte zu organisieren. Als Gründe gab die niederländischen Gewerkschaftssekretärin an, daß C&A-Angestellte, die Gewerkschaftsmitglied werden wollen, gleichzeitig darauf bestehen, daß alle Informationen, die sie über das Unternehmen haben, geheimgehalten werden. Sie wies darauf hin, daß die Beschäftigten bei C&A es nicht wagen würden, die gewerkschaftlichen Versammlungen zu besuchen, auf denen die zentralen Tarifverhandlungen mit dem Einzelhandel vorbereitet werden. Gleichzeitig würden C&A-Manager nach wie vor den Verkauf der Gewerkschaftszeitung in den Filialen untersagen. (5)

C&A kontrolliert sich selbst

Nach Darstellung von C&A selbst war die Etablierung von SOCAM zur Überwachung des firmeneigenen Verhaltenskodexes mit einer ausgefeilten Vorbereitungsphase verbunden (so etwa die Erhebung der notwendigen Datenbasis, Auswahl und Training der SOCAM-MitarbeiterInnen, Training der C&A-Manager und Übersetzung des Unternehmenskodexes in alle europäischen Sprachen). (6)

Um die Bedeutung von SOCAM endgültig und vollständig einschätzen zu können, ist zusätzliche unabhängige Untersuchungsarbeit notwendig. Dennoch kann man sich bei der Erhebung von Daten zur Kontrollpraxis von C&A auf eine vorangegangene Erfahrung stützen, nämlich auf eine Untersuchung zur Textilproduktion in Rumänien, die vor kurzem von SOMO-Forschern durchgeführt wurde. Diese Feldforschung erfaßte u.a. fünf C&A-Zulieferer. In jedem Fall bestätigten die befragten Manager die Geschäftsbeziehungen mit C&A. Die SOMO-Untersuchung ließ keinen systematischen Versuch von C&A erkennen, die Einhaltung des Unternehmenskodexes bei den Zulieferfirmen zu überwachen. Lediglich zu einer kleineren Produktionsstätte ist ein Inspektionsteam entsandt worden, das die Arbeitsbedingungen einschließlich der Löhne und sanitären Einrichtungen überprüfte. Überall sonst verzichteten C&A-Inspektoren darauf, die Löhne oder Umwelt- und Sozialstandards zu prüfen.

Es ergaben sich keinerlei Hinweise darauf, daß C&A seinen Verhaltenskodex an die Zulieferer überhaupt verteilt hätte. Und erst recht verzichteten die Unternehmensinspektoren darauf, die betroffenen ArbeiterInnen zu befragen. Die Untersuchung aus Rumänien führt in der Tat zu erheblichen Zweifeln an den Überprüfungsmethoden von C&A. Die Frage ist berechtigt, ob C&A SOCAM mit wirklichen Überprüfungsabsichten ins Leben gerufen hat. Das bisher von unabhängigen Forschern zusammengetragene Material deutet darauf hin, daß SOCAM die Arbeitsbedingungen nicht effektiv überprüft. Die Vermutung liegt nahe, daß SOCAM eher Teil einer bewußt geplanten PR-Strategie ist. (7)

Kinderarbeit für europäische Boutiquen

Kinderarbeit in südindischen Zulieferbetrieben für C&A war ein herausragendes Thema des International Clean Clothes Forum zu C&A am 3. Mai 1998 in Brüssel.

Tirupur, eine Stadt im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu, ist für den Export von Strick- und Strumpfwaren bekannt. Produktion und Export dieser Textilien sind in den letzten Jahren explosionsartig gestiegen, parallel mit dem allgemeinen Wachstum von Textilexporten aus Indien. Der Anteil von Exporten aus Tirupur lag 1994 bei 45% der Gesamtexporte von Strickwaren aus Indien. In einer Periode, in der Konfektionsbekleidung rasch zu Indiens wichtigstem Devisenbringer avancierte (mit einem Anteil von 18% am gesamten indischen Warenexport der Jahre 1994/95), ist Tirupurs Bedeutung als Zentrum der Exportproduktion entsprechend angewachsen.

Die Expansion der Bekleidungsindustrie in Tirupur wird hauptsächlich den dortigen Produktionsstrukturen zugeschrieben. Anstelle kombinierter Produktionsabläufe unter einem Dach haben sich hier für jeden einzelnen Produktionsschritt einzelne Fabrikationsstätten herausgebildet. Das bedeutet, daß an einem Ort das Garn gesponnen, an einem anderen gebleicht und an einem dritten gefärbt wird. Andere Faktoren, die das Wachstum von Tirupur als Produktionszentrum gefördert haben, sind die leichte Verfügbarkeit von Garnen aus den umliegenden Städten, das Vorhandensein von Wasser zum Färben, Bleichen und Bedrucken sowie billige Arbeitskraft.

Eine Untersuchung des Indien-Komitees der Niederlande (INC) aus dem Jahre 1996 beschreibt die Arbeitsbedingungen in Tirupur generell als schlecht. Sie konzentriert sich allerdings im weiteren auf die verbreitete Kinderarbeit. Nach diesem Bericht, der auf dem Besuch von 15 Produktionsstätten und ausführlichen Interviews von Kinder-ArbeiterInnen beruht, übten Kinder folgende Tätigkeiten aus: Hilfsarbeiten für die Schneider, Überprüfen, Glätten und Schneiden des Garns, Endfertigung und Verpacken. Während der Besuche in den Fabrikationsstätten wurden Kinder auch in den Färbe- und Bleichabteilungen angetroffen, mit erheblichen gesundheitlichen Risiken. (8) Die Arbeitszeiten für die Kinder waren extrem lang und entsprachen denjenigen der erwachsenen ArbeiterInnen. Die meisten Kinder arbeiteten 12 bis 16 Stunden am Tag, sechs Tage in der Woche. Während die Einkommen aus der Kinderarbeit für die Familien einen wichtigen Beitrag zum Überleben darstellen, litten alle interviewten Kinder an physischer Erschöpfung und Auszehrung. Schätzungen über die Zahl der Kinder-ArbeiterInnen bewegen sich zwischen 8.000 und 35.000 bei insgesamt 300.000 ArbeiterInnen.

Kinder arbeiteten auch in Produktionsstätten für C&A, eines derjenigen europäischen Einzelhandelsunternehmen mit ausgedehnten Geschäftsbeziehungen zu Produzenten und Exporteuren in Tirupur. C&A ist dort über die eigene Tochterfirma Mondial tätig, die für C&A's Einkaufsorganisation EBSCO arbeitet. Nach Angaben von Mondial-Offiziellen steht die Firma in Geschäftsbeziehungen mit 1.200 von 3.000 Betrieben der Textilindustrie von Tirupur. Damit ist C&A zweifellos der wichtigste Aufkäufer von Strickwaren aus Tirupur.

1997 trat die indische Nicht-Regierungsorganisation SAVE an die Strickwarenindustrie in Tirupur heran, um Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Bekämpfung der Kinderarbeit zu diskutieren. Ein Memorandum wurde verabschiedet, daß u.a. die Beendigung der Kinderarbeit zum Ziel hatte und die Betreuung und Rehabilitation der Kinder unterstützen sollte. Das Memorandum umfaßte auch einige Vorschläge für eine unabhängige Kontrollarbeit. Im Grundsatz entsprachen die Vorschläge durchaus dem Unternehmenskodex von C&A, in dem Kinderarbeit als "völlig unakzeptabel" bezeichnet wird. Dennoch stieg Mondial schließlich aus den Verhandlungen aus und weigerte sich, strukturelle Maßnahmen gegen die Kinderarbeit durchzuführen. Ebensowenig reagierte das Unternehmen auf die Anfragen von SAVE nach Informationen über eigene Maßnahmen zur Erfüllung des C&A-Kodexes.

Der Textilarbeiterstreik in Simbabwe

Die Rolle von Unternehmen wie C&A bei der Wahrung von ArbeiterInnenrechten wurde auf dem International Clean Clothes Forum am Beispiel des Textilarbeiterstreiks in Simbabwe vom Juli 1997 erläutert. Die Bedeutung von Textilien aus Simbabwe für den europäischen Markt ist in den letzten Jahren gestiegen, auch wenn bisher insgesamt nur ein kleiner Teil der Textil- und Bekleidungsproduktion des Landes exportiert wird (1994 10%). Nach mehreren Krisen, die die Branche in der ersten Hälfte der 90er Jahre erschütterte, ist der Textil- und Bekleidungssektor umstrukturiert worden. Die Produktion wurde von Großfabriken in flexiblere

mittlere und kleine Unternehmen verlagert. 1996 umfaßte der Textil- und Bekleidungssektor in Simbabwe 274 registrierte Unternehmen; davon waren 255 Bekleidungshersteller, die meisten (98%) in der Hand (weißer) Simbabwer. (9)

Der zentrale Punkt der Fallstudie aus Simbabwe ist der Arbeitskampf in der Bekleidungsindustrie aus dem letzten Jahr. Das Scheitern der jährlichen Verhandlungen über den Mindestlohn hatte zu einem zehntägigen Streik und zu massiven Entlassungen geführt. Im April 1997 hatten die Gewerkschaften Verhandlungen über eine 69%ige Lohnerhöhung begonnen, die angesichts der dramatischen Inflationsrate in Simbabwe als notwendig angesehen wurde. Sowohl die Regierung als auch der Unternehmerverband reagierten heftig auf den Streik. Als die Verhandlungen ins Stocken gerieten, versuchten Gewerkschaften und ArbeiterInnen den Konflikt durch einen Vermittler beizulegen, der eine Lohnerhöhung von 25% vorschlug. Das Ministerium für industrielle Beziehungen jedoch ignorierte den Vermittlungsprozeß und gab statt dessen folgende Verfügung heraus: Bis zum 14. Juli sollten alle ArbeiterInnen die Arbeit wieder aufgenommen haben. Andernfalls stünde es den Unternehmern frei, ArbeiterInnen zu entlassen. Der Verband der Bekleidungsproduzenten nutzte diese Verfügung sofort aus und entließ alle 13.000 ArbeiterInnen. 11.000 wurden anschließend auf der Basis von Tagelöhnerkontrakten wieder eingestellt, d.h. zu erheblich verschlechterten Arbeitsbedingungen. So können ArbeiterInnen unter diesen neuen Vertragsbedingungen sehr viel leichter gefeuert werden. Viele der im Juli letzten Jahres entlassenen ArbeiterInnen waren Mitglieder gewählter ArbeiterInnenkomitees und GewerkschaftsaktivistInnen, so auch alle 2.000, die nicht wieder eingestellt wurden. Mit ihrer Entlassung haben die Unternehmer die Gewerkschaften aus den Betrieben ausgeschlossen und den ArbeiterInnen gleichzeitig ihr Recht auf Organisierung genommen.

In den Konflikt in Simbabwe waren drei Parteien direkt verwickelt: Die ArbeiterInnen und ihre Gewerkschaften, die Textilunternehmer und die Regierung. Auch wenn die Frage nach der Verantwortung von Unternehmen, die in Simbabwe einkaufen, nicht aufgeworfen wurde: Die Themen, um die es in dem Konflikt ging - vor allem die Frage nach existenzsichernden Löhnen und nach der Organisationsfreiheit der ArbeiterInnen - sind zentrale Punkte bei den Debatten zwischen der Clean Clothes Campain und den Einzelhandelsketten in Europa. Die Beziehungen zwischen C&A und Textilproduzenten in Simbabwe wurden durch eine SOMO-Untersuchung aus dem Jahre 1997 deutlich. Von elf untersuchten Firmen waren drei C&A-Zulieferer. (10) Demselben Bericht zufolge gibt es Hinweise darauf, daß C&A in der Tat Inspektoren geschickt hat, um einige Aspekte der Arbeitsbedingungen in diesen Firmen zu überprüfen (so etwa Toiletten, Notausgänge und Kinderarbeit). Die Wirksamkeit dieser Inspektionen bleibt jedoch unklar. Auf jeden Fall haben sich diese Inspektionen nicht auf die Themen des letztjährigen Arbeitskampfes bezogen: Der Verhaltenskodex von C&A spart Aussagen über existenzsichernde Löhne genauso aus wie das Recht von ArbeiterInnen, sich in unabhängigen Gewerkschaften frei zu organisieren. Die schwammigen und unvollständigen Klauseln des C&A-Kodexes sind somit nicht geeignet, das Unternehmen dazu zu zwingen, in einem Arbeitskampf wie dem in Simbabwe zu intervenieren. Der Konflikt demonstriert somit die Aussage, daß der gegenwärtige Verhaltenskodex von C&A elementare Rechte der ArbeiterInnen in den Zulieferbetrieben nicht sichert.

Peter Custers

Anmerkungen:

1) Corporate Intelligence on Retailing, London 1997, S.406

2) Chris Williams: "The Auditing of C&A's Code of Conduct For the Supply of Merchandise", LATC London Conference, 21.10.1997

3) ebda

4) Marijke Smit/Lorette Jongejans: "C&A, The Silent Giant. From Clothing Multinational to Homeworker", SOMO, Amsterdam 1989, S.109

5) Karen Heynsdijk, Sekretärin für den Bereich Einzelhandel des Dachverbandes der niederländischen Gewerkschaften, 22. April 1998

6) Chris Williams, a.a.O.

7) Der Fall Nestlé kann hier als Warnung dienen. Als Reaktion auf die internationale Kampagne gegen die Muttermilchsubstitute des Konzerns lancierte die PR-Abteilung des Nahrungsmittelmultis ein "unabhängiges" Untersuchungsgremium, das die Firmenpolitik "überwachen" sollte.

8) Martine Kruijtbosch: "Child and Adult Labour in the Export-Oriented Garment and Gem Polishing Industry of India", India Committee of the Netherlands, Utrecht, November 1996

9) Pit Gooskens/Esther de Haan: "Profiles of Garment Exporting Companies in Kenya, Madagascar, Mauritius and Zimbabwe", SOMO, Amsterdam, August 1997

10) Bei den Firmen handelt es sich um Cinderella Manufacturing (Produzent für Mädchenbekleidung für C&A-Deutschland), Winfields Barlana und African Threads.

Der Autor ist Mitbegründer der Clean Clothes Campaign. Er lebt und arbeitet in Amsterdam

17. 75 Jahre Israel

Autor: Kt. · Rubrik: Geschichte; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:16

Nein, die Überschrift ist kein Irrtum. Sie soll lediglich zu der im Trubel der 50-Jahr-Feiern vernachlässigten Frage überleiten, wie dieser Staat in, sagen wir mal, 25 Jahren aussehen könnte. Wird man dann angesichts von 56 Jahren Besatzungsherrschaft im Westjordanland und Gazastreifen wieder einmal weltweit ein herzlich gut gemeintes, wenn auch etwas sorgenvolles "Schalom!" ausrufen? Wird neben Israel eine Art von palästinensischem Gemeinwesen in staatlichen Formen existieren? Wird Israel dann eine multikulturelle Gesellschaft zweier Nationen sein, vielleicht sogar mit einer arabischen Bevölkerungsmehrheit, oder wird es eine religiös-fundamentalistische Diktatur haben, die das Palästinenserproblem durch Massenvertreibung definitiv gelöst hat? Oder lebt die Menschheit im Jahr 2023 schon in einer Welt ohne Grenzen, wo die ganze Frage gegenstandslos ist und nur noch Staunen wegen ihres Anachronismus hervorrufen kann?

Zart und behutsam

Es ist, vor dem historischen Hintergrund des Holocaust, allgemein üblich geworden, den Zionismus als eine Art von nationaler Befreiungsbewegung zu interpretieren. Durch besonderes Strebertum glänzen in diesem Punkt die deutschen "Antinationalen", die sich mit dem Staat Israel die offenbar unheilbare Menschheitssehnsucht erfüllen, zu irgendeinem Stückchen der Welt doch noch die Position "Right or wrong - it's my country!" einnehmen zu dürfen.

Mag es also so sein, dann ist der Zionismus die einzige Befreiungsbewegung, die notwendigerweise die Vertreibung oder Unterdrückung eines anderen Volkes nicht nur zur Folge hatte - was auf viele Befreiungsbewegungen leider zutrifft -, sondern auch zur Voraussetzung. Denn als Theodor Herzl 1895/96 seinen Judenstaat konzipierte, gab es im Gebiet Palästinas nur etwa 30.000 Juden, aber mehr als 550.000 Araber. Eine freundliche Legende behauptet, die ersten Zionisten hätten gar nicht gewußt, daß im Land ihrer Wahl bereits Menschen lebten, oder sie hätten diese Tatsache erfolgreich ignoriert. Falsch, denn schon Herzl hatte sich über diese Frage Gedanken gemacht. In seinen Tagebuchaufzeichnungen, die ihm als Vorarbeiten für die Buchausgabe des "Judenstaats" dienten, notierte er am 12. Juni 1895: "Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern (d.h. vor allem im östlichen Mittelmeerraum - Anm. Kt.) Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern. Die besitzende Bevölkerung wird zu uns übergehen. Das Expropriationswerk muß ebenso wie die Fortschaffung der Armen mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen."

Herzl stellte sich die Lösung dieser Aufgabe offenbar nicht besonders schwierig vor, weil die Araber Palästinas damals noch keine Nation und anscheinend nicht einmal eine zum kollektiven Widerstand fähige Gemeinschaft bildeten. Da die landwirtschaftlichen Nutzflächen sich überwiegend in feudalistischem Großgrundbesitz befanden, konnten die Zionisten - sofern nur ausreichend Kapital zur Verfügung stand - Land in großem Umfang aufkaufen und dann durch strikte Anwendung des nationalistischen Prinzips der "jüdischen Arbeit" (Keine Beschäftigung arabischer Arbeitskräfte in den jüdischen Siedlungen) die ansässige Bevölkerung von ihren wesentlichen Erwerbsmöglichkeiten abschneiden, ihr also die Existenzgrundlage entziehen und sie vielleicht sogar ohne Anwendung direkter Repression zur massenhaften Emigration veranlassen.

Anders als Herzl hatte der russisch-jüdische Autor Achad Ha'Am, der im Prinzip ebenfalls ein jüdisches Zentrum in Palästina befürwortete, schon nach einer Nahostreise 1891 gewarnt, sich die Dinge allzu einfach vorzustellen: Im Gegensatz zu weit verbreiteten Vorstellungen seien die Araber Palästinas keine verständnislosen Wilden der Wüste, sondern zu einem großen Teil intelligente, clevere Stadtbewohner und "Menschen wie überall". Wenn sie sich gegenüber den jüdischen Ambitionen auf Palästina bisher ruhig verhielten, so solle man das nicht dahin mißverstehen, als begriffen sie die Richtung der Entwicklung nicht. Die Zunahme der jüdischen Besiedlung werde unvermeidlich Widerstand hervorrufen, und die Araber würden nicht leichthin ihren Platz räumen.

Man könnte fragen: Stand denn die Sache damals wirklich so alternativ, oder wäre nicht auch eine Koexistenz zwischen Arabern und Juden möglich gewesen? Das ist eine rein hypothetische Frage, denn im zionistischen Programm war dafür von vornherein und sehr kategorisch kein Platz: Der zu errichtende Staat sollte unbedingt "so jüdisch werden, wie England englisch ist", wie eine der häufig verwendeten Parolen lautete. Außerdem

sollte er, wie Herzl im "Judenstaat" geschrieben hatte, "ein Stück des (europäischen - Anm. Kt.) Walles gegen Asien" und ein "Vorpostendienst der Cultur gegen die Barbarei" sein.

Nicht alle Zionisten betrachteten die Sache in so ausgeprägt chauvinistischen Kategorien und stellten den zu schaffenden Staat so eindeutig in den globalen Zusammenhang von Imperialismus und Kolonialismus, wie es Herzl tat. Aber an dem Grundsatz, daß der kommende Staat hundertprozentig "jüdisch" sein sollte - ein Begriff, der allerdings schon damals nicht einheitlich zu definieren war -, an diesem Fundament des Zionismus war absolut nicht zu rütteln. Anders konnte es auch gar nicht sein, denn die Grundannahme des Zionismus war die langfristige Unmöglichkeit des Zusammenlebens von Juden und Nichtjuden. Lediglich einen weiteren Staat zu schaffen, in dem die Juden nur Minderheit waren oder sich wenigstens ihrer dominierenden Mehrheit nicht völlig sicher sein konnten, machte, sofern man die Logik des Zionismus akzeptierte, von vornherein keinen Sinn.

Herzls Vorstellung war, daß die Zionisten zuerst einen, möglichst von den wichtigsten Großmächten garantierten, internationalen Vertrag erreichen müßten, der ihnen grundsätzlich die Herrschaft über das Territorium Palästinas sichern sollte, und daß danach die praktische Inbesitznahme des Landes sehr rasch, im Verlauf von wenigen Jahren, erfolgen würde. Die statt dessen real stattfindende "schleichende" jüdische Einwanderung nach Palästina, mit dem Ziel, dort über einen längeren Zeitraum hin festen Fuß zu fassen und allmählich Tatsachen zu schaffen, lehnte Herzl als ungeeignetes, schädliches Vorgehen ab. Dies wuchs sich kurz vor seinem frühem Tod im Alter von nur 44 Jahren, 1904, zu einem ernsten Prinzipienstreit in der jungen zionistischen Bewegung aus.

Letzten Endes behielt der sogenannte Praktische Zionismus, das heißt die "schleichende", aber planmäßige Landnahme durch Einwanderung, die Oberhand. Es gab zu dieser Strategie auch gar keine wirkliche Alternative, weil der internationale Vertrag in der von Herzl ersehnten Form in absehbarer Zeit unerreichbar war. Nun trat aber - seit Ende der 20er und vor allem in den 30er Jahren - ein, wovor schon Achad Ha'Am gewarnt hatte und was wohl auch Herzl befürchtet hatte: Es entwickelte sich Widerstand gegen die zionistische Einwanderung, und es entstand eine palästinensische Nationalbewegung, die sich zwar anfangs noch vollständig als Teil eines großarabischen (bzw. großsyrischen) Nationalismus definierte, aber mehr und mehr eigene Züge herausbildete. Die Aussage der früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Golda Meir, es gebe kein palästinensisches Volk, war für die Anfangsphase des Konflikts sicher zutreffend, aber sie wurde im Laufe der Zeit immer wirklichkeitsfremder und falscher. Eine entscheidende Komponente von Herzls Plan, nämlich die Erwartung, sich die einheimische Bevölkerung schnell und ohne großes Aufsehen vom Hals schaffen zu können, war nicht mehr realisierbar.

Vertreibung fast geglückt

Der Gründungskrieg des Staates Israel von 1948 schien eine Chance zu bieten, das Versäumte und Verpaßte doch noch nachzuholen. Der am 29. November 1947 beschlossene UNO-Teilungsplan sah die Bildung eines jüdischen und eines palästinensischen Staates vor. Während nur etwa rund ein Drittel der Bevölkerung des Gesamtgebiets Juden waren, sollte der jüdische Staat etwas mehr als die Hälfte des Territoriums erhalten. Das bedeutete auch, daß zahlreiche Dörfer und mehrere Städte mit ausschließlich arabischer Bevölkerung dem Staat Israel zugeschlagen werden sollten - was aber voraussehbar ohne militärische Gewalt nicht zu verwirklichen war. Und vor allem: Jeder der beiden projektierten Staaten sollte aus drei voneinander getrennten bzw. nur durch enge Korridore miteinander verbundenen Teilgebieten bestehen. Angesichts der Tatsache, daß die Feindseligkeit zwischen beiden Bevölkerungsgruppen sehr hoch war - genau damit begründete die UNO ja ihren Teilungsbeschluß! - war die vorgeschlagene Landkarte reiner Wahnsinn und eine klare Aufforderung an beide Seiten, den Gordischen Knoten mit Gewalt zu lösen. Außerdem waren in dem vorgesehenen jüdischen Staat die Juden nur ganz knapp in der Mehrzahl. Dies hätte, angesichts der weit höheren arabischen Geburtenrate, ein rasches Ende des zionistischen Traums bedeutet.

Die Legende sagt, daß der Krieg dadurch ausgelöst worden sei, daß die arabischen Staaten im Mai 1948, unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung Israels, mit weit überlegenen Kräften über die sich heldenhaft wehrenden Juden herfielen. Dieser längst widerlegte Blödsinn durfte natürlich auch heuer in manchen Tageszeitungsbeilagen zur 50-Jahr-Feier nicht fehlen. Dabei weiß man längst, daß alle arabischen Staaten zusammen kaum mehr Soldaten als Israel in diesen Krieg schickten und daß Israel dank internationaler Hilfe sehr schnell über die moderneren, wirkungsvolleren Waffen verfügte.

Weniger bekannt ist, daß der Krieg keineswegs erst im Mai 1948 begann. Er setzte als örtlicher Kleinkrieg, zunächst vor allem von palästinensischer Seite, unmittelbar nach dem Teilungsbeschluß der UNO ein. Die jüdischen Streitkräfte gingen sehr schnell und erfolgreich zur Gegenoffensive über, wobei sich die rechtsextremen Milizen - Vorläufer der Likud-Partei - durch besondere Brutalität und Effektivität auszeichneten. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung befand sich bereits das gesamte für den jüdischen Staat vorgesehene Gebiet unter militärischer Kontrolle der Zionisten. Und, was noch wichtiger war, eine wilde Massenflucht der arabischen Bevölkerung war in Gang gebracht worden. Dazu diente ein breites Spektrum von Methoden: eine einschüchternde, Panik produzierende Rundfunkpropaganda, gezielte Terroraktionen zur Unterstreichung dieser Propaganda, ebenso wie die planmäßige und umfassende Zerstörung der Lebensgrundlagen der Palästinenser - ihrer Häuser, ihrer Obst- und Olivenbäume, ihrer Äcker, ihrer Brunnen, ihrer Arbeitsgeräte usw. Ungefähr 700.000 Menschen flüchteten in die Nachbarländer. Nach dem Waffenstillstand verweigerte ihnen die israelische Regierung die Rückkehr, im Widerspruch zu Verpflichtungen, die sie gegenüber der UNO eingegangen war.

Die jüdische Majorität war auf diese Weise hergestellt und gesichert. Allerdings verblieb im Norden des Landes immer noch eine arabische Bevölkerungsgruppe mit einem weitgehend geschlossenen Siedlungsgebiet. Sie wurden israelische Staatsbürger, unterliegen allerdings gewissen Einschränkungen und Ausnahmerechten. Sie werden nicht zum Militärdienst eingezogen, sind dafür aber auch von allen Laufbahnen und Positionen ausgeschlossen, für die die Ableistung des Militärdienstes Voraussetzung ist. Zusammen mit den palästinensischen Bewohnern des annektierten Ostjerusalem machen sie heute immerhin mehr als ein Fünftel der Bevölkerung Israels aus.

Eine ernsthafte Gefahr für den "jüdischen Charakter" des Landes hätte diese Minderheit aber wohl auch langfristig nicht werden können. Ein wirkliches ethnisches Problem bekam Israel erst infolge des Juni-Krieges von 1967. Israelische Truppen besetzten das Westjordanland, den Gasa-Streifen, die Sinai-Halbinsel und die syrischen Golan-Höhen. Zwar flüchteten wieder einmal mehrere hunderttausend Palästinenser in die Nachbarländer, aber es blieb eine Bevölkerung zurück, die inzwischen auf über zwei Millionen angewachsen ist. Das bedeutet: Mehr als 40 Prozent der Menschen, die in Israel und den besetzten Gebieten leben, sind heute schon Palästinenser. In einem überschaubaren Zeitraum wird vermutlich die 50-Prozent-Marke überschritten werden.

Selbst das hätte noch nicht automatisch zum Problem für den "jüdischen Charakter" des Landes werden müssen, wenn Israel sich darauf beschränkt hätte, ein paar sicherheitspolitisch zu motivierende kleinere Grenzkorrekturen vorzunehmen und ansonsten seine Soldaten so schnell wie möglich zurückzuziehen. Vielleicht wären dabei sogar als Nebeneffekt Friedensverträge mit Ägypten und Jordanien schon um das Jahr 1970 herausgekommen. Statt dessen entschied sich Israel für das Verfahren, das man im Englischen mit der Redewendung bezeichnet: Du willst den Kuchen gleichzeitig essen und behalten. Das bedeutet: Dauerhafte Aneignung von erheblichen Teilen der seit Juni 1967 besetzten Gebiete, aber ohne die logische (und im Zeitalter der Demokratie langfristig unvermeidliche) Konsequenz, dann auch die palästinensischen Bewohner in die israelische Gesellschaft integrieren zu müssen.

Formal hat Israel bisher nur Ostjerusalem und die Golanhöhen annektiert. Im Westjordanland (und sehr viel weniger intensiv auch im Gasa-Gebiet) wurde statt dessen eine Politik der planmäßigen Be- und Zersiedlung eingeleitet. Abgesehen vom Sonderfall des Großraums Jerusalem leben heute in den besetzten Gebieten nicht viel mehr als 150.000 jüdische Israelis, verteilt auf über 200 Siedlungen. Diese sind aber so wohlüberlegt plaziert worden, daß sie insbesondere das Westjordanland total zergliedern und Israel die Herrschaft über dessen "strategisch" wichtige Punkte, Kommunikationswege usw. langfristig sichern.

Als die Tauben

Falken waren

Besonders nach der Ermordung Rabins ist es üblich geworden, das grobgerasterte Schwarz-Weiß-Bild von der guten sozialdemokratischen Arbeitspartei und dem bösen rechten Likud zu kultivieren. Dieses Bild ist zwar nicht ganz falsch und taugt wenigstens halbwegs zur Beschreibung der heutigen Situation, aber es verfälscht total die geschichtliche Entwicklung, die überhaupt erst zu den jetzigen, ausweglos erscheinenden Verhältnissen geführt hat.

Denn die Siedlungspolitik ist ursprünglich ein Werk der Arbeitspartei, die nach dem Juni-Krieg immerhin noch zehn Jahre lang, bis 1977, das Land regierte. Daß Menachem Begin dann diese Politik fortsetzte, ist nicht weiter verwunderlich. Aber selbst wenn die Sozialdemokraten 1977 noch einmal die Wahl gewonnen und sich plötzlich auf eine Verständigung mit den Palästinensern umorientiert hätten, wäre es ihnen kaum möglich gewesen, sich aus der von ihnen selbst herbeigeführten Situation wieder herauszuwinden.

Man muß fragen, mit welchen Intentionen und aus welchen Gründen eigentlich diese Siedlungs- und Besatzungspolitik eingeleitet wurde, die es einerseits nahezu unmöglich gemacht hat, das Westjordanland jemals wieder herauszugeben (hinsichtlich Gasas sieht die Sache etwas anders aus), die aber andererseits bis heute nicht die direkte Annektion dieses Gebietes ins Auge gefaßt hat, weil man dann über kurz oder lang wohl nicht darum herumkommen würde, die palästinensische Bevölkerung als Bürger Israels zu behandeln. Ohne eine neue Massenvertreibung als Perspektive macht diese Politik überhaupt keinen erkennbaren Sinn. Offen sprechen darüber aber bisher nur die israelischen Rechtsextremen.

50 Jahre Israel bedeutet auch 31 Jahre Besatzungsherrschaft über das Westjordanland und das Gasa-Gebiet. Es fällt schwer, dafür irgendeine Parallele in den heutigen internationalen Beziehungen zu finden, und unter den demokratisch regierten Staaten gibt es dafür überhaupt keine Analogie. Selbst Staaten, die nationale Minderheiten sehr repressiv unterdrücken, wie beispielsweise die Türkei gegenüber den Kurden, verwehren deren Angehörigen im Allgemeinen nicht den formalen Status der bürgerlichen und politischen Gleichberechtigung. Am ehesten lassen sich Ähnlichkeiten mit dem ehemaligen rassistischen System der "Bantustans" in Südafrika finden, aber solche Vergleiche gelten nicht nur in Israel als äußerst beleidigend, sondern sie treffen auch nicht genau das Wesen der Sache.

1993 wurde mit dem Oslo-Abkommen zwischen Israel und der PLO eine völlig neue Phase im Verhältnis zwischen den beiden Nationen eingeleitet. Auch wenn man die seither erreichten praktischen Ergebnisse sehr pessimistisch bewertet, wäre es ganz falsch, die positiven Seiten dieser Entwicklung zu unterschätzen. Es bedeutet beispielsweise - aus israelischer Sicht - den Aufstieg Arafats von einem kriminellen Outlaw und Nachfolger Hitlers zu einem akzeptierten Gesprächs- und Verhandlungspartner. Hinter diesen einmal erreichten Stand ist auch Netanjahu nicht wirklich zurückgegangen. In dieser Behandlung der Person Arafat drückt sich letzten Endes aber auch eine andere Sicht auf das israelisch-palästinensische Verhältnis aus, und das ist der entscheidende Punkt. Der Dialog zwischen den beiden Nationen ist prinzipiell vorstellbar geworden, auch wenn er bisher nur ansatzweise geführt wird. Der legale Handlungsspielraum der Palästinenser in den besetzten Gebieten ist heute weitaus größer als noch vor zehn Jahren, oder vielleicht muß man sagen: Es gibt überhaupt erst jetzt, infolge des Oslo-Abkommens und seiner Fortschreibungen, legale Aktionsmöglichkeiten.

Dennoch sind die bisher erreichten praktischen Ergebnisse äußerst mager, und vor allem: Es ist völlig unklar, wohin die Entwicklung selbst im besten aller Fälle, von dem beide Seiten noch weit entfernt sind, eigentlich langfristig führen soll und könnte. Eigentlich müßte Israel sich bis zum August dieses Jahres militärisch aus dem Westjordanland zurückgezogen haben, aber davon ist keine Rede mehr. Nur in wenigen Städten können die Palästinenser heute eine gewisse kommunale Selbstverwaltung ausüben. Zusammen berechnen sich diese "Autonomie-Inseln" auf ungefähr 5 Prozent des Territoriums der besetzten Gebiete. Diese Zahl ist, da es sich um Bevölkerungszentren handelt, sicher irreführend, weist aber doch darauf hin, daß hier keineswegs Puzzlestück um Puzzlestück ein eigener Staat entsteht.

Nicht mal ein Mini-Staat

Ist ein Palästinenserstaat aber überhaupt (noch) möglich? Die PLO hat das Oslo-Abkommen eindeutig in diesem Sinn interpretiert, aber nicht erst Netanjahu, sondern auch schon Rabin hat klipp und klar gesagt, daß daraus nichts werden wird. Doch selbst im "besten" aller Fälle könnte es sich bei diesem Staat lediglich um ein aus zwei Teilgebieten (Westbank und Gasa) bestehendes Territorium handeln, dessen Fläche insgesamt nicht einmal halb so groß wie Schleswig-Holstein ist, bei annähernd gleicher Einwohnerzahl, also doppelt so dicht besiedelt, mit einer offiziell angegebenen Arbeitslosigkeit von 30% im Westjordanland und mehr als 50% im Gasa-Streifen. Die Verbindungswege zwischen beiden Landesteilen müßten über israelisches Gebiet führen. Wirtschaftlich wäre ein solcher Staat nicht lebensfähig, sondern auf erhebliche internationale Subventionen und auf ein konstant hohes Niveau des Arbeitskräfteexports - vor allem nach Israel - angewiesen.

Im Vergleich damit erscheint sogar Bosnien-Hercegovina als ein grundsolides, rundum gesundes und realitätsfähiges Unternehmen. Und wir sprechen, wohlgemerkt, nur vom rein hypothetischen "besten" aller Fälle, daß nämlich irgendeine israelische Regierung bereit und in der Lage sein könnte, einen Palästinenserstaat zuzulassen und dafür einen hinreichenden gesellschaftlichen Konsens herzustellen. Davon ist Israel in Wirklichkeit sehr weit entfernt, und eine Entwicklung in diese Richtung scheint auch absehbar überhaupt nicht realistisch. Selbst die weißeste Taube unter allen sozialdemokratischen Politikern Israels denkt keineswegs daran, die besetzten Gebiete insgesamt zu räumen und den Palästinensern zu überlassen. Da ist der Großraum Jerusalem, in dem Rabin den Ausbau der jüdischen Siedlungen noch weit stärker vorangetrieben hat als irgendeiner seiner Vorgänger. Da sind allein im Westjordanland über 160 gut verteilte jüdische Siedlungen, an deren Räumung gar nicht zu denken ist. Da sind zahlreiche Gebiete, die als "Staatsland" beschlagnahmt und enteignet worden sind. Und da sind diverse angeblich unverzichtbare "Sicherheitszonen", angefangen beim weiträumigen Grenzbereich zu Jordanien, die selbstverständlich unter militärischer Kontrolle Israels bleiben müssen.

Über das, was dann noch übrig bleiben würde, braucht man nicht einmal zu reden. Auch die früher bei radikalen Palästinensern übliche, stark abwertende Bezeichnung "Mini-Staat" wäre hochstaplerisch, denn sogar Kleinststaaten wie Luxemburg üben in der Regel Souveränität über ein geschlossenes Gebiet samt seiner Verkehrswege usw. aus.

Was bliebe, wäre ein zerstückeltes israelisches Protektorat, dessen Bewohner zwar vielleicht ein erhebliches Maß an kommunaler Selbstverwaltung haben könnten, die aber in Bezug auf den sie regierenden Staat noch nicht einmal Bürger zweiter Klasse, sondern überhaupt keine Bürger wären. Die übliche, historisch und sachlich einzig richtige Bezeichnung für ein solches Gebilde, wie es hier besteht und anscheinend verewigt werden soll, lautet: Kolonie. Ob sich das aber als Perspektive, beispielsweise für die nächsten 25 oder 50 Jahre, wirklich aufrecht erhalten läßt, darf bezweifelt werden.

Nachdem die israelische Politik, angefangen nicht bei Netanjahu oder Begin, sondern schon bei der Arbeitspartei, einen selbständigen Palästinenserstaat praktisch unmöglich gemacht hat, gibt es nur noch einen vernunftsgemäßen Weg: Israel ist durch die inzwischen irreversible Entscheidung, die 1967 besetzten Gebiete (mit Ausnahme der schon unter Begin an Ägypten zurückgegebenen Sinai-Halbinsel) faktisch zu annektieren, zu einem binationalen Staat geworden. Es gilt jetzt eigentlich "nur" noch, diese Realität mehr und mehr in das Bewußtsein beider Bevölkerungsteile eindringen zu lassen und ihr Zug um Zug mit praktischen Schritten Rechnung zu tragen. Die mit dem Oslo-Abkommen eingeleitete Entwicklung, die aus palästinensischer Sicht auf Eigenstaatlichkeit und aus vorherrschender israelischer Sicht auf Bewahrung des Status quo abzielt, könnte sich dabei als ein durchaus zweckmäßiger und notwendiger Umweg erweisen.

Daß dieser Staat dann noch ausschließlich zionistisch bzw. "jüdisch" sein könnte - was immer an Unterschiedlichem unter diesem Wort verstanden wird - ist nicht anzunehmen. Vielleicht aber kann es als Trost gelten, daß die Grundvoraussetzung des Zionismus, der Antisemitismus mache ein Zusammenleben mit anderen Völkern langfristig unmöglich, heute, 100 Jahre nach dem Baseler Kongreß und 50 Jahre nach Gründung Israels, weitgehend obsolet geworden ist.

Die immer noch mögliche Alternative zum binationalen Staat besteht in der Vollendung der Vertreibung der Palästinenser. In die eine oder andere Richtung wird sich vermutlich die Situation bis zum 75jährigen Jubiläum entwickelt haben. Denn daß dann immer noch der seit 1967 andauernde Status quo besteht, ist so unwahrscheinlich und absurd wie ein deutscher Bundeskanzler Kohl im Jahre 2023. Jedoch, absolut ausgeschlossen ist weder das eine noch das andere.

Kt.

18. "Man will die Arbeit unserer Partei verhindern". Interview mit Mahmut Sakar, HADEP Istanbul

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:35

Am 28. April 1998 wurde vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara das Verbotsverfahren gegen die prokurdische Demokratische Volkspartei (HADEP) eröffnet. Der Vorwurf gegen den Parteivorsitzenden Murat Bozlak und seine Vorstandskollegen, die am 12. Februar d.J. im Zuge einer Razzia im HADEP-Büro in Ankara festgenommen und inhaftiert worden waren, lautet: "Separatismus" und "Führung des politischen Flügels der bewaffneten Bande PKK (Arbeiterpartei Kurdistans)" zu sein.

Das Interview mit Mahmut Sakar, HADEP Istanbul, führte am 21. Juni 1998 Karin Leukefeld. Die Übersetzung machte Beate Rudolph.

Herr Sakar, wie schätzen Sie das in Ankara seit Ende April 1998 laufende Verbotsverfahren gegen Ihre Partei ein?

Es ist bekannt, daß wir seit Gründung unserer Partei ständigen Repressionen ausgesetzt sind. Seit Februar 1998 hat sich diese Situation allerdings verschärft. Die steigende Repression zeigt sich z.B. in den Überfällen auf die verschiedenen Regionalbüros unserer Partei. Unser Vorsitzender und fast der gesamte Parteivorstand befinden sich im Gefängnis. Es gibt Haftbefehle gegen unser Vorstandskomitee. Der nächste Prozeßtermin gegen unseren Vorsitzenden wird am 26.6. sein. Bei allen Beweismitteln und der Anklage, die vorgebracht wurde, wird deutlich, daß es sich nicht um einen Strafprozeß, sondern um ein politisches Verfahren handelt.

Wird der Prozeß international beobachtet?

Eigentlich sollten an diesem Prozeß viele internationale Delegationen teilnehmen. Mit einem Urteil gegen unsere Partei und unseren Vorsitzenden werden eigentlich auch alle unsere Wähler verurteilt. Ein solches Urteil würde sich auch gegen die gerechten Forderungen des kurdischen Volkes richten, dementsprechend ist es ein Prozeß, der große internationale Aufmerksamkeit finden sollte. Dieser Prozeß hat eine historische Dimension. Auch bei vorherigen Prozessen hatten wir schon eine größere Beteiligung erwartet. Aber unsere Erwartungen diesbezüglich wurden enttäuscht.

Anfang Juni wurden erneut HADEP-Mitglieder und -Funktionäre im kurdischen Hakkari festgenommen. Was können Sie zur Repression gegen die HADEP in den kurdischen Gebieten der Türkei sagen?

Der Kreisvorsitzende der HADEP (in Hakkari) wurde vom Bezirkskommandanten vorgeladen und festgenommen. Er befindet sich noch immer in Polizeihaft. Auch weitere HADEP-Mitglieder, die mit ihm festgenommen wurden, sind noch in Haft. Nach dem türkischen Gesetz ist so eine Vorgehensweise eigentlich nicht legal. Auch im Zusammenhang mit der aktuellen Militäroperation in den kurdischen Gebieten und im Nordirak (Südkurdistan) gibt es vor allem auch in Van umfangreiche Repressionen gegen unsere Parteimitglieder. Darüberhinaus unterliegen auch noch andere Organisationen massiven Repressionen, wie z.B. das Mesopotamische Kulturzentrum und Zeitungen. Man will die Arbeit unserer Partei behindern, man will verhindern, daß wir eine starke Opposition entwickeln können. Oppositionelle Arbeit soll unmöglich gemacht werden. Obwohl wir ja eine legale Partei sind, gesteht man uns eigentlich keines der gesetzlich verankerten Rechte zu. Beispielsweise beantragten wir die Genehmigung für eine Feier anläßlich unseres Gründungstages. Nicht einmal dieses Recht wurde uns zugestanden.

Nach dem Anschlag auf Akin Birdal wurde eine Gruppe von Tätern festgenommen. Eine der verantwortlichen Personen soll gesagt haben, ihr nächstes Ziel sei die HADEP in Istanbul gewesen. Wird die HADEP in Istanbul nun zu einem besonderen Ziel der Todesschwadronen in der Türkei?

Die HADEP war schon immer ein Ziel solcher Angriffe, auch staatlicher Angriffe. Es gab viele Festnahmen, man versucht unsere Arbeit zu behindern. Für uns ist eindeutig, daß der Staat mit diesen Banden verquickt ist. Staatlicherseits wurde unsere Arbeit als potentielles Ziel für Angriffe solcher Banden aufgezeigt, also wird es weitere Repressionen geben.

Den Anschlag auf Akin Birdal versuchte man hinterher damit zu erklären, daß Mafiabanden ihn durchgeführt hätten. Der Staat hätte nichts damit zu tun. Auch im Fall weitere Anschläge gegen die HADEP soll der Eindruck erweckt werden, daß es keinerlei Zusammenhänge zwischen diesen Angriffen und dem Staat gibt. Wenn bei anderen Parteien nur der Verdacht besteht, ihre Mitglieder oder Vorstände könnten durch evtl. zu erwartende Angriffe gefährdet sein, dann führt die Polizei sofort Gespräche mit diesen Parteien, bietet Polizeischutz und Bodyguards an. Bei uns ist es nie so gewesen. Selbst bei offensichtlichen und massiven Angriffen fragte niemand: "Habt Ihr irgendwelche Forderungen, wollt Ihr Schutz haben?" Ich bin zwar der Ansicht, daß man diese Angriffe mit Polizeischutz nicht verhindern kann. Trotzdem halte ich es für wichtig, daß in der aktuellen Situation, in der sich unser Vorstand befindet, auch Polizeischutz eingefordert wird und er diesen auch erhält. Das Attentat gegen Akin Birdal wurde von verschiedenen Organisationen von langer Hand vorbereitet. Die Aussagen eines ARGK-Überläufers (die sich u.a. auch auf Akin Birdal bezogen, Anm.) haben zu Angriffen und Festnahmen geführt. Es gab viele Presseberichte, die diesen Anschlag vorbereitet haben. Schließlich wurden Attentäter aus den Reihen der Banden, der Mafia gesucht und auch gefunden, die diesen Anschlag ausführten. Das macht die Zusammenarbeit zwischen dem Staat einerseits und den Banden andererseits ganz deutlich. Die Aufgabe der Banden war die technische Ausführung. Den größten Teil der Aufgabe aber erledigte der Staat. Es wäre ein Fehler, dieses Attentat auf Akin Birdal und einige andere Vorfälle der letzten Zeit losgelöst zu sehen von der Geschichte der Türkei in den vergangenen zehn Jahren. Es hat Tausende Morde "unbekannter Täter" gegeben. Für uns ist deutlich, daß mit dem Jahr 1991 die Aktivitäten der Konterguerilla nicht beendet waren, sondern ins Jahr 1998 transportiert wurden. Der Boden für Kontra-Aktionen besteht nach wie vor.

In den Jahren dazwischen gab es vielleicht eine relative Ruhe. Warum denken Sie, eskalieren diese Aktionen gerade in den letzten Monaten?

Diese Art von Aktionen erreichen einmal einen Höhepunkt, dann gehen sie wieder zurück, dann steigen sie wieder an usw. Man darf nicht den Fehler machen, zu einem Zeitpunkt, an dem die Aktionen eher geringer sind, zu denken, sie seien zu Ende. 1993 und 1994, als es massive Aktionen der Konterguerilla gab, war das Interesse international sehr groß, und entsprechend waren auch die internationalen Reaktionen. Nachdem die Intensität dieser Konterguerilla-Aktivitäten abgenommen hatte, ließen auch das internationale Interesse und die Reaktionen nach. Auch wenn zur Zeit nicht ganz so viele Aktionen durchgeführt werden wie damals, gibt es doch ein sehr starkes (Konterguerilla-)Potential. Ich halte es für eine politische Taktik, daß in der letzten Zeit die Verbrechen und die Repression gegen unsere Partei weniger stark waren. Möglicherweise dachte man, das Interesse der Bevölkerung gehe zurück, wenn sich die Situation etwas beruhigt. Es stellte sich aber heraus, daß die Unterstützung durch die Bevölkerung für die HADEP und ihre Politik weiter zunimmt. Also griff man (gemeint ist der Staat, Anm.) auf die alten Methoden zurück und verstärkte die Angriffe. In den vergangenen ein, zwei Jahren haben das Militär und der Generalstab immer mehr die Führung des Staates übernommen. Zivile Organisationen und Parteien haben an Einfluß verloren, auch ihnen schreibt der Generalstab vor, was zu tun und zu sagen ist. Ich will ein Beispiel nennen: Wenn es wieder eine Staatskrise gibt, trifft sich der Ministerpräsident mit dem Generalstab am runden Tisch und es werden geheime Vereinbarungen getroffen, irgendwelche geheimen Gremien gegründet, die die vorhandenen Probleme lösen sollen. Die Führung dieser Gremien aber übernimmt der Generalstab. Im Zusammenhang mit den Wahlen versucht der Generalstab dann, Einfluß auf die neue Regierung zu nehmen. Faktisch bedeutet das, der Generalstab regiert mit, führt den Staat und beherrscht ihn. Die Zeit der gewalttätigen Ausschreitungen gegen die Bevölkerung in den Metropolen hat sich massiv verstärkt. Sogar in den Jahren 1992 und 1993 waren die Angriffe nicht so schlimm wie heute. Da der Generalstab in den staatlichen Gremien inzwischen aber so viel Macht erreicht hat, kann er die Repression derzeit auf solchem Niveau durchführen. Meiner Ansicht nach leben wir derzeit in einer sehr gefährlichen Phase. Die Gewalt ist subtiler geworden, wird anders dosiert als 1994. Es gibt einen Boden dafür, daß auch auf eine international so bekannte Persönlichkeit wie Akin Birdal ein Attentat verübt werden konnte. Damit hat die Repression einen neuen Höhepunkt erreicht. Nun wird sie zunächst wieder abnehmen, doch der nächste Höhepunkt ist bereits in Sicht.

Sie selbst kommen ja aus Diyarbakir und haben dort und in den kurdischen Gebieten in den letzten Jahren als Anwalt und Vorsitzender des IHD gearbeitet. Nun leben und arbeiten Sie in Istanbul - ist die Repression in der Westtürkei geringer?

Die Repression in Kurdistan ist wesentlich organisierter als im Westen der Türkei. Daher können die staatlichen Sicherheitskräfte in den kurdischen Gebieten ganz anders operieren. In Kurdistan wird die Politik im Grunde von den Organisationen der Ausnahmezustandsregierung geführt. Es gibt Notstandsgesetze, den Ausnahmezustandsgouverneur, die Spezialkräfte (özel-tims), die Konterguerilla - die staatliche Repression ist völlig durchorganisiert. Die Militärs regieren Kurdistan wie ein ganz anderes Land. Der Susurluk-Fall wurde in der gesamten Türkei diskutiert, aber Kurdistan blieb davon unberührt. Es gibt auch eine eigene Wirtschaftsform in Kurdistan, die im wesentlichen auf dem Rauschgift- und Waffenhandel basiert. Man kann die Situation in Kurdistan mit keiner anderen Region der Türkei vergleichen, die Repression dort hält unvermindert an. Die dort angewandten Methoden sind mit den Repressionsmethoden im Rest der Türkei nicht vergleichbar. Gleichwohl verschärfen sich auch die Repressionen in den Metropolen. Man wendet dort die Erfahrungen an, die man in Kurdistan gewonnen hat. Ein weiteres großes Problem ist, daß die türkische Regierung, die diesen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk führt, von ihrer eigenen Bevölkerung unterstützt wird. Aufgrund fehlender Opposition kann die Regierung ihre Politik in Kurdistan ungehindert fortsetzen. Darüber hinaus wird aber doch langsam deutlich, daß Teile der türkischen Bevölkerung diesen Krieg in Kurdistan als nicht mehr legitim ansehen. Das liegt daran, daß der Krieg jetzt schon so lange dauert, daß die Wirtschaft in der Türkei weitgehend zusammengebrochen ist und daß der nationale Befreiungskampf, wenn auch noch in kleinem Rahmen, eine internationale Bedeutung gewonnen hat. Die sinkende Akzeptanz in der türkischen Bevölkerung sieht man auch daran, daß die gefallenen türkischen Soldaten nicht mehr mit so großem Fanatismus wie früher einmal beerdigt werden. Nehmen wir die Sabah (türkische Tageszeitung, Anm.) von heute. Da gibt es auf Seite eins einen Bericht über einen Soldaten, der gefallen ist. Die Schlagzeile lautet: "Warum fallen die Menschen, die unsere Hoffnung sind?" Diese Überschrift ist wirklich interessant, denn sie hat zwei Bedeutungen: "umut" ist einerseits eine Umschreibung für den Soldaten, andererseits bedeutet es "Hoffnung". Der Tod dieses Soldaten hat eine Diskussion über den gesamten Krieg ausgelöst. Auch die bürgerliche Presse berichtet mittlerweile von den Kriegsgewinnlern, die auf unterschiedliche Weise - ökonomisch und politisch - vom Krieg profitiert haben. Für die HADEP - ebenso wie für andere demokratische Organisationen - ist heute die Arbeit in den Metropolen von besonderer Bedeutung. Hier gibt es Diskussionen über die Rechtmäßigkeit des geführten Krieges. Das könnte vielleicht schon zu einer Abnahme von Gewalt führen. Tatsächlich haben sich aber die Repressionen in den Metropolen verstärkt: Der türkische Staat will diese Gebiete nicht auch noch verlieren.

Können Sie sagen, wieviele HADEP-Mitglieder und Funktionsträger zur Zeit in Haft sind?

Das ist leider unmöglich, denn diese Zahlen ändern sich täglich. Von unserem Zentralkomitee sind z.Zt. zehn Personen (in Ankara) inhaftiert. In Istanbul sind es fünf Personen. Täglich werden neue Menschen festgenommen, andere auch entlassen.

Wie sind die Beziehungen Ihrer Partei zur türkischen Linken? Gibt es eine Art Friedensbewegung in der Türkei gegen den Krieg?

Natürlich stehen wir miteinander in Verbindung, es gibt Gespräche mit verschiedenen Organisationen und Parteien. Es gibt auch gemeinsame Aktionen, wie am 1. Mai oder Newroz. Leider konnten wir bisher noch keine gemeinsame Front für unseren Kampf bilden. Wir sind eine Partei, die gegen das System in der Türkei kämpft, daher haben wir die Bildung einer gemeinsamen Front immer verteidigt und werden das auch weiterhin tun. Wir bemühen uns um die Bildung einer gemeinsamen Plattform. Auch wenn wir heute noch nicht sehr weit sind, sind wir doch optimistisch, daß wir es eines Tages schaffen. Nachdem die kurdische Bewegung bereits internationale Bedeutung gewonnen hat, nachdem Tausende von Menschen ermordet wurden, gefallen sind im Kampf, denken wir, daß keine Organisation, keine Partei, niemand, der sich als sozialistisch, demokratisch oder revolutionär bezeichnet, sich an einer Zusammenarbeit mit uns vorbeimogeln kann. Niemand mehr kann ernsthaft ideologische oder politische Vorwände bringen, um eine Zusammenarbeit in einem Block bspw. zu verweigern.

Eine Möglichkeit dafür bietet doch die Vorbereitung der nächsten Wahlen. Mesut Yilmaz hat ja angekündigt, daß er Ende d.J. zurücktreten wird. Ein Übergangsgremium soll dann für das Frühjahr 1999 die Neuwahlen vorbereiten. Wird darüber nachgedacht, für die nächsten Wahlen mit einer gemeinsamen Plattform anzutreten?

Wir bemühen uns, mit demokratischen und fortschrittlichen Kräften in der Türkei einen ähnlichen Block zu bilden wie zu den Wahlen 1995. Damals gab es den Block für Freiheit, Brot und Arbeit. Erste Gespräche darüber haben begonnen.

Ihnen ist bekannt, daß in Deutschland Ende September ein neues Parlament gewählt wird und es möglicherweise zu einem Regierungswechsel kommen wird. Es könnte sein, daß die neue Bundesregierung aus der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen besteht. Welche Erwartungen haben Sie an eine rot-grüne Bundesregierung?

Wir haben durchaus die Erwartung, daß sich eine solche Regierung der kurdischen Frage gegenüber wesentlich demokratischer verhält. Wir möchten, daß es keine weiteren Waffenlieferungen gibt und daß Deutschland seinen Einfluß geltend macht, um die internationale Unterstützung für die Türkei zu beenden. Wir möchten, daß die Bundesregierung zu den Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan konkret Stellung bezieht, daß sie diesbezüglich auch auf die türkische Regierung einwirkt. Wir möchten, daß sich die zukünftige Regierung anders gegenüber den kurdischen Aktivitäten in Deutschland verhält, daß sie diese unterstützt und nicht behindert. Denn eine Unterstützung der kurdischen Aktivitäten hier ist gleichzeitig eine Unterstützung der kurdischen Bewegung in der Türkei und Kurdistan. Wichtig ist uns, daß Deutschland die Diskussion über die kurdische Frage auf eine internationale Ebene bringt und die Rechte des kurdischen Volkes verteidigt. Das wäre für uns in der Tat eine große Hilfe.

Zum Abschluß noch eine persönliche Frage an Sie, Herr Sakar. Sie arbeiten an sehr exponierter Stelle und das mit großem Engagement. Diese Art von Arbeit in der Türkei erfordert großen persönlichen Einsatz und Mut. Woher nehmen Sie die Kraft?

Für uns ist es eine Aufgabe der Menschlichkeit, sich für ein schnelles Ende des Krieges in Kurdistan und eine politische Lösung einzusetzen. Wir sind ein Teil dieses Landes und daher sind wir verpflichtet, diese Arbeit zu tun. Es ist richtig, die Schwierigkeiten, mit denen wir konfrontiert sind, können noch zunehmen, aber das gehört dazu. So ist die Lebenseinstellung derjenigen, die diese Arbeit tun, das ist auch meine Einstellung.

19. Straßenfrauen in Irakisch-Kurdistan

Ein Zentrum für die Unterbringung und Betreuung von Straßenfrauen

Autor: O.M. Piecha, WADI · Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:32

Die Situation irakischer Kurden in ihrem Land ist seit jeher schwierig. In den letzten Jahrzehnten wurden in Irakisch-Kurdistan die Lebensbedingungen der Menschen durch die irakische Zentralregierung systematisch zerstört. Unzählige Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, Hunderttausende von Menschen verschleppt und ermordet, Tausende von Familien umgesiedelt und auseinandergerissen. Unzählige Familien und besonders kinderreiche Witwen vegetieren in Abhängigkeit und Armut, ohne Hoffnung, aus eigener Kraft die eigene Situation verbessern zu können.

Hauptleidtragende der brutalen Befriedungsstrategie des irakischen Staates sind heute die Frauen. Die wenigen verbliebenen Möglichkeiten bei einem Handelsembargo, zerstörter Industrie und völlig zerrütteter Wirtschaft sich überhaupt etwas unabhängig für den Lebensunterhalt zu verdienen, sind traditionell Frauenarbeiten. Auf dem Land leisten sie überwiegend die schwere und unterbezahlte Feldarbeit als Tagelöhnerinnen, in den Städten finden einige eine Tätigkeit in der Verwaltung. Hinzu kommen die den Frauen vorbehaltene Arbeit im Haushalt und die Erziehung der Kinder.

Dies alles leisten die Frauen vor dem Hintergrund einer traumatisch erlebten Vergangenheit, gekennzeichnet von Krieg, Zerstörung, Flucht und Elend. Viele Frauen haben zusehen müssen, wie ihre Kinder oder ihre Ehemänner getötet wurden, genauso viele leben noch heute in der Unsicherheit, ob ihre verschleppten Männer am Leben geblieben sind. In diesem Fall ist ihnen eine erneute Heirat untersagt, und als Witwen ist ihnen eine Rücksiedlung in ihr Heimatdorf häufig nicht möglich, weil der Anspruch auf Land und Haus ihres Ehemannes in der Gesellschaft oft nicht anerkannt wird. Selbst dort, wo die Familienverbände trotz der permanenten Verfolgung und Unterdrückung der letzten Jahrzehnte intakt geblieben sind, häufen sich in den letzten Jahren Fälle, in denen aufgrund der katastrophalen sozialen und wirtschaftlichen Situation Familienväter ihre Familien verlassen.

Es ist leicht verständlich, daß in einer solchen Situation viele Frauen diesem Druck nicht mehr standhalten können. Am Anfang steht meist eine kaum noch erträgliche Verarmung und die Verzweiflung, keinen Ausweg daraus mehr zu sehen. Dem folgen Verwahrlosung und soziale Abkapselung. Die Gesellschaft reagiert darauf mit Ablehnung und Ausgrenzung. Viele Frauen werden von ihren Ehemännern oder ihren Familien verstoßen. Was ihnen als letzter Weg bleibt, ist die Flucht aus den engen, noch immer halbfeudalen ländlichen Verhältnissen auf dem Land in die Elendsbezirke der Städte. Dort leben sie vorwiegend auf der Straße, unter Umständen sogar mit ihren Kindern, und wenn sie Glück haben, dann können sie in einem leeren, kriegsbeschädigten Gebäude unter primitivsten Bedingungen, ohne Wasser, Strom und sanitäre Einrichtungen, unterkommen. Sie sind gezwungen zu betteln oder sich als Prostituierte ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Sehr viele dieser Frauen und Kinder sind mangelernährt und krank, für eine ärztliche Behandlung besitzen sie nicht das Geld. Sie sind rechtlos, heimatlos, ohne jeden Rückhalt, von dem Rest der Gesellschaft durchweg gemieden und verachtet. Die Sicherheitsorgane schikanieren sie, die Frauen werden regelmäßig aus ihren Unterkünften vertrieben.

Diese Frauen gelten nicht nur als moralisch verkommen in den Augen vieler Kurden, an vielen haftet auch noch das Stigma psychischer Probleme. In vielen Gesellschaftsformen wird abweichendes Verhalten mit Geisteskrankheit gleichgesetzt, aber in den Augen von weiten Teilen der Bevölkerung in Irakisch-Kurdistan reicht dazu bereits die Nichteinhaltung von Kleidungs- oder Verhaltensnormen in der Öffentlichkeit. Ungeachtet der Frage, ob diese Frauen rein materiell in der Lage wären, solche gesellschaftlichen Normen überhaupt erfüllen zu können, verurteilt sie ihre bloße, augenscheinliche Existenz zu einem unverschuldeten Leben am Rande der Gesellschaft. Die Folge bei vielen Frauen sind massive psychische Probleme. Viele dieser Straßenfrauen benötigen dringend psychiatrische Hilfe, da ihre Verwahrlosung meist einhergeht mit geistiger Zerrüttung, mit Realitäts- und Orientierungsverlust.

Im Frühjahr 1996 haben sich erstmals die sechs aktiven Frauenorganisationen in Suleymania, von den Islamistinnen bis hin zu einer linkssozialistischen Gruppierung, zur Zusammenarbeit entschlossen und ein Komitee gebildet mit dem Ziel, dieser Gruppe von verwahrlosten Straßenfrauen zu helfen. Allein schon der

Umstand dieser Zusammenarbeit ist ein außergewöhnliches Zeichen in diesem bürgerkriegszerrissenen Land. Besonders in den größeren Städten Arbil und Suleymania ist das Problem der oben beschriebenen Frauen im wahrsten Sinne des Wortes offensichtlich, sie sind im Straßenbild längst präsent: zerlumpt, krank, heruntergekommen. In den Dörfern werden solche Vorfälle noch weitgehend totgeschwiegen, solange man ihr Auftreten in der Öffentlichkeit verhindern kann. Auch jede Form einer psychischen Krankheit oder Instabilität gilt als Schande.

Im Großraum Suleymania wird die Zahl der härtesten Fälle vorsichtig auf mindestens 35 Frauen geschätzt, abhängig davon, welche Kriterien man zur Zählung heranzieht. Sehr viele Frauen versuchen auch, ihre Lage, soweit es irgend geht, zu verschweigen und zu verbergen.

Die Arbeit des Komitees beschränkte sich bislang auf Kontaktaufnahme und Vertrauensbildung. Bis zum Mai diesen Jahres erreichte man 48 Frauen, mit denen man in regelmäßigen Kontakt getreten ist und bei denen, wenn vorhanden oder ermittelbar, auch die Familien sich mit einer Zusammenarbeit einverstanden erklärt haben. Dies ist ein wichtiges Kriterium für eine erfolgreiche Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Das Komitee der Frauenorganisationen bereitet nun in Kooperation mit WADI e.V. die Einrichtung eines Zentrums für die Unterbringung und Betreuung von Straßenfrauen vor. Um sich aus ihrer ausweglosen Lage befreien zu können, benötigen die Frauen Vermittlung in Konflikten mit ihrer Familie, Hilfe bei der Suche einer Unterkunft und Unterstützung bei strittigen Fragen z.B. mit Behörden. Weiterhin soll das Zentrum als Anlaufstelle fungieren, die den Frauen die Aufrechterhaltung hygienischer Standards ermöglicht, sie in der medizinischen Versorgung unterstützt und ernährungstechnische und psychosoziale Beratung anbietet. Das Gebäude selbst wird eine Unterbringungskapazität von 30 Plätzen haben. Da eine regelrechte psychiatrische Behandlung hier nicht geleistet werden kann und das Zentrum vor allem der gesellschaftlichen Reintegration dienen soll, stehen im Mittelpunkt vor allem die Frauen, die noch keiner regelrechten Hospitalisierung bedürfen. Einer Hospitalisierung im übrigen, die beim Stand der irakischen Psychiatrie unbedingt zu vermeiden wäre.

Den Frauen soll in dem Zentrum je nach Voraussetzung und Bildungsstand die Möglichkeit einer Ausbildung für Berufe, die ihnen später helfen können, für sich selbst zu sorgen, angeboten werden. So sollen im Beginn etwa Schreibmaschinenkurse verbunden mit Kursen in Buchhaltung stattfinden. Im weiteren soll das Zentrum Workshops anbieten, in denen landwirtschaftliche und handwerkliche Grundkenntnisse vermittelt werden, die die Frauen in die Lage versetzen, selbst zu ihrem Lebensunterhalt beizutragen. Einen Anfang sollen Nähkurse und der Anbau von Gemüse auf einem Gelände nahe des Zentrums machen. Daneben werden Alphabetisierungskurse eingerichtet, bei denen WADI e.V. auf ein bewährtes Netz von bereits bestehenden Schulen zurückgreifen kann. Voraussetzungen für Verständnis und Akzeptanz sind zunächst Autarkie und Selbständigkeit der Frauen. Wenn sie eine Unterkunft besitzen, ihre Kinder versorgen und ihre persönlichen Belange ordnen können, wird ihr Umfeld sie eher akzeptieren. Darüber hinaus kann wieder Sozialverhalten und Umgang mit anderen Menschen erlernt werden. Unterstützung bekommen die Frauen dabei von Pädagogen und Psychologen. In vielen Fällen ist aber die Wiederaufnahme in die Familie anzustreben, wenn die Frauen selbst dies nicht ablehnen. Das Zentrum wird bei der Kontaktaufnahme helfen und soll eine Vermittlerfunktion ausüben, da ein Leben in der Familie in den bestehenden Gesellschaftsstrukturen eine Voraussetzung für die soziale Anerkennung ist.

Oliver M. Piecha, WADI e. V.

Dieser Artikel wurde in der Frankfurter Obdachlosenzeitung "Lobster" veröffentlicht. Weitere Artikel von WADI e.V. zur Lage in Irakisch-Kurdistan findet mensch im WWW unter: http://www.berlinet.de/kurdistan/archiv/wadi/

20. Which way, Nigeria? Kommt nach dem Tod des Diktators Abacha die Wende?

Autor: Thomas Mösch · Rubrik: Nigeria · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:17

Bedeutet die Freilassung mehrerer bekannter Oppositioneller in Nigeria das Ende der jahrelangen politischen Eiszeit im bevölkerungsreichsten Land Afrikas?

Nach dem plötzlichen Tod des brutalen Militärdiktators Sani Abacha entließ sein Nachfolger General Abdulsalam Abubakar Mitte Juni den wegen eines angeblichen Putschversuches zu lebenslänglicher Haft verurteilten ehemaligen Militärherrscher Olusegun Obasanjo.

Obasanjo hatte als bisher einziger Chef einer nigerianischen Militärjunta 1979 eine demokratisch legitimierte Regierung an die Macht gebracht und unter Abacha das Festhalten des Militärs an der Macht kritisiert.

Unter den Freigelassenen sind auch die Vorsitzenden zweier Gewerkschaften von Erdölarbeitern, Milton Dabibi und Frank Kokori, sowie der Anwalt und Menschenrechtler Beko Ransome-Kuti und die Journalistin Christine Anyanwu. Es fällt auf, daß für diese Freigelassenen seit Jahren international Solidaritätskampagnen liefen. Offenbar wollte sich der neue Chef der Militärjunta erst einmal Luft für die ersten Wochen seiner Herrschaft verschaffen. Zahlreiche andere, auch prominente, Regimegegner sitzen dagegen weiter in Haft. Der bekannteste ist der Gewinner der annullierten Präsidentenwahl von 1993, Moshood Abiola. Seit Anfang Mai befindet sich auch Olisa Agbakoba im Gefängnis. Agbakoba ist Gründer der Menschenrechtsorganisation "Civil Liberties Organisation" (CLO) und Sprecher der "United Action for Democracy" (UAD), einem Oppositionsbündnis, das Abacha in den letzten Monaten mittels öffentlicher Proteste und erfolgreicher Wahlboykotte arg zugesetzt hatte. Seit mittlerweile vier Jahren schmachten 20 Ogoni in den Kerkern des Regimes. Sie gehören zu dem kleinen Volk im ölreichen Niger-Delta, dessen politischer Führer Ken Saro-Wiwa zusammen mit acht anderen 1995 von Abachas Militärjustiz ermordet worden war. Den 20 Ogoni werden dieselben Vorwürfe gemacht wie den neun Hingerichteten. Sie sollen am Mord an vier Ogoni-Führern beteiligt gewesen sein, die mit dem Regime kooperieren wollten. Ein Strafverfahren hat es bis heute nicht gegeben, viele der Inhaftierten sind schwer krank. Ein Gericht hatte erst kürzlich 15 von ihnen die Freilassung auf Kaution zugebilligt, was die Militärs ignorierten.

Schwer krank sein soll auch Isaac Osuoka. Der junge Aktivist der Umweltorganisation "Environmental Rights Action" (ERA) wurde erst am 26. Mai verhaftet und leidet nach Angaben von ERA an Malaria und Atemwegsbeschwerden. Er ist zusammen mit 600 anderen Häftlingen in einer Massenzelle in Nigerias größter Stadt, Lagos, untergebracht. ERA kritisiert vor allem die Umweltzerstörungen durch die Ölindustrie im Niger-Delta. Osuoka ist außerdem Repräsentant des internationalen Netzwerkes "Oilwatch" in Nigeria. Bei seiner Verhaftung soll er unter anderem Flugblätter bei sich gehabt haben, die den wichtigsten Ölförderer des Landes, Shell, angreifen.

Die Liste der politischen Gefangenen läßt sich seitenlang fortführen. Die Freilassung der neun Oppositionellen hat grundsätzlich nichts an der schlimmen Menschenrechtssituation in Nigeria geändert. Trotzdem versuchen jetzt alle Seiten, diesen Schritt Abubakars zu interpretieren. Vielleicht gibt es tatsächlich einen Kurswechsel. Auch innerhalb des nigerianischen Militärs soll es wichtige Kreise geben, die mit der Entwicklung unter Abacha unzufrieden sind. Einige beginnen schon, sich vorsichtig öffentlich vom Regime des kaltherzigen Diktators mit dem immer gleichen versteinerten Gesicht zu distanzieren. Immerhin hatte Abacha Nigeria innen- und außenpolitisch ins Chaos geführt.

Abachas Erbe

Innenpolitisch hatte der General den Übergang zu ziviler Herrschaft und Demokratie versprochen. Das nahm aber in Nigeria kaum jemand ernst. Schließlich hatte Abacha maßgeblichen Anteil am Abbruch des von seinem Vorgänger Ibrahim Babangida eingeleiteten Demokratisierungsprozesses. An dessen Ende hatte am 12. Juni 1993 die Wahl gestanden, die - offenbar zur Überraschung des Militärs und der das Regime stützenden nordnigerianischen Eliten - der Multimillionär Moshood Abiola aus dem Südwesten des Landes gewann.

Abachas Termin für die Machtübergabe an eine Zivilregierung sollte nun der 1. Oktober 1998 sein, nach der abschließenden Präsidentenwahl im August. Allerdings war längst vor Abachas Tod klar, daß dieser Kurs in

eine Sackgasse führen mußte. Die bisher vom Regime durchgeführten Wahlen auf lokaler, bundesstaatlicher und nationaler Ebene waren vom weitgehenden Desinteresse der Bevölkerung geprägt. Boykottaufrufe der illegalen Opposition fanden so starken Widerhall, daß sich bei der Parlamentswahl vor einigen Monaten in manchen Gegenden kaum ein Wähler in die Wahllokale verirrte. Wenn, wie bei den Kommunalwahlen, doch der eine oder andere oppositionelle Kandidat durch das Überwachungsnetz des Regimes schlüpfen konnte, wurde das Ergebnis kurzerhand nachträglich korrigiert.

Inzwischen hatten die fünf zugelassenen Parteien Abacha zu ihrem gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentenwahl bestimmt, eine davon nur unter kaum verhohlenem polizeilichem Druck. Damit war allen Beteiligten endgültig klar, daß sich in Nigeria auch in den nächsten Jahren nichts zum Besseren ändern sollte. Das war womöglich sogar vielen Militärs zuviel des Guten. Hartnäckig halten sich Zweifel an der offiziellen Todesursache Abachas: Herzinfarkt.

Abubakar hat schon kurz nach seiner Machtübernahme verkündet, er werde am Zeitplan Abachas, also Machtübergabe am 1. Oktober, festhalten. Wie das zeitlich organisiert werden soll, weiß wahrscheinlich nicht einmal er selbst. Die Parteien müßten neue Kandidaten küren und die Wahl vorbereiten. Vor allem aber müßte die Opposition in den Prozeß einbezogen werden, damit das neue Regime auch nur einen Hauch von Legitimität bekommt. Die Schlüsselfigur ist hierbei Moshood Abiola, denn die Hauptforderung aller Oppositionsgruppen in Nigeria und im Exil ist immer noch die Anerkennung seines Wahlsieges von 1993. Er soll freigelassen werden und eine Regierung der nationalen Einheit anführen. Zwar ist auch Abiola eine Kreation des korrupten nigerianischen Establishments und deshalb keineswegs unumstritten. Er ist aber der einzige, der überhaupt für sich in Anspruch nehmen kann, für eine Mehrheit der nigerianischen Bevölkerung zu sprechen. Immerhin gilt die Wahl von 1993 als freieste seit der Unabhängigkeit vor 38 Jahren. Der 12. Juni 1993 steht auch für die letzte Chance eines vereinten Nigerias. Immerhin hatte Abiola in allen Regionen des Landes Mehrheiten bekommen. Den in der nigerianischen Politik den Ton angebenden islamischen Eliten des Nordens galt er als Mann des Südens. Abiola ist zwar Muslim, stammt aber aus dem Volk der Yoruba im Südwesten Nigerias. Trotz dieses "Makels" erhielt Abiola auch in wichtigen Regionen Nordnigerias mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen.

Die Annullierung der Wahl durch das nordnigerianisch dominierte Militär hat das wiedererwachte Einheitsgefühl der Nigerianer schlagartig zerstört. Heute ist das Land mit seinen über 100 Millionen EinwohnerInnen gespaltener als zu Zeiten des Biafra-Krieges Ende der 60er Jahre. Jeder ist gegen jeden: die drei großen Völker der Haussa-Fulani, Yoruba und Ibo ebenso wie die zahllosen kleinen, die es satt haben, weiter Opfer der Ränkespiele der Großen zu sein. Das Aufbäumen der 500.000 Ogoni Anfang der 90er Jahre war nur das deutlichste Anzeichen dieser Entwicklung.

Abubakars Chancen

Abubakar steht also vor einer fast unlösbaren Aufgabe, vor allem weil er offenbar kaum über politische Erfahrung verfügt. Einige Beobachter sehen das aber auch als möglichen Vorteil, da er ihrer Meinung nach keine eigenen politischen Ambitionen hat. Schon gibt es Berichte über Kontakte zwischen Abubakars Leuten und Abiola. Angeblich soll Abiola freigelassen werden, wenn er sich mit einer untergeordneten politischen Rolle zufrieden gibt.

Außenpolitisch hat der neue Herrscher genauso schwierige Probleme zu lösen wie im Innern. Seit dem Mord an Ken Saro-Wiwa war das Land politisch isoliert. Im Westen hielt nur noch Frankreich zu Abacha. Chirac wollte offenbar die Gunst der Stunde nutzen, neuen Einfluß in Afrika zu gewinnen. Während Abacha vom Commonwealth zur Persona non grata erklärt wurde, bekam er bei den Treffen der französisch-sprachigen afrikanischen Länder einen Ehrenplatz. Allerdings blieb auch die verbal harte Haltung der USA, Großbritanniens, Deutschlands und anderer EU-Länder heuchlerisch. Zwar verhängten sie Visa- und Sportboykotte gegen Nigeria. Der Ölexport blieb allerdings außen vor. Dabei wäre das Regime möglicherweise längst zusammengebrochen, wenn es auf wesentliche Teile seiner Erdöleinnahmen hätte verzichten müssen. Nigeria ist zu 90 Prozent von der Ölwirtschaft abhängig. Die investiert weiter kräftig. Konzerne wie Shell (50 Prozent der nigerianischen Ölförderung), Chevron oder Mobil beschwerten sich lediglich darüber, daß das Regime nicht genügend eigene Mittel in die als Joint Ventures geführten Fördergesellschaften einbrachte.

Der Wechsel an der Spitze der Militärjunta und die Entlassungen von Regimegegnern haben nun etwas Druck aus dem Kessel genommen. Spannend ist die Frage, inwieweit die demokratische Opposition eine gemeinsame Strategie entwickeln kann. Die bisherigen Erfahrungen und die Tatsache, daß wichtige Integrationsfiguren wie Abiola und Agbakoba weiter im Gefängnis sitzen oder wie der Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka im Exil leben, stimmen nicht gerade optimistisch. International kommt es darauf an, inwieweit Abubakar tatsächlich um bessere Beziehungen zum westlichen Ausland bemüht und somit empfänglich für Druck ist.

Wenn Nigeria seine unverhoffte neue Chance für eine Wende wieder nicht wahrnehmen kann, droht der Kessel endgültig zu platzen. Viele Beobachter schätzen, daß das Ausmaß und die Reichweite einer gewaltsamen Auseinandersetzung die des Biafra-Krieges weit übersteigen würde. Ganz Westafrika hätte darunter zu leiden.

Thomas Mösch

Der Autor ist Mitglied im Arbeitskreis Nigeria/Aktion Ogoni Hamburg

Anmerkung: Am 26.6. sind weitere 17 politische Gefangene freigelassen worden. Unter den Freigelassenen befand sich auch Olisa Agbakoba.

Vertreter des britischen Außenministeriums verhandeln seit einigen Tagen mit dem nigerianischen Regime über die Freilassung von Moshood Abiola. Abiola spielt auch für oppositionelle Gruppen eine zentrale Rolle beim Übergang des Regimes zu einer zivilen Regierung.

21. Revolutionäre Ethik, Knast und Träume. Interview mit Yessie Macchi, MLN-Tupamaros Uruguay

Rubrik: Uruguay · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:11

In dem kürzlich erschienenen Buch "Aber wir haben immer auf das Leben gesetzt..." berichten zwölf Frauen von ihren politischen Aktivitäten, von Verhaftung, Folter und Gefängnis in Uruguay. Yessie Macchi ist eine der Interviewten. Gemeinsam mit den Herausgeberinnen Monika Berberich und Irene Rosenkötter stellte sie das Buch kürzlich in Hamburg vor. Mit Yessie Macchi sprach efa.

ak: Wie ist dieses Buch entstanden?

Yessie Macchi: Das ist eigentlich mehr eine Frage an Monika oder Irene, aber gut. Ich habe die beiden über ein gemeinsames Projekt kennengelernt: Zusammen mit anderen deutschen Genossinnen drehten wir einen Film, der die Beteiligung von Frauen im bewaffneten Kampf in Uruguay als sogenanntes "Dritte-Welt-Land" einerseits und in Deutschland als sogenanntes "Erste-Welt-Land" andererseits zum Inhalt hat und aus der jeweils anderen Perspektive erzählt, das heißt, wir haben in Deutschland gefilmt und die deutschen Genossinnen in Uruguay. Wir wollten die Unterschiede und die Übereinstimmungen dieser so unterschiedlichen Kämpfe innerhalb einer bestimmten historischen Epoche aufzeigen, und ich glaube, das ist uns auch gelungen. Der Film wurde recht gut; er heißt "Und plötzlich sahen wir den Himmel". Es entstanden sehr persönliche Beziehungen zwischen den Frauen, die den Film gemacht haben. Wir haben tage- und nächtelang die Auswirkungen der Knasterfahrungen diskutiert. Und dann haben wir überlegt, daß unsere Erfahrungen in Uruguay für die gefangenen Genossinnen und Genossen hier möglicherweise hilfreich sein könnten - egal, ob sie schon rausgekommen sind, demnächst rauskommen oder wie auch immer. Wir dachten, daß wir sie so unterstützen könnten in diesem schwierigen und komplexen Moment der Rückkehr in eine Gesellschaft, die sich historisch an einem völlig anderen Punkt befindet als zum Zeitpunkt der Verhaftung. Das war der Ursprung des Buches. Das ist übrigens die erste Veröffentlichung über uruguayische Frauen im bewaffneten Kampf.

Auch ansonsten kann man beim Thema Frauen im bewaffneten Kampf, wann und wo auch immer, ja nicht gerade über Informationsflut klagen. Vermutlich, weil man lange Zeit auch bei diesem Thema fälschlicherweise davon ausging, daß die Erfahrungen der Männer verallgemeinerbar sind. Die Geschichten, die in diesem Buch erzählt werden, sind Geschichten, die von Frauenerfahrungen berichten, im Kampf, im Knast und in der Zeit danach. Wenn Du an Deine, an Eure Erfahrungen im Knast zurückdenkst, was, glaubst Du, sind die wichtigsten Unterschiede im Vergleich zu den Knasterfahrungen der Männer?

Ich glaube, daß wir Frauen uns nach relativ kurzer Zeit im Knast darüber klar wurden, daß es überhaupt keinen Sinn macht, dieselbe hierarchische Struktur ins Gefängnis reinzutragen, die wir draußen sowohl innerhalb der bewaffneten Gruppen wie auch in den anderen Gruppen hatten. Davon ausgehend versuchten wir - und es gelang uns auch, was das wichtigste ist - gemeinsam zu arbeiten. Ich sag gemeinsam und nicht einheitlich, weil es natürlich Unterschiede zwischen uns gab, auch in politisch-ideologischer Hinsicht. Dennoch haben wir es geschafft, im Knast eine gemeinsame Front zu bilden, die darauf ausgerichtet war, Strategien für den Kampf im Knast zu entwickeln. Im Gegensatz zu den Männern haben wir nie versucht, unsere Standpunkte in die Volksbewegung gegen die Diktatur einzubringen, weil wir wußten, daß wir in der Isolation des Knastes keine angemessenen Einschätzungen darüber erlangen können, welche Strategien für die Kämpfe draußen richtig sind. Wir haben sowohl dem Männerknast wie auch den politischen Bewegungen draußen gegenüber großen Respekt bewahrt. Aber wir haben natürlich umgekehrt auch nicht zugelassen, daß man sich von außen in unsere Kämpfe innerhalb des Gefängnisses einmischt.

Und wir haben horizontal gearbeitet, ohne jede Hierarchie, was wirklich nicht ganz einfach war. Stell Dir vor, ein Hochsicherheitsgefängnis mit Isolationszellen, wo es so gut wie unmöglich ist, zu kommunizieren und Aktionen zu planen. Wir haben uns trotzdem bei jeder repressiven Aktion des Feindes Zeit genommen, uns zu koordinieren und uns über die Gegenmaßnahmen zu einigen. Das war die eine Seite unseres Kampfes: keine Aktion des Feindes unbeantwortet zu lassen. Die andere war unser Prinzip, keine Genossin aus der gemeinsamen Front herausfallen zu lassen, um jede einzelne, wenn es sein muß, zu kämpfen. Vielleicht wäre es für uns bequemer gewesen, einfach zu gehorchen. Aber wir wußten, daß wir dieses Foltergefängnis, das zu

den schlimmsten in der Geschichte Lateinamerikas gehört, nur überleben können, wenn wir immer wieder die Initiative für den Kampf ergreifen. Und dafür brauchte es untereinander eine große Toleranz und Akzeptanz der vorhandenen Differenzen. Das macht zur Situation im Männerknast einen enormen Unterschied aus: Sie haben ihre Diskussionen um politische Differenzen im Knast weitergeführt und damit die Spaltungen aufrechterhalten. Klar, wir hatten auch unsere eigenen Treffen als MLN oder die Frauen von der KP als KP. Aber wir haben eben gemeinsam gekämpft und auch gemeinsam politisch diskutiert und dabei zugelassen, daß Genossinnen aus anderen Gruppen unser Denken beeinflussen - eine einzigartige und unwiederholbare Erfahrung.

Glaubst du, daß die Erfahrung dieser Gemeinsamkeit im Knast es den Frauen leichter gemacht hat, danach ins Leben draußen zurückzukehren?

Nein, das glaub ich nicht. Sieh mal, im Knast mußt du deine Persönlichkeitsstruktur aufrechterhalten und festigen im Kampf gegen die feindliche Umgebung. Dafür mobilisierst du alle dir zur Verfügung stehenden Verteidigungsmechanismen. Und in dem Moment, wo du aus dem Knast rauskommst, bewahrst du diese Struktur, weil du es nicht mehr anders kannst. Irgendwann kommt ein Moment, wo du dich "destrukturieren" mußt und merken, daß du frei bist. Das ist für Männer genauso schwierig wie für Frauen. Diese "Destrukturierung" kann Jahre dauern, kann sein, daß sie nie gelingt oder nur auf furchtbare Weise, wie das bei vielen von uns der Fall war. Denn in dem Moment, wo du deine Verteidigungsmechanismen aufgibst, kommt all das hoch, was du im Knast weggesteckt hast, der Schmerz, das Leiden, die Angst. Bei uns Frauen kam da dann noch etwas anderes dazu: Die Erfahrung der Gemeinsamkeit, die wir drinnen gemacht hatten, prallte auf eine Realität, in der sich die männlichen Machtstrukturen innerhalb unserer politischen Gruppen neu aufbauten, die Hierarchie, der Vertikalismus. Plötzlich hingen wir in etwas drin, was für uns schon ein Anachronismus war. Wir fühlten uns angesichts dieses Wiedererstarkens männlicher Strukturen entwaffnet; viele Genossinnen zogen sich zurück ins Privatleben, andere blieben und litten an den Widersprüchen - oft genug ohne die erforderliche Kraft, in Konfrontation zu gehen. In diesem Sinne war die Rückkehr ins Leben draußen für uns Frauen doppelt schmerzhaft. Wir mußten uns in eine Welt einfügen, die wir weitgehend hinter uns gelassen hatten.

Das heißt, im Knast ist es Euch gelungen, die traditionellen Geschlechterrollen zu überwinden, und in dem Moment, als ihr freikamt...

Da kehrten sie zurück.

Und mit solcher Macht, daß es nicht möglich war, dagegen anzukämpfen?

Ich sag nicht, daß es unmöglich war. Ich sag, daß wir vielleicht nicht in der Lage waren zu kämpfen. Von heute aus betrachtet, dreizehn Jahre später, denke ich, vielleicht hätten wir's gekonnt, vielleicht... . Man muß aber auch sehen, daß wir Frauen eine, wie Du sagst, traditionelle Rolle übernehmen mußten, die für die Familien sehr wichtig war, für die Kinder, für die Geschwister, die Eltern... etwas, was die Männer nicht machen mußten, im Gegenteil, sie hatten immer irgendjemanden, der sie versorgte und beschützte. Auch das Kinderthema, das für die Frauen in Lateinamerika nun einmal eine große Rolle spielt, kam da noch mit rein. All das zusammen hat möglicherweise bewirkt, daß wir es nicht geschafft haben, die Situation gemeinsam anzugehen. Das heißt nicht, daß nicht individuell dagegen gekämpft wurde. Ich hab dagegen gekämpft. Für mich war das in jenen Jahren ein andauernder Kampf. Aber gemeinsam - es war schwierig, die Kollektivität in einer fragmentierten Welt aufrechtzuerhalten.

In dem Buch sprichst du davon, daß es für euch in dem Moment der Freilassung eine schmerzhafte Diskrepanz zwischen dem "gefühlten" und dem "objektiven" Alter gab und daß die Männer weniger darunter zu leiden hatten. Warum?

Na, ganz einfach. Ein Mann mit 40, 50 Jahren, mit seinen Fältchen im Gesicht und seiner heroischen Vergangenheit, ist für viele Frauen ein außerordentlicher Leckerbissen. Eine Frau mit 40, 50 Jahren, mit ihren Fältchen im Gesicht und ihrer genauso heroischen Vergangenheit, ist alt. Schlicht und ergreifend.

Auf einer etwas persönlicheren Ebene würde ich sagen, daß wir als Verteidigungsstrategie viele Gefühle und Sehnsüchte im Gefängnis einfrieren mußten. Einige von uns sind mit vierundzwanzig, fünfundzwanzig verhaftet worden, andere schon mit achtzehn. Von diesem Zeitpunkt an mußten wir uns einfrieren und

stehenbleiben in bezug auf unsere emotionale und sexuelle Entwicklung und auch in bezug auf den Kinderwunsch. Und genauso mußte dieses menschliche Grundbedürfnis danach, zu verführen und verführt zu werden eingefroren werden, dieses ganze Spielerische und Romantische, all das, was du zur Selbstbestätigung nicht nur deiner Sexualität, sondern auch deiner Emotionalität brauchst. Du wirst zu etwas, das reagiert, das kämpft und rebelliert, und alles andere ist so vergraben, daß es nicht einmal mehr in deinen Träumen auftaucht. Eine Ärztin von uns, die auch viele Jahre im Knast war, hat nach der Freilassung eine Untersuchung gemacht über weibliche Sexualität im Knast - und eines der Dinge, die sie am meisten überraschte, war, daß dieses Thema noch nicht einmal in den Träumen auftauchte. Verstehst Du, ich red nicht einmal von Masturbation oder sexuellen Beziehungen unter Frauen, sondern davon, daß es noch nicht einmal erotische Phantasien oder Träume gab. Klar, das war die erfolgreiche Arbeit des Feindes. Diese Entpersonalisierung durch Nummern und durch Farben, die den Grad deiner Gefährlichkeit anzeigten, all diese Versuche der "Vermassung" waren auch erfolgreiche Versuche, die Individualität, die Gefühle und die Zärtlichkeit jeder einzelnen von uns zu unterdrücken. Natürlich haben wir dagegen angekämpft. Wir waren untereinander ganz besonders zärtlich zueinander, haben ständig liebevolle Gesten benutzt - etwas, was uns sehr irritiert hat, als wir rauskamen, denn draußen war das nicht üblich - aber in sexueller Hinsicht war da nur Unterdrückung. Wir haben oft Liebeslieder gesungen, aber vor allem auch Lieder über Freundschaft. Wir haben uns sehr geliebt, aber so, wie sich eben Genossinnen lieben, wir hatten sehr klar, daß da keine Art von Verführung oder Erotik mit reinspielt - oder nur ganz selten.

Also, um auf Deine Frage zurückzukommen: Als wir aus dem Knast rauskamen, mußten wir all das auftauen. Aber es waren in der Zwischenzeit dreizehn, vierzehn, fünfzehn Jahre vergangen, in denen wir uns nicht weiterentwickelt haben. Das heißt nicht, daß nicht viele Frauen dieses Problem für sich gelöst hätten. Viele haben es sehr einfach gelöst, indem sie sich mit ihrem alten Gefährten, der auch in Freiheit gekommen war, zusammentaten. Aber viele Paare, die all die Jahre im Knast überstanden hatten, trafen sich im Moment des Wiedertreffens nicht wirklich und trennten sich bald darauf. Viele Frauen konnten ihr Beziehungsleben nicht wieder aufnehmen und lebten in emotionaler Einsamkeit weiter. Damit meine ich nicht das Soziale, sondern das Persönliche. Und außerdem war es auch so, bei mir zum Beispiel, wenn jemand mit dir eine Beziehung anfangen wollte, konntest du nie sicher sein, ob er wirklich dich als Person meint oder dich als Legende, als Mythos. Das hat bei mir immer zu einer enormen Verunsicherung geführt: Wen wollen sie, das Image oder mich? Da haben die Männer weniger Probleme mit. Wenn eine Frau sie wegen ihres Images will - wunderbar, um so besser.

Ich könnte mir auch vorstellen, daß viele Männer diesen Widerspruch zwischen Image und Persönlichkeit vielleicht nicht so kraß empfinden.

Ich würd es sogar noch schärfer formulieren: Sie empfinden ihn nicht. Basta. Oder nur ganz wenige. Die Frauen, ja. Ich zumindest hab immer gespürt, daß da ein großer Unterschied ist zwischen dem Mythos und dem, was ich bin, was ich in all den Jahren in der Gefangenschaft in mir entdeckt habe, gute wie weniger gute Seiten, Stärken, Schwächen, das Authentische und das Nicht-Authentische; schließlich bist du da sehr auf dich geworfen und mußt mit dir, so wie du bist, zusammenleben - und plötzlich bist du damit konfrontiert, daß alle Welt dich mit einem Bild identifiziert. Das ist schwierig zu lösen. Denn da gibt es auch noch ein weiteres Problem, eine Falle: Du mußt das auch in dir selbst lösen. Weil du das Bild natürlich auch verinnerlichst. Du mußt dich bewegen, du, nicht das Image. Das ist schwierig, weil da ein enormer sozialer Druck ist, der dich permanent auffordert, deine eigene Legende zu sein.

Ich stell mir das gerade im Moment des Kennenlernens nicht leicht vor, zumal es ja nicht nur ein Image ist, was du vor dir herträgst, sondern dieses Bild hat natürlich auch seine Berechtigung und seine Wirklichkeit, so daß es vermutlich schwer ist, genau auszumachen, wo hört das Image auf und wo fang ich an.

Das stimmt. Du mußt lernen, du selbst zu sein, ohne deine Bedingungen und deine Geschichte zu verleugnen. Du kannst nicht hingehen und sagen, jetzt ist jetzt und die Vergangenheit ist vorbei. Aber es ist wichtig, dich in der Gegenwart zu verorten und in der Gegenwart die Authentizität zu retten. Das ist übrigens auch ein ethisches Problem. Da ist nämlich auch viel Opportunismus in diesem Image-System. Es kann dir so unglaublich viel erleichtern, dieses Image. Und es braucht Ehrlichkeit, sich dem zu stellen. Und das ist nicht bloß ein psychologisches Problem, sondern auch ein politisches.

Ja, es hat auch mit dem zu tun, was du "männliche" Politik nennst....

Und damit, die Wahrheit zu leugnen. Und andersrum: In dem Moment, wo du dich mit all deinen Stärken und Erfolgen und mit deinen Schwächen und Niederlagen zu erkennen gibst, handelst du ethisch und politisch zugleich. Aber dafür mußt du bereit sein zur Selbstkritik und zur ständigen Überprüfung dessen, was du tust. Das kann sehr schmerzhaft sein. Diese fehlende Selbstkritik ist in Lateinamerika schon oft verhängnisvoll gewesen. Sei es, daß sich herausstellt, daß Revolutionäre ihre eigenen Töchter vergewaltigen oder Genossen ihre Genossen umbringen - ich mein das jetzt allgemein, das soll keine Anspielung auf konkrete Ereignisse sein. Aber diese Wahrheiten müssen offengelegt werden. Die Menschen in den Ländern müssen diese Dinge erfahren, auch wenn es noch so weh tut. Wir in der MLN haben uns immer bemüht, unsere eigene Geschichte kritisch zu hinterfragen. Vielleicht manchmal sogar zu selbstkritisch, aber mir ist es lieber so herum, als daß es zu wenig selbstkritisch ist.

Das ist das Thema der "revolutionären Ethik", das du auch in der Veranstaltung angesprochen hast. Was genau meinst du mit diesem Begriff?

Der Begriff ist ein Ergebnis der Analyse der revolutionären Bewegungen in Lateinamerika. In den 60er Jahren, ausgehend von der kubanischen Revolution, schien es sehr leicht zu sein, eine Revolution zu machen. Man brauchte bloß zwanzig, dreißig Leute, ein paar Waffen, einen erklärten Antiimperialismus. Eines der wenigen Länder, wo - meines Wissens - wirklich in der Tiefe analysiert worden ist, was revolutionärer Kampf bedeutet, ist Uruguay. Bereits im ersten MLN-Dokument haben wir die Frage der Gewalt diskutiert, und das ist von uns Frauen stark beeinflußt gewesen. Ich glaube, die Waffe ist für den Mann so etwas wie eine phallische Verlängerung. Es gibt viele Männer, die Waffen toll finden, ganz einfach, weil sie Waffen toll finden. Da können sie noch so revolutionär sein - Waffen sind einfach ein Moment der Männlichkeit, der Allmacht. Und ich hab nur ganz wenige Frauen kennengelernt, denen es gefällt zu schießen, um zu schießen. Und das sagt dir eine, die wahrhaftig viel geschossen hat und Schießlehrerin der MLN war. Also, ich glaube, wir Frauen befürchten zu Recht, daß die Gewalt schnell in etwas sehr Merkwürdiges, fast schon Perverses umschlagen kann und man gar nicht mehr so recht weiß, was genau sie dann mit revolutionärem Kampf zu tun hat. Ich glaube auch im Gegensatz zu Frantz Fanon nicht- den ich im übrigen sehr schätze -, daß der bewaffnete Kampf läutert. Er hat im Gegenteil hohe soziale und persönliche Kosten. Ich weiß, die revolutionäre Gewalt ist in vielen Momenten notwendig. Aber man muß genau wissen, wann, warum und in welcher Form sie notwendig ist. Und es muß klar sein, daß es nicht einen einzigen überflüssigen Schuß geben darf. Nicht einen einzigen. Ich denke, viele revolutionäre Bewegungen in Lateinamerika hätte es gar nicht gegeben, wenn sie vorher gründlich über die revolutionäre Ethik diskutiert hätten. Bei dieser Ethik geht es übrigens nicht nur um Gewalt, sondern auch zum Beispiel um Korruption und Opportunismus. Ich bin froh, daß wir diese Diskussionen in Uruguay bis heute kontinuierlich führen.

Und wie sind da Eure Erfahrungen in den Diskussionen mit den männlichen Genossen? Ist es möglich, all diese Dinge offen zu besprechen?

Doch, ja. Wir haben diese Fragen von Anfang an gemeinsam diskutiert. Es gibt viele Genossen, die dasselbe ethische Konzept des Kampfes haben und genauso denken wie wir Frauen. Andere natürlich nicht. Da gibt es die, für die die Waffe eben eine phallische Verlängerung ist, oder auch die, die wie wild irgendwelche Aktionen planen und durchführen - das ist nicht nur sinnlos, sondern auch gefährlich. Das ist ein Problem, das uns bis heute kontinuierlich begleitet. Jetzt zwar nicht mehr in Bezug auf den bewaffneten Kampf, sondern in der Frage, in welcher Form wir Politik machen.

Und auch in bezug auf die internen Organisationsstrukturen?

Na klar, immer. Aber ich muß auch sagen, daß nicht alle Frauen so denken wie ich. Viele haben das männliche Politik-Modell verinnerlicht. Unser Kampf zielt also nicht nur auf Männer ab. Das ist ein Kampf ums Bewußtsein, nicht ein Problem von Männern und Frauen. Es ist eine Frage des Bewußtseins um die Geschlechterfrage und damit auch eine Frage des revolutionären Bewußtseins.

Hier sind die Erfahrungen von vielen Frauen in "gemischten Strukturen" die, daß es bei den Genossen bisweilen eine recht große Differenz zwischen Theorie und Praxis gibt. Soll heißen, auf einem abstrakten theoretischen Niveau kann man sich möglicherweise recht schnell einigen, einige Männer sind dann ausgesprochen feministisch. Nur wenn es um die praktische Umsetzung geht, hakt es dann. Und das ist einer der Gründe, warum sich hier nicht wenige Frauen für eine autonome Organisierung entschieden haben...

Das ist eine sehr europäische Erfahrung. In Lateinamerika und Uruguay ist das noch nicht passiert, auf politischer Ebene zumindest. Wir sind uns über diese Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis bewußt. Aber unser Ziel ist der gemeinsame Kampf von Männern und Frauen. Und uns Frauen kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu: Nämlich dafür zu sorgen, daß der Kampf so breit wie möglich und so demokratisch und respektvoll wie möglich geführt wird. Aber natürlich wollen wir auch das Bewußtsein der Männer verändern. Zu unseren Veranstaltungen laden wir auch Männer ein, weil wir wichtig finden, daß sie auch diesen Bewußtwerdungsprozeß durchlaufen.

Sprichst du deshalb von einer weiblichen Vision und nicht von Feminismus?

Ich glaube, daß es in Uruguay eine große Verunsicherung über den Terminus Feminismus gibt. Da muß man sehr vorsichtig sein. Dennoch spreche ich von einer weiblichen und einer männlichen Form, Politik zu machen. Ich glaube, nur wenige der Genossinnen würden ihre Erfahrungen im Knast als feministisch bezeichnen, obwohl sie das waren, vor allem in den letzten Jahren. Aber was klar ist, daß die meisten Frauen ein Bewußtsein darüber haben, daß es notwendig ist, die Machtstrukturen zu verändern.

Monika Berberich, Irene Rosenkötter (Hg.): "Aber wir haben immer auf das Leben gesetzt...". Hamburg 1998, Verlag Libertäre Assoziation, 269 S., 29 DM

Yessie Macchi wurde 1946 in Montevideo geboren. In den 60er Jahren schloß sie sich der Nationalen Befreiungsbewegung Tupamaros an, wurde mehrfach verhaftet, zum letzten Mal 1972 und rotierte von 1973 bis 1976 durch verschiedene Kasernen. Die restliche Haftzeit verbrachte sie wie alle anderen Frauen im Gefängnis Punta de Rieles bis zur Freilassung im März 1985. Danach arbeitete sie als Journalistin bei Radio Panamericana, einem freien Radio, das den Tupamaros nahestand, und ist heute in dem Projekt ACA/ComcoSUR mit der Vernetzung von alternativen Medienprojekten bzw. Frauenprojekten in verschiedenen Ländern betraut.

22. Kein Frieden in Sicht. Interview mit mit Guerilla-Kommandant Juan Antonio Rojas - Teil I

Interview mit Guerilla-Kommandant Juan Antonio Rojas - Teil I

Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:10

Juan Antonio Rojas ist Mitglied der internationalen Kommission der FARC-EP. Albert Sterr sprach mit ihm über die politische Situation in Kolumbien, die Perspektiven der bewaffneten und der legalen Oppositon und die Chancen des Friedensprozesses. Wir veröffentlichen dieses Interview in zwei Teilen; die Fortsetzung folgt in ak 417.

Albert Sterr: Wieviele Guerillafronten unterhalten die "Revolutionären Streitkräfte - Volksheer" (FARC-EP) heute?

Juan Antonio Rojas: Derzeit haben wir 60 Fronten, die im ganzen Land verstreut agieren.

Es heißt, die FARC hätten zwischen zehn- und fünfzehntausend Personen unter Waffen. Sind diese Zahlen zutreffend?

Im Detail kann ich dazu nicht Stellung nehmen. Aber die Dimension ist mehr oder weniger richtig.

Wie stark ist die zweite große Guerillabewegung, das "Nationale Befreiungsheer" (ELN)?

Dazu kann ich keine genauen Angaben machen. In der Regel sprechen sie davon, daß sie zwischen dreißig und vierzig Fronten haben.

Und der Rest des "Volksbefreiungsheeres" (EPL), der sich der Demobilisierung von gut 3000 Bewaffneten im Jahre 1991 nicht anschloß?

Das EPL hat etwa zehn Fronten und ist erheblich kleiner, als FARC und ELN. Schließlich gibt es im Cauca noch das Kommando "Jaime Bateman Cayón", das aus ehemaligen M-19-Mitgliedern besteht. Diese hatten sich ursprünglich mit der M-19 demobilisiert. Ihre Erwartungen wurden jedoch enttäuscht, und sie griffen deshalb erneut zu den Waffen.

Die Geschichte der kolumbianischen Guerilla ist eine Geschichte der Fraktionierungen, die immer wieder durch Koordinationsversuche eingedämmt werden sollten, zuletzt mit der "Coordinadora Guerillera Simón Bolívar" (CGSB). Existiert die 1987 gegründete CGSB in der Praxis überhaupt noch?

In diesem Moment gibt es eine Guerillakoordination als solche nicht. Sie ist jedoch ein politisches Projekt, das wir nach wie vor für wichtig halten. Wir tun alles in unserer Kraft Stehende, um die Koordination wieder zum Funktionieren zu bringen.

Warum zerbrach die Aktionseinheit der Guerillagruppen wieder?

Als die CGSB entstand, nahmen daran die M-19, ELN und EPL, Quintín Lame, PRT und die FARC teil. Die M-19 durchlief kurz danach eine interne Krise, infolge derer sie 1990 die Waffen niederlegte. Ebenso erging es dem EPL. 1991 demobilisierten sich auch PRT und Quintín Lame. 1994 spaltete sich die "Strömung sozialistische Erneuerung" vom ELN ab. Zwar blieben neben den FARC auch die ELN und ein Teil des EPL übrig. Aber die letztgenannten Organisationen durchliefen eine Phase starker interner Debatten. Der letzte gemeinsame Ansatz waren die Friedensgespräche mit der Regierung 1992 in Tlaxcala (Mexiko). Nachdem diese gescheitert waren, hörte die Koordination auf zu funktionieren. Aber wir als FARC gehen davon aus, daß es früher oder später wieder einen Zusammenschluß geben wird, einfach weil er notwendig ist.

Anfang der neunziger Jahre schien es so, als könne die Koordination eine ähnliche Rolle spielen wie die Zusammenschlüsse in Mittelamerika. Warum ging Ihrer Meinung nach dieser Impuls hin zu mehr Einheit wieder verloren?

Nach dem Fall der Berliner Mauer kam es in einer Reihe von Bewegungen zu Grundsatzdebatten, die in innerorganisatorischen Krisen mündeten. Es ging vor allem um die Fragen, ob der bewaffnete Kampf als Mittel,

der Marxismus als Bezugsrahmen und der Sozialismus als Ziel noch politische Gültigkeit haben. Für uns als FARC besteht daran kein Zweifel.

Gibt es weiterhin Kontakte zwischen den verschiedenen Bewegungen?

Ja, klar. Wir treffen uns und tauschen unsere Ansichten aus.

Und wie sieht es mit gemeinsamen Aktionen oder politischen Initiativen aus?

Das findet derzeit nicht statt. Aus unseren Debatten folgen weder gemeinsame politische Vorstöße noch koordinierte militärische Aktivitäten.

Die beiden größten und bedeutendsten Bewegungen sind ja ganz eindeutig Ihre Organisation, die FARC, sowie das ELN. Welches sind Ihrer Ansicht nach die Hauptunterschiede zwischen beiden?

Was die strategischen Fragen wie den Kampf um die politische Macht betrifft, gibt es keine Unterschiede. Das Problem mit dem ELN besteht darin, daß es sich um einen Zusammenschluß unterschiedlicher Gruppen handelt, die unterschiedliche Positionen haben, etwa in bezug auf das Verhalten gegenüber Wahlen oder die Zusammenarbeit mit anderen Guerillagruppen etc. Das verhindert eine Koordination.

Gibt es Unterschiede hinsichtlich aktueller politischer Fragen wie Präsidentschaftswahlen oder Frieden?

Ich denke, das sehen wir sehr ähnlich. Die Genossen des ELN wollen ebenso wie wir eine politische Lösung des Konflikts, die die Konfliktursachen beseitigt. Was die Wahlen betrifft, lehnen sie wie wir eine Teilnahme ab, weil für die Opposition die nötigen Minimalvoraussetzungen nicht gegeben sind. Deshalb rufen wir zur Stimmenthaltung auf.

Ist das ELN nach der Inhaftierung seines Führers Francisco Galán und nach dem Tod seines Chefs Manuel Pérez im Februar 1998 überhaupt politisch handlungsfähig?

Wir gehen davon aus, daß sich die Linie des ELN deswegen nicht ändert.

Welche Bedeutung hat das ehemals maoistische "Volksbefreiungsheer" (EPL) nach der Demoblisierung eines Großteils seiner Bewaffneten und nach der Inhaftierung ihres Chefs Francisco Caraballo noch?

Obwohl das EPL schwere Schläge hinnehmen mußte, ist es weiterhin in einigen Departaments politisch und militärisch aktiv. Aufgrund der allgemeinen Krise hat es auch wieder Zulauf zu verzeichnen.

Präsidentschaftswahlen im Mai und Juni 1998

Torpediert die Guerilla die Präsidentschaftswahlen, die am 31. Mai und am 21. Juni 1998 in zwei Wahlgängen stattfinden, ähnlich hart wie die Parlamentswahlen im vergangenen Jahr?

Wir rufen zur Stimmenthaltung auf, weil wir die Wahlen für vollkommen antidemokratisch und illegitim halten. In der Regel geben, wenn überhaupt, zwischen 50% und 65% der Berechtigten ihre Stimme ab. Die gewählten Präsidenten repräsentieren also etwa 18% - 20% der Wähler und Wählerinnen, eine Minderheit. Außerdem: Der Staat hat die legale Opposition ermorden lassen.

Sie beziehen sich auf das traurige Schicksal der Patriotischen Union (UP)?

Zum Beispiel. Die UP, eine legale linke Partei, wurde vollkommen ausgelöscht. Mehr als 4500 UP-Aktivisten, Funktionsträger, Gemeinderäte, Bürgermeister und Parlamentarier wurden ermordet. Viele UP-Leute mußten ihre Parzelle, ihren Herkunftsort oder sogar ihr Land verlassen, um mit dem Leben davonzukommen. Einige von ihnen sind in Europa im Exil. Das einzige "Delikt" der UP ist, daß sie eine Oppositionspartei ist.

Was Sie sagen ist für linke Parteien sicher richtig. Aber dennoch ist Kolumbien ja kein Einparteienstaat. Es gibt mit der liberalen und der konservativen Partei zwei traditionelle, große und sich in der Regierung abwechselnde Parteien. Und immer wieder tauchen auch andere kleinere Kräfte im Geschehen auf, wie die "Demokratische Aktion M-19" oder Bürgerbewegungen. Es existieren also wenigstens gewisse demokratische Spielräume.

Die gibt es für diejenigen, die für die Interessen des großen Kapitals antreten. Aber aus unserer Sicht macht es keinen Sinn, sich daran zu beteiligen.

Geht es Ihnen um Wahlenthaltung oder Wahlboykott? Lancieren Sie wie im vergangenen Oktober militärische Aktionen, um ihrer Position Nachdruck zu verleihen?

Es geht weniger um einen Boykott. Wir machen sicher militärische Aktionen im Vorfeld und am Wahltag. Es wird Straßensperren geben, und wir werden Ortschaften besetzen. Auf diese Weise erklären wir der Bevölkerung, warum wir mit diesen Wahlen nicht einverstanden sind. Wir nutzen die allgemein erhöhte Aufmerksamkeit rund um die Wahlen, um unsere Standpunkte bekannt zu machen.

Verbieten Sie den Menschen, die in Zonen leben, die die FARC kontrolliert, an den Wahlen teilzunehmen?

Die Unterstellung, die in der Frage anklingt, trifft nicht zu. Wir verbieten den Leuten nicht zu wählen, sondern wir verhindern, daß die Kandidaten der herrschenden Parteien Veranstaltungen durchführen, um ihre demagogische Propaganda unter die Leute zu bringen. Wenn es wirkliche Interessensvertreter gibt, und wenn sie in einem demokratischen Procedere unter Beteiligung der Bevölkerung nominiert wurden, stellen wir uns nicht quer. In diesem Falle können sie ihre Wahlkampagne machen, und wir hindern auch niemanden an der Stimmabgabe.

Die Präsidentschaftswahlen erfüllen die Kriterien, die Sie genannt haben, sicherlich nicht.

Nein. Aus unserer Sicht gibt es keinen einzigen wirklich oppositionellen Kandidaten. Keinen, der die Interessen der breiten Bevölkerungsschichten vertritt.

Sie haben den vorletzten Präsidenten, Gaviría, der 1992 die Friedensgespräche scheitern ließ und den FARC den "totalen Krieg" erklärte, mit einer Militäroffensive verabschiedet. Sie haben Samper, dem amtierenden Präsidenten, das Leben schwer gemacht. Werden Sie den neuen Präsidenten mit Feuer und Blei begrüßen?

Das kann ich noch nicht sagen. Die Entscheidung darüber, ob wir größere militärische Operationen lancieren, muß der Generalstab der FARC treffen. Es steht aber schon heute fest, daß wir dem neuen Präsidenten einen Vorschlag zur politischen Lösung des Konfliktes unterbreiten.

Macht es für Sie einen Unterschied , ob der Populist Horacio Serpa gewählt wird - ein Mann, der sich selbst im Umfeld der Sozialdemokratie verortet und dem derzeitigen Präsidenten Samper als Innenminister diente - oder der konservative Andrés Pastrana?

Schon seit vielen Jahren gibt es keinen politischen Unterschied mehr zwischen der liberalen und der konservativen Partei. Die jeweils gewählten Präsidenten, egal ob sie "Liberale" oder "Konservative" sind, haben vor allem die Kontinuität zu wahren. Uns ist es egal, welche Partei die neoliberale Politik durchsetzt oder den Militärs bei der "Bekämpfung des inneren Feindes" freie Hand läßt.

Horacio Serpa werkelte 1996 mit dem dubiosen deutschen Privatagenten Werner Mauss und Kanzleramtsminister Schmidbauer zusammen an der gescheiterten Bonner Friedensinitiative für Kolumbien. Nun kündigte er an, im Falle seines Wahlsieges das persönliche Gespräch mit der Guerilla zu suchen. Wie ernst nehmen Sie solche Töne?

Horacio Serpa ist nicht der erste Kandidat, der das verspricht. Bevor sie gewählt wurden, haben das schon mehrere angekündigt, zuletzt der jetzige Präsident Ernesto Samper. Aber kaum waren sie im Amt, vergaßen sie ihre Ankündigung.

Vielleicht liegt der Fall von Horacio Serpa doch etwas anders. Schließlich war er bereits selbst aktiv in Sachen Friedenssuche.

In Kolumbien geht es nicht darum, was eine Person will oder nicht - selbst wenn sie Präsident ist. Es reicht nicht einmal, wenn sich Regierung und Guerilla auf ein Abkommen einigen, denn die Wurzeln des Konflikts liegen viel tiefer. Wenn wir schon über Personen reden, dann sollten wir nicht vergessen, daß der konservative Kandidat Andrés Pastrana auch Erfahrungen im Dialog gesammelt hat. Er nahm bei den bislang letzten Verhandlungen 1992 in Tlaxcala (Mexiko) als Regierungsvertreter teil. Unter dem Strich kam nichts dabei heraus. Nicht anders endete die Initiative, an der Serpa, Mauss und die Bonner Regierung beteiligt waren.

Ausweitung des Krieges oder Friedensdialog?

Wohin geht Kolumbien, Herr Rojas? Beide Kandidaten haben angekündigt, daß sie im Falle ihrer Wahl zum Präsidenten Friedensgespräche anbieten, um das Land aus dem jahrzehntelangen Kriegszustand herauszuführen. Indessen mehren sich in den USA die Stimmen, wonach eine internationale Intervention gegen den Drogenhandel und dessen Unterstützer nötig sei. Im Klartext: Eine Militäraktion gegen die FARC, die zusammen mit dem ELN 1997 in die Liste der terroristischen Organisationen aufgenommen wurde, welche angeblich die "nationale Sicherheit der USA" gefährden. Müssen wir uns auf eine Ausweitung des Krieges einstellen, oder zeichnet sich endlich ein ernsthafter Dialog ab?

Die Entscheidung fällt in Kolumbien. Das Establishment, ich meine damit vor allem die mächtigen Wirtschaftsgruppen, gibt die Richtung vor. Wenn die Oligarchie, die Besitzer der Massenmedien und die nationale Unternehmervereinigung wirklich Frieden wollen, dann haben ernsthafte Verhandlungen Erfolgsaussichten. In diesem Fall wird das Establishment den Präsidenten, wie auch immer er heißen mag, wissen lassen, daß die Zeit für eine Verhandlungslösung gekommen ist.

Höre ich richtig heraus, daß Sie bzw. die FARC-Leitung davon ausgehen, daß es sich beim Establishment um einen monolithischen Block handelt?

In der Friedensfrage ist die Unternehmerschaft bis heute ein weitgehend geschlossener Block. Sie sind primär daran interessiert, die gewaltige soziale Ungleichheit zwischen denen, die nichts und denen, die sehr viel besitzen, aufrecht zu erhalten. Und das bei einer insgesamt günstigen gesamtwirtschaftlichen Situation. Während das Bruttoinlandsprodukt in den letzten zehn Jahren kräftig gewachsen ist, leben die Campesinos und die Arbeiter in einer absoluten Misere. Oder, wie es ein Unternehmer ausdrückte: Kolumbiens Wirtschaft sei in gutem Zustand, mit dem Land gehe es jedoch abwärts.

Heißt das, daß Sie den "schmutzigen Krieg" als Instrument verstehen, diesen Zustand beizubehalten?

Ja. Heute wird die Dreckarbeit hauptsächlich von Paramilitärs gemacht. In den vergangenen Jahren war die Armee direkt verantwortlich, was ihren Ruf ziemlich ramponierte. Paramilitärische Gruppen gibt es seit den fünfziger Jahren. Damals waren sie für mehrere hunderttausend Tote verantwortlich. In den sechziger Jahren hießen sie "Limpios" ("Säuberer") und gingen vor allem gegen Kommunisten vor und solche, die sie dafür hielten. Ihnen folgten die "Selbstverteidigungsgruppen" (Autodefensas), die Vorgänger der heutigen Paramilitärs. In allen Phasen koordinierte und kontrollierte die Armee diese Gruppen. Heute stellt sich die Regierung hin und tut so, als sei sie Angriffen von Ultralinken, womit wir gemeint sind, und Ultrarechten, den Todesschwadronen, ausgesetzt. Regierung und Armee nähmen eine Mittelposition ein und verteidigten die Demokratie. Das ist völliger Unsinn. Die Paramilitärs sind Geschöpfe des Establishments. Der Staat organisiert und bewaffnet sie und gibt ihnen politische Vorgaben, gegen wen sie vorgehen sollen.

Arbeitet ein Teil dieser Gruppen auf eigene Rechnung oder auf diejenige der Drogen-Mafia?

Es gibt keine paramilitärischen Gruppen, die von der Armee unabhängig sind. Es kann sein, daß ein Drogenhändler acht oder zehn bewaffnete Leibwächter hat. Es ist möglich, daß bezahlte Pistoleros untereinander Rechnungen begleichen. Aber das meine ich nicht, wenn ich von paramilitärischen Gruppen sprechen. Es gibt Paramilitärs, die von der Drogenmafia geleitet werden, jedoch mit der Armee zusammenarbeiten. Die bekanntesten Namen in diesem Zusammenhang sind Fidel und Carlos Castaño oder Víctor Carranza.

Ist es denkbar, daß ein Teil der Paramilitärs eine relative Autonomie hat? Ich meine damit, daß sie zwar ihre Anweisungen oder ihre Todeslisten von der Armee bzw. von Geheimdiensten geliefert bekommen; jedoch insofern unabhängig sind, als sie ihre Waffen auch dafür einsetzen, private ökonomische Vorteile zu ergattern.

In einigen Gebieten ist das der Fall. So haben einige multinationale Unternehmen Paramilitärs als Wachpersonal für ihre Einrichtungen angestellt. Was jedoch den schmutzigen Krieg gegen die Opposition und die ländliche Zivilbevölkerung betrifft, werden sie vom Staat kontrolliert.

Zurück zu unserer Ausgangsfrage: Mehr Krieg oder mehr Frieden?

Die Guerillabewegung hat in ihrer Geschichte viele Friedensvorschläge unterbreitet. Was die FARC betrifft, so haben wir den Staat schon anläßlich unserer Gründung 1964 aufgefordert, uns nicht zu bombardieren, sondern Straßen, Schulen und Kliniken zu bauen. 1985, als wir das Abkommen von La Uribe unterzeichneten

und die Patriotische Union (UP) als legale Partei gründeten, versuchten wir es wieder. Bei der Übergabe von 60 kriegsgefangenen Militärs im Jahr 1997 machten wir erneut ein Verhandlungsangebot. Wir schlugen die Demilitarisierung von fünf Gemeinden vor, um eine Art neutrale Zone zu schaffen und verlangten außerdem, daß die sozialen Proteste nicht strafrechtlich verfolgt werden. Die Regierung Samper antwortete mit der Militäroffensive "Destruktor II". Derartige Offensiven wären aber ohne die Zustimmung des Establishments nicht möglich. Für sie ist der Krieg ein lohnendes Geschäft.

Es scheint daß in den USA zunehmende Zweifel aufkommen, daß die Armee Kolumbiens in der Lage ist, die Guerilla zu kontrollieren. Droht eine Internationalisierung des Konflikts?

Die USA mischen sich seit Jahrzehnten in den Konflikt ein. Die Militärdoktrin, die jegliche Opposition von bewaffneten Gruppen bis hin zu pazifistischen Menschenrechtlern als subversiv und Bedrohung für die nationale Sicherheit einstuft, kommt aus den USA. Heute lautet der Vorwand für die Einmischung: Bekämpfung des Drogenhandels. Bis dahin hieß es, man müsse den internationalen Kommunismus und die Bedrohung aus Moskau in den Dschungeln und Bergen Kolumbiens bekämpfen. Damit kann man heute nicht mehr argumentieren, deshalb führte der US-Botschafter Lewis Tambs vor einigen Jahren den Begriff "Drogen-Guerilla" ins Feld. Seither sind wir in den Augen der USA nicht mehr die Agenten Moskaus, sondern die der Drogenmafia. Demzufolge hätten wir unsere vorherigen Prinzipien aufgegeben und seien eine Art Angestellte der Drogenhändler. Damit soll unserem Kampf die Legitimität entzogen und einer ausländischen Intervention der Boden bereitet werden. Da wir in den letzten Jahren zudem stärker wurden und uns zum Ziel gesteckt haben, die Macht zu erobern - sonst hätte es keinen Sinn, seit gut dreißig Jahren aus der Illegalität heraus zu kämpfen -, wollen die USA offenbar verstärkt eingreifen.

Sehen die Pläne eine direkte Intervention vor? Meines Wissens sind bislang andere Varianten in der Debatte.

Die USA wollen indirekt in Kolumbien intervenieren. Zu diesem Zweck haben sie mit den Regierungen von Venezuela, Ecuador, Panama - alles direkte Nachbarstaaten - und Argentinien gesprochen. Diese Staaten sollen eine multinationale Streitmacht gegen die Drogenhändler und ihre Helfershelfer zusammenstellen.

Warum scheuen die USA den Einsatz eigener Truppen?

Nach den Erfahrungen von Vietnam und dem Persischen Golf wäre die US-Öffentlichkeit wahrscheinlich wenig geneigt, einen Konflikt mit vielen Toten hinzunehmen. Deshalb bevorzugen sie es, daß sie selbst den Krieg dirigieren und andere die Toten stellen.

Werner Mauss und die Rolle der BRD

In einer kürzlich publizierten Reportage zitierte die angesehene deutsche Wochenzeitung "Die Zeit" den Privatagenten Werner Mauss mit den Worten: "Ich habe den Schlüssel zum Frieden in Kolumbien in der Hand". Sind diese großspurigen Worte durch einen tatsächlichen Einfluß dieser Person in Kolumbien gedeckt, Comandante Rojas?

Das ist unmöglich. Kein Einzelner und noch viel weniger ein Ausländer kann den Schlüssel für den Frieden in den Händen haben. In unserem Fall kann der Frieden nur das Ergebnis eines mehrjährigen Prozesses sein, der tiefgreifende Reformen einleitet.

Mauss hatte seit mehr als 10 Jahre enge Kontakte zum ELN. Wann haben Sie bzw. die FARC-Führung das erste Mal von seinem Wirken Kenntnis erhalten?

Wir erfuhren davon erst nach seiner Festnahme, als die Zeitungen darüber berichteten. Wir wußten vorher nichts über seine Aktivitäten in Kolumbien.

Wußten Sie, daß Mauss für das ELN Kontakte mit der Bonner Regierung anbahnte?

Nein, auch das war uns nicht bekannt.

Die geplanten Verhandlungen in Bonn waren also ausschließlich eine interne Angelegenheit der ELN und wurden im verbliebenen losen Rahmen der CGSB nicht diskutiert?

Wir diskutierten mit den Genossen der ELN nicht vorher darüber. Es handelte sich ja um erste Initiativen, die Gespräche vorbereiten sollten. Daß es zu gewissen Annäherungen kam, halten wir nicht für negativ. Nur wenn es konkreter wird, sollte man sehen, was da im einzelnen diskutiert wird.

Haben auch die FARC versucht, mit Bonn ähnliche Kontakte aufzunehmen?

Nein.

Kanzler Kohl und Kanzleramtsminister Schmidbauer sollten Schirmherrn der Verhandlungen in Bonn sein. Handelte es sich dabei um eine exklusive Sache zwischen ELN und der kolumbianischen Regierung?

Wir wissen nicht, was genau vorgesehen war. Wir haben aber immer gesagt, und wir gehen davon aus, daß dies für das ELN weiterhin Gültigkeit hat, daß der Frieden in Kolumbien nicht die Sache einer Organisation ist. Es muß die ganze Aufstandsbewegung einbezogen werden. Aber nicht nur das: Auch die Militärs, Unternehmer, Regierung, Kirchen, Kooperativen- und Gewerkschaftsbewegung sowie die internationale Öffentlichkeit müssen beteiligt werden. Eine Organisation alleine oder die Regierung allein können gar keinen Frieden aushandeln.

Bedingungen für

den Friedensprozeß

Soll dieser Prozeß in Geheimverhandlungen im Ausland vorbereitet werden?

Wir als FARC verlangen, daß diese Gespräche in Kolumbien stattfinden und daß die genannten Sektoren beteiligt werden. Die Verhandlungen sollen unter Teilnahme der Öffentlichkeit stattfinden.

Was ist mit den Paramilitärs? Sollen diese, wie sie selbst verlangen, an Friedensgesprächen als eigenständiger Faktor dabei sein?

Nein. Die Paramilitärs sind keine eigenständige Kraft. Sie sind Söldner, die auf Rechnung des Staates arbeiten und von diesem mitrepräsentiert werden.

Warum verlangen die FARC als Vorbedingung für die Aufnahme von Gespräche die Entmilitarisierung von fünf Gemeinden?

Es handelt sich um sehr große Gemeinden, in denen wir garantieren könnten, daß Friedensgespräche nicht sabotiert werden können.

Sind Sie dort militärisch besonders stark?

In einigen sind wir in der Tat militärisch stark, und in anderen sind wir politisch präsent.

Warum lehnen Sie Gespräche in der Hauptstadt Bogotá ab?

Dort sind die notwendigen Sicherheitsgarantien für unsere Vertreter nicht gegeben. Wir würden unsere Leute denjenigen, die keinen Frieden wollen, auf dem Silbertablett zum Abschuß präsentieren. In Bogotá würden unsere Leute sofort ermordet werden.

Das verstehe ich nicht. Der Subcomandante Marcos ging doch auch nach San Cristóbal, oder die FMLN-Führung kam nach San Salvador, um mit der Regierung zu verhandeln. Worin liegt der Unterschied zu Kolumbien?

Die Regierung Kolumbiens zeigt bislang keinen wirklichen Friedenswillen. Dem scheidenden Präsidenten Samper schlugen wir bei seiner Amtseinführung vor vier Jahren wiederholt Gespräche vor. Wir verlangten als einzige Vorbedingung, daß er die Integrität unserer Kommission garantieren müsse. General Bedoya, der jetzt als rechter Außenseiter für die Präsidentschaft kandidierte, lehnte formale Garantien für den in La Uribe geplanten Dialog ab, so daß unsere Initiative versandete.

Gibt es konkrete Schritte, wie regionale Dialoge oder Teilabkommen, die Friedensgesprächen vorausgehen sollen?

Regionale Dialoge haben ihre Berechtigung. Wir sind aber der Ansicht, daß man den Frieden nicht stückweise herbeiführen kann. Man kann nicht einzelne Departaments wie Caquetá oder Urabá befrieden, während in

anderen der Krieg weiter tobt. Wir brauchen eine Gesamtlösung, die die strukturellen Ursachen, die zum Ausbruch des Krieges geführt haben, beseitigt.

In Kolumbien gab es in den letzten 15 Jahren immer wieder Friedensverhandlungen, Waffenstillstände und Demobilisierungen einzelner Guerillagruppen oder Abspaltungen. Dennoch blieb das Niveau der gewaltsamen Aktionen davon unberührt, ja längerfristig gesehen nahm es kontinuierlich zu, vor allem in den letzten Jahren. Was unterscheidet die erfolglosen Dialoge Kolumbiens von den wesentlich erfolgreicheren in Mittelamerika?

Eine wichtige Differenz ist, daß wir beispielsweise beim Abkommen von La Uribe 1985 weder die Waffenabgabe noch die Demobilisierung unserer Kräfte unterschrieben haben. Wir wollten vielmehr einen Raum für politische Kräfte schaffen, die bis dahin nicht legal tätig sein konnten. Die FARC demobilisierten sich nicht, weil sie dann die Kraft verloren hätten, die Verwirklichung der Abkommen zu garantieren. Die Abkommen, die 1990, 1991 und 1994 zwischen einigen Gruppen wie der M-19 und dem EPL und der Regierung geschlossen wurden, liefen auf die Demobilisierung der Gruppen hinaus. Sie hatten zur Folge, daß diese von der Bildfläche verschwanden. Die M-19 existiert praktisch nicht mehr und die demobilisierten Teile des EPL sind ein Appendix der Regierung, die einigen Ex-Guerilleros Posten verschafft hat, sei es in Botschaften oder bei den Sicherheitskräften. Und was Mittelamerika betrifft, so kam man in El Salvador zu einer politischen Übereinkunft, aber es kam nicht zu Wirtschaftsreformen. Wir gehen davon aus, daß wir ein sozio-ökonomisches Abkommen brauchen, das beispielsweise eine tiefgreifende Agrarreform beinhaltet. Die Reichtümer des Landes wie Erdöl, Platin, Edelsteine etc. müssen neu verteilt werden.

Sollen diese Rohstoffe verstaatlicht werden?

Wir meinen, daß der Staatssektor weiter eine bedeutende Rolle spielen soll. Vor allem in den Bereichen natürliche Rohstoffe, Grundstoffindustrien, öffentliche Dienstleistungen, Transport, Gesundheit und Erziehung. Wir wollen aber auch helfen, die Produktion der kleinen und mittleren Betriebe zu steigern.

Sie scheinen entschlossen zu sein, in Sachen Wirtschafts- und Sozialpolitik weiter gegen den Strom zu schwimmen...

Es ist uns nicht entgangen, daß IWF und Weltbank allen Staaten der sogenannten Dritten Welt eine neoliberale Wirtschaftspolitik empfehlen. Aber wir halten nichts davon. Denn die Erfahrungen, beispielsweise in Mexiko, zeigen, daß sie gescheitert ist.

Denken Sie, daß man dafür mit den Waffen in der Hand kämpfen muß?

Wir haben zu den Waffen gegriffen, als es den Neoliberalismus als Modell noch nicht gab. Wir mußten uns verteidigen, weil der Staat sein Volk angriff. Und der Staat attackiert uns nach wie vor. Es gibt in den Straßen von Bogotá oder Medellín tausende Straßenkinder, die Klebstoff schnüffeln, vom Staat im Stich gelassen werden und von Todesschwadronen ermordet werden. Dies läuft unter dem Stichwort "soziale Säuberung". Das System hat sie pauperisiert und entledigt sich ihrer, indem etwas Geld für Killer ausgegeben wird. Die einschlägigen Statistiken der Menschenrechtsorganisationen jagen einem Schauer über den Rücken.

Im zweiten Teil des Interviews nimmt Rojas Stellung zu den Vorwürfen gegen seine Organisation sowie zur politischen Perspektive der FARC.

Juan Antonio Rojas wurde 1945 in der Gemeinde Villarica geboren. 1955 tötete die Armee seinen Vater zusammen mit sieben weiteren Campesinos auf dem Feld. Nach dem Armeeangriff mußten die Bewohner von Villarica ihr Dorf verlassen. Unter ihnen Juan Antonio Rojas, ein Bruder und seine Mutter. Sie nahmen ihre Kühe, Hühner, Hunde und ein wenig Hausrat mit und flohen in die Berge. "Ich war damals noch ein Kind, erfüllte aber für die bewaffneten Selbstverteidigungsgruppen schon Aufgaben als Bote, schob Wachen und erledigte kleinere Arbeitern." Die Armeeoffensive und die Flucht der Dorfbewohner war Teil des Bürgerkrieges, der zwischen 1948 und 1958 mehrere hunderttausend Menschen das Leben kostete. "Seit 1955 arbeite ich für die Aufstandsbewegung. In jenem Moment hatte sie sich schon von einer bewaffneten Gruppe der Liberalen Partei zu einer klassenkämpferischen Guerilla der Kommunistischen Partei weiterentwickelt. Zwischen 1955 und 1957 lebten wir in den Bergen. Nach dem Sturz der Regierung von Rojas Pinilla trat eine Art Waffenstillstand in Kraft. Wir gaben aber weder die Waffen ab, noch gab es eine Amnestie." Die Verfolgung durch die Armee hörte einfach auf, und die Vertriebenen kehrten auf ihre Parzellen zurück und begannen, sie wieder zu bearbeiten. Juan Antonio Rojas ging in Villarica und später im naheliegenden Provinzstädtchen

Girardot zur Schule. Weil er aufgrund seiner politischen Arbeit ziemliche Probleme bekam, empfahl ihm die Kommunistische Partei, deren Mitglied er war, nach Bogotá zu wechseln. Dort studierte er Betriebswirtschaft. In der Zeit zwischen 1968 und 1975 gehörte er zur Führung der kommunistischen Jugend und arbeitete der Guerillabewegung zu. Die KP Kolumbiens stellte Mitglieder ab, die Propaganda für die 1964 unter dem Namen "Bloque Sur" gegründeten und 1966 in "Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens" (FARC) umbenannten Guerillagruppen machte. KP-Leute übernahmen auch logistische Aufgaben.1985 gehörte Rojas zu den Mitbegründern der linken Wahlpartei "Patriotische Union" (UP), die nach dem Waffenstillstand zwischen Armee und Guerilla von ehemaligen FARC-Leuten, KP-Mitgliedern und Unabhängigen aus der Taufe gehoben worden war. Bis 1993 war er im Rahmen der UP politisch tätig. Nachdem er permanent Bedrohungen gegen seine Person ausgesetzt war, ging er wieder in den Untergrund und schloß sich erneut der FARC-Guerilla an. Seit 1996 ist er mitverantwortlich für deren internationale Politik. Er pendelt zwischen Europa, Mittelamerika und Kolumbien. Auf die Frage, ob er angesichts dieses Lebenslaufs von Beruf Guerillero sei, antwortete Juan Antonio Rojas: "Ja, das könnte man so sagen."

23. Unabhängigkeit als Inszenierung. Vor 100 Jahren wurden die Philippinen USamerikanische Kolonie

Vor 100 Jahren wurden die Philippinen US-amerikanische Kolonie

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:30

Einen Monat nach der Präsidentenwahl im Mai (vgl. ak 415) standen am 12. Juni der noch amtierende Präsident des südostasiatischen Inselstaates, Ex-General Fidel V. Ramos, und sein Nachfolger Joseph Estrada im Rampenlicht des seit Jahren größten Spektakels in Manilas ausladendem Rizal-Park. Dieser 12. Juni nämlich war der Höhepunkt der Gedenkfeiern zum 100. Jahrestag der Unabhängigkeitsproklamation der Philippinen. In einem Prospekt der Hannover Messe 1998 (auf der die Philippinen als das offizielle Partnerland der BRD präsentiert wurden) hatte Fidel V. Ramos mit dem ihm eigenen Hang zur Geschichtsklitterung geschrieben, daß sein Land am diesjährigen Unabhängigkeitstag nicht nur "100 Jahre des nationalen Aufbaus" feiere, sondern auch "auf ein Jahrhundert demokratisch geprägter Wirtschaftsgeschichte" zurückblicke. "Vor allem möchte unser Land die ökonomischen Stärken dieses neuen asiatischen Tigers auf dem Sprung in das nächste Jahrhundert vorführen."

Der Sprung des Tigers ging nicht zuletzt wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise in Ost- und Südostasien ins Leere. Und mit der Unabhängigkeit - von einer demokratischen Wirtschaftsgeschichte ganz zu schweigen - ist es nicht weit her. Was also gab es eigentlich an diesem 12. Juni zu feiern?

Die philippinische Kolumnistin Marites Danguilan Vitug gab eine Antwort, die allerdings im offiziell verordneten Jubelchor unterging. "100 Jahre Unabhängigkeit? Nein. 100 Jahre Freiheit und Demokratie? Mitnichten. Wir begehen lediglich den 100. Geburtstag der Unabhängigkeitserklärung", so die Journalistin, "der Bildung einer kurzlebigen Republik im Jahre 1898, bevor sich die Amerikaner der Inseln bemächtigten und 50 Jahre lang unsere Geschicke und Geschichte bestimmten."

1896 kam es zu ersten militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem für Unabhängigkeit eintretenden Geheimbund rebellischer Filipinos, der Katipunan, und Truppen der seit 1571 auf den Inseln nistenden Kolonialmacht Spanien. Andres Bonifacio, der Begründer der Katipunan und ein Vertreter der Unterschicht, wurde aus der Führung der Bewegung verdrängt, die schrittweise in die Hände der Ilustrados, der Gebildeten, überging. Als deren Führer empfahl sich mit Emilio Aguinaldo ein Sproß aus der Grundbesitzerklasse.

Am 1. November 1897 verabschiedeten die Aufständischen eine provisorische Verfassung. Doch Aguinaldo ließ sich unter dem Einfluß reicher Filipinos auf Verhandlungen mit dem spanischen Generalgouverneur ein. Er sicherte zu, die Kämpfe zu beenden und ins Ausland zu gehen. Der Preis dafür waren Reformversprechen des ohnehin morschen spanischen Kolonialapparates und die Aussicht auf 800.000 Mexikanische Dollar. Aguinaldo hielt die Übereinkunft ein und begab sich ins Exil nach Hongkong. Von den 800.000 Mexikanischen Dollar aber wurden ihm lediglich 400.000 ausbezahlt, von den Reformversprechen wurde keins eingehalten.

Bevor es zu diesem denkwürdigen Abkommen zwischen der Katipunan-Führung und dem spanischen Generalgouverneur im Dezember 1897 gekommen war, hatte ein Troß um Aguinaldo Kontakte zu einer anderen Seite aufgenommen: zu den USA. Zwei philippinische Provinzen und die Zolleinnahmen boten sie im Gegenzug zu Waffenlieferungen - ein Deal, auf den die US-Regierung jedoch nicht einging.

Im November 1897 wurde Kommodore George Dewey nach Fernost beordert. Er war auf Betreiben des damaligen Assistant Secretary of the Navy, Theodore Roosevelt, Befehlshaber des Asiatic Squadron geworden. Nachdem er die Leitung der Flotte in Yokohama übernommen hatte, traf er Mitte Februar 1898 in Hongkong ein. In Gesprächen zwischen Aguinaldo und einem Gesandten Deweys drängte dieser den Supremo, in seine Heimat zurückzukehren und den Kampf wieder aufzunehmen. Die Verhandlungen wurden jedoch abgebrochen, weil der Spanisch-Amerikanische Krieg ausbrach und Dewey nach Manila abkommandiert wurde.

Aguinaldo verließ Hongkong und tauchte wenig später in Singapur auf. Dort trat er in Verhandlungen mit US-Generalkonsul Pratt. Pratt, der sich Aguinaldos Hilfe versichern wollte, versprach, "daß die Vereinigten

Staaten mindestens die Unabhängigkeit der Philippinen unter dem Schutz der US-Marine beachten werden." Mitte Mai 1898 wurde Aguinaldo von einem US-Kriegsschiff nach Manila gebracht.

Dort hatte sich inzwischen einiges getan. Die US-Navy hatte die Spanier mit Leichtigkeit besiegt: Das Gefecht begann am 1. Mai und endete am 1. Mai. Die spanischen Truppen hatten 381 Tote und Verwundete zu beklagen, die US-Marine nicht einen einzigen. Kommodore Dewey, daraufhin zum Admiral befördert, ging mit seinen Truppen jedoch nicht sogleich an Land, sondern telegrafierte nach Washington, daß er Manila jederzeit einnehmen könne: "Eine Inbesitznahme und damit Kontrolle der philippinischen Inseln würde nach meiner Einschätzung 5.000 wohlausgerüstete Soldaten erfordern."

"Wohlwollende Assimilierung" ...

Die Regierung der Vereinigten Staaten war sich lange Zeit unschlüssig, wie sie mit den Philippinen verfahren sollte. Der erste Entwurf eines Vorschlags für Friedensbedingungen seitens Washingtons erwähnte lediglich Manila; der Rest der Inseln sollte bei Spanien bleiben. Außenminister Day sprach sich dafür aus, Manila und den Rest der Insel Luzon zu besetzen. Und Senator Lodge schlug vor, sich zunächst aller Inseln zu bemächtigen, dann aber nur Luzon zu behalten und den Rest mit England gegen die Bahamas, Jamaika und Dänisch-Westindien zu tauschen.

Auf der Friedenskonferenz in Paris - sie endete am 10. Dezember 1898 mit dem Erwerb der Philippinen von Spanien für 20 Millionen Dollar - war die Mehrzahl der Delegierten, die die USA vertraten, aus moralisch-konservativen Bedenken gegen die Annexion, während Vertreter des neuen Imperialismus sich dafür stark machten, daß Amerika sich nicht nur die Philippinen, sondern auch Kuba einverleiben müsse. Der aus dem US-Bundesstaat Indiana stammenden Senator Beveridge lieferte die Partitur für einen offensiven Interventionismus, als er mit Verweis auf den zu erschließenden "riesigen chinesischen Markt" vor der Haustür der Philippinen in flammenden Appellen für ein dauerhaftes Hissen der Stars & Stripes in Fernost plädierte.

In der Manila-Bucht hatte sich derweil die Lage zugespitzt. Am 12. Juni 1898 hatten Aguinaldo und seine Gefolgsleute in Kawit, in der nur wenige Kilometer von der Hauptstadt Manila gelegenen Provinz Cavite, die Unabhängigkeit ausgerufen und den Kampf gegen die letzten versprengten Reste des spanischen Empire intensiviert. Als am 30. Juni erste Bodentruppen der USA von Bord gingen, betraten sie ein unabhängiges Land, das Terrain der ersten Republik in Asien überdies. Anfang August kontrollierten die Revolutionäre die Situation und drängten auf die Eroberung Manilas - der letzten Zitadelle der Macht.

Der August 1898 sollte ein in vielfacher Hinsicht entscheidender Monat werden. Die Filipinos hatten die Unabhängigkeit erkämpft und die Hauptlast der Kämpfe gegen die spanische Soldateska getragen - um sich fortan, zumindest was den kooptationsbereiten Flügel der eigenen Führungsschicht betraf, in jenes Schicksal zu fügen, das der große transpazifische Uncle Sam ihnen zugedacht hatte.

In den USA gab es zwei Tendenzen: Isolationismus und Interventionismus oder - literarisch gewendet - den Gegensatz zwischen dem großen Demokraten Walt Whitman und dem glühenden Imperialisten Rudyard Kipling. Es setzte sich eine Konstellation durch, in der sich die Rhetorik von Pflicht und Bestimmung (duty and destiny), frühe Realpolitik und calvinistisches Sendungsbewußtsein - die Amerikaner als die "Meisterorganisatoren der Welt" - miteinander verknüpften. Gemäß dem Entwurf des damaligen Präsidenten William McKinley "Die Pflicht definiert die Bestimmung", d.h. dem moralischen Imperativ, wurde die expansionistische Geschichte der USA sanktioniert und zusätzlich durch die Anrufung der geschichtlichen Notwendigkeit oder Gottes gerechtfertigt.

Bezeichnend dafür war McKinleys Ansprache an eine Gruppe protestantischer Geistlicher im August 1898, die Howard Zinn in seiner 1980 erschienenen "A People's History of the United States" (New York) wiedergibt: "In Wahrheit wollte ich die Philippinen nicht, und als wir sie als Geschenk der Götter bekamen, wußte ich nichts mit ihnen anzufangen (...) Ich lief Abend für Abend bis Mitternacht im Weißen Haus umher; und ich schäme mich nicht zu gestehen, daß ich niederkniete und den Allmächtigen mehr als einmal um Licht und Führung anging. Und eines Abends spät dämmerte es mir auf diese Weise - ich weiß nicht wie, aber es dämmerte: 1. daß wir sie nicht an Spanien zurückgeben könnten - das wäre feig' und unehrenhaft; 2. daß wir sie nicht Frankreich oder Deutschland - unseren Handelsrivalen im Osten - übergeben konnten - das wäre schlechter Geschäftsstil und diskreditierend; 3. daß wir sie nicht sich selbst überlassen konnten - sie waren unfähig zur Selbstregierung, und sie würden dort drüben bald schlimmere Anarchie und üblere Zustände haben als unter

Spanien; und 4. daß uns nichts übrig blieb, als sie zu übernehmen und mit der Gnade Gottes das Allerbeste für sie zu tun, (...) unsere Mitmenschen, für die Christus auch gestorben ist. Und dann ging ich zu Bett und schlief gut." Das Streben nach einem Kolonialreich, nach Zähmung einer Untertanen-Rasse wollte McKinley als "wohlwollende Assimilierung" (benevolent assimilation) verstanden wissen.

Welche Wirrnisse und Zufälle die nachfolgenden Verhandlungen der USA mit General Emilio Aguinaldo, dem damaligen Präsidenten der bedrängten Republik, auch umrankt haben mögen - die Politik der Vereinigten Staaten erforderte Gewalt zur Ausschaltung der philippinischen Revolutionäre und der Guerilla, die den Widerstand alsbald ohne den kooperationswilligen Aguinaldo bis weit über die Jahrhundertwende fortsetzten. Dabei wurde in brutaler Regelmäßigkeit die Unabhängigkeit nach einer Periode notwendiger Vormundschaft versprochen.

Und was bedeutete diese Vormundschaft anderes als den Imperativ kultureller Homogenisierung und politischer Disziplinierung des kolonialen Objekts? Das Ziel war die Etablierung unternehmerischer Rationalität. Man brauchte effiziente, über funktionale Lesefähigkeit verfügende Arbeiter, wie sie zur Mehrwertproduktion und für die Reproduktion von Abhängigkeitsverhältnissen benötigt wurden - in einer Dritte-Welt-Formation mit wesentlich tributären, auf Verwandtschaft und/oder klientelistische Bande gegründeten kulturellen Praktiken.

Tatsächlich kam es zu einer hybriden Mutation: Die vorherrschenden Produktionsverhältnisse, überwiegend auf Pacht- und Plantagenwirtschaft basierend, sowie das damit verbundene Netzwerk der Patronage förderte während der gesamten Periode direkter und indirekter US-Herrschaft bis 1946 eine Oligarchie, deren in ritualisierten Wahlen bestätigte Dominanz über die Massen ökonomisch auf Latifundien und Grundrente basierte. Unterstützt wurde dies durch die Selbst-Verewigung einer Kolonialbürokratie, deren Funktionäre von Bildungseinrichtungen kamen, die zur Erfüllung des oben genannten Imperativs eingerichtet worden waren.

... im Schatten der Pax Americana

Das Bemühen, den Filipinos das amerikanische Englisch als Amtssprache für Unterricht, Geschäft und Verwaltung aufzuzwingen und sie dadurch zu "Weltbürgern" zu machen, war Teil einer komplexen Maschinerie der Befriedung und Hegemonie. Der Anthropologe und spätere US-Staatssekretär für Erziehung (1903-09), David P. Barrows, erklärte, daß das Englische "materiell zur Emanzipation der abhängigen Klassen beitragen" und der "Aufrechterhaltung einer liberalen Regierung" dienen werde.

Tatsächlich bedeutete ein halbes Jahrhundert Englisch-Unterricht jedoch die Fortdauer der Knechtschaft auf dem Lande, die Auflösung des nationalistischen Konsenses zwischen dem Volk und der Intelligenz, die Entfremdung zwischen den Intellektuellen, die sich des Englischen bedienten, und den Arbeitern und Bauern, die die Volkssprache sprachen. Das Englische als nicht-neutrales Mittel imperialer Herrschaft erfüllte seine pädagogische Funktion gerade aufgrund des trügerischen Scheins, den Zugang zur großen Welt zu vermitteln. Es forcierte die Fragmentierung der nationalen Volkskultur, die sich eben erst herauszubilden begann, und die Verstärkung der Illusionen von Fortschritt und Gleichheit unter westlicher Kuratel.

Wer sich seitens der Filipinos der seichten Variante der benevolent assimilation durch Erziehung und Ausbildung entzog und darauf pochte, die Geschichte selbst zu gestalten, wurde unnachgiebig in die Schranken gewiesen. Alles, was auf Eigenständigkeit hindeutete, wurde kurzerhand verboten oder mit brachialer Gewalt erstickt. Der berühmt-berüchtigte Befehl des auf der östlichen Insel Samar wütenden US-Offiziers "Jake" Smith - "Soldaten, niederbrennen, plündern und morden sollt ihr! Je mehr ihr das tut, um so größer wird mein Wohlgefallen sein!" - war das Fanal, sein gesamtes Operationsgebiet erklärtermaßen "in eine heulende Wildnis zu verwandeln".

Vor allem die Moros, die im Süden des Landes beheimatete muslimische Bevölkerung, sahen die Metamorphosen der Macht im fernen Manila, die Ränke um die Überwindung alter und die Installierung neuer Abhängigkeiten aus gänzlich anderem Blickwinkel. Sie hatten Jahrhunderte in eigenständigen Sultanaten gelebt, vielfältige Bande zum heutigen Malaysia, zu Brunei und Indonesien unterhalten, und waren weder von den Spaniern noch von einer anderen fremden Macht in die Knie gezwungen worden. Das sollte erst der US-amerikanischen Soldateska mit Hilfe ihrer ortskundigen philippinischen Scouts, der bereits 1901 zur infanteriemäßig ausgerüsteten, paramilitärischen Constabulary, glücken - allerdings nach über 15jähriger grausamer Kriegführung.

Die damals etwa 6,5 Millionen zählende Bevölkerung auf dem Archipel ist in einem bis dahin beispiellosen Kolonialmassaker dezimiert worden. Das Doppelgeschäft der Sicherung imperialer und feudaler Herrschaft gegen nationalen und sozialen Aufruhr ist ein auffälliges Kontinuum in der Geschichte des philippinischen Militärs. Denn den Scouts und der Constabulary folgte der Aufbau eigener Streitkräfte, der Armed Forces of the Philippines (AFP). Sie wurden unter der Ägide des Oberkommandierenden US-General Douglas MacArthur aufgestellt, nachdem das Land 1935 einen halbautonomen Commonwealth-Status erlangt und Präsident Manuel Quezon den Nationalen Verteidigungspakt unterzeichnet hatte. Sinnigerweise blieb die Rolle der AFP darauf beschränkt, bis zum Eintreffen amerikanischer Truppenverstärkung hinhaltend Widerstand zu leisten. Auch nachdem der Republik der Philippinen schließlich im Sommer 1946 die Unabhängigkeit gewährt wurde, regelte ein Bündel von bilateralen Abkommen, Verträgen und Bestimmungen mit den USA den (postkolonialen) Sonderstatus der Inseln im Kalkül der amerikanischen Militärstrategie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Wer, wie Ex-General Fidel V. Ramos und der neu gewählte Präsident Estrada, die Unabhängigkeit feiert und ihre Mythen beschwört, sollte die vielfältigen, teils bis heute andauernden Abhängigkeiten nicht vergessen.

Rainer Werning

24. Der Friedensplan für die Westsahara

Eindrücke einer Reise zu den Sahrauis

Autor: C.M. · Rubrik: Westsahara · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:05

Wohin fährst du in Urlaub? Nach Algerien? Willst du Abenteuerurlaub machen? Ach so, nicht richtig nach Algerien. Zur Polisario? Ja stimmt, von denen habe ich auch mal gelesen. Früher ...

H H H

Vor einigen Jahren wünschten sich die Sahrauis Unterstützung beim Aufbau einer Motorenwerkstatt von der "Deutschen Gesellschaft der Freunde des Sahrauischen Volkes". Damit wollten sie in der Lage sein, ihre dringend benötigten Transportmittel selbst zu reparieren. Sie bräuchten dazu noch einige Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Kurbelwellen und Motorblöcken, so sagten sie. Mit ein bißchen Einarbeitung kämen sie dann schon selbst mit den Reparaturen klar.

Das war natürlich eine Fehleinschätzung. Deshalb fahren wir - eine Gruppe von TechnikerInnen aus verschiedenen Bereichen der Motorreparatur - seit einigen Jahren regelmäßig für einige Wochen in die Lager, um das weitere Lernen zu unterstützen.

Warum das natürlich eine Fehleinschätzung war, werde ich sofort gefragt. Ob ich die Sahrauis für blöder halte als die Menschen, die hier in den Motorschlossereien arbeiten.

Ich halte das nicht für eine Frage der Blödheit. Es ist aber nicht möglich, einfach eine Werkstatt, die hier funktioniert, zu kopieren und in die Wüste zu stellen, und dann zu erwarten, sie müßte dort doch auch so arbeiten, wie hier. In der Werkstatt arbeiten Menschen, die unter völlig anderen Bedingungen leben. Sie sind anders aufgewachsen, haben anders gelernt, haben auch jetzt ein anderes Leben, andere Wichtigkeiten. Bloß der Vorgang der Motorreparatur, der soll genauso funktionieren?

Daß diese Technik hier im Ergebnis funktioniert, hängt mit unserem Leben zusammen. Daß sie dort anders funktioniert, hängt mit dem Leben dort zusammen. Von diesem Leben muß ich dann vielleicht erzählen.

H H H

In der algerischen Wüste leben nach Angaben der Polisario etwa 140.000 Menschen. Sie leben in vier großen Lagern aus Zelten und Lehmhütten. Die Lager heißen El Aioun, Smara, Aussert und Dahla, nach Städten in der besetzten Westsahara benannt. Die Lager sind unterteilt in jeweils sechs oder sieben Bezirke. Die Verwaltung wird ausschließlich von den Sahrauis organisiert. Die Lager liegen zwischen 30 Kilometer und 150 Kilometer auseinander, je nachdem wo es Wasser oder eine Straße gibt. Es gibt dort keinen Strom und kein Telefon, Wasser nur in Zisternen vor den Häusern. Es gibt Grundschulen für alle in jedem der Lager. Es gibt lokale Hospitäler. Jede Familie hat einige Ziegen oder Schafe, nachts eingesperrt am Rand der Wohnbezirke in einfachen Verschlägen aus Maschendraht. Es sind Hähne zu hören morgens und Esel. Es gibt keine Felder. Lebensmittel für die Menschen gibt es einmal im Monat an den Verteilungsstellen in jedem Bezirk. Die Lebensmittel werden von der UN und europäischen Hilfsorganisationen geliefert. Die Lebensmittelrationen hängen davon ab, was in den Zentrallagern angekommen ist. Für einen - zufällig ausgewählten - Monat umfaßten sie für jeden Menschen folgende Produkte: Reis 3 kg - Linsen 2 kg - Milchpulver, Zucker, Gerste und Nudeln jeweils 1 kg, Pflanzenöl 1l, Fisch in Dosen 400 gr, Hefe 210 gr, Grüner Tee 210 gr, Datteln 400 gr. Da es in diesem Monat kein Mehl gab, wurde etwas mehr Reis verteilt als gewöhnlich.

Kleinkinder erhalten besondere Zusatznahrung, wenn es im Zentrallager welche gibt.

H H H

Für diese Rationen wird kein Geld bezahlt. Die Arbeit in der Administration wird ebenfalls nicht bezahlt, weder in den Schulen, noch in den Hospitälern, den Werkstätten oder den Ministerien. So gesehen funktioniert die Grundversorgung dieser Gesellschaft ohne Geld.

Früher soll das auch mal so gewesen sein: eine fast egalitäre Gesellschaft ohne Geld, allerdings komplett abhängig von Lieferungen von anderswo. Seit Jahren jedoch zirkuliert eine größer werdende Geldmenge: Wer

früher bei der spanischen Kolonialverwaltung arbeitete, erhält heute mit etwas Glück eine Pension. Einzelne aus der Familie arbeiten in Mauretanien oder Algerien und schicken Geld nach Hause. Es werden Tiere verkauft, die jede Familie in der Umgebung der Lager hält. Es gibt private Dienstleistungen und kleine Läden. Es gibt KünstlerInnen, die auch im Ausland auftreten oder ausstellen und damit Geld verdienen. Manche Familien besitzen in den befreiten Gebieten oder Mauretanien große Herden, Kamele oder Schafe oder Ziegen. Viele Familien sind durchaus wohlhabend. Andere Familien sind es nicht.

H H H

Ob die verteilten Lebensmittel für den gesamten Monat reichen, hinge davon ab, wie die Familie wirtschaftet. Das sagte uns ein Sahraui, der für die Verteilung in einem Bezirk verantwortlich ist. Er bedankte sich für all die Unterstützung, von der die Sahrauis nun seit 22 Jahren leben.

Andere sagten, die Lebensmittel reichen nicht mal zwanzig Tage. Danach werden Lebensmittel gekauft, in den Läden, die es in den Lagern gibt oder in Tindouf. Tindouf ist das nächstgelegene algerische Städtchen.

H H H

Zwischen den einzelnen Lagern liegt Rabouni. Hier sind die gemeinsamen Einrichtungen: Internatsschulen für die älteren SchülerInnen, Ministerien, das Zentralhospital, die zentrale Lebensmittelverteilung, die Werkstätten und die "recepción", in der die Beschäftigten der Hilfsorganisationen, also auch wir, untergebracht sind. In diesem Gebiet gibt es Strom und fließendes Wasser. Der Strom wird von Algerien geliefert. Tindouf ist hier 40 Kilometer entfernt.

H H H

Im Sommer ist es fast 50 Grad und ein heißer Wind weht. Ich war nie im Sommer dort. Aber selbst im September waren es noch 40 Grad. Wegen der großen Hitze sind im Sommer die zentralen Einrichtungen teilweise geschlossen. Viele Kinder werden auf acht Wochen Ferien nach Spanien oder Italien geschickt, einige auch nach Österreich oder Deutschland. In Spanien waren letzten Sommer mehr als 6.000 Kinder.

Das Referendum

Als ich vor einem Jahr dort war, sah es so aus, als würden die Sahrauis ewig in den Lagern bleiben. Aber Ewigkeiten können manchmal kurz sein. Über den Sommer 1997 gab es überraschend Friedensverhandlungen zwischen Marokko und der Polisario, unter Federführung des ehemaligen US-amerikanischen Außenminister James Baker als Beauftragtem der UN. Als Ergebnis der Verhandlungen wurde ein neuer Plan zur Durchführung eines Referendums vorgelegt. Beim Referendum sollen die Sahrauis darüber abstimmen, ob das Gebiet der Westsahara ein unabhängiger Staat oder ein Teil Marokkos werden soll.

1975 wurde die Westsahara von Marokko besetzt, nachdem die Spanier ihre ehemalige Kolonie faktisch geräumt hatten. Es folgte die Vertreibung eines Teils der Bevölkerung, die seitdem auf algerischer Seite der Grenze in Lagern lebt. In den nicht von Marokko kontrollierbaren Zonen des Landes rief die Polisario die Demokratische Arabische Republik Westsahara aus. Bis 1991 herrschte Krieg, seitdem gibt es einen Waffenstillstand, der meist eingehalten wurde. Nach diesem Waffenstillstand startete ein erster Versuch der UN, die Bevölkerung zu identifizieren, die an einem Referendum über die Zukunft der Westsahara teilnehmen sollte.

Der Versuch scheiterte. Marokko war an einem Referendum nicht interessiert. Der Status Quo mit Waffenstillstand war für Marokko ein gut akzeptabler Zustand. Im Jahre 1996 stellte die für die Identifizierung zuständige MINURSO ihre Arbeit ein. Der UN-Generalsekretär schlug angesichts der Bewegungslosigkeit den Abzug aller UN-Einheiten vor.

Dann kam James Baker. Und nun ist alles anders? Wir konnten das gar nicht glauben.

H H H

In den Werkstätten treffen wir viele Bekannte. Natürlich fragen wir sie nach der Zukunft. Alle sind vorsichtig, schon einmal hofften sie auf ein Referendum, das dann nie stattfand. Aber bei aller Vorsicht ist zu merken: Sie rechnen damit, daß es diesmal klappt. Wir fanden keine schlüssige Erklärung, nun fragen wir die Kollegen, ob

sie sich einen Grund denken können, aus dem Marokko dem Friedensplan zustimmt. Wir hören Erklärungen über geostrategische Interessen der USA in Afrika, über den möglichen Wunsch der USA nach einem guten Verhältnis zum Erdöllieferanten Algerien. Einige mutmaßen, es gebe doch reiche Bodenschätze in der Westsahara. Ein unabhängiger Staat, der seine Existenz James Baker verdankt, wird gegenüber den Wünschen amerikanischer Konzerne vielleicht ein offenes Ohr haben? Auch Verabredungen mit Marokko über die wirtschaftliche Nutzung des Landes zwischen zwei dann unabhängigen Staaten werden für möglich gehalten, wenn es nur erst die Unabhängigkeit gibt.

H H H

Nachdem wir eine Woche dort sind, fahren wir nach Smara. Erwartet wird dort Mr. Dunbar. Mr. Dunbar war bisher Botschafter der USA und hat bereits in verschiedenen Ländern der Region gearbeitet. Heute ist er der Beauftragte der UN für den Prozeß der Registrierung. Mr. Dunbar macht überall seinen Antrittsbesuch, in den besetzten Gebieten, in Marokko, in Algier und Mauretanien und in den Lagern. Mit uns erwarten ihn tausende Menschen und bereiten einen beeindruckenden Empfang. Mr. Dunbar ist der Verantwortliche für die Durchführung von Registrierung und Referendum. Die Menschen setzten viel Hoffnung in Mr. Dunbar.

H H H

Die Registrierung findet in mehreren Zentren der MINURSO statt: in den Lagern, in Mauretanien, in Südmarokko und in den besetzten Gebieten. Sowohl die Polisario als auch Marokko konnten Sahrauis auf eine Liste setzen. Die letzten Monate gab es auch für Einzelne die Möglichkeit, sich auf diese Liste setzen zu lassen.

Für jede/n gibt es nun einen Termin in einem der Büros. Wer nicht erscheint, wird nicht registriert. Wer erscheint, wird nach Herkunft und Familie befragt.

Es sitzen dort zwei Sheiks, je einer von Marokko und der Polisario benannt. Es sitzen dort Beobachter der Polisario und Marokkos, außerdem Beobachter der OAU und Mitarbeiter der MINURSO.

Die Sheiks müssen eine gemeinsame Entscheidung fällen: diese hier ist eine Sahraui im Sinne des Vertrages, jener dort ist es nicht. Diese dort gehört tatsächlich zur Familie, jener behauptet es nur.

Streitpunkte

Streitpunkt in Bezug auf die Registrierung ist seit jeher die Frage: Wer darf über den künftigen Status der Westsahara abstimmen? Wesentlichster Maßstab der Polisario ist die Registrierung der Familie in der letzten Volkszählung der spanischen Kolonialbehörden 1974. Marokko behauptet von zahlreichen damals nicht registrierten Menschen, sie seien Sahrauis, außerdem wurden in den vergangenen 22 Jahren umfangreiche Ansiedlungs- und Umsiedlungsoperationen von Marokko in den besetzten Gebieten durchgeführt.

Es ist unstrittig, daß die spanischen Behörden damals viele sahrauische Familien nicht in ihrer Zählung erfaßten. Auch von den in den Lagern lebenden Menschen dürfte nur etwa die Hälfte nach diesem Kriterium bei einem Referendum mit abstimmen. Es scheint aber das einzige Kriterium zu sein, auf das sich - jedenfalls formal - beide Seiten einigen konnten.

Die Vereinbarung des letzten Jahres sieht deshalb vor, sich - neben einigen weiteren Kriterien - weitgehend auf die damalige Volkszählung zu beziehen, aber selbstverständlich gibt es immer noch Spielräume für Auslegungen.

H H H

Als wir uns von der Art der Registrierung erzählen ließen, war unsere Frage: Wie ist zu verhindern, daß die Sheiks jeweils nur diejenigen als Sahrauis erkennen, die der Konfliktpartei nützlich ist, die sie delegierte? Die Polisario vertraue darauf, daß kein Sheik es mit seinem Gewissen vereinbaren könne, jemand eine Zugehörigkeit zur Familie zu bescheinigen, die nicht tatsächlich Familie sei, war die Antwort. Ebensowenig sei es mit der Würde eines Sheiks zu vereinbaren, einer Familienangehörigen die Zugehörigkeit zu Familie und Stamm abzusprechen.

Wenn ich in die bundesdeutsche Presse schaue, merke ich: Marokko macht die erfolgreichere Pressearbeit. Die weitaus meisten Artikel sind in den von Marokko besetzten Gebieten entstanden. Es wird dort bitterlich

darüber geklagt, daß nicht alle von Marokko als Sahrauis benannten Menschen auch als Sahrauis anerkannt werden. Verantwortlich dafür seien die Sheiks der Polisario, gemeinsam mit der MINURSO, die jetzt auch Partei ergreife für die Polisario. Die Sheiks der Polisario würden Menschen ihre Familienzugehörigkeit absprechen!

H H H

Tatsächlich hören wir Berichte, nach denen von mehr als 800 Menschen auf den Listen in Südmarokko nur etwa 50 als Sahrauis akzeptiert wurden. Solche Registrierung ist Marokko nicht recht. Trotzdem wurde die Identifizierung bisher von niemandem abgebrochen. In den ersten Monaten bis März ging der Prozeß sogar gut voran. Vor Beginn der neuen Identifizierungskampagne waren bereits 60.000 Menschen registriert. Knapp die Hälfte der weiteren 117.000 Menschen auf den Listen hatten bereits ihren Termin bei einer der Kommissionen, insgesamt 100.000 wurden bis Anfang März registriert. Seitdem stockt der Prozeß:

Der Zeitplan sah bei Kooperation aller Konfliktparteien vor, bis Ende Mai die Arbeit abgeschlossen zu haben. Aber dauernd gibt es Stockungen: Ein von Marokko benannter Sheik möchte 100 Kilometer zum nächsten Zentrum nicht mit dem Geländewagen gefahren werden, sondern mit dem Hubschrauber der MINURSO geflogen werden, die MINURSO weigert sich, darüber kann man schon mal eine Woche streiten. Ein marokkanischer Beobachter gibt an, auf ihn sei ein Attentat in Tindouf verübt worden. Das erscheint eigentlich allen ganz unvorstellbar, aber es muß geprüft werden und während der Prüfung ruht die Identifikation. So vergeht Woche um Woche.

Mittlerweile hat die UN den Termin des Referendums offiziell verschoben, ein neuer Termin wurde nicht benannt. Die Polisario hofft auf eine Verschiebung um nur wenige Monate. Es ist völlig klar, daß nur Druck auf Marokko den Prozeß am Laufen halten wird.

Eine Werkstatt

in der Wüste

Wenn etwas anderes wichtiger ist. Eine Motorinstandsetzungswerkstatt in der Wüste funktioniert ganz anders als in Hamburg. Und noch anders arbeitet eine Werkstatt in Flüchtlingslagern.

Die Werkstattarbeit wird nicht bezahlt. Die Arbeitenden sind von der Administration den Werkstätten zugeteilt worden. Oft aber erhalten sie zwischendurch andere Aufgaben. Einer, mit dem ich letztes Jahr viel arbeitete, ist jetzt als Beobachter in einer Identifizierungskommission für das Referendum. Einer geht für ein Jahr nach Algier, um mehr zu lernen. Viele Abwesenheiten begründen sich im Leben drumherum, in der Familie. Einer war mit seinem Vater acht Wochen in Mauretanien. Einer versorgt seinen kranken Bruder. Oder die Mutter. Einer bereitet das große Musikfestival vor, daß im April stattfindet und auch der Auftakt für eine Informationsreise durch Europa sein wird.

Und die allgemeine Situation beschreiben manche hoffnungslos: "Wir leben seit 22 Jahren hier in den Lagern. Wir arrangieren uns mit einer Situation, in der alles von anderen kommt: die Lebensmittel von der UN und den NGO. Die Straßen baute Algerien. All unsere Bemühungen um gute Ausbildung können nicht alleine aus sich zur Selbständigkeit führen. Manche Helfenden behandeln uns ohne Respekt, wie unmündige Kinder. Wie erhältst du in dieser Situation deine Lebensfreude und Motivation zur Arbeit in der Werkstatt?"

Erst jetzt kommt wieder Hoffnung auf Veränderung.

H H H

Die Männer, mit denen wir arbeiten, sind überwiegend gut ausgebildet. Viele gingen ab einem Alter von 12 für etwa 13 Jahre nach Kuba, gingen dort zur Schule und studierten. Dann kamen sie seit Beginn der neunziger Jahre zurück. Einige studierten in anderen Ländern und sprechen deren Sprachen: russisch, deutsch, französisch, spanisch, englisch....

Ihre Eltern dürften kaum diese Form der Bildung genossen haben. 1974 lag die Zahl der sahrauischen Hauptschüler bei 111, die Zahl der sahrauischen Schüler insgesamt bei 6.710 (die Angaben stammen von der spanischen Kolonialverwaltung). Die Großeltern meiner heutigen Kollegen waren noch fast alle Nomaden.

Die Männer in der Werkstatt haben aber allerlei studiert: Energieerzeugung, Landwirtschaft, auch Ingenieure für Fischzucht oder Geologen traf ich. Und für ihre Ausbildung finden sie in den Lagern oft keinerlei Arbeitsmöglichkeit. Nach dem Studium kehrten sie zurück in die Lager. Lange genug waren sie weg gewesen und die Visa wurden ihnen auch nicht verlängert. Praktische Erfahrungen bringen sie nicht mit. Und werden sie in dieser Lebenssituation auch nicht bekommen können.

Die praktische Erfahrung für die Motorreparatur war im Studium sowieso nicht inbegriffen. Aber sie haben ja auch nicht studiert, um Arbeiter zu werden. Handwerkliche Arbeit war und ist sowieso nicht besonders hoch angesehen. Bloß wer soll dann die Arbeit in den Werkstätten erledigen?

H H H

Um jetzt, in der Lagersituation, allein die Nahrungsmittel zu transportieren, werden 1.500 Tonnen Lebensmittel jeden Monat innerhalb der Lager bis zu 150 km über Pisten transportiert. Das gesamte Wasser für zwei der vier Lager wird mit Lastwagen 30 km angefahren. Die Menschen kommen sowieso allenfalls an den Wochenenden nach Hause, aber zum Laufen ist die Entfernung zu groß. Die medizinische Versorgung ist auf Transportmöglichkeiten angewiesen. Die Ministerien brauchen Autos, auch die europäischen UnterstützerInnen und BesucherInnen wollen herumgefahren werden. Dafür gibt es einen großen Fuhrpark: alte ausrangierte Fahrzeuge, die aus Spanien von UnterstützerInnen in langen Konvois gebracht werden, darunter jede denkbare Type ohne jede Reparaturanleitung. Neue Renault-LKW mit Allradantrieb, alte Bedford oder Mercedes-LKW, große Volvos zum Transport von Wasser. Überall sind Landrover, aber auch alle möglichen anderen Geländewagen. Alle nur denkbaren PKW bis hin zu alten Londontaxis sind zu sehen.

H H H

Für die Reparatur gibt es die Werkstätten. Ersatzteile gibt es nur, wenn die Ressourcen der Administration das erlauben. Und niemand weiß genau, wann sie eintreffen werden. Die Aufgaben für eine solche Werkstatt sind vielfältig, und nur für einen Teil der Aufgaben gibt es die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen. Es ist mühsam zu lernen, wenn Du niemanden um Rat fragen kannst, falls Du selbst nicht weiter kommst. Die Männer, die in den Werkstätten arbeiten, sind oft Ingenieure und gut ausgebildet, aber ihre erlernten Kenntnisse können sie fast nie anwenden. Und erlernen statt dessen neue Kenntnisse. Viele Versuche von Reparaturen enden ohne Erfolg. Und oft kommt während der Reparatur ein anderes Fahrzeug aus Europa, die Reparatur wird nicht mehr gebraucht.

Trotzdem geben die Menschen nicht den Versuch auf, die Reparaturen selbst durchzuführen und die Kenntnisse zu erwerben. Es verlassen funktionierende überholte Motoren die Werkstatt. Davor habe ich großen Respekt. Aber die Reparatur aller defekten Fahrzeuge ist in dieser Umgebung und unter diesen Bedingungen eine unlösbare Aufgabe.

Und selbst eine funktionierende Motorenwerkstatt ist im Vergleich zur erhofften Unabhängigkeit oder zur ausreichenden Versorgung mit Essen und medizinischer Versorgung fast eine Belanglosigkeit.

H H H

Wenn die Westsahara unabhängig ist, wollen viele bei den Werkstätten bleiben. Aber dann soll es auch Lohn geben. Das würde dann zu mehr und besserer Arbeit motivieren, meinen einige. Andere fragen uns, ob wir mit ihnen der Meinung sind, daß private, kleine Werkstätten viel besser arbeiten würden, wenn dann der Chef persönlich dafür sorgt, daß gut gearbeitet wird.

H H H

Die Unabhängigkeit sei das Wichtigste, wird mir immer wieder versichert. Endlich nicht mehr als Menschen zweiter Klasse behandelt werden, ist ein Wunsch. Nicht von Marokkanern und nicht von Algeriern. Nicht mehr völlig von Almosen abhängig sein, sondern die Geschicke selbst bestimmen. Wenn es auch sicher schwer werden wird, plötzlich ohne die regelmäßigen Lieferungen aus dem Ausland auszukommen, so wird doch diese absurde Lebenssituation beendet: alles kommt von draußen.

Soweit ich weiß, wird an einer Plattform für eine mögliche unabhängige Westsahara gearbeitet. Die alten Grundsätze wie die sozialistische Orientierung erscheinen nicht mehr zeitgemäß. Ich kenne die Plattform nicht.

Sie wird aber wohl eher eine marktwirtschaftliche Orientierung enthalten. Und ein Mehrparteiensystem, wie immer das konkret aussehen wird.

In der jetzigen absurden Situation ist es immerhin möglich, die vorhandenen Lebensmittel zu verteilen, ohne das es darum zu Kämpfen zwischen den Menschen kommt. Nicht nur die Stärksten und Bewaffneten bekommen ein Stück Brot. Viele Menschen erhalten aufwendige Ausbildungen.

Bei allem, was mir in den kurzen Zeiten verborgen blieb, bei allem, was aus meiner Sicht auch kritikwürdig ist an dieser Gesellschaft, bei allem, was in der "Gesellschaft der Freunde des Sahrauischen Volkes" in den letzten Jahren kontrovers diskutiert wurde, habe ich vor diesen Leistungen der Sahrauis Respekt.

Du bist ja gar nicht braun geworden in der Wüste, sagen viele, als ich zurück komme. Aber ich habe etwas Sand mitgebracht.

C. M.

Dieser Artikel kann nur einen kleinen Teil von Wirklichkeit darstellen. Für alle, die neugierig geworden sind auf mehr, am Ende noch einige Empfehlungen:

Zunächst gibt es zwei Bücher über die Situation der Sahrauis:

Christiane Perregaux, Frauen in der Wüste, Verlag Libertäre Assoziation, ISBN 3-922611-39-7

Karl Rössel, Wind, Sand und (Mercedes)Sterne, Horlemann Verlag 1991, ISBN 3-927905-44-5

Sehr Empfehlenswert ist auch ein Videofilm: Goulili - Frauen in der Wüste, ISKRA Film, Paris 1991, 80 min, Farbe Deutsche Fassung und Verleih: mpz Hamburg, Susannenstrasse 14d, 20357 Hamburg

Die Gesellschaft der Freunde des Sahrauischen Volkes e.V. (GFSV) gibt regelmäßig ein Sahara Info heraus, Adresse: GFSV, c/o Christoph Steinbrink, Paganinistrasse 9, 81247 München

Ein Diavortrag nebst ReferentInnen zur Situation in den Lagern kann abgesprochen werden mit: Sahara Libre c/o Schanzenblitz, Bartelsstrasse 21, 20357 Hamburg oder der Kontaktadresse der GFSV

Kurze Übersicht über einen kleinen Teil der Geschichte der Westsahara

1973: Gründung der Frente Polisario. Nachdem in den vorangegangenen Jahrzehnten zahlreiche Aufstände gegen die spanischen und die französischen Besatzungsmächte der Region niedergeschlagen wurden, gründete sich 1973 die Frente Polisario. Sie erreicht schnell die Unterstützung eines großen Teils der sahrauischen Bevölkerung im Kampf gegen die spanische Kolonialmacht und für die Unabhängigkeit des Landes.

1975: Der Druck auf Spanien wächst, seine Kolonie in die Unabhängigkeit zu entlassen. Die Frente Polisario hat sich als die größte sahrauische Bewegung etabliert und führt mit Spanien Verhandlungen über die Unabhängigkeit. Gleichzeitig führt Spanien aber auch Verhandlungen mit Marokko und Mauretanien. Mit ihnen wird ein Vertrag zur Aufteilung des Gebietes abgeschlossen. Dort wird vereinbart, daß Spanien die Kolonie bis Februar 1976 räumt und eine Verwaltung unter Beteiligung Marokkos und Mauretaniens schaffen wird.

Parallel inszeniert Marokko den international beachteten "Grünen Marsch": Eine zivile illegale Grenzüberquerung von Marokkanern und ein militärischer Einmarsch in die Gebiete der Westsahara, die bereits von Spanien geräumt wurden. Dagegen wird von Seiten der Polisario militärischer Widerstand organisiert. Teile der sahrauischen Bevölkerung fliehen vor dem Einmarsch in die Wüste.

Februar 1976: Sahrauische Flüchtlingslager werden von der marokkanischen Luftwaffe mit Napalm und Splitterbomben bombardiert. Ein Großteil der sahrauischen Bevölkerung flieht über die Grenze nach Algerien, wo sie noch heute in den Lagern lebt.

Am 28. Februar 1976, dem offiziellen Ende der spanischen Besatzungsmacht, gründet die Polisario auf dem Territorium der Westsahara die DARS (Demokratische Arabische Republik Sahara) Die DARS wird von zahlreichen Ländern diplomatisch anerkannt. Sie ist seit 1984 in der Organisation afrikanischer Staaten (OAS).

1979: Polisario und Mauretanien schließen einen Friedensvertrag, der eine Übergabe der von Mauretanien annektierten Gebiete an die Polisario vorsieht. Daraufhin besetzt Marokko auch diesen Teil des Landes.

Bis 1991: Die Frente Polisario führt einen Krieg gegen die Besatzungsmacht, der militärisch für keine Seite zu gewinnen ist. Seitdem ist ein Waffenstillstand vereinbart. Grundlage dafür ist eine Resolution des UN-Sicherheitsrates, die das Selbstbestimmungsrecht des sahrauischen Volkes bestätigt und ein Referendum vorsieht, um über den künftigen Status des Landes zu entscheiden

August 1994: Nach zähen Verhandlungen beginnt die Registrierungskommission der MINURSO ihre Arbeit. Bis zum Abbruch der Identifikation im Dezember 1995 wurden etwa 60.000 Menschen als Sahrauis erfaßt.

1996: Der gesamte Prozeß des Referendums scheint zu scheitern.

Frühjahr 1997: Eine neue Initiative wird begonnen, sie führt im September 1997 zu einer neuen Vereinbarung zwischen Marokko, der Polisario und der UN. Diese Vereinbarung ist die Grundlage für den Friedensplan des UN-Generalsekretärs von November 1997.

Der Friedensplan für die Westsahara

Im November 1997 legte der UN-Generalsekretär einen Zeitplan für das Referendum vor. Die Terminplanung war von Beginn an für den optimalen Verlauf konzipiert. Mit den konkreten Terminen sollte ein Druck erzeugt werden, um mit dem Prozeß vorwärts zu kommen. Bereits Anfang März 1998 war die Identifizierungskommission zwei Monate hinter dem Zeitplan zurück. Mitte Mai wurden die Termine offiziell von der UN verschoben. Neue Termine wurden noch nicht genannt.

Über einige strittige Fragen hatten Polisario und Marokko eine grundsätzliche Übereinkunft erzielt:

- Bei den Stämmen, von denen Marokko immer pauschal eine Anerkennung als stimmberechtigte Sahrauis gefordert hatte, wurde die Vereinbarung getroffen, daß der Status dieser Menschen nicht pauschal entschieden wird. Sie können auch nicht von Marokko auf die Registrierungsliste gesetzt werden, sondern haben die Möglichkeit, sich individuell auf diese Liste zu melden.

- Alle noch nicht Registrierten (zwischen 1994 und 1996 waren dies etwa 60.000 Menschen) werden persönlich von einer UN-Kommission angehört. Diese Kommission entscheidet über den Status und damit die Möglichkeit der Teilnahme an dem Referendum.

- Nach Abschluß der Registrierung beginnt die Übergangsphase. Die UN (MINURSO) übernimmt die Administration in der Westsahara. Die marokkanischen Truppen ziehen sich in festgelegte Garnisonen zurück. Einige tausend Soldaten der Armee der DARS (Demokratische Arabische Republik Sahara) werden an festgelegten Orten in den befreiten Gebieten stationiert. Die gesamte militärische Kontrolle übernimmt die MINURSO, ebenso die Polizeiaufgaben.

Die Minenfelder werden werden von beiden Seiten mit Hilfe der MINURSO geräumt, um Bewegungsfreiheit für alle Menschen zu ermöglichen. Alle Kriegsgefangenen und politischen Gefangenen werden freigelassen.

- In der Zeit des Wahlkampfs gegen Ende der Übergangsperiode sollen beide Seiten gleichberechtigt Zugang zu den Medien erhalten. Internationale Beobachter sollen den Wahlkampf und das Referendum beobachten können. Das Referendum wird nur auf dem Territorium der Westsahara stattfinden. Das heißt, daß alle in den Lagern oder in anderen Ländern der Region lebenden Sahrauis vorher auf das Territorium zurückkehren müssen. Die Repatriierung wird vom UNHCR organisiert werden.

Der Zeitplan sah folgendermaßen aus:

Dezember 1997: Beginn der Registrierung

Mai 1998: Ende der Registrierung

Juni 1998: Austausch der Kriegsgefangenen und politischen Gefangenen; Ende der Einspruchsfrist gegen die Ergebnisse der Identifizierung

Ende Juli 1998: Einsetzung der MINURSO Polizei-Einheiten. Die Beseitigung der Minenfelder auf allen für die Repatriierung notwendigen Wegen und Gebieten soll durchgeführt werden. Die Kommission zur Durchführung des Referendums (MINURSO) wird eingesetzt.

August 1998: Alle Gesetze und Vorschriften, die das Referendum behindern könnten, werden ausgesetzt. Der UNHCR beginnt mit der Repatriierung in bestimmte Gebiete, in denen der Truppenrückzug gesichert ist.

Mitte November 1998: Die Repatriierung wird abgeschlossen. Beginn des Wahlkampfes. Ausländische Beobachter werden von der UN benannt, zu dem können beide Seiten eigene Beobachter nennen.

7.12.98: Durchführung des Referendums

25. Bougainville zwischen Krieg und Frieden. Prekärer Waffenstillstand und die Probleme einer Befreiungsbewegung

Autor: Vo · Rubrik: Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:12

"Der Krieg ist vorbei" - das sagte der militärische Führer der Bougainville Revolutionary Army (BRA), Sam Kauona, bei der feierlichen Unterzeichnung des Waffenstillstands zwischen der Zentralregierung Papua-Neuguineas (PNG) und der für die Unabhängigkeit Bougainvilles kämpfenden BRA. Am 30. April 1998 hatten sich in der Inselhauptstadt Arawa rund 6000 Menschen zu einer großen Friedenszeremonie zusammengefunden, unter ihnen die politische Führungsriege PNG's und der Sezessionisten sowie rund 200 Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus den Nachbarstaaten, inklusive der Außenminister von Australien und Neuseeland. Ein Mann allerdings wurde schmerzlich vermißt: Francis Ona, der Präsident der Sezessionisten und ihrer politischen Führung, des Bougainville Interim Government (BIG). Er hatte zuvor erklärt, daß er den Waffenstillstand nicht unterzeichnen werde und sich auch nicht an ihn gebunden fühle. Damit machte er einmal mehr seine Distanz vom seit Juli letzten Jahres laufenden Friedensprozeß, dessen vorläufiger Höhepunkt das Inkrafttreten des offiziellen Waffenstillstands am 30. April 1998 ist, deutlich.

Nicht nur die hierin zum Ausdruck kommenden Differenzen im Lager von BIG/BRA können künftig eine Belastung für die Konsolidierung des Friedens auf Bougainville bedeuten, sondern auch die Tatsache, daß die eigentlichen sozialen und politischen Ursachen von Krise und Krieg im Friedensprozeß bisher überhaupt noch nicht angegangen wurden. Für Bougainville steht noch ein äußerst schwieriger und vermutlich langwieriger Prozeß der Konfliktbearbeitung ins Haus, bis eine gerechte, von der Bevölkerung Bougainvilles breit getragene Lösung gefunden ist. Es ist sicher zu wünschen, daß dieser Prozeß künftig friedlich abläuft, ausgemacht ist es aber keineswegs. Kauonas Aussage, daß der Krieg vorbei sei, muß mit einem großen Fragezeichen versehen werden.

Im folgenden wollen wir genauer auf die gegenwärtige Lage auf Bougainville eingehen, weil sie als exemplarisch dafür gelten kann, mit welchen Problemen eine Befreiungsbewegung in der Dritten Welt heutzutage beim Übergang vom bewaffneten Kampf zu nicht-militärischen Formen konfrontiert ist.

Der Weg zum Waffenstillstand

Wie bereits berichtet (s. ak 411), hatten sich die Kriegsparteien bei Verhandlungen in Neuseeland im Januar 1998 auf ein umfassendes Dokument, das "Lincoln Agrement on Peace, Security and Development on Bougainville", geeinigt, das unter anderem die Umwandlung der bereits seit Oktober 1997 herrschenden informellen Waffenruhe in einen offiziellen Waffenstillstand ab 30. April 1998 vorsah. In der Folge kam es darauf an, die Waffenruhe so zu stabilisieren und den Dialog zwischen den Konfliktparteien so zu konsolidieren, daß ein offizieller Waffenstillstand nicht nur auf dem Papier stehen würde, sondern tatsächlich von allen involvierten Parteien mit voller Überzeugung getragen und verteidigt werden würde. Und in der Tat entwickelten sich die Dinge weitgehend positiv:

Es kam zu so gut wie keinen Verletzungen der Waffenruhe; auf lokaler Basis wurden zalreiche Versöhnungs- und Friedenstreffen durchgeführt, z.T. nahmen an ihnen auch führende Politiker der Sezessionisten und der Zentralregierung gemeinsam als Zeichen guten Willens teil; sog. "peace awareness teams", in denen Anhänger aller Kriegsparteien vertreten waren, gingen in die entlegensten Winkel der Insel und klärten die Bevölkerung über das Lincoln-Agreement und den Friedensprozeß auf; die Menschen kehrten aus den sog. care centres (Lager, in denen die Regierungstruppen die Bevölkerung in den von ihnen kontrollierten Gebieten konzentriert hatte, um sie besser unter Kontrolle zu haben) und aus ihren Dschungelverstecken (in den BRA-kontrollierten Gebieten) in ihre Dörfer zurück; die Blockade der Insel wurde aufgehoben, der Kontakt zur Außenwelt konnte also normalisiert werden; die Menschen konnten sich wieder frei auf Bougainville bewegen; insgesamt entwickelte sich ein Klima des Vertrauens in eine friedliche Lösung des Konflikts.

Zu dieser positiven Entwicklung trugen Präsenz und Auftreten der internationalen Truce Monitoring Group (TMG), die seit Herbst 1997 zur Überwachung der Waffenruhe auf der Insel war, erheblich bei. Diese Beobachtergruppe bestand aus (männlichem und weiblichem, zivilem und (unbewaffnetem) militärischem)

Personal aus Neuseeland, Australien, Fiji und Vanuatu und stand unter neuseeländischer Leitung. Sie agierte offensichtlich recht geschickt und vertrauensbildend. Zudem kamen Vertreter der internationalen Beobachter, der Zentralregierung und ihrer Streitkräfte, des Bougainville Transitional Government (BTG - Provinzregierung, die mit der Zentralregierung kollaboriert), der Resistance Forces (bougainvilleansche Hilfstruppen der Regierungsstreitkräfte) und von BRA/BIG mehrmals zu Treffen eines "Peace Consultative Committee" zusammen, um Probleme und Konflikte zu besprechen und gemeinsam zu klären.

Vom 9. bis 14. März 1998 fand eine weitere Verhandlungsrunde zwischen den Konfliktparteien in Canberra, Australien, statt, um den für den 30. April in Aussicht genommenen Waffenstillstand vorzubereiten. Vertreten waren 40 Delegierte von Zentralregierung, BTG, BIG und BRA sowie Beobachter der Regierungen von Fiji, Vanuatu und Salomonen. In Canberra einigte man sich auf ein Dokument ("Implementation of the Ceasefire Agreement"), welches die Details des Waffenstillstands regelte, sowie auf die Übergabe der Leitung der TMG bzw. einer geplanten Peace Monitoring Group (PMG), die die TMG nach Inkrafttreten des Waffenstillstands ablösen sollte, von Neuseeland auf Australien. Der australische Außenminister hatte zuvor auf dem Treffen Australiens Bereitschaft erklärt, an der TMG bzw. PMG in umfassenderer Weise als bisher teilzunehmen.

Hierin liegt ein Problem. Denn BIG/BRA hegen mit Recht großes Mißtrauen gegenüber Australien, stand die australische Regierung während der ganzen neun Jahre Krieg doch stets auf seiten PNG's und befähigte durch massive Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe die papuanischen Regierungstruppen überhaupt erst dazu, den Krieg zu führen. Australien jetzt als neutralen Vermittler zu akzeptieren, fällt daher schwer. Aus diesem Grunde war es überaus positiv, daß Neuseeland und eben nicht die regionale Vormacht Australien die Hauptrolle bei der Initiierung des Friedensprozesses und in der TMG gespielt hatte (in der das neuseeländische Kontingent mit 220 Personen mit Abstand das größte war; Australien hatte 100, Fiji 13 und Vanuatu sieben Leute in der TMG). Nun aber erklärte Neuseeland im März, sich vor allem aus Kostengründen (Neuseeland hatte ca. acht Mio Dollar für die TMG ausgegeben) aus der exponierten Rolle zurückziehen und die Leitung und das Hauptkontingent der TMG bzw. einer künftigen PMG Australien überlassen zu wollen und selbst nur noch mit ca. 30 Personen an der TMG bzw. PMG teilnehmen zu wollen. BIG/BRA bedauerten diesen Teilrückzug Neuseelands sehr, ermahnten Australien, sich tatsächlich neutral zu verhalten, akzeptierten aber wohl oder übel den steigenden Einfluß Australiens im Friedensprozeß. Auch wenn zur Zeit befriedigende Regelungen für das australische Engagement gefunden zu sein scheinen, so können sich in dieser Frage künftig neue Konflikte ergeben.

Der Waffenstillstand

Noch am Tage vor der geplanten Unterzeichnung des Waffenstillstands taten sich neue Probleme auf, die das ganze Projekt zum Scheitern zu bringen drohten. BIG/BRA nämlich forderten die Rücknahme des "military call-out" (Alarmbereitschaft) für die PNGDF auf Bougainville und die sofortige Demilitarisierung des Gebiets um die Inselhauptstadt Arawa. Die Vertreter der Regierungsseite lehnten Verhandlungen hierüber vor Unterzeichnung des Waffenstillstands ab. In einer Nachtsitzung konnte dann ein Kompromiß gefunden werden, der die Umsetzung der Forderungen von BIG/BRA in einem festgesetzten Zeitraum nach Inkrafttreten des Waffenstillstands beinhaltete.

Das Waffenstillstandsabkommen wurde am 30. April von Vertretern der Regierung PNG's, des BTG, der Resistance Force, der BRA und des BIG sowie den Abgeordneten für Bougainville im PNG-Parlament im Rahmen der eingangs erwähnten Friedenszeremonie in Arawa unterzeichnet. Zuvor hatten 20 Rednerinnen uund Redner aller Seiten ihren Friedenswillen bekundet und insbesondere die Rolle der Frauen Bougainvilles beim Zustandekommen und bei der Stabilisierung des Friedensprozesses gewürdigt. (Die Frauen hatten und haben in den traditionalen, matrilinear verfaßten Gesellschaften auf Bougainville eine starke Stellung). Bei der Unterzeichnung zugegen waren auch die Außenminister Australiens, Neuseelands, der Salomonen, Fijis und Vanuatus, die als Zeugen unterzeichneten. Der UN-Generalsekretär hatte einen Sonderbeauftragten als Beobachter entsandt (Francesco Vendrell).

Das Abkommen bestimmt das Inkrafttreten eines "permanenten und unwiderruflichen" Waffenstillstands am 30.April, 24.00 Uhr. Festgelegt wurde ferner die Ablösung der TMG durch eine neutrale internationale PMG zur Überwachung des Waffenstillstands. Sie besteht ebenso wie die TMG aus unbewaffnetem männlichem und weiblichem Zivil- und Militärpersonal aus Australien, Neuseeland, Fiji und Vanuatu, wobei die Leitung nunmehr

bei Australien liegt. Insgesamt umfaßt die PMG 306 Frauen und Männer, davon 247 aus Australien, 30 aus Neuseeland, 15 aus Fiji sowie 14 aus Vanuatu.

Neben der PMG wird zudem eine UN-Beobachtermission - bestehend aus fünf Personen - auf Bougainville aktiv. Der UN-Sicherheitsrat hatte auf Wunsch der Regierung PNG's in einer Stellungnahme am 23. April seine Unterstützung des Friedensprozesses für Bougainville im allgemeinen und für die Umsetzung des Lincoln-Abkommens im besonderen erklärt und die Entsendung einer PMG begrüßt. Der UN-Generalsekretär veranlaßte zudem die Teilnahme der UN am Friedensprozess in Gestalt der Beobachtermission. Sie arbeitet mit der PMG zusammen und stellt die Verbindung zum UN-Generalsekretär her. Die UN-Mission hat ihre Basis in Arawa.

Schließlich bilden die Vertragsparteien ein Peace Process Consultative Committee, welches das alte Peace Consultative Committee ablöst und verantwortlich ist für die Umsetzung des Waffenstillstands und die Fortführung des Friedensprozesses. Die Staaten der PMG und die UN-Beobachtermission sind in diesem Komitee ebenfalls vertreten. Dem Komitee obliegt insbesondere die heikle Aufgabe, Pläne für die Aushändigung der Waffen der Parteien und für den etappenweisen Abzug der PNGDF und des Mobilen Einsatzkommandos der papuanischen Polizei von der Insel auszuarbeiten.

Risse in der Befreiungsbewegung

Der in den Jahren des Krieges unumstrittene Führer der Befreiungsbewegung und Präsident des BIG, Francis Ona, nahm an der Friedenszeremonie und der UUnterzeichnung des Waffenstillstands nicht teil. Er war in der Phase vor dem 30. April von allen Seiten immer wieder aufgefordert bzw. eindringlich gebeten worden, sich endlich in den Friedensprozeß einzureihen und zur Unterzeichnung des Waffenstillstands nach Arawa zu kommen. In diesem Sinne äußerten sich PNG's Premierminister Skate, der anbot, zu Ona zu kommen und mit ihm persönlich zu reden, der angesehene Abgeordnete für Bougainville und Führer der Opposition im PNG-Parlament John Momis, der Ona goldene Brücken zu bauen versuchte, die Außenminister Australiens und Neuseelands und nicht zuletzt seine Kampfgefährten Kabui und Kauona sowie viele andere mehr. Doch Ona blieb bei seinem Nein. Er beklagte, daß er von vornherein aus dem Friedensprozeß ausgegrenzt worden sei und alle bisherigen Vereinbarungen an ihm vorbei getroffen worden seien, so daß er sich auch nicht an diese gebunden fühle. Dazu ist allerdings zu bemerken, daß es sich hierbei um Selbstisolierung handelte, denn Ona war von Anfang an und immer wieder aufgefordert worden, sich an dem Friedensprozeß zu beteiligen - doch stets vergebens.

Ein recht hilfloser Versuch Onas, sich doch noch wieder verstärkt ins Spiel zu bringen, war seine Einladung an alle Akteure des Bougainville-Konflikts, zu einer Versammlung in Pakia, einem Dorf in dem von ihm kontrollierten Gebiet um die Panguna-Kpfermine in Zentralbougainville, zu kommen. Diese Versammlung fand vom 15. bis 17. April tatsächlich statt. Doch Kabui und Kauona sowie die anderen Mitglieder des BIG boykottierten sie und riefen zur selben Zeit zu einem Gegen-Treffen in Lehu im Südosten Bougainvilles auf. Sie begründeten dies damit, daß Ona sich seit dem Abschluß des Lincoln-Abkommens permanent geweigert habe, mit ihnen zu reden und daß nunmehr die BIG/BRA-Leute sich zunächst einmal untereinander verständigen müßten, bevor eine solche Versammlung wie in Pakia zusammen mit "Außenstehenden" sinnvoll sei; diese Versammlung sei mithin "verfrüht".

So waren denn in Pakia lediglich die getreuesten Anhänger Onas, die rund 200 Kämpfer seiner "A Company", die "chiefs" aus dem von ihm kontrollierten Gebiet um die Panguna-Mine und ca. 50 "chiefs" aus anderen Teilen Bougainvilles sowie John Momis und die drei anderen Abgeordneten für Bougainville aus dem PNG-Parlament (allerdings nur kurze Zeit) zugegen. Und auch der Präsident des BTG, Gerard Sinato, entschloß sich in letzter Minute zu einer zeitweiligen Teilnahme am Treffen in Pakia. Ona konfrontierte die Anwesenden mit seiner Ablehnung des bisherigen Friedensprozesses und der Forderung nach Unabhängigkeit für Bougainville. Ferner forderte er den sofortigen und vollständigen Abzug der PNGDF von Bougainville und kritisierte, daß die TMG nicht neutral und unparteiisch sei. Er erklärte zudem, daß er an der Friedenszeremonie in Arawa am 30. April nicht teilnehmen und daß er den Waffenstillstand nicht unterzeichnen werde. Er und seine Leute würden aber auch nicht versuchen, die Zeremonie und die Unterzeichnung des Waffenstillstands gewaltsam zu verhindern, und sie würden auch künftig bewaffnete Aktionen nicht wieder aufnehmen. Momis und die anderen nicht zur Ona-Gruppe gehörenden Anwesenden

werteten letzteres im Nachhinein als ein gewisses Zeichen des guten Willens auf seiten Onas. Immerhin war der Gesprächsfaden mit Ona nicht gänzlich abgerissen.

Schon einen Tag nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstands gab Ona dann allerdings einen "shoot-to-kill"-Befehl an seine Leute aus, in dem er ankündigte, Mitglieder der PMG, die sich in das von ihm kontrollierte Gebiet begeben würden, würden auf der Stelle erschossen. Die Regierungen der das PMG-Personal stellenden Staaten reagierten auf diese Drohung recht gelassen; sie erklärten, die PMG-Angehörigen würden auf Bougainville bleiben und ihren Aufgaben dort nachgehen, wo sie willkommen seien und jene Gebiete nicht betreten, in denen sie unerwünscht seien. An dem Grundsatz, daß das PMG-Personal unbewaffnet agiere, würde festgehalten.

Onas Drohung gegen unbewaffnete neutrale Angehörige einer Beobachtermission war für die BIG/BRA-Strömung von Kabui und Kauona der Anlaß, sich eindeutig von Ona zu distanzieren und damit zu drohen, im BIG ein Mißtrauensvotum gegen Ona einzubringen und ihn seines Postens als Präsident zu entheben. Gleichzeitig wurde den PMG-Mitgliedern, ihren Angehörigen und der internationalen Gemeinschaft versichert, daß die BRA die Sicherheit des PMG-Personals garantieren werde. Das wiederum beantwortete Ona damit, daß er Kabui, Kauona und die internationalen Vertreter des BIG (Martin Miriori, Moses Havini und Mike Foster) für "gefeuert" erklärte. Das BIG wies dies als "diktatorischen Akt" zurück und erkannte die Entlassungen nicht an.

So befinden sich BIG/BRA gegenwärtig in der mißlichen Lage, daß die in ihrem Lager bestehenden Differenzen offenbar geworden sind und daß die Vertreter der Gegenseite - seien es der Premierminister Skate, der australische Außenminister Downer, John Momis oder die Vertreter des BTG - nunmehr in der komfortablen Position sind, an BIG/BRA zu appellieren, sie mögen sich doch einigen, damit der Friedensprozeß weitergeführt werden kann. Zwar liegt es nahe, zu unterstellen, daß das scheinheilig ist (und man sich klammheimlich über eine "Spaltung" von BIG/BRA freut, weil eine solche diese ja faktisch schwächt); doch scheint eine solche Unterstellung gegenwärtig eher in die Irre zu führen. Denn die Berechenbarkeit der Sezessionisten ist in der Tat größer, wenn diese geschlossen und nicht gespalten auftreten. Das heißt, die Aufrufe der Gegenseite zur Einheit in BIG/BRA sind durchaus ernst gemeint, zumal allen Beteiligten klar ist, daß ohne Einbezug von Francis Ona und seinen Leuten der Waffenstillstand und der Friedensprozeß zum Scheitern verurteilt sind. Denn auch wenn Ona wohl nur noch eine recht kleine Anhängerschar hinter sich hat und die Mehrheit von BIG/BRA zu Kabui und Kauona hält, so kontrolliert Ona doch das für den gesamten Konflikt zentrale Gebiet rund um die Panguna-Mine und ist, wenn er will, jederzeit in der Lage, den Friedensprozeß zu sabotieren und die Kampfhandlungen wieder aufzunehmen. Und so werden Skate, Momis, Downer und andere nicht müde, immer wieder an Ona zu appellieren, sich dem Friedensprozeß doch noch anzuschließen. Gleichzeitig beschwören sie Kabui und Kauona, sich mit Ona zu versöhnen, damit sie mit BIG/BRA als einem einheitlichen Verhandlungspartner kalkulieren können.

In jedem Falle ist die gegenwärtige Situation für die Sache von BIG/BRA eindeutig von Nachteil; in ihrem Interesse müßte es allemal sein, eine Spaltung zwischen den Fraktionen Ona und Kabui/Kauona zu vermeiden. Denn eine solche Spaltung würde BIG/BRA nachhaltig schwächen und die Position sowohl von Ona als auch Kabui/Kauona verschlechtern: Ona würde für seine Option der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes nur noch eine recht kleine Gruppe von Männern und geringe Unterstützung in der Gesamtbevölkerung Bougainvilles haben (zumindest gegenwärtig); Kabui und Kauona würden in den Verhandlungen mit der Gegenseite an Boden verlieren, weil sie nicht mehr als Vertreter der gesamten BRA auftreten könnten und gerade die entschlossensten Militanten nicht mehr hinter sich hätten. Diese Gefahren sieht zumindest die Kabui/Kauona-Fraktion. Sie nahm mittlerweile ihre Drohung, Ona abzusetzen, zurück und forderte ihn wiederum auf, sich dem Friedensprozeß anzuschließen. Zugleich wurde die Regierung der Salomonen vom BIG aufgefordert, im BRA/BIG-internen Konflikt zu vermitteln.

Ungelöste Probleme

Trotz der allgemeinen Erleichterung über das Ende der Kämpfe und die Haltbarkeit von Waffenruhe bzw. -stillstand wurde alsbald klar, daß der Normalisierungsprozeß nicht reibungslos verlaufen würde. Insbesondere zeigten sich "law and order" - Probleme. Viele junge Kämpfer in BRA und Resistance, die in den letzten neun Jahren kaum anderes gelernt und getan haben, als Krieg zu führen, stehen nun beschäftigungs- und perspektivlos da, sind gleichwohl weiterhin bewaffnet und daher in der Lage, ziemlichen Ärger zu machen. Und

das tun sie auch immer einmal wieder, zumal sie selbstgebrauten und von den benachbarten Salomon-Inseln eingeschmuggelten alkoholischen Getränken offensichtlich gern und reichlich zusprechen. Trotz eines offiziellen Alkoholverbots auf Bougainville scheint es leicht, an die Droge heranzukommen, und BRA-Chef Sam Kauona hat den Alkohol zum "neuen Feind" des Friedensprozesses erklärt. Wegen der prekären "law and order" - Situation hat das BTG seine Absicht, seinen Sitz von der Nachbarinsel Buka in die alte Inselhauptstadt Arawa zu verlegen, vorerst aufgegeben. Dort wurde Mitte Mai auf die Zentralpost ein (erfolgreicher) bewaffneter Raubüberfall verübt, und wenige Tage zuvor war das Laboratorium der Arawa High School von einer Jugendgang abgefackelt worden.

Eine zentrale Aufgabe wird es sein, den jugendlichen Kämpfern eine Perspektive zu eröffnen, die den Frieden auch für sie attraktiv macht. Ausbildungs- und Arbeitsplätze müssen für sie bereit gestellt werden, da andernfalls zu befürchten ist, daß sie ein permanentes Unruhe- und Gewaltpotential bilden werden. Der Wiederaufbau des Erziehungswesens und die Ankurbelung wirtschaftlicher Aktivitäten auf der Insel sind mithin essentiell für die Konsolidierung des Friedens. Zudem gilt es eine zuverlässige und von der Bevölkerung akzeptierte Polizei aufzubauen, die legitimerweise mit der Bearbeitung des "law and order" - Problems betraut werden kann. Im Lincoln-Abkommen ist der Aufbau einer solchen Polizei parallel zum Abzug der PNGDF vorgesehen. In der Tat könnten die Regierungstruppen ihre Anwesenheit auf der Insel noch mit dem "law and order" - Problem rechtfertigen; würden sie jetzt einfach abgezogen, könnte tatsächlich ein Sicherheitsvakuum entstehen, in dem sich (wie schon einmal 1990/91) jugendliche Gangs (sog "rascols") austoben könnten. Um die Regierungstruppen loszuwerden, muß also eine funktionsfähige Polizei her. In diese könnten dann auch ehemalige Kämpfer von BRA und Resistance eingegliedert werden, und ihnen könnte auf diese Weise eine Perspektive und ein neuer Status geboten werden. Geplant ist in der Tat die Zusammenstellung einer 560 Frauen und Männer starken Polizeitruppe unter Einbeziehung ehemaliger BRA- und Resistance-Angehöriger. Nur: Über deren Aufbau und Zusammensetzung gibt es tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten. Die PNG-Seite geht davon aus, daß es sich selbstverständlich nur um eine in die allgemeine Polizei des Staates PNG eingegliederte Truppe handeln könne (was ihrer Position entspricht, Bougainville sei ein integraler Bestandteil PNG's). BIG/BRA (und anscheinend auch BTG) dagegen verweisen auf die schlimmen Erfahrungen, die die Bevölkerung Bougainvilles mit der PNG-Polizei gemacht hat und wollen eine eigene Bougainville-Polizei aufbauen (was ihrer Forderung nach Unabhängigkeit (BIG/BRA) bzw. weitestgehender Autonomie (BTG) für Bougainville entspricht). Der faktische Aufbau einer Polizeitruppe kommt dementsprechend nur schleppend voran. Die PNG-Seite hat dabei die "Macht des Faktischen" auf ihrer Seite, weil sie Ausbildungsmöglichkeiten und Bezahlung für PolizistInnen bieten kann. So sind im Mai die ersten 24 PolizeianwärterInnen aus Bougainville zu einer fünfmonatigen Ausbildung in Port Moresby, der Hauptstadt PNG's, eingetroffen...

Ähnlich steht die "Macht des Faktischen" auch auf anderen gesellschaftlichen Gebieten auf seiten der Zentralregierung. Diverse Programme zum Wiederaufbau von Wirtschaft, Gesundheits- und Erziehungswesen usw. gehen von der Zentralregierung aus, die diese Unterstützung selbstverständlich nicht uneigennützig gewährt, sondern dafür einsetzt, Bougainville und seine Bevölkerung (wieder) stärker in den Staatsverband PNG's einzubinden und von der PNG-Administration und ihren Dienstleistungen abhängig zu machen. Und da solche Wiederaufbauhilfen tatsächlich dringend benötigt werden, eröffnet sich hier für die Zentralregierung die Möglichkeit schleichender, aber wirksamer Einflußnahme: Sie legt Programme zur Wiederherstellung des öffentlichen Dienstes auf Bougainville auf, und das BTG wird mit zusätzlichen Mitteln für Infrastrukturmaßnahmen und Aufbau des Gesundheits- und Erziehungswesens ausgestattet. BIG/BRA haben dem nichts Vergleichbares entgegenzusetzen.

Ähnlich kann auch die vom Ausland versprochene Wiederaufbauhilfe wirken, wenn sie über die Institutionen des Staates PNG abgewickelt wird. Solche Hilfe soll es nach Unterzeichnung des Waffenstillstands reichlich geben. Die größten Beträge werden aus Australien kommen. Der australische Außenminister Alexander Downer hatte bei den Verhandlungen in Canberra australische finanzielle Hilfen für den Wiederaufbau auf Bougainville versprochen (132,4 Mio australische Dollar), damit die Menschen auf Bougainville sehen, daß der Frieden sich lohnt, eine "Friedensdividende" abwirft. Mittlerweile ist von 135 Millionen australischen Dollar die Rede, die in den nächsten fünf Jahren für den Wiederaufbau Bougainvilles ausgegeben werden können. Damit sollen das Erziehungs- und Gesundheitswesen, das Verkehrswesen, die Polizei und die Landwirtschaft (insbesondere die Kakao- und Kopraproduktion) unterstützt werden. Neuseeland hat kurzfristig 600.000 US-Dollar für den Wiederaufbau des Erziehungswesens auf Bougainville zugesagt. Das Internationale Rote

Kreuz hat mit einem 12-Monate-Hilfsprogramm zum Wiederaufbau zerstörter Dörfer und des Gesundheitswesens begonnen. Das UNDP (United Nations Development Programme) gibt rund 2 Mio US-Dollar für ein 18-monatiges Rehabilitations- und Rekonstruktionsprogramm auf Bougainville. Und auch die EU will sich am Wiederaufbau in bescheidenem Maße finanziell beteiligen. Ende Februar hatte eine Delegation der Gemeinsamen Parlamentarischen Versammlung der EU und der AKP-Staaten (ACP-EU Joint Assembly) PNG und Bougainville besucht, um sich über den Stand der Friedensbemühungen und Hilfsmöglichkeiten zu informieren.

Diese internationale Hilfe soll über die Institutionen des Staates PNG abgewickelt werden und wird damit zur Stärkung des Einflusses der PNG-Regierung auf Bougainville beitragen.

Die politischen Schlüsselfragen

Kabui und Kauona und ihre Anhänger müssen jetzt zeigen, daß die Ziele, die sie ja mit Ona nach wie vor gemeinsam haben, auf dem Wege der Verhandlungen unter Waffenstillstandsbedingungen eher zu erreichen sind als bei Fortführung des Krieges. Sie haben ihre Positionen und ihre Vorstellungen für die nächsten Schritte im Friedensprozeß auf den Tisch gelegt:

1. Die PNGDF müssen schrittweise vollständig abgezogen werden. Parallel dazu soll eine eigene Polizei für Bougainville unter ziviler Kontrolle aufgebaut werden.

So ist es im Lincoln-Abkommen in der Tat vereinbart. Auf die Schwierigkeiten beim Aufbau der Polizei wurde bereits hingewiesen. Zwischenzeitlich erklärte Premierminister Skate, er dächte nicht daran, die PNGDF vollständig von Bougainville abzuziehen. Das wiederum verurteilte Kabui als eklatante Mißachtung des Lincoln-Agreements. Allerdings muß erwähnt werden, daß im Lincoln-Abkommen auch die Entwaffnung von BRA und Resistance festgelegt ist. Der Prozeß des Abzugs der PNGDF, der Entwaffnung von BRA und Resistance und der Aufbau einer Polizei wird äußerst kompliziert werden und wohl noch so manchen Anlaß zu Konflikten liefern.

2. Bis zum Ende des Jahres 1998 soll eine "Regierung der Versöhnung" für Bougainville gebildet werden; diese soll in Verhandlungen mit der Regierung PNG's das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit für Bougainville realisieren.

Auch die Bildung einer "Regierung der Versöhnung" bis Jahresende sieht das Lincoln-Abkommen vor. Unklar ist allerdings noch, wie diese Regierung gebildet werden soll (allgemeine Wahlen? Verbindung von BTG und BIG?), wie sie strukturiert sein soll, welchen politischen Auftrag und welche Kompetenzen sie haben soll und welche Ressourcen ihr zur Verfügung stehen sollen.

3. Der Bevölkerung Bougainvilles muß das Recht auf Selbstbestimmung garantiert werden. Auf dieser Basis muß eine politische Lösung des Bougainville-Konflikts gefunden werden. Der Friedensprozeß ist der Mechanismus, mit dem nunmehr dieses Recht auf Selbstbestimmung umgesetzt wird. Ziel des Prozesses ist die Unabhängigkeit Bougainvilles.

In der Tat: Politische Kernfrage ist und bleibt die Frage nach der Unabhängigkeit Bougainvilles. Auf dieser bestehen sowohl Kabui und Kauona als auch Francis Ona (auch wenn sie über den Weg dorthin zur Zeit uneinig sein mögen), während die Zentralregierung PNG's weiterhin Unabhängigkeit für Bougainville kategorisch aussschließt. So hatte der Vizepräsident des BIG, Joseph Kabui, bereits unmittelbar nach Abschluß des Lincoln-Abkommens erklärt, daß die vollständige politische Unabhängigkeit Bougainvilles politisches Ziel von BIG/BRA bleibe. Und der Premierminister der Zentralregierung PNG's, Bill Skate, konterte mit der Erklärung, daß die Unabhängigkeit Bougainvilles für seine Regierung nach wie vor "nicht verhandelbar" sei. Und auch gegenwärtig stehen sich diese Positionen noch unvereinbar gegenüber. Einen "Frieden", der diese Frage nicht klärt, wird es nicht geben. Unter der Mehrheit der Bevölkerung Bougainvilles scheint der Wunsch nach Unabhängigkeit nach wie vor lebendig. Die Bougainvilleans sind zwar kriegsmüde, aber von der Unabhängigkeit wollen sie gleichwohl nicht lassen. Ob mittlere Positionen wie die des BTG - Stichwort: weitestgehende Autonomie für Bougainville im Rahmen PNG's - eine Chance und Rückhalt in der Bevölkerung haben, müßte geprüft werden. Auch wäre die Frage nach Übergangsregelungen und -fristen anzusprechen. Francis Onas Forderung, ein Referendum über die politische Zukunft der Insel abzuhalten, ist zweifellos das demokratischste und gerechteste Verfahren, um über die politische Zukunft der Insel zu bestimmen. Doch

bleiben viele Fragen nach dem Wie einer solchen Prozedur. Darüber sollte - bald - geredet werden. Die Regierungsseite scheint gegenwärtig allerdings auf Zeit zu spielen in der Erwartung, daß mit der Zeit Fakten im Sinne der Neueinbindung der Insel in den Staatsverband PNG's geschaffen werden, hinter die irgendwann nicht mehr zurückgegangen werden kann. Im Sinne der Sezessionisten müßte es demgegenüber sein, die politischen Prozesse zu beschleunigen, um nicht vollends in die Defensive gedrängt und von der Macht der Tatsachen überrollt zu werden.

Noch gar nicht zur Sprache gekommen schließlich ist die neben dem künftigen politischen Status der Insel zweite Kernfrage des Bougainville-Konflikts: das Schicksal der riesigen Panguna-Kupfermine. Deren Betrieb und die mit ihm verbundenen ökologischen Zerstörungen waren der Ausgangspunkt des Krieges vor neun Jahren. Die Mine liegt seit 1989 still und wird nach wie vor von Francis Ona und seinen Leuten kontrolliert. Noch gehört sie aber offiziell der Minengesellschaft Bougainville Copper Limited (BCL), die wiederum eine Tochter des australisch-britischen Bergbaumultis CRA/RTZ ist (Conzinc Riotinto of Australia/Rio Tinto Zinc). Vertreter von BCL haben den Friedensprozeß auf Bougainville begrüßt und gleichzeitig erklärt, daß die Panguna-Mine gegenwärtig und auf absehbare Zukunft wohl der Gesellschaft nicht zugänglich sein werde und es auch keine konkreten Pläne zu ihrer Wiedereröffnung gebe. Gleichwohl besteht BCL prinzipiell auf ihren Rechten an der Mine, verweist aber auch immer wieder darauf, daß eine Wiederöffnung mindestens 500 Mio US-Dollar kosten und jahrelange Vorbereitungszeit erfordern würde. Die australische Regierung äußert sich gegenwärtig zurückhaltend zur Minenfrage; ihr Außenminister Downer erklärte wiederholt, jetzt gehe es um Frieden auf Bougainville und nicht um die Interessen einer Bergwerksgesellschaft. Man kann diese Äußerungen auch deuten als Einsicht darein, daß nur nach Wiederherstellung friedlicher Zustände auf Bougainville eine Chance zur Wiederöffnung der Mine besteht... Vorschläge von Politikern aus PNG, die Mine vollständig in den Besitz der Landbesitzer aus dem Minengebiet zu übergeben, wurden von der Regierung PNG's als unpassend und verfrüht zurückgewiesen. Offensichtlich will zur Zeit niemand der unmittelbar involvierten Akteure den Friedensprozeß mit der heiklen Minenfrage belasten. Doch ist ebenso offensichtlich, daß nur bei einer Regelung dieser Frage im Sinne der unmittelbar betroffenen Bevölkerung dauerhaft Frieden auf Bougainville erreicht werden kann. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

Im Juni soll es in Arawa die nächste hochrangige Verhandlungsrunde geben, in der dann endlich die politischen Schlüsselfragen angegangen werden sollen.

Vo

Quellen: The Independent, The National, Post-Courier, Pacific Islands Report, Pacific News Bulletin.

26. Mal links, mal frech, mal vorn. 25 Jahre Libération - zwischen Befreiung und Anpassung

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:01

Die französische Tageszeitung Libération, ehedem Vorbild der taz, ist 25 Jahre alt geworden - ein Vierteljahrhundert, das sie in rasantem Tempo hat älter werden lassen. La libération, die Befreiung, ist am Ende der 60er und Beginn der 70er Jahre in vieler Munde: Man spricht von "Befreiung vom Imperialismus", sexueller Befreiung, freier Erziehung... Im Geist jener Jahre tun sich eine Anzahl meist junger Journalisten zusammen, um die Signale der Befreiungskämpfe aufzufangen und in Informationen umzusetzen, in deren Verbreitung sie einen gesellschaftlichen Nutzen erkennen.

Sie gründen, angeführt von Jean-Claude Vernier, die Agence Presse Libération (APL, "Presseagentur Befreiung"), eine Art linksradikales Journalistenbüro, das von allen Fronten der Kämpfe gegen das herrschende System berichtet und sich als verlängerter Arm des politischen Aktivismus versteht. Die Idee zur Gründung entstand im Januar 1971 in einer Pariser Kirche, in der eine Reihe von Aktivisten - darunter Vernier - für die inhaftierten Führer der militanten maoistischen Organisation Gauche prolétarienne hungerstreikten.

Nach zwei Jahren versorgt die APL die gesamte etablierte Presse mit Informationen über Streiks, politische Kämpfe und staatliche Repression. Professionelle Anerkennung hat sie gefunden, seitdem sie exklusiv über die Entführung des Renault-Personalchefs Nogrette berichtete - die Antwort der Maoisten auf die Ermordung ihres Genossen Pierre Overney durch den Werkschutz der Automobilwerke. Die Arbeit der Agentur überzeugt Benny Levy, den Kopf der 1968 entstandenen Gauche prolétarienne (GP), die Initiative zur Gründung einer Tageszeitung zu ergreifen, die nicht von den Maoisten allein kontrolliert sein soll.

Beginn mit Sartre

als Chefredakteur

Am 4. Januar 1973 wird das Projekt der versammelten Presse vorgestellt; als intellektuellen Kopf hat man den Philosophen Jean-Paul Sartre gewinnen können. Sartre hatte bereits in den frühen 70ern die "intellektuelle Patenschaft" der GP-Zeitung La cause du peuple ("Die Sache des Volkes") übernommen und formell als deren Direktor fungiert, als die Publikation ins Visier der Justiz geraten war; im Gegensatz zu damals erklärt Sartre dieses Mal aber, sein Amt als Chefredakteur des neuen Presseorgans "real ausüben" zu wollen. Seine Krankheit zwingt ihn 1974 zum Rücktritt.

Bei der Pressekonferenz am 4. Januar 1973 definiert Serge July, den Benny Levy als GP-Sympathisanten mit professionellem journalistischem Anspruch zur Leitung des Projekts bestellt hat, die Aufgabe der künftigen Tageszeitung Libération: "Die Objektivität, für die wir kämpfen, ist die einer Information, die unter der öffentlichen und direkten Kontrolle der Bevölkerung stehen wird." Dazu sollen die örtlichen Comités Libération dienen, welche als basisdemokratische Struktur die Arbeit der Zeitung kontrollieren sollen; der Anspruch lautet: "Libération ist keine Zeitung, die von Journalisten für Leute gemacht wird, sondern eine, die von Leuten mit der Hilfe von Journalisten gemacht wird."

Aber die chaotische und unverbindliche Funktionsweise der Komitees, die Grabenkämpfe zwischen den linksradikalen Strömungen lähmen schnell jede Effektivität der Zeitungsarbeit; eine Nullnummer des Blattes ist von verheerender Qualität. Daraus erwächst rasch ein Gegensatz zwischen basisdemokratischem und journalistischem Anspruch; letzterem verschreibt sich Serge July, um "sein" Projekt zu retten.

Ab dem 22. Mai 1973 erscheint Libération dann doch. Mitte der 70er Jahre hat die Zeitung eine konstante Auflage von 20.000 und überlebt nur dank der Bereitschaft der Leserschaft, in ständigen Spendenkampagnen der chronischen Finanznot "ihres" Blattes abzuhelfen. Das Grundgesetz der Zeitungsarbeit lautet: Alle MitarbeiterInnen sind gleich und erhalten folglich das gleiche (niedrige) Gehalt; 1978 erklärt Serge July in einem Interview: "Dieses Ausgangsprinzip hat es erlaubt, im Laufe der Zeit einen Geist zu bewahren. Wenn man das zerstören und z.B. zwei Lohngruppen einführen würde, dann glaube ich, daß die Zeitung sehr bedroht wäre."

Intermezzo als Regierungsorgan

Doch der Graben, der sich zwischen politischem und professionellem Anspruch aufgetan hat, läßt sich nicht mehr schließen. Im Februar 1981 (Libération hat mittlerweile eine Auflage von 35.000 erreicht) "putscht" Chefredakteur Serge July anläßlich einer äußerst turbulenten Vollversammlung und stellt die MitarbeiterInnen sinngemäß vor die Alternative: "Ich oder das Chaos". Drei Monate lang erscheint das Blatt überhaupt nicht mehr, bis am 10. Mai 1981 Francois Mitterrand zum Staatspräsidenten gewählt und eine sozialistisch-kommunistische Koalitionsregierung gebildet wird. Pünktlich zum Einstieg in die neue Regierungsära erscheint am 13. Mai 1981 eine neue Libération mit der Titelschlagzeile "Endlich das Abenteuer" neben dem Foto Mitterrands; zwei Drittel der alten Redaktion sind nicht mehr dabei. Libé hängt sich an den politischen "Zeitgeist" an und sieht sich inmitten des neuen Regierungslagers stehen.

Zugleich wird ab dem Neuerscheinungsbeginn erstmals Werbung im Blatt geduldet, und eine Rubrik "Wirtschaft" - bisher als Angelegenheit der Bourgeoisie belächelt - wird aufgenommen. Die Auflage steigt 1983 sprunghaft auf 110.000 Exemplare, 1985 sind es 138.000, der Höhepunkt ist 1988 - dem Jahr der Wiederwahl Mitterrands - erreicht: 192.000! Ab da sinkt die Euphorie wie auch die Auflagenhöhe, da die Regierungspraxis der Sozialdemokratie in der zweiten Regierungsperiode auf ihre Anhänger zunehmend abstoßend wirkt: les années fric, die Jahre des ungenierten "Bereichert Euch!", sind angesagt.

Zur gleichen Zeit, ab 1988, nimmt Libération Abschied vom "Dogma" der gleichen Gehälter und führt eine klare Lohnhierarchie ein. Als Antwort auf die Enttäuschungen durch den Mitterrandismus will die Redaktion sich noch mehr von der politischen Parteinahme zurückziehen und eine "normale" Tageszeitung machen. Mit der tiefen Rezession 1992/93 erfaßt die allgemeine wirtschaftliche Krise auch Libé, die deshalb im September 1994 eine neue Umgründung versucht: eine neue Aufmachung, bunter, billiger, ein quotidien-encyclopédie, die Tageszeitung als Lexikon, das unter jedem Stichwort schnell und objektiv informiert. Die Auflage beträgt 170.000, das angestrebte Ziel von 200.000 wird verfehlt. Wegen der Anzeigenverluste durch die Wirtschaftskrise bleiben zusätzliche Werbeeinnahmen aus, 1994 und 1995 gerät das Blatt tief in die roten Zahlen. Serge July leitet daher einen neuen "Tabubruch" ein: die Öffnung für fremdes Privatkapital.

Öffnung für

fremdes Kapital

Im April 1995 öffnet Libération sein Stammkapital für den neuen Großinvestor: die Gruppe Chargeurs/Pathé, die einen Textilkonzern sowie ein großes Medienunternehmen, Eigentümer der Kinokette Pathé-Wepler, umfaßt. Seit Januar 1996 hält die Gruppe zwei Drittel des Zeitungskapitals. Als Aufsichtsratsvorsitzender wird Antoine Riboud bestellt, der u.a. an der Spitze des Milchwarenkonzerns Danone stand (wo ihn sein Sohn abgelöst hat) und der die "moderne" Fraktion des französischen Kapitals verkörpert - er vertrat den Pro-Maastricht-Flügel der Wirtschaft in einer Fernsehdebatte mit dem früheren Peugeot-Chef Jacques Calvet als Gegenspieler. Hat Libération damit endgültig die Linie zugunsten einer pro-kapitalistischen Berichterstattung gewechselt? Nein, keineswegs - im Gegenteil ist der Journalismus von Libération heute eindeutig frecher und engagierter als vor einem halben Jahrzehnt.

Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sich die Zeiten geändert haben: Waren die Jahre der zweiten Amtszeit Mitterrands, zwischen 1988 und 1995, jene des breitesten staatstragenden Konsenses und der stärksten Entpolitisierung, so haben seit 1995 (man denke an die massiven Herbststreiks) die politischen und sozialen Konflikte massiv zugenommen. In der Bewegung gegen das verschärfte Ausländergesetz von Innenminister Debré im Februar 1997 spielte Libé gar die Rolle des Schrittmachers und publizierte täglich die neuesten Petitionen und Unterschriftenlisten für den "zivilen Ungehorsam"; die Zeitung trug so zur Ausbreitung des Protestes wesentlich bei.

Anläßlich der Übernahme wurde eine "Charta der Unabhängigkeit" (der Redaktion; Anm. B.S.) verabschiedet, die selbst die links-satirische Wochenzeitung Charlie Hebdo in ihrer pressekritischen Rubrik für "wirkungsvoll" erklärt. So konnte Libération den Film "Show Girls", eine abgrundtief schlechte Produktion der Pathé-Gruppe, verreißen. Ein Kapitalinhaber in der entwickelten warenproduzierenden Gesellschaft dürfte aber auch wenig Interesse daran haben, eine Zensur auszuüben, solange solche Information sich erfolgreich verkauft. Nein, der Hund liegt woanders begraben: Durch ihre Art von "engagierter" Berichterstattung betreibt Libération selbstverständlich auch ein Geschäft, indem sie eine Ware verkauft. Entscheidend ist deren Marktwert: die Verkäuflichkeit einer Neuigkeit, weil sie interessant, unerwartet oder sensationell ist. Nach diesen Kriterien des

Marktwerts entscheidet sich auch die Verbreitung des "Engagements", aus dem wiederum ein Teil des "kritischen" Sektors der Öffentlichkeit sich geistig ernährt.

Die Berichterstattung von Libé kann zu bestimmten Zeitpunkten eine politische Kritik oder Opposition alimentieren - aber bei sinkendem Marktwert genauso wieder zerstören. Und keine Zeitung entscheidet dabei so subjektiv über die "Wichtigkeit" oder Unwichtigkeit eines Themas wie Libé, die aufgrund der spezifischen Struktur ihrer Darbietungsform von Information bestens dazu geeignet ist, Themen zu setzen oder aber ins Hintertreffen zu verbannen. Das "Tagesthema", das mit der Titelschlagzeile beginnt, füllt stets mindestens die ersten vier Seiten, manchmal sechs oder gar acht Seiten.

Beispielhaft ist die Berichterstattung während des Arbeitslosenkonflikts zu Anfang dieses Jahres: Im Januar war er siebenmal "Tagesthema" (durchschnittlich fünf Seiten), im Februar kein einziges Mal. Die "Medienkommission der Arbeitslosen und Prekären" kam in ihrer Auswertung der Aktivitäten zu dem Ergebnis: "Die Arbeitslosen waren im Februar genauso zahlreich und genauso aktiv wie im Dezember", aber die Haltung der Presse habe sich um 180 Grad gewandelt - auch die von Libération.

Die Behandlung der Informationen nach ihrem Marktwert - der nach sechs Wochen Dauer der Bewegung gesunken war, sobald diese keine Anzeichen neuer Ausdehnung mehr zeigte - stand hier diametral dem Interesse eines politischen Journalismus entgegen: den Druck auf die Regierung aufrechtzuerhalten, die keinerlei handfeste Zugeständnisse gemacht hatte.

Bernhard Schmid, Paris

27. "Künstlerische" Inszenierung der Gentechnologie. Gen-Welten-Ausstellungen sollen Akzeptanz schaffen

Autor: Oliver Ressler · Rubrik: Gentechnologie; Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:06

Bis Anfang 1999 werden in fünf Museen in Deutschland und der Schweiz die großen Ausstellungen Gen-Welten gezeigt. Die Museen mit den thematischen Schwerpunkten Kultur, Technik, Umwelt, Gesundheit und Ernährung sollen das Thema "Gentechnik" aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten. Gemeinsam ist den Ausstellungen in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, dem Deutschen Hygiene-Museum in Dresden, dem Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim, dem Museum Mensch und Natur in München und dem Alimentarium in Vevey (Schweiz), daß der Vermittlung der Grundlagen der Genetik breiter Raum eingeräumt wird. Am Beginn aller Ausstellungen werden die Zellkernteilungsvarianten Mitose und Meiose erklärt. Im Landesmuseum für Technik und Arbeit werden beispielsweise Mutationen von Löwenmäulchen mit dem Hinweis präsentiert, daß die jeweiligen Mutanten bereits in den 40er oder 50er Jahren gezüchtet wurden. Durch den Kontext der Ausstellung wird die Gentechnik als lineare und logische Fortsetzung von herkömmlichen Züchtungsexperimenten und die durch Meiose erreichten genetischen Veränderungen dargestellt.

In allen Gen-Welten-Ausstellungen werden entscheidende wissenschaftliche Entdeckungen wie jene von Mendel, Darwin, Watson und Crick präsentiert. Erwin Chargaff wird in der Dresdner und Bonner Ausstellung für seine Analyse der chemischen Zusammensetzung der DNA in den 40er Jahren gewürdigt, seine später erschienenen kritischen Schriften über die Gentechnologie werden jedoch in keiner der Ausstellungen erwähnt. Statt dessen wird an allen Orten der extra für Gen-Welten aufwendig produzierte 3D-Film "Die DNA-Story" gezeigt, der mittels computersimulierter, an Traumlandschaften erinnernder, ästhetischer Bilder kaum eine Vorstellung über die Abläufe aus dem Inneren der Zelle gibt, dafür aber einen Einblick, was anno 1998 unter der Vermittlung biologischer Grundlagen verstanden wird.

Ein durchgehendes Element in den Ausstellungen bilden dreidimensionale DNA-Modelle. Im Museum Mensch und Natur in München wird die DNA-Doppelhelix in 500-millionenfacher Vergrößerung als ein mit Leuchtdioden bestücktes, blinkendes Plastikmodell inszeniert. Ein über Kopfhörer konsumierbarer Text spricht bezüglich der DNA von der "wichtigsten Entdeckung", "gab sie doch die Möglichkeiten der Entwicklung der heutigen Gentechnik" (1).

Die Gentechnik ist nicht ohne ihre "Werkzeuge" denkbar. Die Schautafel "Transgene Alleskönner?" im Museum Mensch und Natur ist daher gentechnisch veränderten Bakterien gewidmet. Während das Fragezeichen im Titel noch andeutet, daß die Tafel gentechnische Forschungsvorhaben und nicht Anwendungen nennt, erzeugen die Bilder mit dazugehörigen Beschreibungen wie "Giftmüll: Bakterien als Entsorgungshelfer", "Tanker-Katastrophe: Mit Bakterien beherrschbar" oder "Bakterieneiweiß aus Abfällen als neue Nahrungsquelle" den gegenteiligen Eindruck. Diese Darstellungsart, die mit der Realität nichts zu tun hat, stützt eine auf Wachstum ausgerichtete Industrie, die sich über die Behauptung zu legitimieren versucht, Umwelt- und Ernährungsprobleme lösen zu können.

Das folgende Statement aus der Ausstellung in Mannheim benennt zentrale Aspekte für die konzeptionelle Ausrichtung des gesamten Gen-Welten-Projekts: "Jede Anwendung (der Gentechnologie) muß für sich beurteilt werden - nach Nutzen, Risiken und ethischen Aspekten. Entscheiden müssen wir alle selbst - die Biologie kennt keine Ethik."

Pro & Contra-Gehabe

Unter dem Motto "Chancen und Risiken" wurden und werden im deutschsprachigen Raum unzählige Berichte, Kommentare und Studien über die neuen Technologien erstellt. Der Vorteil dieser Diskursform für die BefürworterInnen neuer Technologien ist seine scheinbare Neutralität; es wird behauptet, damit Entscheidungsfindungsprozesse über einzelne Anwendungsbereiche zu unterstützen.

Einer der Ausstellungsorte der Gen-Welten ist das Alimentarium, eine Foundation des Nahrungsmittelkonzerns Nestlé am Genfer See in der Schweiz, in der Gentechnologie folgerichtig unter der Schwerpunktsetzung

Ernährung thematisiert wird. Während der Nestlé-Chef Helmut Maucher in einem Interview im Stern im November 1996 noch offen und direkt die Meinung vertreten hat, daß alles getan werden müsse, um den Verbrauchern unbegründete Ängste vor der Gentechnologie zu nehmen, und daß sich über die Vorteile der Gentechnologie doch gar nicht streiten ließe, greift die Ausstellung in der Nestlé-Foundation nun die unverfänglichere Strategie einer pro-und-contra-Argumentation auf. Das bedeutet natürlich nicht, daß sich die Interessen und Ziele des Konzerns verändert haben, sondern nur die Methoden, diese zu erreichen. Aufgrund der neuen Argumentationslinie wird nun Nestlés Gen-Welten damit beworben, daß in der Ausstellung auch Möglichkeiten bestünden, Grenzen und Gefahren gentechnischer Eingriffe, ethische Fragen und die Unsicherheiten und Ängste der Konsumenten zu diskutieren.

Im Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim wird die pro-und-contra-Argumentation und die ungleiche Gewichtung von "Information" und "Kritik" auch auf ziemlich plumpe Weise im Ausstellungsdesign erkennbar: Während die verschiedenen Anwendungsbereiche der Gentechnologie ausführlich, faktenreich und positiv in Form von Hauptsätzen auf mehreren weißen Zetteln beschrieben sind, sind die (manchmal auch ausgesparten) kritischen Positionen meist in Form von Fragen auf ein einzelnes bräunliches Papier gedruckt. Es scheint schwierig, die selbstgewählte kritische Diskursivität in der ganzen Ausstellung durchzuhalten; in der Bibliothek zur Mannheimer Ausstellung liegt kein einziges (!) Buch mit einer ablehnenden Haltung zur Gentechnik aus.

Inszenierung einer Entscheidungsmöglichkeit

Die Gen-Welten wurden in einer Vorinformation damit beworben, daß sie die "faszinierenden Ergebnisse der Genetik und ihre Bedeutung für Wirklichkeit und Phantasie der Menschen" dem "mündigen Bürger und der mündigen Bürgerin" vorführen. Es wird vorgeschlagen, eine "offene Diskussion" darüber zu führen, "welche Ergebnisse der Forschung in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden sollten". Denn entscheiden sollen "wir alle". Damit wird suggeriert, daß das einzelne Individuum eine Möglichkeit der Mitsprache habe, welche Technologien zur Anwendung kommen und welche nicht, und daß die Entscheidung darüber auf einer demokratischen Basis gefällt würde.

Die mächtigen Kapitalinteressen und der politische Druck, der von den Konzernen ausgeübt wird, werden hingegen nicht thematisiert - was auch klar ist, da Pharmakonzerne wie Novartis, Schering, SmithKline Beecham Pharma oder Amgen gleichzeitig als Sponsoren der Gen-Welten-Ausstellungen auftreten. (2)

Damit "wir alle" uns im Sinne der AusstellungsmacherInnen auch "richtig" entscheiden, laden unzählige Touch-Screens zur Auseinandersetzung mit dem Thema Gentechnologie ein. Insbesondere die mehr oder weniger informativen Computer-Lernspiele sollen auch ein junges Publikum ansprechen. Das Themenspektrum reicht von Versuchen mit dem Standardversuchstier der Genetiker, der nur 2 Millimeter großen Taufliege Drosophila melanogaster, bis zu Interviews mit als neutrale Wissenschaftler getarnten GentechnologiebefürworterInnen.

So bildet ein Videointerview mit dem Leiter des Genzentrums in München, Prof. Ernst-Ludwig Winnacker, ein zentrales Element der Ausstellung im Museum Mensch und Natur in München, in der Gentechnologie-KritikerInnen nicht zu Wort kommen. Das Gespräch zwischen Winnacker, der auch der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit ihrem Jahresetat von 2 Milliarden DM vorsteht, und dem Leiter des Museums Mensch und Natur, Dr. Hans-Albert Treff, wird permanent in einem eigenen Raum gezeigt. Treff schien derart glücklich über das Zustandekommen des Gesprächs zu sein, daß Winnackers einstudierte Argumentationen wie z.B., bei der in-vitro-Fertilisation werde lediglich der Natur nachgeholfen, es sei quasi eine "natürliche" Technologie, unhinterfragt und unwidersprochen bleiben. "Kann man die Entwicklung (...) der technischen Machbarkeit und der freien Marktwirtschaft überlassen?" ist eine von Treffs offen formulierten Fragen, über deren Beantwortung sich Winnacker liberal zu positionieren versucht. Winnacker weiß, was das Publikum hören will, und darf sich im Video gegen das Klonen von Menschen aussprechen und sich so als verantwortungsbewußt agierender Wissenschaftler gerieren.

Zentrales Thema: Klone

In der Gen-Welten-Ausstellung im Deutschen Hygiene Museum in Dresden, das dem Menschen, seinem Körper, der Gesundheit, dem sozialen Leben und der Umwelt gewidmet ist, scheint man hingegen dem Klonen

nicht so abgeneigt zu sein: "Eineiige Zwillinge im Freundeskreis? Dann sind Sie mit Klonen befreundet!" ist dort über den Fotos zweier hübscher Zwillingspaare (natürlich Kindern) zu lesen.

Das Klonen von Tieren ist zur Zeit eines der meist beachteten Experimentierfelder der Biowissenschaften. Von Seiten der Industrie besteht nämlich der Wunsch, mittels Gentechnologie zu lebenden Bioreaktoren umgebaute Tiere zu klonen, die mit ihrer Milch oder ihrem Urin für die Pharmaindustrie wertvolle Stoffe produzieren. "Klonen ist wichtig, um gentechnisch hergestellte Tiere zu vermehren, da es schwierig ist, auf natürlichem Wege die neuen Eigenschaften dieser Tiere zu vererben", ist neben einem Büschel Wolle des Schafes "Dolly" zu lesen, das als das erste geklonte Säugetier vermarktet wird.

Geklont werden sollen auch gentechnisch veränderte Schweine, deren Immunsystem durch Gentechnologie "vermenschlicht" wurde. Die Organe dieser Schweine werden für Xenotransplantationen produziert, d.h. für Transplantationen von Schweineorganen in Menschen. In München werden Xenotransplantationen unter der Rubrik "weitere Ziele gentechnischer Veränderung" vor- und nicht in Frage gestellt.

"Haben wir das Recht, Schweine nach unserem Wunsch nicht nur für die Pfanne, sondern auch für den OP-Tisch gentechnisch zu verändern?", wird blauäugig im Hygiene-Museum gefragt, als ob die Sache mit den gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln ohnehin schon außer Diskussion stehen würde. Das einzige, was im Hygiene-Museum ernsthaft problematisiert wird, ist, daß nicht genügend (menschliche) Ersatzorgane für Transplantationen zur Verfügung stehen. Was aber kein wirkliches Problem ist, wie euphorisch verkündet wird, denn: "Die Gentechnik erschließt einen neuen Weg der Transplantation. Organverpflanzungen von Tier auf Mensch: Die Xenotransplantation". Der Pharmakonzern Novartis, dessen Tochterunternehmen Imutran führend in der Forschung für Xenotransplantationen tätig ist, ist übrigens einer der Hauptsponsoren der Ausstellung. Vielleicht ist das der Grund dafür, daß nirgendwo darauf hingewiesen wird, daß noch kein Mensch eine Xenotransplantation länger als ein paar Wochen überlebt hat. Zudem warnen auch zahlreiche Wissenschaftler, daß Xenotransplantationen die Übertragung von bisher auf Tiere beschränkte Krankheitserreger auf Menschen erleichtern würden.

Krankheit und Perfektion

Im Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim glaubt man, daß "mit der Gentechnik die (...) Perfektionierung von Leben eine neue Dimension erreicht". Die Ausstellung stellt Etappen auf dem Weg in die Gen-Welten und einige gentechnische Verfahren vor, die die BesucherInnen auch unter dem Motto "Arbeiten mit Genen" selbst durchzuführen aufgefordert sind. "Ein Insulinkranker braucht die Insulinmenge eines ganzen Schweines pro Tag, daher ist es wünschenswert, das Insulin mittels Gentechnik herzustellen", lautet die Erläuterung der Vorführ-Gentechnikerin. Sogleich werden Röhrchen mit Ethanol gefüllt, von Kindern unter freudiger Anteilnahme geschüttelt und nach verschiedenen Arbeitsschritten letztendlich ein Gen für Insulin aus der DNA isoliert und sichtbar gemacht. Da die PlanerInnen der Gen-Welten davon auszugehen scheinen, daß jede Technik vorgeführt werden muß, bevor über ihre Anwendung entschieden werden kann, findet auf den Freiflächen vor dem Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim auch gleich ein Freisetzungsversuch mit gentechnisch veränderten Pflanzen statt.

Im Deutschen Hygiene-Museum in Dresden werden "exemplarisch besondere, gentechnisch erzeugte Produkte und erfolgversprechende Strategien gegen bislang unheilbare Krankheiten" dargeboten. Auf den Ausstellungselementen wird die Geschichte der sponsernden Konzerne als Erfolgsstory der Gentech-Industrie beschrieben:

",Vom Garagentor` zum Konzern - Ein amerikanischer Traum" ist der Titel eines Environments, das neben den Fotos von drei riesigen Firmensitzen des Pharmakonzerns Amgen auch eine drei Meter hohe amerikanische Flagge umfaßt. Darüberhinaus wird ein Film gezeigt, der auf glorifizierende Weise den Vorteil des von Amgen entwickelten gentechnisch produzierten Blutgerinnungsfaktors EPO gegenüber traditionellen medizinischen Methoden behauptet.

Ein Werbefilm der Schering AG zeigt Fortschritte bei der Behandlung von MS (Multiple Sklerose) durch das gentechnisch produzierte Interferon beta-1b. Über EMS, eine Krankheit, die durch die Umstellung der Produktion des Schlafmittels Tryptophan auf gentechnische Basis Ende der 80er ausgebrochen ist und bis heute unheilbar ist, wird jedoch in keiner der Gen-Welten-Ausstellungen informiert.

Eine beliebte Methode der Akzeptanzschaffung für Gentechnik im medizinischen Bereich ist die Thematisierung von einzelnen Krankheitsgeschichten. Im Museum Mensch und Natur in München werden verschiedene monogenetische Krankheiten (seltene Krankheiten, für die nur ein Gen verantwortlich gemacht wird und deren Behandlung mittels Gentechnologie am aussichtsreichsten sein soll) mit verschiedenen Krankheitsgeschichten von namentlich genannten Kindern in Verbindung gebracht. Diese an Sichelzellen-Anämie oder Rot-Grün-Blindheit leidenden Kinder werden mittels lebensgroßer Modelle in Vitrinen (re)präsentiert. Welcher Ausstellungsbesucher oder welche Ausstellungsbesucherin könnte schon dagegen sein, daß versucht wird, die Krankheiten dieser (fiktiven?) Kinder mittels Gentechnologie ("Gentherapie") zu behandeln?

Auf einer der den Vitrinen gegenüberliegenden Tafel werden "gute Gründe für eine genetische Beratung" genannt, die auch gleich die Adresse einer genetischen Beratungsstelle in München anführt.

Was überhaupt als Krankheit zu bezeichnen sei, wird im Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim überlegt. Kleinwüchsige Menschen, deren Knorpelwachstum gestört ist, werden in der Ausstellung einfach als "Zwerge" bezeichnet. Aber die Lösung ist bereits in Sicht: "Ende 1994 wurde das 'Zwergen-Gen' entdeckt. Jetzt kann es bei der vorgeburtlichen Diagnostik nachgewiesen werden."

Heutzutage tritt eugenisches Gedankengut unter dem Deckmantel von Gesundheitsvorsorge und -prävention auf. In der Ausstellung in Mannheim wird die eugenische Bewegung in einem historischen Abriß auf sehr problematische Weise thematisiert.

"Kunst" als Emotionsträger

In der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn werden "die Erkenntnisse der Genetik und ihre Bedeutung für Wirklichkeit und Phantasie der Menschen [...] für eine breite Öffentlichkeit dargestellt." Das geschieht unter dem Einsatz von Kunstwerken, die angeblich von einer "künstlerischen Umsetzung der von Wissenschaftlern erarbeiteten Ergebnisse" geprägt sind.

Bei dem auch in der Bundeskunsthalle unvermeidlichen DNA-Modell wird die Doppelhelix der DNA zur Himmelsleiter, die zur Krönung mit einer über einen Meter hohen goldenen Sonne bestückt ist und durch zielgerichtete Effektbeleuchtung den umliegenden Raum in gleißend-goldenes Licht hüllt. Da die ausgewählten künstlerischen Arbeiten in der Mehrheit von ähnlicher Oberflächlichkeit sind, ist der Übergang zwischen Kunstobjekten und Ausstellungsobjekten fließend und nur schwer zu erkennen. Die Auswahl der einzelnen Exponate ist beliebig, die einzelnen Positionen erscheinen austauschbar. Das liegt auch daran, daß ihnen als Bausteine bzw. Visualisierungsmaterialien für das Gesamtkunstwerk Gen-Welten dieselbe Funktion zugewiesen wird.

So unterscheidet sich die romantisierende Labor-Installation des Künstlers Harald Fuchs, der mittels zahlreicher Lichtprojektionen Laborutensilien durch Reflexionen in ein optimales Licht zu setzen trachtet, in ihrer Wirkung kaum von der DNA-Modell-Inszenierung. Während die in den anderen Gen-Welten-Ausstellungen abgestellten nüchternen Laborausstattungen lediglich klarstellen sollen, daß die Arbeitsstätten der Genforscher und Gentechniker alles andere als unheimliche Hexenküchen sind (Exponatbeschreibung im Museum Mensch und Natur), darf der Künstler Harald Fuchs den populären Vergleich des (Gentechnik-)Wissenschaftlers mit einem göttlichen Schöpfer aufwendig in Szene setzen. Der Vorteil der Einbindung von Kunst zeigt sich bereits daran, daß derart naive, aber anschauliche Metaphern wahrlich nur unter dem Deckmantel von "Kunst" möglich sind, ohne allzu großer Lächerlichkeit preisgegeben zu werden. Kunst wird in den Gen-Welten eingesetzt, um Vorstellungen zu illustrieren, die in einer rein wissenschaftlichen Ausstellung unmöglich wären.

Auch der Künstler Thomas Grünfeld ist mit seinen als "Misfits" bezeichneten Kombinationen aus jeweils zwei nicht zusammenpassenden Tierpräparaten in der Ausstellung vertreten. Die gezeigte Montage eines Vogelstrauß mit einem Schaf unterscheidet sich in ihrer Ironie in keiner Weise von bestimmten Werbeanzeigen von Pharmakonzernen. Beispielsweise bewirbt die US-amerikanische Firma Operon eine synthetische DNA mit einer Photoshop-Montage aus Banane und Zucchini, der dazugehörige Werbetext lautet: "Operon's DNA makes anything possible." (3) Daher verwundert es nicht, daß Grünfelds Tierpräparate nicht nur in der Bundeskunsthalle, sondern auch vor dem die sponsernden Konzerne bewerbenden Plakat im Vorraumbereich zur Gen-Welten-Ausstellung im Hygiene-Museum in Dresden plaziert sind.

Kunstwerke haben in den Gen-Welten jedoch nicht nur die Funktion, Gentechnologie "in aufregender Weise" zu illustrieren und damit die visuelle Erlebnisqualität der Ausstellung zu erhöhen, sie werden aufgrund ihrer Vieldeutigkeit auch systematisch dafür eingesetzt, in der Ausstellung (wissenschafts-)kritische Positionen abzudecken. Dieser Kritik kommt für die Akzeptanz in der Öffentlichkeit eminente Bedeutung zu, da ein brisantes Thema wie Gentechnologie nicht ohne eine zumindest ansatzweise Erwähnung von Risiken und ethische Fragestellungen vermittelbar ist.

Der Vorteil einer künstlerisch artikulierten Kritik, wie sie in Bonn eingesetzt wird, liegt auf der Hand: Durch die durchgehende Vermeidung von Sprache in allen ausgewählten Kunstwerken wird Kritik nie explizit ausgedrückt und hat daher auch keinen unmittelbaren Adressaten, wie z.B. einen konkreten Konzern oder eine Regierung. Die US-Künstlerin Martha Rosler würde in diesem Zusammenhang von einer "allgemeinen Kritik" sprechen, mit der die Kunstwelt und die Kritisierten gut leben können, im Unterschied zu einer "konkreten Kritik". (4) Diese "allgemeine Kritik" schadet auch nicht dem, was das primäre Ziel der Gen-Welten zu sein scheint, nämlich für Gentechnologien Akzeptanz zu schaffen.

Zu den in der Bundeskunsthalle gezeigten Kunstwerken, in die man mit etwas gutem Willen eine kritischere Position hineininterpretieren könnte, zählt Katharina Sieverdings Biennale-erprobtes "Steigbild IX" von 1997. Dargestellt sind (schwer erkennbare) brennende BSE-Kühe, die mit DNA-Sequentierungsmustern überlagert sind. Durch seine abstrakte Kodierung dürfte es jedoch für die meisten BesucherInnen wohl in erster Linie ästhetisch wahrnehmbar sein. Dadurch wird die Kritik an Xenotransplantationen, deren potentielle Gefahren von GentechnologiekritikerInnen oft mit dem "Rinderwahnsinn" BSE verglichen werden, jene marginale Rolle spielen, die ihr von den Ausstellungsmacherinnen auch zugewiesen wird.

Die Problematik dieser Arbeit liegt jedoch nicht in erster Linie an ihrer Konzeption, sondern im Präsentationszusammenhang der Gen-Welten, der eine Nivellierung von Standpunkten bewirkt. Während z.B. die wissenschaftlichen Exponate durch an der Wand befindliche Objektbeschreibungen erläutert werden, wird von diesem Prinzip bei den künstlerischen Exponaten abgewichen. Es wird davon ausgegangen, daß sich Kunstwerke von selbst erklären und eine offene Struktur bilden, in die jedeR hineininterpretieren soll, was er oder sie will.

Oliver Ressler

Dieser Artikel ist leicht gekürzt, der ungekürzte Text erscheint im September 1998 im Buch: geGen-Welten: Widerstände gegen Gentechnologien, Oliver Ressler (Hg.), Wien: Edition Selene, Reihe ART EXIT, 84 S., DM 27.-

Anmerkungen:

1) Wenn nicht näher spezifiziert, stammen alle Zitate direkt aus den Ausstellungen und den dazugehörigen Informationsmaterialien.

2) Die Gentech-Industrie sponserte die Gen-Welten-Ausstellung in Dresden mit 1 Mio. Mark, in Mannheim mit 400.000 Mark, in Vevey trug Nestlé das gesamte Budget (vgl. Stefan Löffler in Heureka! Das Wissenschaftsmagazin im Falter, 3/1998)

3) vgl. geld.beat.synthetik, Copyshop2 - Abwerten biotechnologischer Annahmen, hrsg. von BüroBert, minimal club, Susanne Schultz, Berlin/Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1996

4) vgl. Martha Rosler in Springer - Hefte für Gegenwartskunst, 1/1997

28. Abstimmung verloren, dennoch viel erreicht. Volksinitiative über Gen-Schutz in der Schweiz

Autor: Herbert Karch · Rubrik: Gentechnologie; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:18

Im Folgenden dokumentieren wir eine Stellungnahme zum Verlauf der Gen-Schutz-Initiative von Herbert Krach, dem Leiter der Abstimmungskampagne Gen-Schutz-Initiative, in Bern.

Das Resultat der Schweizer Volksabstimmung über die Gen-Schutz-Initiative hat die Erwartungen der Initianten natürlich nicht erfüllt. Die Allianz von Konsumenten-, Bauern-, Umwelt- und Tierschutzorganisationen ist trotz großem Engagement gegen die politische und finanzielle Übermacht des gegnerischen Lagers deutlich unterlegen. Die Kampagne der Pharma- und Chemiekonzerne hat gegriffen: Die Angst vor wissenschaftlicher Isolation und die Heilsversprechen beim Kampf gegen schwere Krankheiten haben eine Mehrheit zum Nein gegen die Initiative bewogen. Doch die Enttäuschung des ersten Augenblicks ist überwunden! Frustration und Resignation wären fehl am Platz, denn die Gen-Schutz-Initiative hat im Vorfeld der Abstimmung ganz wichtige Ziele erreicht.

Die Volksinitiative "Zum Schutz von Leben und Umwelt vor Genmanipulation" (Gen-Schutz-Initiative) wurde 1993 von verschiedenen Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt-, Tier- und Konsumentenschutz lanciert. Mit der Absicht, Mißbräuche der Gentechnologie an Tieren, Pflanzen und der Umwelt durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen zu verhindern, wollte die Gen-Schutz-Initiative drei klare Verbote in der Verfassung verankern: Keine Patentierung von Tieren und Pflanzen, keine Genmanipulation am Tier, keine Freisetzung genmanipulierter Lebewesen in die Umwelt. (1) Für die Forschung und die industrielle Produktion von Stoffen mittels gentechnisch veränderter Organismen hätte die Initiative eine sorgfältige Prüfung des Risikos verlangt. Die Gesuchsteller hätten -bei Erfolg der Initiative - den Nachweis des Nutzens und des Fehlens von Alternativen, sowie die Darlegung der ethischen Verantwortbarkeit erbringen müssen. Mit diesen Forderungen sollten jene Grenzüberschreitungen der Gentechnologie an Tieren, Pflanzen und der Umwelt untersagt werden, die unsozial, unethisch und hochriskant sind.

Ängste und Hoffnungen geschürt

Ziel der Einschränkungen durch die Gen-Schutz-Initiative waren die Anwendungen der Gentechnologie in der Landwirtschaft. Die gentechnische Grundlagenforschung und die medizinische Anwendung wären auch nach Annahme der Initiative weiterhin zugelassen gewesen. Die Produktion von Medikamenten und anderer Wirkstoffe in geschlossenen Systemen wäre von der Gen-Schutz-Initiative nicht tangiert worden. Die Gen-Schutz-Initiative berührte die Medizin in einem einzigen Punkt: Die Forschung mit genmanipulierten Tieren wäre untersagt worden. Obschon genmanipulierte Tiere zur Zeit bei erst etwa zwei Prozent der medizinischen Forschung eine Rolle spielen, hakte die Gegenkampagne gegen die Initiative an dieser Stelle ein. Die Auswirkungen der Initiative auf Forschung und Medizin wurden enorm hochgespielt. In einer von der Pharma-Industrie angeführten millionenschweren Abstimmungskampagne wurde das Ende der medizinischen Forschung heraufbeschworen, sollte die Initiative angenommen werden. Nichts weniger als der Forschungsstandort Schweiz stand angeblich auf dem Spiel.

Im selben Zug schürte die Propaganda Hoffnungen auf die gentechnische Heilung von Krebs, Alzheimer, Parkinson und Aids. Forschung sei ohne Gentech-Tiere jedoch unmöglich. Mit massivsten Fehlinformationen über die Auswirkungen der Initiative im medizinischen Bereich, mit der Drohung von WissenschaftlerInnen, bei einem Ja zur Initiative sofort auszuwandern, und mit der Drohung enormer Arbeitsplatzverluste erreichte die Pharma-Industrie ihr Ziel: Am 7. Juni lehnten zwei Drittel der Abstimmenden (66,6%) die Gen-Schutz-Initiative ab.

Großen politischen Druck erzeugt

Doch trotz der Abstimmungsniederlage hat die Gen-Schutz-Initiative im Vorfeld der Abstimmung verschiedene Ziele erreicht:

1) Dank der Gen-Schutz-Initiative sind die Lebensmittelgeschäfte in der Schweiz immer noch praktisch frei von gentechnisch veränderten Produkten. Es gibt erst zwei oder drei Ausnahmen, die aber als "GVO-Erzeugnis" deklariert werden müssen. Die spürbare Skepsis gegenüber genmanipulierter Nahrung haben die Hersteller und Verkäufer bewogen, sich so lange wie möglich mit herkömmlichen Produkten einzudecken. Am Weltmarkt wurden Lieferverträge für gentechnikfreie Produkte schon für das nächste Jahr abgeschlossen.

2) Die Schweizer Landwirtschaft kommt weiterhin zu hundert Prozent ohne Genmanipulation aus. Bei den Nutztieren ist die Ablehnung einstimmig. Hier sind auch die Gegner der Initiative der Meinung, daß kein Bedarf und kein Nutzen besteht. Im Ackerbau ist ebenfalls noch kein Gesuch für den Anbau von Gentech-Pflanzen gestellt worden. Die Zulassungen von Gentech-Soja und Gentech-Mais gelten nur für den Import von Produkten zur Konsumation oder als Futterkomponenten. Die Einfuhrmengen und die Anteile von genmanipulierten Bestandteile sind noch immer nahe Null.

3) In der landwirtschaftlichen Forschung beschränkt sich die Anwendung von gentechnischen Methoden bis jetzt auf Versuche in geschlossenen Systemen, zum Beispiel in Sicherheits-Gewächshäusern, welche die Initiative auch erlaubt hätte. Freisetzungsversuche in die Natur sind auch für diesen Sommer keine angemeldet.

Versprechungen von der Regierung

Es ist aufgefallen, daß die Abstimmungssieger trotz deutlichem Resultat nicht laut triumphierten. Sie wissen, daß sie jetzt der Bevölkerung gegenüber in der Pflicht stehen. Denn der harte und lange Abstimmungskampf um die Gen-Schutz-Initiative konnte so lange offen gehalten werden, daß Politiker und Wissenschafter in ihrer Nein-Propaganda konkrete Versprechen abgeben mußten.

Der Bundesrat hat Lücken in der Gesetzgebung über die Gentechnik zugegeben und die lange Zeit verschleppten Vorarbeiten zur Schließung dieser Lücken beschleunigt. Ohne Initiative würde das Geschäft immer noch in Expertengremien hin und her gewälzt.

Die bürgerliche Parlamentsmehrheit und die Gen-Lobby der Pharma- und Chemiekonzerne haben "hoch und heilig" versprochen mitzuhelfen, daß die Regierungsvorschläge auf Gesetzesebene, das sogenannten "Gen-Lex-Paket", ohne Abstriche umgesetzt wird. Es sind dreißigjährige Haftungsfristen für Gentech-Schäden an Gesundheit und Umwelt in Aussicht gestellt, die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten zwischen gentechnisch veränderten und gewöhnlichen Lebensmitteln soll gewährleistet bleiben, die Deklaration verständlicher werden. Ein Ausbau des Tierschutzgesetzes soll die Würde der Kreatur sichern, die Genmanipulation an Nutztieren verboten sein. Über die Ethik-Kommission soll in Sachen Gentechnik ein permanenter Dialog zwischen Behörden und Bevölkerung stattfinden.

Die größten Versprechen haben die Konzern-Chefs der Pharma-Industrie und die Wissenschaftler an den Universitäten und Hochschulen gemacht. Sie wollen mit der Gentechnik an Versuchstieren die Heilung schwerer Krankheiten vorantreiben und gleichzeitig dank gezielter Forschung die Zahl der verwendeten Versuchstiere senken. Die geweckten Hoffnungen sind groß und waren ausschlaggebend für den Abstimmungsausgang. Diese Bringschuld müssen wir in den nächsten Jahren einfordern.

Beobachter und Wächter

Doch wer die Politik und die Politiker kennt, weiß: Alle Versprechen drohen vergessen zu werden, wenn nicht eine genügend mächtige Organisation regelmäßig daran erinnert. Die Trägerorganisation der Gen-Schutz-Initiative, die heute 42.000 Mitglieder und Gönner zählt, muß und will weiterbestehen. Ihre Aufgabe wird als erstes sein, die Funktion des kritischen Beobachters zu erfüllen. Sollte das Gen-Lex-Paket nicht innerhalb eines Jahres beschlossen sein oder werden materielle Abstriche gemacht, wird man über eine zweite Gen-Schutz-Initiative einen neuen Anlauf machen müssen. Diese zweite Initiative würde sich dann ganz auf die risikoreiche und in weiten Kreisen der Bevölkerung ungeliebte Anwendung der Gentechnik im Landwirtschafts- und Lebensmittelbereich beschränken. Mit solchen Aufgaben und Perspektiven kann - nach dem ersten Mißerfolg - von Resignation keine Rede sein. Der Kampf gegen schrankenlose Genmanipulation geht weiter.

Herbert Karch

Anmerkung:

1) Ein Artikel über Humangenetik steht bereits in der schweizerischen Verfassung.

Das Abstimmungsresultat

Von den 4,6 Millionen stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger der Schweiz beteiligten sich 40 Prozent an der Abstimmung. Das ist für Sachvorlagen eine durchschnittliche Beteiligung. Ein Ja zur Initiative legten rund 625.000 Stimmberechtigte ein (33%), ein Nein 1.250.000 (67%). Das Resultat fiel klarer aus als von politischen Beobachtern angenommen. Meinungsumfragen vor dem Urnengang hatten gar ein Kopf-an-Kopf-Rennen prognostiziert. In den deutschsprachigen Kantonen lag der Ja-Anteil mit 37 % höher, in den französisch oder italienisch sprechenden Landesgegenden nur bei 23%. Ein erheblicher Unterschied war auch zwischen Städten und ländlichen Gebieten feststellbar. Auf dem Land erreichte die Initiative höhere Zustimmung: In etwa zweihundert Dörfern gab es für die Initiative sogar Ja-Mehrheiten. Von den Parteien hatten die Sozialdemokraten und die Grünen die Initiative unterstützt, ebenso drei kleinere Parteien, die kirchlich oder rechtskonservativ orientiert sind. Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei (Wähleranteil: 22%) gab es eine Minderheits-Fraktion gegen die Initiative. Dieser Fraktion gehörten auch die beiden sozialdemokratischen Minister der Regierung an.

29. Hilfloser Antistalinismus. Christian v. Ditfurths PDS-Kritik ist engagiert, aber widersprüchlich

Autor: Christoph Jünke · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:04

Das jüngst erschienene Buch des politischen, sich selbst links verstehenden Journalisten Christian von Ditfurth ist eine gleichermaßen engagierte und zutiefst bittere Abrechnung mit der PDS. Vor allem zeigt es exemplarisch Stärken und Schwächen einer bestimmten west-linken Kritik an der PDS auf, mit der sich auseinanderzusetzen gerade für jene lohnt, die der Partei in westlinker, kritischer Sympathie mehr oder weniger nahe stehen.

Für Ditfurth ist das Projekt einer linksalternativen, demokratisch-sozialistischen Partei gescheitert - im Osten an ihrer mangelnden Entstalinisierung, im Westen an den die Parteistrukturen dominierenden Sekten. Spätestens der Beschluß des Parteivorstandes zum Krenz-Urteil ist ihm das Zeichen, daß die Neostalinisten und sogenannten Ostalgiker um die Kommunistische Plattform (KPF) und das "Marxistische Forum" die Partei mittlerweile fest im Griff haben. Doch nicht die glänzenden, mal mehr, mal weniger gelungenen Charakterisierungen einzelner Akteure und Strömungen machen die Substanz des Buches aus. Seine Stärken und Schwächen liegen in der Analyse der politischen Stagnation der PDS und in der argumentativen Auseinandersetzung mit den nach Ansicht Ditfurths mittlerweile dominierenden Ostalgikern.

Ostalgie: Relativierung des Stalinismus

Im Zentrum des alles beherrschenden Roll-Back steht (nicht nur) für ihn die Stalinismusdiskussion: "Den Gegenreformern um das Marxistische Forum und die KPF ist es gelungen, den Stalinismusbegriff auszuhöhlen. Gewissermaßen weiß die Partei gar nicht mehr, was Stalinismus überhaupt ist. (...) Gibt man zu, daß die DDR stalinistisch war, stellt man sie in die Linie eines Verbrecherregimes. Dann aber kann man den Vorwurf nicht mehr zurückweisen, daß die DDR ein Unrechtsstaat war. Und wenn die DDR ein Unrechtsregime war, dann wirft das zumindest ein schlechtes Licht auf jene, die in der DDR Partei- und Staatsfunktionen innehatten oder auch akademische Titel erwarben." Und so wich die Orientierungslosigkeit der beharrenden Kräfte anfangs der 90er Jahre einer "War doch alles nicht so schlimm"-Haltung, in deren Mittelpunkt eine zuerst historische, schließlich auch juristische Relativierung der alten DDR-Zustände fröhliche Urständ feiert.

Ditfurths Stärke liegt darin, die innerparteilichen Debatten auf ihren harten, in der Regel verklausulierten Kern zurückzuführen und diese inhaltlich bestimmten Positionen ausführlich anzugreifen. Handelte es sich beim Stalinschen Terror lediglich um Exzesse und Fehler? Aber der Terror hatte nicht nur System, auf ihm beruhte das ganze System - läßt sich also nicht davon loslösen: "Die Vernichtung eines beträchtlichen Teils der eigenen Bevölkerung war keine bedauerliche Begleiterscheinung des sozialistischen Aufbaus, sondern seine Bedingung." Jede Diskussion über das Aufbewahrenswerte der ehemaligen Gesellschaftsordnung, die nicht zuallererst hierauf rekurriert, darauf beharrt Ditfurth mit Eloquenz, ist Apologie von Herrschaft und Unterdrückung, Apologie eines Okkupationssozialismus, und kann folglich als vermeintlich demokratischer Sozialismus kaum ernstgenommen werden.

Ditfurth beharrt zu Recht darauf, daß die DDR samt und sonders undemokratisch gewesen ist. Es gab keinerlei demokratische Partizipation, keinerlei aktive Zustimmung der Bevölkerung in demokratischen Verfahrensweisen. "Ein demokratischer Sozialist fragt nicht danach, ob ein Politbüro sich an die von ihm selbst gesetzten Regularien hält. Sondern danach, ob es demokratisch zugeht." Eine interpretationsbedürftige Aussage (ich komme darauf zurück), aber als solche vollkommen korrekt. Sicherlich war die DDR völkerrechtlich legitimiert, doch daraus folgt nicht notwendigerweise schon demokratische, moralische oder historische Legitimität. Doch was ist mit den antifaschistischen Grundlagen der Ex-DDR? Ditfurth legt die Finger in die Wunde, wenn er auf die Zeit des Hitler-Stalin-Paktes, die damit verbundene praktisch-politische Stillhaltepolitik der damaligen Kommunisten und ihre ideologische Verwirrung als Beispiel mangelnden Antifaschismus verweist. Auch die Entnazifizierung war ihm Ausfluß weniger von echtem Antifaschismus als vielmehr nacktes Herrschaftsinstrument, Mittel zur Schaffung einer sozialen Basis für die neue bürokratische Schicht: "Die Tragödie des kommunistischen Antifaschismus besteht darin, daß er am Ende dazu diente, eine Diktatur zu rechtfertigen." Solche Worte mögen weh tun, sind aber eine Wahrheit, die in linken Kreisen viel zu selten betont wird.

Fragt Ditfurth auf seiner Reise nach den Gründen dieser oftmals sehr subtilen Form von Legitimationsideologie, so läßt sich von den Betreffenden vernehmen: "Ich kann doch nicht umsonst gelebt haben". Doch er bleibt in seinem moralischen Rigorismus unerbittlich und spricht von selbstverschuldeter Blindheit: "Man gibt seinem Leben keinen Sinn, wenn man einer schlechten Sache gedient hat und sich darüber nicht bewußt werden will."

Grenzen der

moralischen Kritik

Die Grenzen des Ditfurthschen Ansatzes werden allerdings deutlich, sobald wir fragen, welche Konsequenzen er aus seiner Analyse zieht. Für ihn wäre es ein Zeichen erneuerten demokratischen Sozialismus, solche Leute auszuschließen. Hier haben wir dann jenes argumentative Zentrum betreten, in dem eine verkürzte, materialistisch nicht gesättigte Moral in ihr notwendiges Gegenteil, in Repression umschlägt.

Moralische Kritik gibt es nicht unabhängig von politisch-theoretischen Grundlagen. Und eine moralische PDS-Kritik, wie sie Ditfurth präsentiert, ist nur glaubwürdig und konsistent, wenn sie von einem demokratisch-sozialistischen Standpunkt aus vorgetragen wird und sich nicht auf Moral allein begrenzt. Bei beidem muß Ditfurth passen.

Fangen wir mit dem letzteren an, mit der Moral. Eine politische Bewertung der Ostalgie, die über die rein moralische Kritik hinausgehen möchte, muß sich über deren gesellschaftliche Grundlage und Dynamik Rechenschaft ablegen. Ditfurth kennt sie, er führt sie am Anfang seines Buches an: Der Neostalinismus von KPF und schweigender Parteimehrheit war nicht ursprünglich, er hat sich erst langsam entwickelt, als Reaktion auf die gescheiterten Hoffnungen nach 1990, auf wirtschaftliche und soziale Zerrüttung und als Reaktion auf den vermeintlichen Anpassungs- und Integrationskurs der Parteiführung an und in den Westen, von dem sich viele im Osten an den Rand gedrängt fühlen.

Ditfurth kann jedoch mit dieser Erkenntnis nicht viel anfangen, wenn er gleichzeitig suggeriert, daß es sich bei dieser Entwicklung vor allem um geschickte Tarnung der Neostalinisten handele. Das Problem ist eben nicht nur der entlarvte Neostalinismus, es sind auch die gesellschaftlichen Verhältnisse, die ihn blühen lassen. Die Forderung, die Illusionen über einen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusion bedarf, hat einmal ein schlauer demokratischer Sozialist geschrieben. Das heißt eben auch, daß man solche Mentalitäten nicht durch Ausschluß oder gesellschaftliche Ächtung auflöst, sondern durch "Aufklärung und Aktion" (Rudi Dutschke), durch Freilegung jenes harten rationellen Kerns, der in solcher Ideologie sich versteckt, sowie durch dessen Aufhebung in einer wirklich demokratisch-sozialistischen Weltsicht.

Kommen wir also zum zweiten, dem demokratisch-sozialistischen Standpunkt. Ditfurth entwickelt ihn lediglich in Ablehnung der "restaurativen Kräfte". Denen sei, so sein Vorwurf, "der anzustrebende Sozialismus keine Fortentwicklung der Demokratie und ihrer Institutionen, sondern ein scharfer Bruch mit der bürgerlichen Gesellschaft". Statt dessen sieht er in den Konzepten der PDS-Modernisierer "Chancen für eine Renaissance der Linken in Deutschland. Sozialistische Politik im 21. Jahrhundert müßte zurückgreifen auf ihre Ideen der Demokratisierung, der Eigentumsvielfalt, der Zivilisierung und des ökologischen Umbaus." Vor allem heiße dies jedoch, daß man sich vom Klassenkampfdenken als solchem verabschiede, betont er des öfteren.

Deutlich wird hier, daß das ehemalige DKP-Mitglied Christian von Ditfurth über keinen eigenen Begriff von Sozialismus verfügt. Sozialismus ist ihm schlicht Demokratisierung bürgerlicher Gesellschaftsstruktur, die Modernisierer sind ihm "dort angekommen, wo Eduard Bernstein vor hundert Jahren schon war" - ohne daß ihn dies irgendwie stutzig machen würde. "Ich halte die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im neuen Deutschland für veränderungswürdig", schreibt er in entlarvender Unbestimmtheit und denkt offensichtlich nicht über den gesellschaftlichen Konsens von Kohl, Schröder und Fischer hinaus. Wo bleibt hier, muß gefragt werden, das Sozialistische im demokratischen Sozialismus? Und wo bleibt der Zorn gegen eine neoliberal verkommene Gesellschaftspolitik - noch immer notwendiges Minimum eines wie auch immer verstandenen demokratischen Sozialisten? Ein demokratischer Sozialist fragt eben nicht nur danach, ob es demokratisch zugeht, sondern auch, wohin es denn gehen soll.

Daß eine solche moralische Stalinismuskritik nicht genügt, um dem Gespenst des Neostalinismus mit Argumenten ernsthaft und konkret zu begegnen, das sei zumindest an einem zentralen Beispiel verdeutlicht - am Beispiel der von Ditfurth angeführten Kritik Sarah Wagenknechts an der Entspannungspolitik. Wagenknecht sieht in der Chruschtschowschen Entspannungspolitik die "Einführung des Opportunismus in die Politik". Verursacht durch die wirtschaftlichen Kriegsfolgen und die dadurch ermöglichte erpresserische Drohung mit der Atombombe, sei es schließlich zur Selbstauslieferung der Sowjetunion durch Verräter, allen voran natürlich Gorbatschow, gekommen.

Was hat nun Ditfurth diesem gängigen neostalinistischen Klischee zu entgegnen? Erstens, daß Materialisten Geschichte bekanntlich nicht mit Fehlern von Subjekten erklären dürfen; zweitens, daß der Kommunismus eben einfach am Zusammenbrechen gewesen ist. Welch eine schillernde Widerlegung! Was fehlt, ist der Hinweis, daß die dem Chruschtschowschen und Gorbatschowschen Denken zugrundeliegende Theorie eben jene Theorie des Sozialismus in einem Lande und die daraus abgeleitete Politik friedlicher Koexistenz ist, die auf niemand geringeren zurückgeht als eben jenen Stalin, für den die Neostalinisten nicht müde werden, so viel Verständnis aufzubringen. "Der Revisionismus ist seinem Ursprung nach stalinistischer", schrieb schon Isaac Deutscher vor vielen Jahrzehnten. Eine demokratisch-sozialistische Sichtweise, die Geschichte im Herrschaftsinteresse nicht umbiegen und verfälschen will, wird deswegen an der Frage nach den gesellschaftlichen Interessen, an der Frage nach den materialistischen Grundlagen bürokratischer Politik nicht vorbei können. Jede Stalinismuskritik, die nicht vor allem und zuerst auf das Problem der Bürokratie als herrschender Kaste eingeht, verliert sich im Subjektivismus vermeintlich individueller Fehler bzw. individuellen Verrats oder im fatalistischen Objektivismus der vermeintlich unreifen Verhältnisse. Solcherart verbleibt sie notwendig in hilfloser Moral stecken.

Dies ist beileibe keine Geschichtsfrage, denn zu einer Einschätzung des zeitgenössischen, Ditfurth so am Herzen liegenden Neostalinismus, vor allem unter dem Blickwinkel seiner Bekämpfung, gehört eben die Frage nach dessen aktuellen materiellen Grundlagen. So gesehen ist der Neostalinismus einer Sarah Wagenknecht und anderer vor allem ein mentales Problem, denn es gibt keine Institutionen organisierter Arbeiterbewegung, auf die er sich stützen kann. Mentalitäten können und müssen jedoch auf rein argumentativem Wege bekämpft werden, nicht auf administrativem.

Neostalinismus

im Parteiapparat

Der teils mehr, teils weniger verkappte Neostalinismus ist eines der zentralen Probleme in der Linken. Und Ditfurth verdient Lob dafür, mit vielen der neostalinistischen Argumente tabula rasa zu spielen. Doch zum innerparteilichen Strukturproblem wird der Neostalinismus nicht dadurch, daß große Bevölkerungsteile einer Region aus "Ostalgie" Versatzstücke des Neostalinismus adaptieren. (Haben wir ihnen denn Besseres zu bieten? Ditfurth jedenfalls nicht!) Zum Problem wird er, wenn er sich mit einer institutionellen Strategie verbindet. Hier verlassen wir dann die Hinterzimmer und müssen den Blick auf diejenigen Teile der Partei richten, die in den staatlichen Institutionen vorwiegend des deutschen Ostens sitzen.

Ditfurth weiß und betont dankenswerterweise, daß die PDS keine Arbeiterpartei ist, keine Kommunistische Partei, und er gibt auch unumwunden zu, daß ihre Zusammenarbeit mit der SPD "unsere Gesellschaft nicht grundlegend ändern (würde)", er weiß sogar, daß die Reformer nicht um der Sache wegen in die Regierungsverantwortung treiben, sondern um "endlich aus dem Getto der SED-Vergangenheit herauszukommen. Nur so gibt es eine Chance, die Partei zu verändern, die Ostalgiker zurückzudrängen, die Genossen auf Ziele einzuschwören, die in der Zukunft liegen, statt mit dem Blick zurück zu leben." Doch er fragt nicht nach jener problematischen Verbindung von institutioneller Integration in die bürgerliche Gesellschaft mit traditionskommunistischer, neostalinistischer Mentalität, wie sie bspw. ein Dietmar Bartsch verkörpert, seines Zeichens Bundesgeschäftsführer der PDS und neuerdings auch medial entdeckter vierter Mann in der Führungsriege der Partei. Bartsch - ein Prototyp jener neuen im Osten Deutschlands verwurzelten Garde von Parteitechnokraten, die hinter dem oftmals durchaus ehrenwerten André Brie bereits Gewehr bei Fuß stehen - hat keine Probleme, die vollständige soziokulturelle Integration in die Institutionen des bürgerlichen Staates zu kombinieren mit heimlich gepflegter Sympathie für die chinesischen Marktstalinisten. Konsequent intrigiert er auf administrativem Wege gegen mißliebige westlinke PDS-Abgeordnete oder kanzelt

seine Hamburger Basis via Fernsehen in geradezu parteischädigender Weise ab. Für Ditfurth dagegen ist Bartsch ein Gewährsmann der Reformer, auf dessen Worte er sich ungeprüft verläßt.

Wenn solche Leute Beteiligung an bürgerlicher Regierungspolitik anstreben, nur um ihre anders nicht in den Griff zu bekommenden Nostalgiker parteilich zu isolieren, dann sollte ein demokratischer Sozialist hellhörig werden. In seinem (individualpsychologisch erklärbaren) Haß auf Ostalgiker und Westlinke ("Ladenhüter" ist noch eine der harmloseren Entgleisungen) schließt Ditfurth die Augen vor solchen Konflikten innerhalb der PDS, die ja nicht nur etwas über den demokratischen und sozialistischen Charakter einer solchen Partei aussagen, sondern auch etwas über die strukturelle Dynamik derselben.

In Ditfurths Buch erfahren wir zwar manches über einzelne Teile der Partei und lesen viele gute Argumente gegen die Ostalgie. Aber eine Analyse der Partei als Ganzem, ihrer Konstitution, Programmatik und Dynamik, wie auch der Gesellschaft, innerhalb der sie agiert, suchen wir vergebens. Schade ist vor allem, daß es dadurch vielen erleichtert wird, sich um die Diskussion der richtigen Argumente herumzudrücken.

Christoph Jünke

Christian von Ditfurth: Ostalgie oder linke Alternative. Meine Reise durch die PDS, Köln (Kiepenheuer & Witsch) 1998, 311 Seiten, 39.80 DM

30. Offenstall und Ehebruch. Ein Dorfroman aus der DDR

Der Tod des Autors Ein Krimi

Autor: efa. · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:21

Diesmal gibt es ausnahmsweise keine Analyse und Kritik, sondern Empfehlungen für die entspannte Lektüre im Strandkorb, am See, auf dem Balkon ... Einige AutorInnen aus der ak-Redaktion haben ihre Lieblingsbücher aus dem Bücherschrank geklaubt und besprechen sie nun für die geneigte ak-UrlaubsleserInnenschaft. Vom Krimi zur anspruchsvollen Literatur, vom Landpoeten bis zum politischen Roman - hoffentlich ist für jeden Geschmack etwas dabei.

Der Tod des Autors

Ein Krimi

Früher war es ganz simpel: In Krimis ging es um Mord und allerhand Verbrechen, aber vornehmlich um die Frage: Wer war der Mörder? Die Zeiten sind vorbei. Seit etwa zehn Jahren geht es im Krimi um mehr: Geschlechterrollen, das Mittelalter, Klassengesellschaft, die Liebe in allerhand Spielarten, Schnee, japanische Flüchtlinge an Amerikas West-Küste etc. etc. Jetzt kann man der Liste noch ein Thema hinzufügen: den Dekonstruktivismus.

In Gilbert Adairs elegantem Kriminalroman "Der Tod des Autors" befindet sich der Held, ein anerkannter, ja berühmter amerikanischer Literaturprofessor, in einem Dilemma: Während des Zweiten Weltkrieges hat er im besetzten Frankreich nazifreundliche Artikel geschrieben. Daran möchte er aus verständlichen Gründen - er hat sich auf seinem Posten an einer Ostküstenuniversität häuslich eingerichtet - nicht mehr erinnert werden. Was macht er? Er entwirft eine Theorie, in der er den Autor tötet. Mit anderen Worten, er konstruiert eine dekonstruktivistische Theorie, die besagt, daß es außerhalb eines Textes keine Geschichte gäbe, auf die sich das Geschriebene beziehen könne. So entläßt er den Autor aus der Verantwortung. Er selbst erklimmt mit Hilfe dieser These noch eine weitere Sprosse auf der Karriereleiter. Als ihn dann seine ganz persönliche Geschichte in Form von sehr konkreter Gewalt einzuholen droht, rollen auch die Köpfe der Leser.

Eine wunderbar schwarze Satire auf den Dekonstruktivismus, voll von sprachlichen Witzeleien, Scherzen und bitteren aktuellen Anspielungen. Packender als jedes Lehrbuch bietet "Der Tod des Autors" einen scharfen Einblick in die zentralen Fragen des Dekonstruktivismus. Nebenher wirft Adair voller Sarkasmus die Frage nach den Ursprüngen dieser Theorie auf. Ist sie vielleicht nur die Flucht vor dem eigenen Opportunismus vergangener Tage?

S.E.

Gilbert Adair "Der Tod des Autos", Edition Epocha AG Zürich, 154 Seiten, 266g.

Wer nicht kämpft, hat schon verloren

Jugendliche im Berliner Wedding

Die Arbeiterfamilie Gebhardt in der Ackerstraße 37 im Berliner Wedding steht im Zentrum der Trilogie des Jugendbuchautors Klaus Kordon. Der erste Band "Die roten Matrosen oder ein vergessener Winter" spielt 1918/19. Helle, gerade 13 Jahre alt, versucht mit seiner Familie Hunger, Krankheit und Armut der letzten Kriegstage zu überwinden. Die Gebhardts wohnen im vierten Hinterhof, der ältere Bruder ist erst vor kurzem an der Hungergrippe gestorben, der Vater kämpft für Kaiser und Vaterland in Frankreich, und die Mutter arbeitet in der Fabrik. Dieser triste Alltag ändert sich, als der Vater verletzt aus dem 1. Weltkrieg zurückkehrt und kurze Zeit später die Matrosen zu meutern beginnen und auch nach Berlin kommen. Helle und seine Familie stecken mittendrin. Der Vater, noch vor dem Krieg SPD-Anhänger, fühlt sich von der SPD getäuscht und betrogen und schließt sich der Spartakusgruppe an. Helles Mutter wird in ihrem Betrieb in den Arbeiterrat gewählt, und Helle selbst zieht mit Freunden oder alleine durch die Straßen Berlins, lernt zwei "rote Matrosen" kennen, erlebt die Großdemonstrationen und die Niederschlagung der Revolution.

Im zweiten Band "Mit dem Rücken zur Wand" geht es um die Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Kommunisten 1932 und die Folgen der Machtübergabe 1933. Hans Gebhardt, der jüngere Bruder von Helle, ist 15 Jahre alt und hat durch Beziehungen Arbeit bei der AEG gefunden: Er ist ein guter Turner im kommunistischen Fichte-Arbeitersportverein, sein Chef turnt bei der "Freien Turnerschaft" der Sozialdemokraten. Jetzt hat Hans Angst, daß ihn die sozialdemokratischen Turner abwerben wollen. Das ist aber das geringste Problem im Betrieb, denn schon am ersten Arbeitstag schikanieren ihn im Stadtteil bekannte SA-Männer, die auch bei der AEG arbeiten und wissen, daß er aus einer kommunistischen Familie kommt. Hans muß sich entscheiden, was er will. Steht er auf der Seite von Bruder Helle und seiner Frau Jutta, die aktive KPDler sind, oder schlägt er den Weg seiner älteren Schwester Martha ein, die akzeptiert, daß ihr Freund in die SA eintritt? Wie verhält er sich zum "Bruderstreit" mit der SPD, nachdem sein Vater wenige Jahre zuvor aus der KPD ausgeschlossen wurde, weil er Kritik an der Sozialfaschismuspolitik geübt hatte? Hans' Gedanken werden schnell von den Ereignissen überrollt, als seine Familie immer mehr unter den wachsenden Druck der Nationalsozialisten gerät, Straßenkämpfe mit den Faschisten den Alltag dominieren und die Verhaftungen beginnen. Zeit für seine erste Liebe bleibt da kaum.

"Der erste Frühling" beschließt die Trilogie. Änne, die zwölfjährige Tochter von Helle und Jutta, die kurz vor deren Verhaftung geboren wurde, erlebt das Kriegsende bei den Großeltern in Berlin. Ihre Eltern hat sie noch nicht kennengelernt. Damit Änne nicht zum BDM und in die Kinderlandverschickung muß, haben ihr der Großvater und ein Arzt ein Attest geschrieben: Sie habe so zerbrechliche Knochen, daß sie nicht belastbar sei. Den Alltag der Familie prägen der tägliche Bombenalarm und der "Endkampf" um Berlin. Heinz, der jüngere Bruder von Hans und Helle, desertiert in den letzten Kriegsmonaten und bringt den ebenfalls desertierten HJ-Flakhelfer Dieter mit. Nach und nach erfährt Änne, was mit den Mitgliedern der Familie in den letzten zwölf Jahren passiert ist. Ihre Tante, die jüdische Frau von Hans, kommt nach der Befreiung aus ihrem Versteck zurück in die Ackerstraße. Als eines Tages Ännes Vater Helle, der die nationalsozialistische Diktatur in Gefängnissen und im KZ verbracht hat, vor der Tür steht, weiß Änne nicht mehr, wie sie mit dieser Vergangenheit umgehen soll.

Die HeldInnen in den Romanen Klaus Kordons sind immer ungefähr in dem Alter, das auch die LeserInnen der Bücher haben könnten. Aber nicht nur auf Jugendliche wirkt die Trilogie anziehend. Schon nach kurzer Zeit fiebert wohl jedeR mit dem Alltag der Gebhardts, hofft auf ein glückliches Ende und weiß, daß es nicht kommen kann, weil die Geschichte anders war. Die Bücher sind selbstverständlich parteilich und beziehen die Position einer kritischen, kommunistischen Arbeiterfamilie in den Hinterhöfen Berlins. Im Anhang eines jeden Bandes finden sich ein Glossar mit wichtigen Begriffen und Abkürzungen aus der jeweiligen Zeit und auch ein kurzer historischer Abriß mit der Vorstellung wichtiger Thesen zur gescheiterten Revolution 1918/19 und zum Ende der Weimarer Republik.

ari

Klaus Kordon: Die roten Matrosen oder ein vergessener Winter, Beltz & Gelberg, Weinheim 1984, 487 Seiten, TB 16,90 DM; geb. 32,00 DM.

Klaus Kordon: Mit dem Rücken zur Wand, Beltz & Gelberg, Weinheim 1990, 455 Seiten, geb. 32,00 DM (Taschenbuch soll bald erscheinen).

Klaus Kordon: Der erste Frühling, Beltz & Gelberg, Weinheim 1993, 510 Seiten, z.Zt. vergriffen.

Für Wanderungen und Fahrradtouren aufgrund des Gewichtes nicht zu empfehlen.

Kurz und gut

Am Strand können ja aus ausgemachten Kurzgeschichten-HasserInnen mitunter LiebhaberInnen werden: Wenn die Wolkenbank näher rückt oder die Flut bereits die Zehen umspült, kann es gerade für Exzeß-LeserInnen enorme Vorteile haben, die Lektüre ausgelesen zur Seite legen zu können. Wer außerdem im Urlaub nicht bloß leicht Verdauliches verkraftet, dem/der seien die folgenden drei Kurzgeschichten-Bände empfohlen:

Zunächst Keri Hulme. (Anmerkung: Wer ihren Roman "Unter dem Tagmond" noch nicht kennt, sollte diesen trotz Wolkenbänken und erheblichem Eigengewicht zuerst lesen - und dann aber dafür Sorge tragen, daß ein nicht-lesender Mitmensch über die steigende Flut wacht). Hulme erzählt in dem Sammelband "Der Windesser"

in 19 Geschichten und Textfragmenten von Versehrtheit und Verletzbarkeit, Gewalt und Tod. Sie erzählt auch von der Landschaft Neuseelands als Natur, die sich der rationalen Erfassung entzieht. Keri Hulmes Doppelsicht als Weiße und Maori produziert dabei Überblendeffekte, ohne in verklärende oder moralisierende Naturvolk-Mythologie abzugleiten. Häufig ist die Sprache auf das Notwendige reduziert und erzählt doch von den Zwischentönen und dem weniger Sichtbaren - eben so, als würde man im Traum Geschichten lesen.

Auch die Geschichten der Kanadierin Barbara Gowdy erzählen Ungewöhnliches alltäglich. Wie es sich wohl anfühlt, blind zu sein und dann wieder sehen zu können, hat sich wohl jedeR schon mal gefragt. Gowdy beschreibt es so, daß man fast glauben will, daß es so und nicht anders sein muß ("Leib und Seele"). Wie es wohl ist, zwei Köpfe zu haben bzw. wenn zwei Individuen denselben Körper haben, hat sich vielleicht nicht jedeR schon mal gefragt, aber Gowdy erzählt es uns in "Der Mann mit den zwei Köpfen" in abwechselnder Perspektive. Alle ihre Geschichten erzählen von Phänomenen, die auf der Grenze liegen zwischen dem "Normalen" und dem "Anormalen". Sie erzählen von Menschen, die früher auf Jahrmärkten ausgestellt worden wären, und beschreiben sie nicht von außen, sondern aus der Innensicht. Das führt dazu, daß man beim Lesen schnell mit sich selbst eine stumme Debatte darüber anfängt, was die Begriffe "normal" oder "natürlich" benennen und was sie verschweigen - und genau deswegen sind Gowdys Geschichten sowohl Unterhaltung wie unmittelbare Horizonterweiterung.

Seit der Veröffentlichung des Romanes "Gilles Frau" gilt Madeleine Bourdouxhe als literarische Wiederentdeckung, und nach und nach wird ihr Werk veröffentlicht und übersetzt. Sie gehörte in den dreißiger Jahren zum Dunstkreis von Sartre und Beauvoir - letztere soll von ihr begeistert gewesen sein, zumindest hat sie Teile aus dem Werk der Belgierin in "Das andere Geschlecht" zitiert. Die späte Begeisterungswelle - Bourdouxhe starb 1996 - gilt ihrer dichten und feinfühligen Sprache und der Intensität, mit der sie alle Emotionen beschreibt, die im weitesten Sinne den Themen Liebe und Leidenschaft zuzurechnen sind. Die Heldinnen sind dabei immer weiblich und die beschriebenen Leidenschaften auch. Es geht um Wünschen und Begehren ohne Kitsch und Sentimentalität und um Schicksal ohne Pathos. Die sechs Geschichten in dem Sammelband "Wenn der Morgen dämmert" erzählen vom Verhältnis zwischen Männern und Frauen und von der Liebe (nicht nur der zwischen Männern und Frauen) - man kann die Geschichten aber auch einfach nur aus Freude an der bezaubernden Sprache lesen.

efa.

Keri Hulme: Der Windesser - Te Kaihau, Fischer Taschenbuch Verlag, 255 Seiten, 220g.

Barbara Gowdy: Seltsam wie die Liebe, Fischer Taschenbuch Verlag, 235 Seiten, 205g.

Madeleine Bourdouxhe: Wenn der Morgen dämmert, Serie Piper, 152 Seiten, 197g.

Offenstall und Ehebruch

Ein Dorfroman aus der DDR

Wer auf dem Lande Urlaub macht und sich abends im Dorfkrug langweilt, sollte ruhig mal einen Bauernroman lesen, und wer sich in Mecklenburg-Vorpommern oder der Lausitz, in Thüringen oder Sachsen-Anhalt erholt, dem sei Erwin Strittmatters "Ole Bienkopp" empfohlen. In diesem DDR-Dorfroman erfährt man (fast) alles über die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone und über die Neubauern, denen es oft an Erfahrungen in der Landwirtschaft fehlte; über den Mangel an Gebäuden und Vieh, an Saatgut und Maschinen, der die Arbeit in den ersten Nachkriegsjahren erschwerte; man lernt allerhand über Parteibürokratie und Offenstallzucht, über Bullen, Enten und anderes Getier, über alltägliche Scherereien mit dem Klassengegner und ländliche Spielarten des Ehebruchs. Gleichzeitig wird man mit all jenem Personal bestens unterhalten, das in Heimatromanen immer auftaucht: mit Förster, Lehrer oder Pfarrer, den Dorfhonoratioren, mit dem notorischen Trunkenbold, dem kleinen Schneider und dem Gastwirt.

Strittmatter spielt mit der Tradition des Dorfromans und seinen Figuren, die er um das typische DDR-Personal bereichert. Fast alle seine Protagonisten haben sprechende Namen. So heißt das Konsumfräulein Danke und der befehlshörige Parteisekretär Wunschgetreu; Mampe-Bitter ist der Trinker, und der böse Klassenfeind heißt Ramsch.

Im Mittelpunkt steht Ole Bienkopp, ein arbeitsfroher und lebenslustiger Bauer, der mit einigen Freunden die Genossenschaft "Gegenseitige Bauernhilfe" gründet, eine Vorform der späteren LPGs. Das stößt auf den Widerstand der Klassenfeinde ebenso wie der Parteibürokratie. Strittmatter ersetzt den genreüblichen Konflikt zwischen verderbten Städtern und naiv-guten Bauern durch den Gegensatz zwischen lächerlichen Beschlüssen "von oben" und den Anhängern der "Bauernhilfe". Er schildert die Kämpfe in Dorfgemeinschaft und Kleinstadt in einer knarzigen, altertümelnden Sprache, die mit Sprichwörtern und markanten Bildern reich gewürzt ist. Das Holzschnittartige seiner Figuren ist vielleicht nicht nach jedermanns Geschmack, auch nicht, daß Bienkopp unbeirrt alles, nämlich Liebe, Glück und schließlich selbst sein Leben dransetzt, um in dem fiktiven DDR-Dorf Blumenau einen unbürokratischen Sozialismus einzuführen. Das Ende der gar nicht optimistischen Tragödie schildert Strittmatter aber so wortsicher und atemlos klar, daß kaum ein/e LeserIn dem Zug dieser Sätze widerstehen dürfte.

"Bienkopp hat geschaufelt, geschuftet, geschwitzt und gescharrt. Immer wieder drückte das Moor in das Loch. Bienkopps Herz pochte; es war schon mehr ein Getöse. Er machte sich Mut, wenn er müde wurde. Das hält kein Pferd aus, pochte sein Herz.

Aber ich! sagte Bienkopp.

Am zweiten Tag sah Bienkopp das Mergelflöz grau durch die Moorschicht dringen, und er wies sein Herz zurecht: Still doch! Halt dich zusammen, jetzt, kurz vor dem Ziel!

Er legte ein Mergelstück frei; es war so groß wie ein Tisch. Die Zähne klapperten ihm. Das ist die Freude.

Es war schon Nacht. Er schlang einen Kanten Brot hinunter, holte sich Wasser vom See und trank es. Dann raufte er trockenes Schilf vom Seerand, trug eine Bürde zusammen und hatte ein raschelndes Bett.

Er wühlte sich ein und schlief, bis der Nachtfrost ihn packte, da sprang er auf und schürfte und scharrte, Die Sterne standen kalt über dem See. Die Erde reiste - ein Stern unter ihnen.

Es war am Abend des dritten Tages, da hatte Bienkopp ein Mergelstück freigelegt, das war so groß wie ein Garten. (...) Bienkopp ist zu müde, um noch ins Dorf zu gehn und zu sagen: Jetzt kommt und nehmt!

Die Glieder sind ihm wie Eisengestänge. Seine Zähne rasseln wie Klappern.

Er wühlt sich ins Schilf, und immer noch friert er. Ein Weilchen ruhen, dann wird er gehn. Er holt sich mehr Schilf. Märkte bringt eine Decke. Es wird ihm wärmer ..., aber das phantasiert er schon. (...)

Anngret geht durch die Menge der Mergelschürfer. Ich suche Bienkopp!

Und Bienkopp duckt sich. Sein altes Leben, es sucht nach ihm. Sein altes Leben? Er stößt es zur Seite.

Bienkopp fühlt, wie sein Herz zerspringt. Jetzt atmet sich's leicht. Anngret geht stolz und herrisch vorüber. Sie sieht ihn nicht; er ist ja ein Baum. Der Wind schüttelt ihn. Schmerzen und Ängste fallen ins Gras. Oben ziehn Wolken. Die Erde reist ..."

Angela Martin

Erwin Strittmatter: Ole Bienkopp, diverse Ausgaben in der DDR (zuerst 1963), etwa 400 Seiten, div. Ausgaben, zuletzt als Aufbau-Taschenbuch, ca. 250 g.

Tschechows Erzählungen

Theaterfreunde kennen Anton Pawlowitsch Tschechows Stücke, insbesondere Onkel Wanja oder Die Möwe, die auch im deutschsprachigen Raum immer wieder gespielt werden. Weniger bekannt sind seine Erzählungen - obwohl Tschechow (1860-1904), hauptberuflich Arzt, als einer der Begründer der modernen Kurzgeschichte gilt.

Die vielleicht mitreißendste Erzählung, mit mehr als 60 Seiten relativ lang, trägt den Titel Krankenzimmer Nr. 6. Lenin war von ihr so beeindruckt, daß er nach der Lektüre eine Art Platzangst spürte - das Gefühl, selbst im Krankenzimmer Nr. 6 eingesperrt zu sein. In diesem Zimmer eines russischen Provinzkrankenhauses nämlich vegetieren die hoffnungslosen Fälle, die "Geisteskranken", die dort unter menschenunwürdigen Umständen gehalten werden. Tschechow schildert die Eigenheiten der Patienten und ihr monotones Leben in sachlichem

Ton, berichtet dann von einem "sonderbaren Gerücht" und gibt damit der Geschichte die entscheidende Wendung: "Dieses Gerücht besagte, der Arzt habe angefangen, das Krankenzimmer Nr. 6 aufzusuchen." Dr. Ragin, dem die Zustände in seinem Krankenhaus bis dahin gleichgültig gewesen sind, besucht schließlich das Zimmer täglich. Bei langen Gesprächen mit einem der Kranken, dem früheren Gerichtsvollzieher Gromov, gerät sein Weltbild ins Wanken, demzufolge "ein ernsthaft denkender Mensch ... das Leiden verachtet". Der Arzt verändert sich durch seine Besuche im Krankenzimmer Nr. 6 so sehr, daß seine Umgebung aufmerksam wird. "Unser Alter scheint verrückt zu sein", heißt es bald - die sich anschließenden Verwicklungen werden hier natürlich nicht verraten...

Von ganz anderer Art ist ein weiteres Tschechowsches Meisterwerk, die Satire Der Mensch im Futteral. An diesem Menschen, dem Griechisch-Lehrer Belikow, kann man "das ständige und unwiderstehliche Streben beobachten, sich mit einer Hülle zu umgeben, sich ein Futteral zu schaffen, das ihn abschließen, ihn vor äußeren Einflüssen schützen sollte." Jede noch so kleine Veränderung erfüllt ihn mit Sorge: "Wenn nur nichts daraus entsteht." Auch in dieser Geschichte "entsteht" natürlich etwas, kommt es zu einer überraschenden Wendung, als Belikow sich mit der Lehrerin Warwara verlobt. Die Eheschließung scheitert aus scheinbar nichtigem Anlaß: Warwara fährt bei einem Ausflug mit dem Fahrrad - für Belikow eine unerträgliche "Verspottung": "Wenn der Lehrer auf einem Fahrrad fährt, was bleibt da den Schülern übrig? Ihnen bleibt nur übrig, auf dem Kopf zu gehen! Und wenn es nicht durch ein Zirkular erlaubt ist, dann darf man es auch nicht!" Einen Monat später stirbt Belikow: "Jetzt, wo er im Sarge lag, hatte sein Gesicht einen sanften, angenehmen, sogar vergnügten Ausdruck, gerade als sei er froh, daß man ihn endlich in ein Futteral gelegt hatte, aus dem er niemals wieder herauskommen würde. Ja, er hatte sein Ideal erreicht!"

In einem Brief an Tschechow schrieb Maxim Gorki: "Ein gewaltiges Werk tun Sie mit Ihren kleinen Erzählungen: Sie wecken in den Menschen Widerwillen gegen dieses schläfrige, halbtote Leben, hol es der Teufel!" Damit sind Tschechows Erzählungen, obwohl während des Zarismus entstanden, aktuell geblieben. Nicht nur der Inhalt, auch die knappe, auf das Wesentliche beschränkte Form seiner Anklage macht sie zur spannenden Lektüre.

js.

Ausgewählte Erzählungen Tschechows sind in etlichen Sammelbänden erschienen. Besonders empfehlenswert sind die Bücher aus DDR-Verlagen (hier gibt es am meisten fürs Geld): Anton Tschechow, Meistererzählungen. Verlag Rütten & Loening. Bibliothek der Weltliteratur. Berlin, 656 Seiten; 530g; Tschechow, Ein Lesebuch für unsere Zeit. Aufbau-Verlag Berlin und Weimar, 376 Seiten.

31. ¡Felicidades! Lateinamerika-Nachrichten feiern Jubiläum

Autor: efa · Rubrik: Westdeutsche Linke, intern. Solidarität; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:25

Kaum zu glauben: Schon seit einem Vierteljahrhundert erscheinen die Lateinamerika-Nachrichten (LN) - wenn auch "erst" seit 21 Jahren unter diesem Namen. Damit sind die LN die älteste Zeitschrift der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung mit Lateinamerika: "Sie kommen aus der Bewegung, gehen mit der Bewegung, sind Teil des Auf und Ab der Bewegung", wie es in der Jubiläumsausgabe heißt.

Die Solidarität mit der chilenischen Bevölkerung und der Regierung der Unidad Popular ist 1973 der Anlaß für die Gründung der Chile-Nachrichten, deren Auflage wenige Monate später, nach dem Putsch in Chile, von 200 auf 8000 Exemplare klettert. Die allmähliche Ausweitung des länderbezogenen Ansatzes Mitte der 70er Jahre zunächst auf das südliche, später auf das gesamte Lateinamerika, findet 1977 schließlich ihren Ausdruck in der Umbenennung der Zeitschrift. Mit dem Sieg der SandinistInnen in Nicaragua wird Ende der 70er Jahre Zentralamerika ein Schwerpunkt der Lateinamerika-Nachrichten wie auch der Solidaritätsbewegung. Die Solidarität mit den bewaffneten Befreiungsbewegungen in der Region ist selbstverständlicher Teil der politischen Selbstdefinition und will doch nicht blind sein. So wird z.B. der Prozeß der Demokratisierung 1984 in Nicaragua hinterfragt und Kritik an der einseitig glättenden Informationspolitik der FMLN in El Salvador geübt, die KritikerInnen in den eigenen Reihen als Werkzeuge des Imperialismus denunziert. "Bei vielen von uns löst eine derartige Informationspolitik ernste Identitätsprobleme aus", heißt es im Editorial der März-Ausgabe 1984 - und damit ist der Widerspruch zwischen politischer Identifikation und eigener Positionierung als Solibewegung auf den Punkt gebracht. Vor den 1990er Wahlen in Nicaragua stehen für die LN die SiegerInnen nicht schon längst fest - und das ist angesichts des in der Soli-Szene verbreiteten blinden Zweckoptimismus keineswegs selbstverständlich.

Erfreulich ist, daß die LN im Zuge der allgemeinen Desorientierung und Resignation nach 1990 nicht der Depression anheimfallen, sondern weitermachen. Die neue Unübersichtlichkeit geht an dem Blatt aber auch nicht spurlos vorbei: Mit wem können wir solidarisch sein?, fragen sich Zeitung(en) und Bewegung(en). Statt eindeutiger Antworten überwiegen jetzt eher offene Fragen: Was kann heute Sozialismus sein, welche Motive liegen hinter unseren internationalistischen Aktionsformen, wie ist das Verhältnis von Solidarität und Paternalismus - diese Fragen diskutiert man in der Solibewegung oder dem, was von ihr noch übrig ist, und in den LN.

Der erleichterten Euphorie, mit der so mancheR LinkeR ab 1994 die ZapatistInnen als nun endlich wahre RevolutionärInnen feiert, schließen sich die LN nicht an. "Chiapas - kein Anlaß zur Freude", heißt es im Editorial der Februar-Ausgabe 1994. Und: "Chiapas ist ein Zeichen dafür, wie der Ausschluß von Menschen aus der ‚Zivilisation' funktioniert und wie schlecht die Ausgeschlossenen damit leben können." Diese Zurückhaltung mindert die bis heute informative und solidarische Berichterstattung über die Situation in Chiapas nicht - im Gegenteil.

Während früher in den LN eher klassisch antiimperialistische Themen dominierten, reicht die Themenvielfalt heute von Fußball bis Kino in Lateinamerika, und "Musik" und "Literatur" sind feste Rubriken geworden. Das ist sicher auch der Tatsache geschuldet, daß die Zeitung zwangsläufig nicht mehr in erster Linie Themen aufgreifen kann, die die Bewegung produziert, einfach weil es eine starke internationalistische Bewegung in der BRD nicht mehr gibt. Denen, die sich nicht mit aufgelöst haben, schaden diese Horizonterweiterungen aber sicherlich nicht, auch wenn bestimmt nicht immer alles für alle interessant ist.

Über 500 Menschen haben im Laufe der Jahre in der Redaktion der Lateinamerika-Nachrichten ehrenamtlich und unbezahlt mitgearbeitet. Für einige von ihnen mag diese Arbeit Einstieg in den Journalismus gewesen sein. Daß die Lesbarkeit mancher Artikel darunter leiden muß, ist durchaus verzeihlich.

Wir jedenfalls wünschen für die nächsten 25 Jahre viel Elan und Esprit zum Weitermachen.

efa

32. Frauen, Mafia und Staat. Komplizinnen der Bosse und antimafiose Kämpferinnen

Autor: Js. · Rubrik: Frauen; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:03

Bücher über böse Frauen haben Konjunktur. Daß die "pauschale Unschuldsvermutung" (Susanne Heim) langsam aufgegeben wird, Frauen auch als (Gewalt-)Täterinnen zunehmend ernst genommen werden, zeigen diverse Veröffentlichungen über die Mittäterschaft von Frauen im Nationalsozialismus. Seit dem letzten Jahr gibt es auch mindestens zwei Bücher über die Kollaboration von Frauen mit einer noch existenten kriminellen Männergesellschaft, der Mafia: Clare Longriggs "Mafia Women" und Renate Sieberts "Im Schatten der Mafia", das 1994 im italienischen Original erschien und nun auf deutsch vorliegt.

Statt die von den Expertinnen zusammengetragenen Fakten an ihr Publikum weiterzugeben, macht die Massenpresse den Untersuchungsgegenstand durch hemmungslose Übertreibungen unkenntlich. Der Spiegel, der Clare Longriggs Buch vorstellte, überschrieb den Artikel mit "Augen aus Eis" - die mafiosen Frauen seien "die wahren Hardliner", die "knallhart" Morde in Auftrag geben, in der Mafia "Karriere" machen, "in Führungspositionen aufsteigen". Uralte Geschichten wurden als Ergebnis aktueller Recherche präsentiert - die spektakuläre Tat der Pupetta Maresca etwa, die als 17jährige schwangere Witwe den Mörder ihres Mannes, eines Camorra-Bosses aus Neapel, eigenhändig umbrachte und so zur Volksheldin wurde. Daß sich das schon 1954 zutrug, wird im Spiegel verschwiegen.

Renate Sieberts Buch kommt in dem Spiegel-Artikel nur in wenigen Sätzen vor. Der Autorin wird die These von den Frauen als "wahren Hardlinern" untergeschoben - eine böswillige Entstellung ihre differenzierten Untersuchung, die im folgenden vorgestellt werden soll. Ihr Gegenstand ist die Mafia im engeren Sinne: die sizilianische Cosa Nostra und die kalabresische 'Ndrangheta. Zu Sieberts Material gehören Interviews, aber auch Veröffentlichungen von Anti-Mafia-Gruppen, Presseartikel und Bücher, u.a. Pino Arlacchis lesenswerte Dokumentation über den Mafia-Aussteiger Antonino Calderone. (1)

Eine gewalttätige Männergesellschaft

Renate Sieberts Buch besteht aus drei Teilen. Im ersten ("Die Mafia durch das Geschlechterprisma gesehen") wird deutlich herausgearbeitet, was mafiose Machtausübung bedeutet: "Die Mafia übt mit Duldung der mafios verstrickten staatlichen Kreise die ‚Gebietsherrschaft` über ganze Landesgegenden aus, und in diesen Gegenden ist die Todesstrafe in Kraft, die Bürgerrechte sind abgeschafft." Die Todesstrafe ist das wirksamste Argument auch bei der Erziehung (oder Abrichtung?) der Kinder, denen von klein auf beigebracht wird: "Du darfst nicht reden, du darfst nicht sehen, du darfst nicht hören. Denn jeder weiß, daß sie dich sonst töten können und ungestraft davonkommen."

Zur Absicherung der "Gebietsherrschaft" sind auch die Schutzgelder nach wie vor unverzichtbar: eine Steuer, die an die herrschende Macht zu entrichten ist - auch wenn die so erzielten Einnahmen, verglichen mit den gigantischen Drogenprofiten, kaum noch ins Gewicht fallen.

Nicht nur in diesem Sinne ist die Mafia eine zugleich archaische und moderne Erscheinung, ein "Wirrwarr von Barbarei und Professionalität". Die von ihr ausgeübte Gewalt ist immer zweckorientiert, sie dient der Absicherung von Herrschaft und der Akkumulation von Reichtum. Gleichzeitig versteht die Mafia es, ihre Geschäfte mit einer Ideologie zu umgeben, die bürgerliche und volkstümliche Elemente vereint. Die uomini d'onore, die mafiosen "Männer von Ehre", präsentieren sich als Bewahrer überkommener Werte, als Beschützer der Schwachen, insbesondere der Frauen und Kinder. Daß diese Selbstdarstellung von der Wirklichkeit ständig widerlegt wird, weist Renate Siebert überzeugend nach: Immer wieder werden auch Frauen und Kinder Opfer mafioser Gewalt.

Die von der Mafia propagierte Familienideologie ist für die Autorin ein Abbild bürgerlicher Doppelmoral: Das Scheidungsverbot dient allein zur Absicherung der Organisation gegen befürchtete Racheakte verlassener Frauen; außereheliche "Verhältnisse" sind den Männern nicht nur gestattet, sie tragen auch zu deren Ansehen bei. Die Grenze des Zulässigen ist da erreicht, wo Sicherheitsinteressen betroffen sind - an erster Stelle steht die mafiose "Familie", die Cosa Nostra.

Entgegen den Sensationsreports der Massenpresse haben Frauen zur Mafia bis heute keinen Zugang. Sie ist eine reine Männergesellschaft mit Aufnahmeriten und festen Gesetzen. Frauen gelten den Mafiosi generell als unzuverlässig und damit unwürdig, in die Geheimgesellschaft aufgenommen zu werden. Der Aussteiger Calderone begründet diese Unzuverlässigkeit mit der "Natur" der Frauen: "Wird eine Frau in ihren innersten Gefühlen getroffen, denkt sie nicht mehr vernünftig. Dann gibt es keine Verschwiegenheit mehr und keine Cosa Nostra, gibt es keine Argumente und Regeln, die sie zurückhalten könnten". Von den Mafiamännern wird erwartet, daß sie ihre Frauen vollständig beherrschen und zu diesem Zweck auch Gewalt einsetzen.

Komplizinnen

und "Verräterinnen"

Im zweiten Teil zeigt Renate Siebert, wie Frauen zu Komplizinnen mafioser Männer werden. Sie arbeiten als Drogenkuriere und Dealerinnen, als Strohfrauen, auf die Firmen überschrieben werden, und als kommissarische Geschäftsführerinnen, wenn ihre Männer in den Knast wandern. Eine "Emanzipation" innerhalb der mafiosen Strukturen sei damit nicht verbunden, die vorübergehende Geschäftsführung dürfe "nicht mit der mafiosen Machtausübung verwechselt" werden. Die Frauen bleiben in totaler Abhängigkeit von den Männern, die ihnen allerdings mit Privilegien versüßt wird: Wohlstand oder gar Reichtum, Macht über die Nachbarschaft und eine dominante Position innerhalb der Familie, vor allem bei der Erziehung des männlichen Nachwuchses.

Eine Mitverantwortung sieht die Autorin auch bei den Frauen, deren Tätigkeit auf das eigene Haus beschränkt bleibt: "Als Ehefrauen, aber auch als Töchter oder Mütter verschaffen Frauen den unsauberen Aktivitäten ihrer Männer oft Glaubwürdigkeit, vor allem, wenn sie sich hinter der Fassade der Wohlanständigkeit abspielen." Als "Hüterinnen der Familienerinnerung" würden Frauen auch dafür sorgen, daß das Gesetz der Blutrache eingehalten wird - auch wenn sie selbst nur in seltenen Fällen gewalttätig werden.

Vor Gericht werden dennoch auch die Frauen der Bosse oft von jeglicher Schuld freigesprochen - so werde "die Frau als Komplizin zum willenlosen Geschöpf" gemacht, kritisiert die Autorin. Selbst Antonietta Bagarella, die Ehefrau des jahrelang untergetauchten Totò Riina, wurde nicht belangt, obwohl sie 20 Jahre lang mit einem polizeilich gesuchten Mörder zusammenlebte.

Wie schwer der Ausstieg aus der Mafia ist, zeigt Renate Siebert im dritten Teil. Wer mit der Polizei zusammenarbeitet, ist nicht nur in akuter Lebensgefahr, sondern wird auch gesellschaftlich geächtet. Die 1992 entstandene Massenbewegung gegen die Mafia ist wieder zurückgegangen. Die spektakuläre "Bettlaken-Aktion" wurde nicht wiederholt, ist aber in Erinnerung geblieben: Nach den Morden an den Richtern Falcone, Morvillo und Borsellino hingen in Palermo Tausende Laken mit Anti-Mafia-Parolen an den Häusern.

Renate Sieberts Buch endet mit der Hoffnung, daß der Kampf der von ihr vorgestellten Heldinnen von anderen, Frauen und Männern, fortgesetzt werde. Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen. Zumindest diskussionswürdig erscheinen einige Thesen und Deutungsversuche der Autorin. Daß die "Allianz zwischen Politik und Mafia ... die zivile Nachkriegsgesellschaft Italiens verwüstet" habe, ist eine Übertreibung; die Kronzeugenregelung, die Mafia-Aussteigern Straffreiheit ermöglicht, wird mit keinem Satz in Zweifel gezogen; einige psychologische Erklärungsversuche sind wenig überzeugend, die Hymnen auf die antimafiosen Heldinnen zuweilen kitschig: "Rosetta steht für die Hoffnung, für die Macht der Gefühle und der Intelligenz gegen die Kräfte des Bösen, die Macht von Eros gegen Thanatos ..."

Trotz dieser Einwände muß das Buch zum Lesen empfohlen werden - gerade auch Linken, die das Problem Mafia mit Argwohn betrachten oder ganz ignorieren, weil die Befürworter des starken Staates damit Politik machen. Renate Siebert zeigt anschaulich, daß dort, wo die Mafia ihre Gebietsherrschaft errichtet hat, an Emanzipation nicht zu denken ist; daß linke Politik dort ein zermürbender Kampf an zwei Fronten ist: gegen die Mafia und gegen den Staat, dessen Repräsentanten mit der parallelen Macht immer wieder Kompromisse schließen.

Js.

Anmerkung:

1) Pino Arlacchi: Mafia von innen. Das Leben des Don Antonino Calderone; Frankfurt am Main (Fischer) 1993

Renate Siebert: Im Schatten der Mafia. Die Frauen, die Mafia und das Gesetz; Hamburger Edition, 384 Seiten, 58 DM

33. Argumente gegen den Revisionismus. Brunello Mantellis "Kurze Geschichte des italienischen Faschismus"

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:02

Seit neuestem gibt es auch in deutscher Sprache ein Buch über den italienischen Faschismus, das sich an das breite Publikum richtet: Brunello Mantellis "Kurze Geschichte des italienischen Faschismus". Der Autor (geboren 1948) arbeitet als Historiker an der Universität in Turin; er hat u.a. über das Verhältnis von Faschismus und Nationalsozialismus geforscht und veröffentlicht.

Schon in der Einleitung stellt Mantelli sich deutlich auf die Seite derer, die im italienischen "Historikerstreit" die revisionistischen Thesen des 1996 verstorbenen Mussolini-Biographen Renzo De Felice scharf zurückgewiesen haben. Er tut das allerdings, ohne die italienische Debatte auch nur mit einem Wort zu erwähnen - eine Debatte, die weit weniger ein Streit der Experten als eine politische Auseinandersetzung darum war und ist, ob der italienische Faschismus "auch gute Seiten" gehabt habe, er im Gegensatz zum deutschen Nationalsozialismus als "linker Totalitarismus" zu werten sei, dessen Duce zuletzt gar für Italien "das Schlimmste verhindern" wollte, auch in Konfrontation mit Hitler. (vgl. ak 407)

Mantelli läßt mildernde Umstände nicht gelten: "Die faktischen Unterschiede zwischen den einzelnen Faschismen, besonders zwischen denen Mussolinis und Hitlers, sind im Grunde genommen quantitativer Natur, wobei aber die weitaus größere Radikalität und die erschreckende Vernichtungsmaschinerie des ‚Dritten Reiches` unbestritten bleibt." Daß der italienische Faschismus hier mit dem Nationalsozialismus nicht mithalten konnte, sei vor allem "den strukturellen Schwächen des italienischen Staates, seiner Wirtschaft und seiner Gesellschaft" zu verdanken.

Wenn damit gesagt werden soll, daß Faschismus und Nationalsozialismus sich nicht in ihren Zielen, sondern nur in der Fähigkeit unterschieden, diese durchzusetzen, dann muß dem widersprochen werden: Die Ermordung der europäischen Juden war ebensowenig ein Ziel des italienischen Faschismus wie die Erringung der Weltherrschaft. Sein Expansionsdrang richtete sich gegen Frankreich, Südosteuropa und Nord- und Ostafrika; gemeinsamer Feind Deutschlands und Italiens war der "Bolschewismus", dessen Beseitigung Mussolini seinem deutschen Partner nur zu gern überlassen hätte - in der vergleichsweise bescheidenen Hoffnung, im "Parallelkrieg" an der Seite Deutschlands eigene Eroberungen zu machen.

Mantellis These von den nur quantitativen Unterschieden zwischen italienischem Faschismus und deutschem Nationalsozialismus ist, wörtlich genommen, eine Übertreibung, die vermutlich auf die Härte der Auseinandersetzung mit den italienischen Geschichtsrevisionisten (und ihren Multiplikatoren in Politik und Medien) zurückzuführen ist. Um so wichtiger wäre es gewesen, den deutschsprachigen Leserinnen und Lesern hiervon zu berichten.

Mantellis Darstellung der Jahre zwischen 1919 und 1945 läßt nichts Wesentliches aus, ist aber wegen des begrenzten Umfanges des Buches notgedrungen sehr gerafft. Insbesondere die Außenpolitik des faschistischen Italien, z.B. gegenüber Österreich, erscheint so allzu glatt. Daß es hier ernsthafte Interessenkonflikte mit Deutschland gab, war auch Hitler bewußt. Mussolinis Stillhalten beim "Anschluß" war keineswegs selbstverständlich, Hitlers Dankbarkeitsausbruch ("Ich werde ihm das nie vergessen") nicht gespielt. Bei Mantelli heißt es über den "Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich lapidar: "Mussolini ... nahm davon Kenntnis und verglich den Anschluß mit dem italienischen Risorgimento." So entsteht durch allzu knappe Darstellung ein schiefes Bild - schieben wir es auf die Verlage (La Fenice, Mailand, und Wagenbach, Berlin), die ihren Leserinnen und Lesern längere - und differenziertere - Texte nicht zumuten mögen.

Wo man ihn läßt, erklärt Mantelli auch komplizierte Zusammenhänge: Auf etwa sechs Seiten widerlegt er die bis heute zu hörende Ansicht, für den Faschismus spreche immerhin eine solide Wirtschaftspolitik. Der Aufschwung nach der Weltwirtschaftskrise war allein auf die Autarkie- und Rüstungspolitik zurückzuführen. Auch nach der Kolonisierung Äthiopiens (1935) blieb die Massenarbeitslosigkeit, die auch durch befristete Arbeitsmigration nach Deutschland nur gemildert werden konnte. (Mantelli ist Mitautor des in ak 409

vorgestellten lesenswerten Buches "Proletarier der Achse" über "italienische Fremdarbeit in NS-Deutschland 1937 bis 1943".)

Geglückt ist auch die Darstellung des Verhältnisses von Konsens und Repression. Während die Revisionisten für die Jahre bis 1935 den Konsens betonen, zeigt Mantelli, wie die massenhafte Zustimmung zum Regime zustande kam: durch brutale Repression, Erpressung, Propaganda, Indoktrination der Jugend - und durch opportunistische Anpassung an die neuen Verhältnisse und Begeisterung für die faschistischen Ideale, deren Anhänger mit Vergünstigungen verschiedener Art (Arbeit, Karriere etc.) belohnt wurden. Die zahlreichen Abbildungen machen das Leben im Faschismus anschaulich. Sie zeigen Mussolini in den bekannten Posen (als Redner, Feldherr, Arbeiter, Motorradfahrer etc.), die vom Regime inszenierten Massenaufmärsche, aber auch das Elend und die Zerstörungen des Krieges, den Kampf der Partisanen, den Jubel der Menschen über Kriegsende und Befreiung.

Die Übersetzung liest sich zwar flüssig, enthält allerdings einige Fehler (Katholisches Werk für Azione Cattolica, Korporationismus statt Korporativismus). Leider fehlt nicht nur ein Personenregister, auch ein Glossar mit Begriffserklärungen und eine Chronologie (beide sind im italienischen Original enthalten) fielen verlegerischen Sparmaßnahmen zum Opfer. Schade.

Fazit: Trotz der genannten Mängel ist das Buch als Einstiegslektüre über den italienischen Faschismus geeignet. Brunello Mantelli ist ein Kenner der Materie. Es ist zu wünschen, daß er sein profundes Wissen demnächst in weniger verstümmelter Form auch deutschen Leserinnen und Lesern präsentieren kann.

Js.

Brunello Mantelli: Kurze Geschichte des italienischen Faschismus; Verlag Klaus Wagenbach Berlin, 189 Seiten, 22,80 DM

34. Mann ohne Seilschaft. Roman Rosdolsky zum zum 100. Geburtstag

Roman Rosdolsky zum hundertsten Geburtstag

Autor: Peter Cardorff · Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:22

Siegen ist nicht ratsam.

(Ludvík Vakulík, Das Beil)

In einer Zeit, da Lesen noch zu helfen schien und "Praxis" als sein Sinn galt, wurde ein Mann posthum für ein hochkarätiges Theoriestück berühmt: ein Kommentarwerk von 700 Seiten, das dem Protest ein wissenschaftliches Hinterland erschloß und so seine Legitimität erhöhte.

1968/69 war das und Anfang der siebziger Jahre, als die Frontleute von ein bis zwei Generationen das Private zur Chimäre, ja den Begriff selbst zum Übel erklärten und die größten Lebensstützen, auch für allerart Individual-Sehnsüchte, in den Arsenalen der Politischen Ökonomie bzw. ihrer Kritik zu lagern schienen. In die Zehntausende ging damals in Westdeutschland die Zahl der jungen Leute, die sich abseits des staatlichen Lehrbetriebs in Schulungsgruppen zusammenfanden, um sich mit "Klassenanalyse" zu befassen, also Marx zu lesen: Lohn, Preis, Profit oder gleich Das Kapital, auch den "Kleinen Mandel" (d.i. Mandels Einführung in die Marxsche Wirtschaftstheorie), Sweezy, Huffschmidt oder Bettelheim - und eben Roman Rosdolskys Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen Kapital.

Daß dieses Buch zu einer Pflichtlektüre wurde, war um so erstaunlicher, als es von einem Mann stammte, der an einer Institutionalisierung seines Einflusses nie gearbeitet hatte: Rosdolsky operierte ohne Partei und Organisation im Rücken, von keinem Lehrstuhl und keinem Institut herab, und auf einem Bankkonto saß er schon gar nicht.

Entsprechend schwierig waren die Produktionsbedingungen für die Entstehungsgeschichte. 1948 war Rosdolsky in der New Yorker Buttinger-Bibliothek auf den Rohentwurf zum Kapital, die sogenannten Grundrisse, gestoßen. Exemplare dieses Marxschen Werkes, das erstmals während des Zweiten Weltkrieges im Moskauer Verlag für fremdsprachige Literatur herausgegeben wurde, waren damals im Westen rar. Vom Selbstverständnis eher Historiker, machte Rosdolsky sich dennoch sofort ans Werk, in dem Bewußtsein, als Notbesetzung zu fungieren, weil die "letzte Generation namhafter marxistischer Theoretiker zumeist dem Hitlerschen und dem Stalinschen Terror zum Opfer gefallen" war, wie er in der Vorrede schrieb (nein, er hat die beiden Systeme nicht gleichgesetzt). Jahrelang fürchtete er, die Arbeit nicht zum Abschluß bringen zu können.

Weil damals praktikable Kopierverfahren nicht verfügbar waren, war er in seiner Verzweiflung drauf und dran, das gesamte Buch mit der Hand abzuschreiben, als die Bibliothek das Exemplar zurückverlangte. Wenigstens dieses Problem war gelöst, als 1953 bei Dietz in Ostberlin eine zweite Auflage der Grundrisse erschien.

Zehn Jahr arbeitete Rosdolsky an seiner Entstehungsgeschichte, und noch einmal so lange dauerte es, bis die Europäische Verlagsanstalt das Buch 1968 schließlich herausbrachte.

Der Erstausgabe folgten rasch weitere Auflagen und diverse Übersetzungen. Bis in die Kreise von jungen Liberalen und Christen war damals die Überzeugung verbreitet, daß, wer das Studium der marxistischen Wirtschaftstheorie nicht ordentlich betrieben hatte, auch nicht wirklich gesellschafts- und dialogfähig sei. Außer im sowjetmarxistischen und maoistischen Einflußbereich, wo Rosdolsky als Renegat galt, stand die Entstehungsgeschichte überall hoch im Kurs. Dieses Buch ermöglichte es dem zeitgenössischen Marxismus, "an die zentrale Tradition ökonomischer Theoriebildung anzuknüpfen, die mit dem Niedergang des Austromarxismus in der Zeit zwischen den Weltkriegen abgebrochen war", schrieb Perry Anderson in seiner Studie Über den westlichen Marxismus.

Emanzipation von der Herkunft

Zu den großen Vorzügen des Marxismus zählt, historisch gesehen, seine Eignung als Vehikel, außer für die Würde von Angehörigen unterdrückter, ausgebeuteter und unterprivilegierter Klassen, auch der Identitäts- und

Wahlfreiheit. Er eignet sich also auch als ein Handwerkzeug, das den Einzelnen befähigt, sich von den Zufälligkeiten der Herkunft ein Stück zu befreien, auch von der konterlibertären Idee, daß Nation, Geschlecht und Klasse nicht nur faktische, sondern auch normative Bindekraft zukäme. Keine andere politische Philosophie hat in diesem Punkt bisher ein so attraktives Angebot unterbreitet wie der Marxismus, und kein anderer Zug hat ihn wahrscheinlich für Angehörige der Intelligenzija so attraktiv gemacht.

Rosdolsky wurde 1898 in Lemberg geboren (es war damals Teil der Habsburger-Monarchie), war von Geburt Angehöriger der ukrainischen Nationalität, die in Lemberg eine Minderheit von vielleicht einem Fünftel der Bevölkerung stellte, und wuchs in einem liberalen ukrainisch-nationalistischen Milieu auf. Bereits in früher Jugend, mit kaum 14 oder 15 Jahren, hat Rosdolsky die emanzipative Kapazität des Marxismus praktisch wahrgenommen. "Als Angehörige eines ‚geschichtslosen' Volkes, mit einer nur rudimentären sozialen Oberschicht", schrieb er rückblickend, und das wäre auch als Bekenntnis zu einer politisch-ethischen Wahlheimat zu lesen, "konnten wir unsere Hoffnungen nicht auf die Errichtung eines bürgerlichen ukrainischen Staates setzen. Andererseits schufen die ungelöste Bauernfrage und die nationale Unterdrückung unseres Volkes für die rasche Verbreitung der Ideen des revolutionären Sozialismus einen günstigen Boden."

Aufschlußreich ist im Falle Rosdolsky auch der Generationswechsel: Vater Ossip, Theologe und Gymnasialprofessor für Latein und Griechisch in Lemberg, gilt bis heute als Pionier der Sammlung und Erforschung von traditioneller ukrainischer Populärkultur. Auf seinen Forschungsreisen in die Dorfschenken - die Gesänge und Erzählungen der Bauern zeichnete er auf den Wachsrollen eines mitgeführten Edison-Gerätes auf - begleitete ihn oft auch der junge Roman - und wurde Marxist.

Der Erste Weltkrieg stellte dann zwingend die Frage nach der Identität: ob man sich zu Staat und Nation als Vaterland bekannte (und also Burgfrieden mit den Herrschenden schloß) oder aber zum Sozialismus (als Wert, ideelle Gemeinschaft und real existierende Internationale). Das Schisma zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten begann an diesem Punkt. Rosdolsky beantwortete die Frage im radikal-sozialistischen Sinne und gründete mit Freunden die Untergrundorganisation "Internationale Revolutionäre Sozialistische Jugend Galiziens".

Seine politische Lebensbahn war damit vorgezeichnet: Nach dem Sieg der Oktoberrevolution und dem Zerfall des Habsburger-Reiches kämpften Rosdolsky und Genossen gegen die Truppen des neuentstandenen polnischen Staates für eine "Westukrainische Volksrepublik" - und verloren den Kampf. Rosdolsky ging nach Prag und trat der Kommunistischen Partei Ostgaliziens bei, die später KP Westukraine genannt und ein Teil der KP Polens wurde. Deren Zentralkomitee gehörte er als Exilvertreter an, bis er 1924 entgegen der Parteiräson nach Wien ging, um sein Studium bei Karl Grünberg (dem späteren Leiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung) fortzusetzen.

Mit der nationalen Frage hat Rosdolsky sich Zeit seines Lebens befaßt: Wissenschaftlich in diversen Schriften, darunter in seiner 1929 abgeschlossenen Dissertation über Das Problem der geschichtslosen Völker bei Karl Marx und Friedrich Engels (1964 und 1979 sind Überarbeitungen erschienen); politisch vertrat er sein Leben lang eine Option, die sich in dem Slogan "Für das Recht auf nationale Selbstbestimmung, ohne jede Konzession an den Nationalismus" zusammenfassen ließe.

Die Blendung

In der Geschichte Mitteleuropas, wenn nicht darüber hinaus, nehmen die Ereignisse des 15. Juli 1927 in Wien einen einsamen Rang ein - nie ist man einer spontan sich entwickelnden Revolution so nahe gewesen wie nach dem Freispruch der "Schattendorfer Mörder", Angehöriger eines rechten Verbandes. Als ein Lehrstück eignet es sich bis heute: Die am besten organisierte Arbeiterschaft Europas tritt in den Streik und marschiert in die Wiener Innere Stadt - unabhängig von der Partei, der sie angehört, der Sozialdemokratie, und gegen deren Beschluß. Die Staatsmacht erteilt Schießbefehl, an die hundert Tote bleiben auf dem Pflaster, aus dem Justizpalast schlagen Flammen. Daß die Repression und das Zurückweichen der Sozialdemokratie Marksteine auf dem Weg in den Austrofaschismus sind, wird ein paar Jahre später deutlich.

In der Menge vor dem Justizpalast befand sich auch der spätere Literaturnobelpreisträger Elias Canetti. Masse und Macht, sein Hauptwerk und lebenslang sein Zentralthema, wurde durch dieses Ereignis, die ungeheure Erregung der Arbeiter des 15. Juli, veranlaßt und bot Canetti Stoff. Auch für Peter Kien, die Hauptfigur seines 1935 veröffentlichten Romans Die Blendung, fand Canetti am Justizpalast sein Rohmaterial: einen Mann "mit

hochgeworfenen Armen, der überm Kopf verzweifelt die Hände zusammenschlug und ein übers andere Mal jammerte: ‚Die Akten verbrennen! Die ganzen Akten!'"

Zu den Demonstranten, die damals in die Innere Stadt geströmt waren, gehörte auch Emily Meder, eine sechzehn Jahre alte Gymnasiastin, Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes. Auch sie sah am Rande des Justizpalastes einen einsamen Mann stehen: Roman Rosdolsky, wie Genossen ihr sagten.

Jahre später, nachdem Canetti aus der Werkstatt geplaudert hatte, ist ein leiser Verdacht aufgetaucht, dessen Erhärtung schon aus literaturtheoretischen Gründen zu wünschen wäre: daß es Rosdolsky war, den Canetti sich zur Vorlage genommen hat. Waren Aktenbesessenheit und Menschenabgewandtheit nicht charakteristisch für Rosdolskys Wissenschafts-Ethos?

Rosdolsky hat das Feuer bedauert. Im Justizpalast hatte er historische Quellenforschung betrieben, u.a. für das Moskauer Marx-Engels-Institut, als dessen wissenschaftlicher Korrespondent er arbeitete. Wertvolle Aktenschätze gingen in den Flammen verloren, auch der Großteil der Galizien-Bestände der Hofkanzlei (was übrigens den Wert der Rosdolsky-Schriften für die Fachwissenschaft erhöht hat, da seit dem Brand viele Dokumente einzig durch seine Auszüge überliefert sind).

Ein Bücherheld nur mit Berufsinteressen war Rosdolsky aber gewiß nicht. Wie verantwortungsethisch er auch als Wissenschaftler handelte, also die sozialen Folgen seiner Arbeit mitbedachte, mag eine Episode aus der späteren Zeit verdeutlichen: Rosdolsky hat auf Basis von Archivmaterial eine köstlich zu lesende Studie über eine ukrainische Organisation des Ersten Weltkrieges geschrieben: Leute, die bei den Mittelmächten abzockten und das Geld teils für die antirussische Agitation in der Ukraine verwendeten, teils in Wiener Nachtklubs verjubelten. Aus Furcht, antiukrainische Ressentiments zu schüren, hat er diese Arbeit nie auf deutsch veröffentlicht.

Im übrigen war Rosdolsky in Wien durchaus nicht nur als Forscher aktiv. Mit der westukrainischen KP, aus der er 1924 ausgeschlossen worden war, arbeitete er weiter zusammen und wurde auch im Rahmen der KPÖ aktiv, damals eine kleine, einflußarme Gruppe. Auch in jener Zelle im neunten Gemeindebezirk, in der Emily Meder u.a. als Herausgeberin der Zeitschrift Roter Franz Josefs Bahner aktiv war, tauchte er auf, schon damals Verfechter der Trotzkischen Kritik an der Entdemokratisierung und Russifizierung der kommunistischen Weltbewegung. Eine illustre Organisationseinheit muß das gewesen sein, in der Trotzkisten, Brandlerianer und Linientreue noch in den dreißiger Jahren munter miteinander diskutierten. Daß dies in Zeiten der Stalinisierung ungewöhnlich war, fiel Meder erst später auf. Warum die Parteioberen diese Gesprächskultur duldeten, weiß sie bis heute nicht.

Nach dem 12. Februar 1934, als die aufständischen sozialdemokratischen Schutzbündler niedergeschlagen und die letzten Reste der Demokratie von Staats wegen zerstört worden waren, mußte Roman Rosdolsky das Land verlassen. Er ging nach Lemberg und fand als Assistent des Agrarhistorikers Franciszek Bujak eine Beschäftigung, die ihm einige Jahre ungestörte Forschertätigkeit erlaubte.

Im Herbst 1938 - die Nazis waren längst in Österreich einmarschiert - besuchte ihn Emily Meder. Sie blieb in Lemberg. Sie war schon 1934 als KPÖ-Mitglied verhaftet und nach sechs Wochen Haft illegal für die Rote Hilfe aktiv geworden und hatte eine kleine, stalinismuskritische marxistische Gruppe um die Zeitschrift Ziel und Weg mitgegründet. (Daß sie als Parteifeindin aus der KPÖ ausgeschlossen wurde, erfuhr sie erst viel später.)

In Lemberg schlossen sich Meder und Rosdolsky auch als Lebensgefährten zusammen.

Moskauer Prozesse

Mehr als ein Jahrzehnt liegt zwischen den Geburtsdaten von Roman und Emily Rosdolsky; in einer Hinsicht gehören sie aber ein- und derselben Generation an: Für beide war die Oktoberrevolution das zentrale positive Ereignis ihrer politischen Identitätsbildung. Doch anders als bei so vielen Kommunisten war, was sich daran anschloß, kein Gefolgschaftsverhältnis zur Sowjetunion.

Emily Rosdolsky hat später von der klaren Haltung der Briefe aus Lemberg (sie sind nicht erhalten geblieben) gesprochen und die Moskauer Prozesse als ein Demarkations-Erlebnis beschrieben. Die Anklagen gegen Sinowjew und Genossen, die "Geständnisse" der alten Bolschewisten: Das konnte einfach nicht stimmen. Und

wer so etwas inszenierte, Staat oder Partei, mit dem konnte es auch nicht stimmen. Spätestens Mitte der dreißiger Jahre hätte ein Kommunist, insbesondere im Westen, sein Nichteinverständnis bekunden müssen.

Tatsächlich war es jedoch nur eine kleine Minderheit unter den Kommunisten, die so dachte und die praktischen Konsequenzen zog. Es waren nicht nur Apparatschiks, die die Vernichtungsstrategie akzeptierten, ja Stalin sein Lob sangen; es waren auch Intellektuelle und Nicht-Parteimitglieder. Geschluckt, wenn nicht belobigt und begangen wurde in der Folge noch sehr viel mehr: die Einkerkerung und Ermordung Hunderter österreichischer Schutzbündler und Kommunisten in der Sowjetunion; dann, als Hitler nicht mehr als Entschuldigung dienen konnte, die mörderische Kampagne gegen Slansky, Rajk; auch die Hetze gegen Tito; die antisemitische Kampagne; der 17. Juni 1953; Ungarn 1956...

Erst der Einmarsch in die CSSR 1968 löste einen kollektiven Widerstandprozeß aus, an dem sich die KPÖ (nicht aber die illegale KPD) spaltete. Danach verkündeten freilich junge Linke in DKP und KPÖ sowie in maoistischen und stalinistischen Gruppen ihr Ja zu den staatsterroristischen Wahrheitsdurchsetzungsmethoden, die in der Sowjetunion und in China praktiziert wurden.

Es ist hier nicht der Ort, jene Logik der Unterwerfung zu debattieren, die in kritischer Absicht z.B. von Silone, Köstler und Arthur London entwickelt wurde, affirmativ und bestpropagiert aber in Merleau-Pontys Humanismus und Terror. Oder die Gründe dafür, warum ein Kommunist, der Glaubenssicherheit, der Feindbildschärfe und des Identitätsschutzes zuliebe, bedingungslos zur Partei stand. All das läßt sich erklären und verstehen, und es wäre hier gar nicht erwähnenswert, wenn nicht eben die Distanz der Rosdolskys zu solcherart unkritischer Haltung ihren Lebensweg und -entwurf besser charakterisieren würde als alles andere.

"Das kann nicht stimmen, das darf nicht sein": Für Roman und Emily Rosdolsky und Ähnlichdenkende war dieser Gedanke das Tor zur politischen Einsamkeit. Auch die Sozialdemokratie hatte solchen Menschen nichts zu bieten, denen das Talent für Machttechnik und Assimilation offenbar abging - dabei hätten sich dort nach 1945 gewiß Karrierewege eröffnet. (Ein Mitglied der Gruppe Ziel und Weg brachte es auf diese Weise zum hochangesehenen, auch wohltätigen Mitglied der Regierung Kreisky, nicht ohne erst einmal, von 1945 bis zu deren Wahlniederlage, mit der KPÖ sein Glück versucht zu haben.) Die Rosdolskys bewegten sich im Umfeld der internationalen trotzkistischen Strömung, ohne einer ihrer Organisationen anzugehören und ohne sich mit den Strategiedebatten der Vierten Internationale zu befassen, deren sektiererische Züge sie früh erkannten.

Ihre Resistenz gegen den Gedanken von der "Humanität" des Stalinschen Terrors hat den Rosdolskys vermutlich auch das Leben gerettet. Als nach dem Hitler-Stalin-Abkommen die sowjetischen Truppen 1939 in Lemberg einmarschierten, floh das Paar nach Krakau. Die von Deutschen besetzte Stadt schien den Rosdolskys zunächst sicherer zu sein. Tatsächlich wurden in den sowjetisch besetzten Gebieten reihenweise mißliebige Kommunisten erschossen, den Nazibehörden ausgeliefert, in den Gulag deportiert.

Den deutschen Behörden war Rosdolskys Identität nicht bekannt. Doch im Herbst 1942 schlug die Gestapo zu: Sie beschuldigte das Paar, Juden Unterschlupf gewährt zu haben, und verhaftete die Rosdolskys. Emily, hochschwanger, wurde - vermutlich dank eines antinazistischen Gestapo-Mannes - nach einiger Zeit freigelassen und blieb während der Kriegsjahre, ständig von Inhaftierung bedroht, in Wien. Im Januar 1943 brachte sie dort den gemeinsamen Sohn Hans zur Welt. Einige Monate später wurde Roman nach Auschwitz deportiert.

Nach Auschwitz

Es ist zwar schon in den ersten Nachkriegsjahren immer wieder versucht worden, Öffentlichkeit über die Geschichte des Nationalsozialismus herzustellen. Doch fehlte damals im Westen ein hinreichend breites gesellschaftliches Verwertungsinteresse daran, die große Mehrheit der Täter zur Verantwortung zu ziehen, und im Osten bestand wenig Interesse, sich etwa mit dem besonderen Schicksal der Juden zu befassen.

Zu den frühen Berichterstattern zählte Roman Rosdolsky. Im Dezember 1939 war er Zeuge der ersten "Judenaktion der deutschen Besatzungsmacht in Krakau" und der Beteiligung "arischer" Mitbürger an den Mißhandlungen. Am 15. April 1948 veröffentlichte die Arbeiter-Zeitung, das Parteiblatt der SPÖ, seinen Artikel über das jüdische Waisenhaus in Krakau, in dessen Nachbarschaft die Rosdolskys gewohnt hatten. "Es war ein Tag, wie ihn das alte Krakau seit der Zeit der mittelalterlichen Judenpogrome nicht mehr gesehen hatte: ein

Tag der Schande und der Erniedrigung - nicht nur für die Opfer der infamen Judenaktion, sondern vielleicht noch mehr für jene, die als 'Arier' das zweifelhafte Privileg genossen, von ihr ausgenommen zu sein."

Rosdolsky hat den Weg zehntausender Juden in die Gaskammern als Augenzeuge erlebt und darüber 1956 in der ukrainischen sozialistischen Emigrantenzeitschrift Oborona (engl. im Monthly Review vom Januar 1988) berichtet. Als KZ-Häftling war er 1944 in Auschwitz beschäftigt, an einem Platz zwischen Hauptlager und Birkenau, von dem aus er die völkermörderische Aktion gegen die ungarischen Juden miterleben mußte. Fast drei Jahre verbrachte Roman Rosdolsky im Gefängnis und in den Konzentrationslagern Auschwitz, Ravensbrück und Sachsenhausen und glaubte nicht, mit dem Leben davonzukommen. Vom eigenen Leid hat er dennoch nie geschrieben. Zu dieser Art, den Sozialismus zu leben gehört die Selbst-Beschreibung nicht. Über Rosdolsky schreiben heißt deshalb auch, an eine Lebensstrategie zu erinnern, an einen Typus, der, in den verschiedenen Richtungen der sozialistischen Bewegung unterschiedlich stark präsent, insgesamt eine bedeutende Nebenlinie bildete: Stets schienen diese strikt wertorientierten Menschen dem Vorbild des "Namenlosen Dieners" nachzuleben.

Sprechen wir also nicht von den persönlichen Wunden und Narben, von denen abzusehen zu diesem Lebenskonzept gehört. Eines jedoch ist auffällig: Als der große politisch-philosophische Einschnitt wurde Hitler in der Nachkriegszeit weder von den marxistischen Bewegungen (und übrigens auch nicht von den großen Strömungen des Judentums) noch von Rosdolsky wahrgenommen. 1945 waren die in den Sozialismus gesetzten Hoffnungen nicht zerstört, Rosdolsky hat es in seinem Auschwitz-Bericht noch einmal bekräftigt: Nach Hitler kam Hiroshima; weitere Völkermorde, Atomkriege drohten. Um so deutlicher schien die Alternative Sozialismus oder Barbarei bestätigt.

Als Rosdolsky in den letzten Kriegstagen von den US-Truppen befreit wurde, wußten er und seine Familie von einander nicht einmal, ob sie überlebt hatten. Ende 1945 stieß er in Ried im Innkreis auf seine Lebensgefährtin und seinen Sohn. Anfang 1946 gingen die Rosdolskys nach Linz - Emily arbeite in der Arbeiterkammer, Roman unterrichtete an einer Gewerkschaftsschule. Heimisch wurden sie in Österreich nicht: Im Januar 1947 wurde der Trotzkist Karl Fischer, Ex-Buchenwald-Häftling, vom sowjetischen Geheimdienst in Linz gekidnappt (bis 1955 blieb er im Gulag interniert). Darauf verließen die Rosdolskys das Land - für Roman war es das vierte Exil.

Der Privatgelehrte

In den USA als Exot eingestuft zu werden, heißt es, sei nicht ganz einfach - zu verschieden sind Herkünfte und Lebensweisen ihrer Bürger. Den Rosdolskys, so scheint es, gelang es trotzdem. Sie boten ein Doppel-Kuriosum. Hans Rosdolsky, der heute in München lebt, hat einmal lächelnd erzählt, was es in Detroit bedeutete, wenn die Eltern Marxisten waren und der Vater zu Hause Bücher schrieb, während die Mutter das Geld verdiente. Damit hätte man fast im Zirkus auftreten können.

Für einen Mann wie Roman Rosdolsky hatten die amerikanischen Universitäten keine Verwendung. Soeben war die McCarthy-Zeit angebrochen, die Epoche der Hexenjagd auf alles Linksanrüchige. "Das Leben revolutionär denkender Menschen in den letzten zwei Jahrzehnten in Amerika war ein recht einsames", schrieb Paul Mattik, Rätekommunist und US-Immigrant aus Deutschland, im Nachruf auf Roman Rosdolsky. Wen wundert es, daß der wichtigste Gedankenaustausch außerhalb der Partnerschaft per Briefwechsel erfolgte. Rosdolsky korresponierte mit Otto Morf in der Schweiz, mit dem Historiker Isaac Deutscher in London sowie mit dem Trotzkisten Ernest Mandel, der Roman Rosdolsky in den siebziger Jahren seinen Spätkapitalismus widmete.

In seinen amerikanischen Jahren blieb Roman Rosdolsky nolens volens Privatgelehrter. Mit ein paar kleinen Stipendien, auch aus Wien, ließen sich einige Studien finanzieren, doch nur einmal, während der kurzen Liberalisierungsphase in Polen, schien eine Professur für ihn wirklich in Reichweite. Dort erschienen 1961/62 zwei Arbeiten, die Rosdolsky in den dreißiger Jahren vollendet bzw. vorbereitet hatte und die bis heute in Fachkreisen hochangesehen sind: in deutscher Sprache seine Untersuchung zur Steuer- und Agrarreform Josephs II., auf polnisch sein zweibändiges Werk über die Untertanenverhältnisse in Galizen (eine deutsche Übersetzung ist 1992 erschienen).

Derweil war Emily Rosdolsky bereits zu einem Teil der nordamerikanischen Arbeiterbewegung geworden. Über einen alten Genossen aus Wien, Harry Chester alias Hein Czeczowitzka, hatte sie 1948 zum Research

Department der Autogewerkschaft gefunden. 23 Jahre arbeitete sie als Wirtschaftsexpertin für die Union, deren Führer Walter Reuter schon zu Lebzeiten eine Legende war, und nahm aktiv am Klassenkampf teil. Es war die Glanzzeit dieser Gewerkschaft, die zu den wenigen nicht korrupten zählte.

Soll und Haben

Als Roman Rosdolsky starb - am 20. Oktober 1967 -, war die kubanische Revolution erst ein paar Jahre alt und in Algerien die Befreiungsbewegung noch nicht lange an der Macht. In den USA stand die Bürgerrechtsbewegung in ihrer Hochblüte, der Prager Frühling zeichnete sich ab, dazu die Jugendbewegung in den Metropolen und eine Renaissance der marxistischen Sozialkritik. Kurz vor seinem Tod hat Rosdolsky noch die Fahnen seiner Entstehungsgeschichte einsehen können.

All diese Aufbrüche schienen zu signalisieren, daß es um die sozialistische Perspektiven nicht so übel stand. Was folgte, für das politische Projekt der Linken eine Pleite, wäre für den Historiker und Forschergeist Rosdolsky um so interessanter gewesen. Das freilich ist ein anderes Thema, darum mit Blick auf Rosdolsky nur drei Randbemerkungen:

Da wäre einmal an Roman Rosdolskys Appell zu erinnern, Fragen der Methode nicht länger stiefmütterlich zu behandeln und Marx von Hegel, insbesondere seiner Logik her, zu erörtern. In seiner Entstehungsgeschichte nimmt dieser Gedanke die Stelle eines Vorzeichens ein. Von Hegel aber, vom Correctness- und Larmoyanz-Verbot seiner Geschichtsphilosophie her und kombiniert mit seiner Dialektik, verliert das Scheitern seinen Schrecken.

Da ist zweitens die Tatsache, daß sich Rosdolsky ein ganzes Forscherleben lang mit Transformationsprozessen beschäftigt hat. Das ließe sich als Aufforderung lesen, auch im Sozialen die Differenz zwischen Therapie und Diagnose nicht zu verwischen und diese nicht auf das Erwünschte hin zu frisieren.

Da sind drittens Fragen, wie Emily Rosdolsky (seit 1971 wieder in Wien) sie aufwirft. Emily freilich will, eben weil sie nicht als Nachlaßverwalterin agiert, nicht als Sprachrohr ihres Gefährten nach dessen Tod genommen werden. Darum nur so viel: Man wird nicht häufig auf einen Menschen stoßen, der sich, Marxist von 1925 an, in seinen späten Jahren so radikal an ein Bilanzieren machte, das den Sinn seines ganzen Lebenswegs in Frage zu stellen drohte. Doch was hilft es, die Hoffnungen sind geschleift, was immer da zusammenkam: das Ende der Arbeiterklasse als sozialer Größe, die Todesart der Sowjetunion und Jugoslawiens usw. Auch hat der Verdacht sich erhärtet, daß jene exzeptionelle Phase längst überlebt ist, in der die politische Perspektive und das ethisch Erwünschte auch als das historisch Tendenzielle glaubwürdig schienen.

Was die Rosdolskys als Marxisten zu einem eigenständigen, kritischen und von daher gewissenhaften Denken bewegte, befähigt Emily heute, sich ihr Scheitern einzuräumen - und dennoch zu sagen, daß der Weg es trotzdem wert war, gegangen worden zu sein. Deutliche, ungewöhnliche Antworten gibt sie freilich auch auf die daran schließenden Fragen: Ob, weil der Sozialismus in seinen politisch-eschatologischen Teilen gescheitert ist, deshalb auch alle Werte, die er barg, und die politische Optionen diesseits des Großen Kladderadatsches entsorgt werden müssen? Oder ob man, weil die Utopie entschwunden ist, deshalb z.B. auch aufhören sollte, vom Imperialismus zu sprechen? Oder ob man den Blick von der sozialen Frage abwenden und das Marktprinzip feiern muß?

Das ist nicht zwingend. So wenig, wie der Maxime zu huldigen, daß der Erfolg dem daran Reichen recht gibt. Es nicht zu tun, ist bemerkenswert in Zeiten, in denen so viele Ex-Linke in West und Ost nach dem (meist übel geratenen) marxistischen Gesellenstück längst schon ihr Meisterstück in Sachen Marktanpassung geliefert haben.

Kleine Nachrufverweigerung

Ein Marxismus ohne Machtaffinität wäre eine Totgeburt gewesen. Keiner hat das klarer und aufrichtiger formuliert als Lenin: Der Wille zur Gestaltung, auch von oben her, gehörte stets dazu. Dennoch war der Sozialismus, Idee und Bewegung, stets sehr viel mehr als nur ein Code für jenen Willen zur Macht, den Ex-Marxisten á la Schröder heute zu ihrer besonderen erotischen Note hochstapeln.

Roman Rosdolsky hat die Frage, ob er Anarchist sei, einmal so beantwortet: Mit dem Herzen ja, mit dem Kopf nein. Emily Rosdolsky hat bekannt, nie gewußt zu haben, was Macht ist. Es hat den Anschein, daß beim Marxismus, wie ihn die Rosdolskys verstanden und praktizierten, die organische Machtferne ins Entwurfszentrum gehörte.

Zur "Haltung", jener laut Heimito von Doderer gelungenen Synthese zwischen Eigenschaft und Überzeugung, wäre im Falle der Rosdolskys zu sagen: Es ist schon reichlich viel, so gelebt zu haben wie sie. Hommage-Senf haben sie daher nicht verdient.

Am 19. Juli 1998 jährt sich der Geburtstag Roman Rosdolsky zum 100. Mal. Sein Nachlaß liegt im "Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis" in Amsterdam. In den Geschichtswissenschaften werden einige seiner Bücher immer noch als Standardwerke gehandelt. Seine Entstehungeschichte ist ein Opus magnum der Marxforschung, eine Neuauflage ist übrigens von der EVA in Aussicht gestellt (das ist schon ein wenig her, aber der Wortgeber ist als ein Ehrenmann bekannt). Feiern zum 100. wird es freilich wohl keine geben. Das paßt gar nicht so schlecht zu einem Mann, der unprätentiös und marktfremd war und auf Beifall nie besonderen Wert gelegt hat. Auch eine Begräbnisfeier hat es nicht gegeben: Die Rosdolskys, so scheint es, gehören zu jenem Menschenschlag, der seine Überreste am liebsten im Anatomischen Institut verschwinden sieht - der Forschung zuliebe, dem Personenkult zum Trotz und weil spurlos zu verschwinden sehr viel weniger herrschaftlich ist als das Setzen eines Steines.

Peter Cardorff

Schriften von Roman Rosdolsky (Auswahl)

Die große Steuer- und Agrarreform Josefs II. Ein Kapitel zur Österreichischen Wirtschaftsgeschichte, Warschau 1961;

Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen Kapital. Der Rohentwurf des Marxschen Kapital 1857-58, Frankfurt/M 1968;

Studien über revolutionäre Taktik. Zwei unveröffentlichte Arbeiten über die II. Internationale und die Österreichische Sozialdemokratie, Berlin (W) 1973;

Die Bauernabgeordneten im konstituierenden Österreichischen Reichstag 1848-1849, Wien 1976;

Zur nationalen Frage. Friedrich Engels und das Problem der "geschichtslosen" Völker, Berlin (W) 1979;

Untertan und Staat in Galizien. Die Reformen unter Maria Theresia und Joseph II., Mainz 1992;

Die serbische Sozialdemokratie und die Stockholmer Konferenz 1917, in: Archiv für Sozialgeschichte 6-7 (1966-1967), S.583-597;

Über die Rolle des Zufalls und der "Großen Männer" in der Geschichte, in: Kritik (Berlin-W) 5 (1977), Nr. 14, S.67-96;

Zur Analyse der Russischen Revolution; in: Ulf Wolter (Hrsg.): Sozialismusdebatte. Berlin 1978, S.203-236;

Der Arbeiter und das Vaterland. Zur Auslegung einer Stelle des Kommunistischen Manifests, in: die internationale (Frankfurt/M), Febr. 1978, Nr. 12, S.101-110.

35. Es gipfelt in Köln. WWG- und EU-Funktionäre treffen sich im Juni 1999 am Rhein

Autor: Werner Rätz · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:24

Vom 4. bis zum 6. Juni 1999 findet in Köln der EU-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft statt; zwei Wochen später - vom 18. bis zum 20. Juni - folgt der Weltwirtschaftsgipfel (G7 oder G8, je nachdem, ob Rußland am Katzentisch mitgezählt wird). Die Stadt Köln erwartet allein zum EU-Gipfel 1.500 Personen in den Regierungsdelegationen, darunter auch VertreterInnen aus den zehn beitrittswilligen Ländern und zusätzlich noch einmal etwa 5.000 Presseleute. Das G7-Treffen wird wohl etwas kleiner ausfallen. Satte 4,5 Millionen DM will sich die Stadt Köln die Großereignisse kosten lassen. Beide Treffen sollen mitten im Kölner Zentrum stattfinden, und so wird bereits über Demonstrationsverbotszonen diskutiert. Auch für ein Rahmenprogramm ist schon gesorgt: 65 Begleitveranstaltungen sollen die Gipfel kulturell umrahmen.

Nicht nur Bundesregierung und Stadt Köln schmieden eifrig Pläne, auch GipfelgegnerInnen und -kritikerInnen diskutieren seit geraumer Zeit über Aktionen. In Köln gibt es seit Januar ein offenes Bündnistreffen für Gruppen aus der Region, das sich inzwischen darauf verständigt hat, während des G7/G8-Treffens am Samstag, dem 19. Juni 1999, eine Demonstration in der Kölner Innenstadt durchzuführen, zu der bundesweit mobilisiert werden soll. Eine Informationskampagne soll schon im Herbst diesen Jahres starten und nicht nur der eigenen Auseinandersetzung mit den Themen der Gipfeltreffen dienen, sondern auch die Bevölkerung auf das einstimmen, was sie im Juni kommenden Jahres erwarten wird.

Die Ökologische Linke lud einen kleinen Kreis linksradikaler Gruppen zu einem bundesweiten Bündnistreffen ein und beschloß dort, den EU-Gipfel (und eventuell auch den G7er, wenn die Kräfte noch reichen) "direkt anzugreifen". Die europäische Koordination der Märsche gegen Arbeitslosigkeit wird im Frühjahr 1999 wieder Euromärsche durchführen. Diese sollen während des EU-Gipfels in Köln ankommen und dort am 5. Juni 1999 in einer Großdemonstration ausklingen.

Mitte Mai hatte in Birmingham der diesjährige Weltwirtschaftsgipfel stattgefunden. In einer international getragenen Kampagne hatte ein Bündnis für eine Menschenkette mobilisiert, bei der mehr als 70.000 Menschen den Tagungsort umzingelten. Diese Kampagne ist vor allem im kirchlichen Spektrum verankert und fordert die Entschuldung der armen und ärmsten Länder "auf ein erträgliches Maß", wobei große Teile der Basis nach wie vor für völlige Schuldenstreichung eintreten. Das Bündnis wird versuchen, am 19.6.1999 eine ähnliche Großaktion in Köln durchzuführen. Ein Problem der Gegenorganisierung könnte sein, daß in einem kurzem Zeitraum mehrere Großveranstaltungen konzipiert werden müssen, ein anderes, daß zeitgleich mit dem WWG in Köln der evangelische Kirchentag in Stuttgart stattfindet, der traditionell auch ein Bezugspunkt für viele Gruppen außerhalb des engeren kirchlichen Bereichs ist.

Nicht nur deshalb war es dringend erforderlich, daß sich die an Aktionen zu den Gipfeln interessierten Gruppen und Organisationen bundesweit zusammensetzten und über ihre Pläne sprachen. Eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen (NRO) vor allem aus dem 3.Welt-Bereich hatte dazu die Initiative ergriffen und zu einem Treffen eingeladen. Inzwischen haben zwei Termine im Mai und Juni stattgefunden, und es gibt erste konkrete Ergebnisse:

Der TeilnehmerInnenkreis umfaßt bisher fast 50 Gruppen und Organisationen, die von OXFAM bis zur Informationsstelle Kurdistan, von der PDS bis zur Katholischen Arbeitnehmerbewegung, von der Ärzteinitiative gegen den Atomkrieg (IPPNW) bis zum Frauenforum der Nichtregierungsorganisationen, von der BürgerInneninitiative Antigen bis zur grünen Bundestagsfraktion ein sehr buntes Spektrum darstellten. Zeigte schon diese breite Beteiligung, daß die Gipfel für viele einen politischen Bezugspunkt darstellen werden, so wurde das aus den Berichten der Gruppen noch deutlicher. Weit mehr als ein Dutzend stellten schon jetzt konkrete Projekte vor, mit denen sie die Treffen im nächsten Jahr begleiten bzw. gegen sie protestieren wollen. Mindestens ebenso viele hatten über das Thema schon gesprochen, aber noch keine konkreten Aktivitäten beschlossen. Bei dem Treffen im Juni zeichnete sich schon ein deutlicheres Bild ab, wie die Gegenaktionen aussehen könnten:

Es gab einen breiten Konsens, daß viele verschiedene Aktivitäten nach- und nebeneinander möglich und wünschenswert seien; diese sollen nun in einer gemeinsamen Ankündigung gesammelt und öffentlich präsentiert werden. Die Großdemonstration am 19.6.1999 könnte den Charakter einer großen Abschlußkundgebung haben, zu der die TeilnehmerInnen aller Aktionen (Menschenkette des Birmingham-Bündnisses, Kongress(e), Gottesdienste, etc.) zusammenkommen. Der Vorschlag eines großen Gegengipfels gegen den G7-Gipfel fand sehr weitgehende Zustimmung - eine derartige Veranstaltung wird sicherlich stattfinden. Eine Integration der Euromarsch-Demonstration zum EU-Gipfel wurde von vielen für wünschenswert gehalten, ebenso wie das Füllen der 14 Tage zwischen den Gipfeln mit Aktionen verschiedenster Art. Über beides gibt es aber noch keine konkreten Verabredungen. Einige Organisationen sind sehr an der Durchführung eines Kongresses zum EU-Gipfel interessiert; dazu gab es allerdings auch skeptische Stimmen, die glauben, daß das die vorhandenen Kapazitäten überschreiten würde.

Inhaltlich wurden zwei Konzepte andiskutiert, die keineswegs zueinander im Widerspruch stehen müssen: Eine allgemeine Zusammenfassung der Anliegen sämtlicher Aktionen könnte die Einforderung der "sozialen und ökonomischen Menschenrechte" sein. Die konkretere Formulierung sprach von den Themen Schulden, Arbeitslosigkeit und Migration/MigrantInnen sowie der Ausrichtung der internationalen Beziehungen an den Handelsinteressen der Großkonzerne (MAI, WTO, etc.). Leider ist es bisher nicht gelungen, die MigrantInnenorganisationen selbst oder auch nur die deutschen Organisationen, die am Thema arbeiten, in die Diskussion so weit einzubeziehen, wie es wünschenswert wäre.

Am 31. August wird das nächste Treffen in Köln im Gemeindesaal der Antonitergemeinde, Antoniterstr. 14-16 stattfinden. Dort werden vor einem gemeinsamen Plenum Arbeitsgruppen zu den Projekten gemeinsame Kundgebung, WWG-Gegengipfel und EU-Gipfel stattfinden. Kontaktadresse bis dahin bleibt WEED, Bertha-von-Suttner-Platz 13, 53111 Bonn, Tel. 0228/766130, Fax 0228/696470, e-mail weed@bonn.comlink.apc.org

Werner Rätz

36. Talenteklau und Globalkolorit. Der Fußball und seine "Exoten"

Autor: Kurt Wachter, Michael Fanizadeh · Rubrik: Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak416/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:38

Rund um die Weltmeisterschaft '98 zeigen uns die Fernsehschirme eine scheinbar gleichberechtigte Fußballweltfamilie. Doch das globale Megabusiness Fußball teilt den "Exoten" eine besondere Rolle zu.

"Musik und Sport haben eines gemeinsam: Menschen aus der ganzen Welt zusammenzubringen", sagt Youssou N'Dour. Der senegalesische Popstar eröffnet am 10. Juni mit der Belgierin Axelle Red die Weltmeisterschaft mit der Hymne "La Cour des Grands". Das Duett "weiße Frau" und "schwarzer Mann" soll den ZuschauerInnen - 80.000 im Stadion von St. Denis und 1,5 Milliarden vor den Fernsehern - eines signalisieren: Fußball ist Entertainment und zwar für alle.

Auch das WM-Motto "The beauty of a world at play" vermittelt Weltoffenheit und Universalität. Selbst den WählerInnen der rechtsextremen Front National im Süden Frankreichs wird nun das Völkerverbindende ans Herz gelegt, sie sollen wenigstens im Fußball das "multikulturelle Klima ertragen lernen".

Fußball wird zur Jahrtausendwende als der bessere Entwurf von Welt vermarktet: Gereinigt von Fangewalt, proletarischem Beigeschmack und dem notorischen Rassismus der Achtziger wird die WM als "Event von planetarischer Wichtigkeit" inszeniert.

Die Rollen in der Produktion von multikulturellem Mehrwert sind bereits verteilt. Die drei sub-saharischen Teams Kamerun, Nigeria und Südafrika, die "Reggae Boyz" aus Jamaika sowie die schwarzen Spieler in den anderen Teams sollen für den nötigen Globalkolorit sorgen. "Mit ihrer Lebensfreude", berichtet etwa das heimische WM '98-Magazin, "der Musikalität, dem Rhythmusgefühl, dem Reggae und dem Rum werden die Jamaikaner in der reglementierten Welt des Fußballs aus dem Rahmen fallen, aber gewiß zu Publikumslieblingen werden." Schwarz zu sein, scheint im Fußball der neunziger Jahre kein Manko mehr, denn Fußball von Afrikanern und deren Nachkommen ist hip und boomt.

Die stereotypen Rassismen gegenüber Afrikanern im Fußball sind bis heute nicht wirklich verschwunden. Die Globalisierung des Fußballmarkts hat bloß neue, subtile Formen der Diskriminierung hervorgebracht.

So nennt Hédi Hamel, Chefkommentator von "Canal France International" beim Afrikacup '98, nicht mehr die offenen rassistischen Übergriffe als Hauptproblem, sondern den "Rassismus durch Betrug und Plünderei". "Dabei geht es", sagt Hamel, "um die Machenschaften betrügerischer Agenten aus Italien, Belgien, Holland und Deutschland. Sie überweisen den Eltern der minderjährigen afrikanischen Spieler eine Handvoll Dollar und jubeln den Teenagern einen Vertrag über mehrere Jahre unter. Die Gehälter der Spieler sind gering, bevor sie teuer weiterverkauft werden."

Das "Spielerangebot" wird dabei immer jünger. Die Jugendlichen landen oft bei letztklassigen Amateurklubs, wo sie ohne soziale und häufig auch ohne sportliche Betreuung ein Leben als fußballerische "Boat People" fristen.

Der dreimalige afrikanische "Fußballer des Jahres", Abedi "Pele" Ayew, hatte schon vor Jahren den "football drain" aus Afrika thematisiert. Die Klubs warteten nicht mehr auf fertige Spieler, sondern nähmen bereits frühzeitig Talente unter Vertrag und ließen Afrikas Fußball dadurch konstant zur Ader. Auch hätten sich die Bedingungen für neue afrikanische Spieler deutlich verschlechtert. Deshalb engagiert sich Ayew auch, gemeinsam mit Eric Cantona und Diego Maradonna, in der neugegründeten internationalen Spielergewerkschaft AIFP.

Diese versteht sich als Gegengewicht zur Allmacht von FIFA und UEFA und vertritt klare antirassistische Positionen. "Pele" fordert gesetzliche Maßnahmen, um den Auslandstransfer von Jugendlichen zu unterbinden. Eine Altersklausel etwa "wäre eine gute Sache. Unsere Liga in Ghana ist bereits so langweilig, daß niemand mehr die Spiele sehen will."

"Afrika kann nicht der Lieferant von Rohstoffen bleiben", meint auch der Generalsekretär des südafrikanischen Verbandes, Danny Jordaan, "sondern muß zu einem ernstgenommenen Teilnehmer werden." Er fordert einen

Wettbewerb, an dem führende Klubs aus Afrika und Europa teilnehmen sollten. TV-Übertragungen und Merchandising würden den afrikanischen Verbänden die finanziellen Mittel bieten, um die Talente im Land zu halten.

Der offene und direkte Rassismus dankt zu Gunsten eines medialen Exotismus ab. Eine Tendenz, die durch die Versportlichung schwarzer Identität verstärkt wird. Die Begeisterung für die Leistungen schwarzer Spieler folgt einer bekannten Spielart des Multikulturalismus: Die Andersartigkeit wird von der dominierenden Kultur solange als bereichernd empfunden, solange sie in einem klar zugewiesenen Bereich stattfindet.

Die Stereotypisierung des Fußballs der "Schwarzen" auf eine gegebene Naturhaftigkeit, die sich in Aggressivität, Athletik und Schnelligkeit äußert, ist absurd. Ebenso die Vorstellung, Afrikaner würden allesamt das Spiel barfüßig in dreckigen Hinterhöfen irgendwelcher Slums erlernen. Die sozialromantische These, wonach äußere Armut die ideale Brutstätte für außerordentliche Talente sei, zeugt wohl eher von der Sehnsucht zivilisationsmüder Europäer.

Die Erfindung einer gleichberechtigten Fußballweltfamilie mit den ehemaligen "Exoten" als neuen Partnern entspringt mehr den Erfordernissen eines globalisierten und kapitalisierten Fußballmarktes, denn der angeblichen Farbenblindheit im Sport.

So profitieren von der "multinationalen Entwicklung" (NZZ) im Profifußball vor allem die Europäer. In Deutschland führt Fußball bereits den Unterhaltungssektor an, vergleichbar der amerikanischen Film- und Musikindustrie.

Wie ist angemessen auf die Vereinheitlichung und kommerzielle Durchdringung von Popularkulturen wie Fußball zu reagieren? Dem Populären zu entsagen und sich selbst ins Out zu manövrieren kann nicht die Lösung sein. Trotz realexistierenden Fußball-Kapitalismus' ist das Spiel nach wie vor potentiell imstande, Machtverhältnisse zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen privilegierten Indigenen und rassifizierten "Ausländern" - zumindest symbolisch - ins Wanken zu bringen.

Das Feld kampflos dem Kapital und den Fußballbürokraten zu überlassen wäre schlimmer als eine Niederlage. Das Fußballvergnügen wollen wir uns auch nicht in Frankreich nehmen lassen. Schließlich hat jedes Spiel eine zweite Hälfte.

Kurt Wachter

Michael Fanizadeh

Der Text stammt aus der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift Südwind, er wurde stark gekürzt. Südwind erscheint in Wien und ist über folgende Adresse zu beziehen:

Südwind, Berggasse 7, A-1090 Wien

37. Quelldatei 27.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak416/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:27

LeserInnenbriefe ... LeserInnenbriefe ... LeserInnenbriefe ...

Betr.: Braune Socken, ak 415

Rechter Mainstream

Gewiß, am Hamburger Schreibtisch sitzend ist die ak-Redaktion bei der Analyse der Wahlen in Sachsen-Anhalt und ihrer Folgen auf das Daten- und Zahlenmaterial der Meinungsforschungsinstitute angewiesen. Richtig ist auch, daß "vor Ort" Berichte der Redaktion zugearbeitet werden müssen. In diesem Falle war uns das aus Gründen der hoffnungslosen Arbeitsüberlastung nicht möglich.

Trotzdem hätte der oben genannte Artikel tiefer gehen können, als er es tut. Denn die Aneinanderreihung von Umfrageergebnissen und ihre eher vage Interpretation durch den ak-Autor geht an der Dimension der politischen Entwicklung in den neuen Ländern knapp vorbei.

So ist die Entwicklung einer rechten Popart, eines rechten Jugendlifestyles eben nicht mit dem Lapsus "In Ostdeutschland hat sich in den letzten Jahren eine breite rechtsextreme Jugendkultur entwickelt..." abzuhandeln. Vielmehr ist diese rechte Jugendkultur derart dominant, daß sie nicht mehr subkulturell, sondern Normalität, Mainstream genannt werden muß. Sie ist im jugendkulturellen Raum der neuen Länder fast flächendeckend hegemoniefähig und beginnt diese auf den explizit politischen Raum auszudehnen. Dabei sind zwei Phänomene besonders hervorstechend:

1. Die rechte Präsenz auf der Straße und im kulturellen Raum ist im Osten ebenso wie der hiervon ausgehende Straßenterror ein Selbstläufer. Es braucht keine ausgesprochenen politischen Neonazi-Kader, um diese Jugendbewegung in ihrer Dynamik zu erhalten. Ein Suchen nach "Name und Adresse" führt in die Irre bzw. ist auf wenige Drahtzieher beschränkt. Abzuwarten bleibt, ob es der NPD/JN gelingt, diese Bewegung dauerhaft an sich zu binden und zu politisieren. Scheitert dieser Versuch, bleibt trotzdem der Straßenterror.

2. Rechte Parteien können im Osten breit an autoritäre Gesellschaftsvorstellungen anknüpfen. Wenn die NPD den DDR-Sozialismus lobt, ist ihr der Beifall von PDS-Basisgenossen sicher. Der folgt vor allem seinem tiefsitzenden antiliberalem Impuls....

Dies alles und noch mehr hätte die ak-Redaktion in ihrer Analyse berücksichtigen können, wenn sie Jungle World, Antifaschistische Nachrichten, Antifaschistisches Infoblatt und die Wagner-Studie gelesen hätte.

Mit besten Grüßen,

Arbeitskreis Antifaschismus

Magdeburg

Betr.: Braune Socken, ak 415

Verantwortlichkeit der DDR

Ich schätze den ak sehr - nicht zuletzt wegen seiner Antifa-Berichterstattung. Bei der Lektüre dieses Artikels haben sich mir allerdings die Barthaare gesträubt. Ich hätte nicht gedacht, nach dem Weggang der Bahamas-Fraktion noch einmal solches Zeug im ak lesen zu müssen.

Glasklar hat Kt. den Verantwortlichen für die rechtsextremistische Gewaltwelle im Osten Großdeutschlands und den jüngsten Wahlerfolg von Herrn Freys Splitterpartei ausgemacht: An allem war nur das Erziehungs- und Bildungssystem der Ex-DDR schuld. Und wer mit der PDS sympathisiert, wählt bestimmt irgendwann die DVU. Alles klar! Als gelernter Marxist hat man halt schon immer gewußt, daß das Bewußtsein das Sein bestimmt.

Ich will eine Mitverantwortung des gewesenen DDR-Sozialismus an der Ausbreitung faschistoiden Gedankengutes nicht leugnen. In einer durch und durch zentralisierten Gesellschaft werden die Leute daran gewöhnt, daß alles "von oben" geregelt wird. Eigeninitiative wurde nicht nur nicht gefördert, sondern war

unerwünscht. Mitläufertum und Obrigkeitsdenken waren bei vielen Leuten die Folge. Hinzu kam die institutionelle Erstarrung des staatsoffiziellen Antifaschismus, nach dem sich dieser im Zuge der Stabilisierung der DDR in den 60er Jahren durchgesetzt hatte. Daß sich mit Beginn des wirtschaftlichen Niederganges der DDR in den 80er Jahren und den gesamtgesellschaftlichen Krisenerscheinungen wieder eine rechte Subkultur etabliert hatte, war nach der herrschenden Staatsideologie nicht möglich und wurde daher ignoriert - schlimmer: gelegentlich wurde sogar antifaschistische Selbsthilfe als potentiell staatsfeindlich verfolgt.

Der Durchbruch für rechtsradikale Gruppierungen kam aber erst mit der großdeutschen Besoffenheit von 1990 samt der Welle von Propagandamaterial, mit der westdeutsche Nazigruppen den frisch kohlonisierten Osten überschwemmt hatten. Und da gab es in den letzten Tagen der DDR einen DSU-Innenminister, der im Osten Berlins ein von Nazis besetztes Haus von der "Volks"polizei beschützen ließ. Und da gab es bei dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen organisierte Neonazis aus Hamburg, die die Krawalle nachweislich gesteuert haben...

Seit dem Verschwinden der DDR sind acht Jahre vergangen. 70 % der Industriekapazität in Neufünfland sind verschwunden - der Rest dümpelt vor sich hin. Von der Auflösung der LPG`s wird sich die Landwirtschaft wohl auch nicht mehr erholen. Die ostdeutsche "Intelligenzia" ist fast vollständig aus dem Kultur- und Bildungsbereich hinausgesäubert worden. Es gibt ehemals hochrangige FDJ-Funktionäre, die den Leuten Versicherungen aufschwatzen, gewesene Generäle, die Zeitungen verteilen. In verschieden Regionen leben mittlerweile 2/3 der Leute von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Das ist der Boden, auf dem Rattenfänger vom Schlage Freys eine Massenbasis finden.

Das Erstarken von Rassismus und Nationalismus auf den Trümmern zusammengebrochener Gesellschaften ist kein spezifisch ostdeutsches oder osteuropäisches Phänomen. Dergleichen findet auch in verschiedenen Regionen Afrikas und Asiens statt. Und wenn irgendwann der wirtschaftliche Crash die noch intakten Regionen Westeuropas erreicht, werden die nächsten rassistischen Krawalle in Hamburg oder Köln stattfinden - jedenfalls dann, wenn die restliche Linke sich weiter in gegenseitigen Schuldzuweisungen übt, anstatt einen Ausweg aus dem Dilemma zu suchen.

Gerd B.

Betr.: Wieder nur Sprechblasen, ak 415

Rolle der RAF

Euer Artikel über die RAF-Erklärung ist eine einzige Negativdarstellung. Kein Wort davon, daß die heutige Linke wohl ohne die RAF - so wie sie jetzt ist - nicht existieren würde. Ihr verlangt eine Erklärung der RAF für die Jahre 1970 bis 1975, doch es ist wohl nicht möglich, Erklärungen für Aktionen abzugeben, bei denen sie noch nicht zugegen waren.

Weshalb ist die RAF-Erklärung großmäulig? Weil sie sich nicht mit der restlichen kapitalistischen Welt und deren Ansichten zu ihren Aktionen auseinandersetzen oder aufgrund der Behauptung, sie wären die einzige konsequente anti-staatliche Gruppe gewesen. Schon mal den Satz "Gegen eine Klassenjustiz, in der die Rollen verteilt sind, lohnt sich eine Verteidigung nicht" gehört? Daß sie die einzige konsequente anti-staatliche Gruppe waren - und meines Erachtens auch immer noch sind - ist für mich unbestritten.

Der Rest des Artikels verläuft in dem gleichen (abwertenden) Stil.

Die Nennung derer, die im Kampf alles gegeben haben und dabei starben, ist richtig, denn diese opferten alles für ihre Überzeugung. Abschließend möchte ich noch betonen, daß es genug ist, und die restlichen RAF-Mitglieder, die in Haft sitzen, entlassen werden müssen. .

Mit solidarischen Grüßen, Susanne A.

Soli-Spende

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich möchte mich ganz herzlich für Eure engagierte Arbeit bedanken. Das Interview mit J. Agnoli und die Dokumentation der Auflösungserklärung der RAF haben mich nachdenklich gestimmt. Mit gleicher Post habe ich Euch eine Soli-Spende überwiesen: Für ein gutes Frühstück mit Müsli und/oder Sekt.

Mit solidarischen Grüßen, K.

38. Quelldatei 33.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak416/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:33

Gewerkschaften

und soziale Bewegungen

Alte und neue soziale Bewegungen standen sich bislang argwöhnisch gegenüber. Den Gewerkschaften wurde vorgehalten, daß sie zu Standesorganisationen verkommen seien, die nur noch die Ziele ihrer Mitglieder vertreten. GewerkschafterInnen reagierten darauf mit Naserümpfen und dem Hinweis auf die Resolutionen der Gewerkschaftstage. Daß die neuen sozialen Bewegungen noch nicht alle Hoffnungen in die "organisierte Arbeiterbewegung" aufgegeben haben, zeigt das neue Heft des Informationszentrums Dritte Welt. Reumütig wird dort eingestanden, man habe bei der Gewerkschaftsschelte die Basis und den "Mittelbau" übersehen. Letztere seien "mit der Politik von oben keineswegs immer einverstanden." In Zeiten der Globalisierung und des damit verbunden weltweiten Abbaus von sozialen Rechten würden nun gemeinsame Interessen und Handlungsoptionen diskutiert. Als Beispiel hierfür wird die "Clean Clothes Campaign" (vgl. Artikel auf Seite 11 in dieser ak-Ausgabe) genannt. Daß angesichts der zaghaften Versuche der Kooperation schon von einer "Globalisierung von unten" gesprochen wird, ist sehr optimistisch. Gerade die Diskussion über Sozialstandards und über nicht-lohnabhängige Formen der Existenzsicherung, wie sie in den Beiträgen des Heftes geführt wird, macht deutlich, daß die Interessen weit auseinandergehen und z T. gegeneinander stehen.

blätter des iz3w, Globalisierung von unten - Arbeit für Gewerkschaften? Nr. 230, Juli/August 1998, Postfach 53 28, 79020 Freiburg; 50 Seiten, DM 8,-

Lebenslänglich

In der vom Komitee für Grundrechte und Demokratie herausgegebenen Broschüre berichten zehn zu lebenslanger Haft Verurteilte über ihre Erfahrungen mit der Haft und von ihren Ansichten über die Institution "lebenslänglich". Die Perspektivlosigkeit, die Ungewißheit über den Zeitpunkt der Entlassung und die Inhumanität des Strafvollzuges werden durch die sehr persönlich abgefaßten Beiträge greifbar. "Lebenslänglich bedeutet erzwungene Lebensentfremdung, gegen die ich mich nicht wehren kann", faßt es der erste der Autoren in der Überschrift seines Beitrages zusammen. Schade ist, daß von den zehn Verurteilten, die in der Broschüre zu Wort kommen, neun Männer sind. Frauen sind unter den Lebenslänglichen eine Minderheit; die Stigmatisierung wird für sie entsprechend schärfer verlaufen - es wäre interessant gewesen, darüber mehr zu erfahren. Unverständlich ist, wieso an mehreren Stellen nicht nur in den Berichten der Verurteilten, sondern vor allem auch im Vorwort unkommentiert darauf bestanden wird, daß lebenslange Haftstrafe schlimmer sei als die Todesstrafe. Ist es wirklich "humaner, nach dem Urteil eine Kugel verpaßt zu bekommen?" Und müssen solche Sätze nicht, auch wenn die Situation subjektiv so empfunden wird, zumindest politisch kommentiert werden? So richtig es sein mag, von einer "Todesstrafe auf Raten" zu sprechen, so schwierig ist ein Vergleich beider Strafformen, weil so - ungewollt - die Todesstrafe indirekt legitimiert wird. Die Broschüre zu lesen lohnt sich trotzdem.

Lebenslänglich. Texte von zu lebenslanger Haft Verurteilten. Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Bismarckstr. 40, 50672 Köln; 144 Seiten, 10 DM

Flüchtlinge

Unter dem Titel "eingemischt" veröffentlichte der Flüchtlingsrat Wiesbaden kürzlich eine 112 Seiten umfassende Broschüre. Hier können Hintergrundinformationen zu den Themen Fluchtursachen, Asyl- und Abschiebepolitik sowie zu den Gegenkampagnen (Kirchenasyl, Kein Mensch ist illegal etc.) nachgelesen werden. Die Abschottungspolitik der EU wird ebenso beleuchtet wie die sog. Drittstaatenregelungen und Rücknahmeabkommen. Die Kriminalisierung von Flüchtlingen wird beschrieben, ebenso die Kriminalisierung der UnterstützerInnen. Die AutorInnen wollen mit dieser Veröffentlichung einen Beitrag leisten gegen die Abschaffung von Menschen- und Grundrechten - die faktische Abschaffung des Asylrechts. "In Deutschland scheint das Bewußtsein für diese Entwicklung noch nicht allzu ausgeprägt zu sein und kommt häufig im Gewand eines erstaunlichen Unwissens daher", heißt es in der Einleitung. Wohl wahr. Für "Profis" findet sich in der Broschüre vermutlich wenig Neues, aber: Wer einen Einstieg in die Thematik sucht, seine Kenntnisse

aktualisieren möchte oder einfach Anlaufadressen braucht, um seine antirassistische Energie sinnvoll einzusetzen, dem sei der Erwerb des Heftes empfohlen.

eingemischt. Flüchtlinge in Deutschland. Flüchtlingsrat Wiesbaden, Blücherstr. 32, 65197 Wiesbaden; 112 Seiten, 9 DM

Blick aus dem Osten

Was Ossietzky für den Westen ist Das Blättchen für den Osten. Beide Zeitungen verstehen sich als Nachfolgerinnen der Weltbühne, die in der Weimarer Republik vor allem von Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky geprägt wurde. 32 Seiten dick ist Das Blättchen, das seit Anfang des Jahres in Berlin erscheint und inzwischen eine Auflage von 5.000 erreicht hat. Die Herausgeber wollen "den Blick des Ostens auf diese Welt" pflegen, denn der Osten, heißt es in einem Werbeprospekt der Zweiwochenschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft, habe dem Westen die Erfahrung des Scheiterns voraus - und die des Lebens danach. Dabei betonen die Herausgeber um Jörn Schüttrumpf (einige kennen ihn wahrscheinlich als Redakteur der Zeitschrift utopie kreativ), daß sie keineswegs den geographischen Ost-West-Gegensatz pflegen wollen, sondern vielmehr die politischen Konstellationen interessant finden. Oft schlägt einem freilich im Blättchen die Verbitterung der Ostdeutschen über den "Dynamischen Abschwung" entgegen (so der Titel eines Beitrags von Rudolf Woderich in der Nr. 11 vom 8. Juni 1998). "Weder auf Gerhards, Gregors oder Guildos Liebe sollte man im Osten allzusehr vertrauen", heißt es dort. "Es bleibt dabei: Eine Chance hast du auch fürderhin nicht, darum gilt es, sie nach 65 Jahren Fremdbestimmung endlich zu nutzen." Lustiger sind die im engeren Sinne feuilletonistischen Beiträge wie etwa "Phallerie, Phallera", eine Glosse über Viagra und die Folgen (von Christian Funke) oder Frank Schumanns Artikel "Beiwörter für Nachfolger", in dem er sich darüber mokiert, daß das Kürzel DDR nach dem Untergang derselben nur noch mit dem Adjektiv "ehemalige" daherkommt und die PDS dauernd "SED-Nachfolgepartei" genannt wird. Schumann bittet daher die lieben JournalistInnen, die Wendung "Bundesrepublik Deutschland, Nachfolgerin des Dritten Reiches und der SED-Diktatur" zu gebrauchen. Das Blättchen bringt außerdem regelmäßig Theater-, Film- und Ausstellungskritiken, Aphorismen in chinesischem Stil (Me-Ti) sowie kürzere Glossen zu unterschiedlichen Themen.

Das Blättchen. Zweiwochenschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft, erhältlich über: Verlag des Blättchens, Jörn Schüttrumpf, Schönhauser Allee 84, 10439 Berlin; 32 Seiten, 4 DM

Fußball in Lateinamerika

Die Fußball-Weltmeisterschaft ist in aller Munde, von den lateinamerikanischen Mannschaften haben sich alle bis auf Kolumbien für das Achtelfinale qualifiziert - also erstaunt es nicht, daß die Lateinamerika Nachrichten 40 Seiten ihrer aktuellen Ausgabe mit dem Titel "GOOOOOOOOOL" dem Thema Fußball in Lateinamerika widmen. In der Einleitung wird an die WM in Argentinien vor 20 Jahren erinnert, als die Solidaritätsbewegung das Großereignis mit der Kampagne "Fußball ja - Folter nein" begleitete. In den folgenden Artikeln verbreiten sich verschiedene AutorInnen über lateinamerikanischen Fußballstil, die Bedeutung des Spiels als Nationalsport und natürlich auch über die Chancen der Latinoteams beim "Mundial '98". Der Beitrag über Paraguay dreht sich selbstverständlich vor allem um den Torhüter Chilavert, der auch ein Liebling deutscher Fernsehkommentatoren zu sein scheint. "Kolumbiens Hoffnung heißt Asprilla" - diese Überschrift hat sich nicht bewahrheitet, denn der Stürmerstar wurde schon nach der Niederlage gegen Rumänien nach Hause geschickt. Das chilenische Angreiferduo Salas/Zamorano wird in seiner Rolle schon richtiger eingeschätzt - obwohl den Chilenen (die übrigens das erste Mal seit 1982 wieder in einer Endrunde mitkicken dürfen) in der Vorrunde kein Sieg gelang. "Gewalt in den Stadien" wird am Beispiel Argentinien abgehandelt, wo im Mai ein Fan durch Schüsse getötet und zwei weitere verletzt wurden; daraufhin wurden durch richterlichen Beschluß sämtliche Spiele der Profiligen bis auf weiteres suspendiert. Natürlich darf auch ein Exkurs zu den "Exoten" der WM nicht fehlen: Die Reggae-Boys werden entzaubert und die feiernden JamaicanerInnen in den Mittelpunkt gestellt; problematisiert wird auch der ziemlich profihafte Import "englischer" Spieler ins Nationalteam, ohne die sich die Mannschaft der Karibikinsel wohl kaum gegen den Qualifikationskonkurrenten El Salvador durchgesetzt hätte. Der letzte Beitrag zum runden Leder befaßt sich mit fair gehandelten Fußbällen aus Pakistan. Mehrere Fair-Trade-Organisationen haben sich zusammengeschlossen, um den Fußbälle nähenden Familien ein höheres Einkommen und damit den Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen. Die Lektüre des Fußballschwerpunktes der Lateinamerika Nachrichten bestätigt, was die ak-Redaktion - bis heute unkritisiert - ihren LeserInnen schon in der letzten Ausgabe mitteilte: Fußball ist Gott.

Lateinamerika Nachrichten 288, Juni 1998; im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel. 030/6946100, Fax. 6926590; 68 Seiten, 7 DM

39. Quelldatei 34.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak416/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:34

Kalender

Der Nürnberger Ärzteprozeß

Im Rahmen der Ringvorlesung zum Nürnberger Ärzteprozeß, die das Hamburger Institut für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts und das Institut für Medizin-Soziologie der Uni Hamburg veranstalten, sprechen Karl Heinz Roth und Angelika Ebbinghaus am 8.7. über Menschenversuche in der Luftfahrtmedizin und in der Kriegschirurgie. Am 15.7. untersucht Richard Toellner die Rezeption des Prozesses, und Michael Wunder erörtert den Nürnberger Kodex und seine Folgen.

Hamburg, 8.7. und 15.7., jeweils 19.00 h, Hörsaal C im Philosophenturm, Von-Melle-Park 6

Jüdische Arbeiterbewegung -

Vorträge und Filme

Im Begleitprogramm zur Ausstellung "Selbstbehauptung und Utopie. Jüdische Arbeiterbewegung, Rosa Luxemburg und Hamburg" bietet das Museum der Arbeit in Hamburg Vorträge und im Metropolis-Kino Film-Themen-Abende an.

8.7., 19.00 Uhr: Itzchak Luden (Givatayim, Israel): Jüdischer Arbeiterbund und Israel; 12.7., 11.00 Uhr: Ina Lorenz (Hamburg): Seefahrts-Hachschara und Erika Hirsch (Hamburg): Spuren eines Aufbruchs; 15.7., 19.00 Uhr: Jehuda Riemer (Kibbuz Urim, Israel): Von der "Wirtschaftsdemokratie" in die "Arbeitsgesellschaft". Fritz Peretz Naphtali in Deutschland und Israel; 15.7. Film-Themen-Abend Bundisten / Rosa Luxemburg.

Hamburg, 8., 12., 15. Juli. Die Vorträge finden werden im Museum der Arbeit, Maurienstraße, gehalten. Die Filme zeigt das Metropolis-Kino, Dammtorstraße 30a.

Grenzcamp im Burgenland

Die Diskussionen, Aktionen, Vorträge, Workshops und kulturellen Ereignisse des Grenzcamps sollen über die Asylpraxis in den EU-Ländern informieren und bereits bestehende MigrantInnen-Selbstorganisationen und UnterstützerInnen- und Antirassismusgruppen zu vernetzen. Informationen und Anmeldungen: FAZ, Postfach 173, 1100 Wien; e-mail: anti_eu@batcomputer.htu.tuwien.ac.at

Forchtenstein/Burgenland, 10.-16.8.

Flucht ist kein Verbrechen

Zu einer Demonstration gegen die JVA Büren als Aushängeschild der restriktiven deutschen Abschiebepraxis und Asylpolitik ruft die Initiative "Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren" auf. Sie fordert die Abschaffung der Abschiebehaft und eine Flüchtlingspolitik, die sich an der Not der Menschen orientiert. Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen macht anläßlich der Demo einen Halt in Büren. Sie kommt am 30.8. aus Bielefeld und geht am 1.9. weiter nach Osnabrück.

Büren, 30.8., 12.00 Uhr, Abschiebegefängnis Büren-Stöckerbusch.

Sozial-ökologisches Jahr in Kuba

Am 30.8. startet eine Gruppe von Leuten nach Kuba, die sechs oder zwölf Monate beim Aufbau eines Botanischen Gartens in der Provinz Pinar del Rio mithelfen wollen. Für dieses freiwillige sozial-ökologische Jahr sind Fördermittel zwar beantragt, Kosten (Flug plus ca. 300 US$ pro Monat für Unterkunft, Verpflegung und Sprachkurs) müssen aber bisher noch selbst aufgebracht werden. Interessierte wenden sich bitte an die Freundschaftsgesellschaft Berlin - Kuba e.V., Grimmstr. 6, 10967 Berlin, Tel. / Fax: 030-691 20 25 (Di., 19-21 Uhr).

Pinar del Rio, Kuba, ab 30.8.1998.

40. Abschiebung per Sozialamt

CD-Datei: daten/aksuche/ak416/asyltit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:asyltit

Nichts ist skurriler als die Wirklichkeit des deutschen Staatsrassimus: Ab 1. Juli sollen brave Standesbeamte und -beamtinnen im Rahmen des neuen Eheschließungsgesetzes "Scheinehen" aufspüren. Wir dürfen gespannt sein, welche Handreichungen die jeweiligen Ausländerbehörden entwickeln werden, nach denen die Standesämter den aufrichtigen Bund fürs Leben von den hinterhältigen Versuchen, Steuern, Sozialleistungen oder ein Aufenthaltsrecht zu erschleichen, unterscheiden können.

Besonders pfiffig-perfide auch die Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes: Sozialleistungen für Flüchtlinge, die "illegal eingereist" sind, "eigentlich" ausreisen könnten oder gar nur deswegen gekommen sind, "um Leistungen zu beziehen", sollten gänzlich gestrichen werden. Eine breite Protestbewegung von autonomen AntirassistInnen bis zu Kirchen und Wohlfahrtsverbänden konnte zwar das Schlimmste verhindern, aber am 25. Juni - rechtzeitig zur Sommerpause - ist diese Novelle im Bundestag mit der SPD verabschiedet worden. Es wird nicht die letzte Verschärfung dieses Sondergesetzes bleiben: Hardliner wie die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John, denen die jetzt beschlossenen Regelungen nicht weit genug gehen, fordern bereits "Nachbesserungen."

Zur Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes

auf Seite 6

41. Ein Blick in Israels Zukunft

CD-Datei: daten/aksuche/ak416/israel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:israel

Israel feiert sein 50jähriges Bestehen - unser Autor wagt einen Blick in die Zukunft des Staates, der nach dem Willen Theodor Herzls rein jüdisch sein sollte. Heute, 31 Jahre nach dem Sechs-Tage-Krieg, sind mehr als 40 Prozent der Menschen, die in Israel und den besetzten Gebieten leben, PalästinenserInnen. In nicht allzu ferner Zeit werden sie wahrscheinlich die Mehrheit stellen. Dieser Prozeß ließe sich nur durch neue Massenvertreibungen umdrehen. Das fordern allerdings nur die israelischen Rechtsextremen. Israel ist heute de facto ein binationaler Staat, der allerdings der palästinensischen Minderheit selbst die formale Gleichberechtigung verweigert.

Mit dem Osloer Abkommen von 1993 wurde eine neue Phase im Verhältnis der beiden Nationen eingeleitet. So enttäuschend die praktischen Folgen des Abkommens für die PalästinenserInnen auch sein mögen - es eröffnete ihnen immerhin legale Aktionsmöglichkeiten in den besetzten Gebieten; Arafat, bis dahin als Nachfolger Hitlers diffamiert, wurde zum akzeptierten Verhandlungspartner. Da Israel sich aus den besetzten Gebieten nicht zurückziehen wird, ist jedoch ein palästinensischer Staat auf absehbare Zeit nicht durchsetzbar. Er wäre aber auch wirtschaftlich nicht lebensfähig, sondern eine Kolonie unter militärischer Kontrolle Israels.

Diesen Realitäten Rechnung zu tragen, würde das Eingeständnis bedeuten, daß Israel kein jüdischer Staat ist und sein kann. So stellen sich mit Blick auf das Jahr 2023, wenn Israel sein 75jähriges Bestehen feiert, zwei Alternativen als die wahrscheinlichsten dar: Israel ist dann eine multikulturelle Gesellschaft oder eine religiös-fundamentalistische Diktatur, die das "Palästinenserproblem" durch Massenvertreibung gelöst hat.
Seite 12

42. Knasterfahrungen

CD-Datei: daten/aksuche/ak416/knast.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:416:knast

Zehn bis fünfzehn Jahre Knast, wie man sie übersteht und damit fertig wird, in die veränderte Welt außerhalb des Gefängnisses zurückzukeh-ren - darüber sprach ak mit Yessie Macchi von den MLN-Tupa-maros in Uruguay. Macchi erklärt, welche Folgen die Entpersonalisierung durch Nummern und Klassifizierungssysteme hat, warum die Frauen im Knast ihre Gefühle einfrieren müssen und was das für das Leben draußen bedeutet.

Die Erfahrungen von gefangenen Frauen unterscheiden sich erheblich von denen, die Männer im Knast machen. Die Geschlechterrollen, die im Frauenknast überwunden wurden, kehren draußen mit ebenso großer Macht zurück wie die hierarchischen Strukturen der politischen Gruppen, denen die Frauen im Gefängnis neue, horizontale Organisisationsformen entgegengesetzt haben.

Macchi schildert die schwierige Rückkehr in eine Gesellschaft, die sich historisch an einem ganz anderen Punkt befindet als zur Zeit der Verhaftung. Seite 16